

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Generation ohne Eigenschaften?

Claus Leggewie	»Ihr kommt nicht mit bei unseren Änderungen!«
Shmuel N. Eisenstadt	Generationsbewußtsein und Moderne
H.-J. von Kondratowitz	Generationenvertrag
Jacqueline Hénard	Im Ausland der Vorstädte
Istvan Stumpf	Politischer Generationswechsel in Ungarn?
Dariusz Gawin	Generation ohne Gesicht
Heinz Bude	Bilder vom Osten
Hilge Landweer	Generationen im Feminismus
Elizabeth Wurtzel	Das macht mir alles nichts aus
Beatrix Novy	Micky Maus-Kommunisten
Gerald Knaus	Generation X in Czernowitz
Sebastian Reinfeldt	X is dead
Gruppe SPoKK	Techno. Streetball
Hans-Ulrich Obrist	im Gespräch mit Gerwald Rockenschaub
Sim Gil	Honey-Suckle Company. Photographien
Aleksander Smolar	Kwasniewskis Polen
Tony Judt	Österreich in Europa
Janos Matyas Kovacs	K.u.k.-Populismus

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt.

Herausgeber: Krzysztof Michalski.

Redaktion: Michaela Adelberger (Wien), Claus Leggewie (New York, Mitherausgeber dieser Nummer) und Klaus Nellen (Wien).

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Otto Kallscheuer (Sassari), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Chris Niedenthal (Warschau, Photographie), Susanna Roth (Bratislava), Jacques Rupnik (Paris).

Beirat: Lord Dahrendorf (Oxford), François Furet (Paris), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York).

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30, mail: transit@iwm.at / Home Page: <http://www.univie.ac.at/iwm>

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85. mail: verlag@neuekritik.de



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0667-4

Transit is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the *International Bibliography of the Social Sciences*.

Textnachweise: Wurtzel: siehe Anmerkung im Text. Smolar: die ungekürzte polnische Originalfassung erschien in der Wochenschrift *Tygodnik Powszechny* vom 7. Januar 1996.

© 1996 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM.

Transit Heft 11 Sommer 1996

Generation ohne Eigenschaften?

Claus Leggewie »Ihr kommt nicht mit bei unseren Änderungen!« Die 89er – Generation ohne Eigenschaften?	3
Shmuel N. Eisenstadt Generationsbewußtsein und Moderne	18
Hans-Joachim von Kondratowitz Der Generationenvertrag und die Zukunft generativer Politiken	25
Jacqueline Hénard Im Ausland der Vorstädte	44
Istvan Stumpf Aufgehoben oder aufgeschoben? Politischer Generationswechsel in Ungarn: Jugendpartei FIDESZ	55
Dariusz Gawin Generation ohne Gesicht Über die neue politische Generation in Polen	68
Heinz Bude Bilder vom Osten Wie die Westdeutschen ihre Sehnsüchte projizierten	78
Hilge Landweer Generationenkonflikte und Sachdifferenzen Das Beispiel Frauenbewegung	87
Elizabeth Wurtzel Das macht mir alles nichts aus, oder: Never mind	101
Beatrix Novy Micky Maus-Kommunisten. Der Rote Börsenkrach: Von einer Generation, die auszog, das Fürchten zu lehren	114
Gerald Knaus Generation X in Czernowitz	124

Sebastian Reinfeldt	
X is dead	132
Sim Gil	
Honey-Suckle Company. Ost-Berlin, Ende 1995	
1. Sim Gil / 2. Frida Korn / 3. Captain Space Sex und Kim Suckle on tour Gregor / 4. Elena Poulou / 5. Gregors Knie / 6-7. Honey Suckle in der DUSCHKA (Video von Lucian Busse) / 8. Installation Photographien	137
Gruppe SPoKK	
Music for those who know: Techno	
White Kids Can Jump: Streetball	145
Inmitten der Dinge im Zentrum von nichts	
Hans-Ulrich Obrist im Gespräch mit Gerwald Rockenschaub	153
Aleksander Smolar	
Kwasniewskis Polen	162
Tony Judt	
Österreich in Europa	176
Janos Matyas Kovacs	
Haider in Ungarn	
Notizen zum postmodernen Populismus	182
Gegendarstellung	199
Zu den Autorinnen und Autoren	201

Claus Leggewie
 »IHR KOMMT NICHT MIT
 BEI UNSEREN ÄNDERUNGEN!«
 Die 89er – Generation ohne Eigenschaften?¹

1. Die Hypothese: 1989 als weltgesellschaftliche Zäsur

1989 ist eine Welt untergegangen. Die Alte Welt, ideologisch-militärisch in West und Ost geteilt und ökonomisch-politisch in Nord und Süd gespalten, besteht nicht mehr. Wie die »Neue Weltordnung« aussehen wird, liegt im Dunkeln. Eine Welt, im Übergang. Derartige historische Brüche und Zäsuren sind, der Theorie nach, »generationsträchtig«. Aufgrund der Erfahrungen mit der Herausbildung von Generationen im 20. Jahrhundert darf man annehmen, daß Kriege, Revolutionen oder weniger markante Umbrüche wie in den 60er Jahren die davon besonders erfaßten und beeindruckten Alterskohorten auch subjektiv zusammenballen. »1968«, das Symboljahr der »Kulturrevolution« der Babyboomer von Berkeley bis Warschau und weit darüber hinaus, war schon in den Augen der meisten Zeitgenossen würdig, Generationseinheit herzustellen. Der durch wenige, eher marginale Akteure (die *soixantehuitards* oder 68er) eingeleitete Umbruch verallgemeinerte sich in generative Gemeinsamkeiten (68er Generation), die dann gesellschaftsweite Wirkungen (Wertewandel) ausübten. Der kulturelle Entwurf einer Minderheit vermochte sich auszubreiten, und seither begleiten seine typischen Weltbilder und Wahrnehmungsmuster die zentrale Altersgruppe lebenslang. Genau nach diesem Muster prägen sich Generationen aus.

»1989« wirkt, im Vergleich dazu, seltsam »objektiv«. Fast scheint es, als seien das (doch ohne Zweifel dramatische!?) Ende der ein ganzes Jahrhundert dominierenden Bipolarität und der Zusammenbruch einer totalitären Herrschaftsform historische Petitesse gewesen, oder bestenfalls provinzielle Ereignisse, die allein Ostmitteleuropa betreffen. Und selbst dort wird die tiefe politisch-ökonomische Zäsur nun zumeist passiv konsumiert und zynisch kommentiert. Umbruch vielleicht – aber als »Aufbruch« wird 1989 nicht empfunden. Daß Millionen Menschen frei geworden sind, schrumpft in Moskau, Budapest oder Berlin-Mitte auf die klägliche Feststellung zusammen, daß Millionen, der trügerischen Gleichheit eines zutiefst falschen und korrupten Systems verlustig gegangen, »freigesetzt« werden. Mein Vorschlag, die Generations-Chance von 1989 auszuloten

und den Potenzen der 89er hypothetisch nachzugehen,² ist bei vielen Kritikern auf polemische Ablehnung gestoßen. 1989 war eine Zäsur ohne Passion und Pathos. Und in der Tat: Der auch im Westen fällige politische Generationswechsel ist verpaßt und verpatzt worden. In den Vereinigten Staaten schickt sich nach dem Scheitern des Babyboomers Bill Clinton ein 72-jähriger, dessen prägendes Generationserlebnis und traumatischer Fixpunkt seine Verwundung im Zweiten Weltkrieg war, an, Präsident zu werden; während in den meisten ostmitteleuropäischen Staaten und Rußland die alten Eliten zurück an die Macht drängen. Wenn das allein die Folgen von »1989« wären, hätten die Skeptiker recht, die im Westen wie im Osten nichts Neues unter der Sonne entdecken können (oder wollen).

Aber sie haben unrecht. Gewiß entfalten die Revolutionen von 1989 wenig Glanz, weil sie anders als die bürgerlichen, sozialistischen und postmodernen Revolutionen von 1789, 1917 und 1968 eher restaurativ, also auf Wiederherstellung früherer Zustände erpicht waren. Dennoch waren sie mehr als Flurbegradigungen in zurückgebliebenen Provinzen. Das »Neue« an 1989 erschöpft sich nicht in der Transformation der osteuropäischen Volkswirtschaften und politischen Systeme. 1989 ist vielmehr das Symbol und in vieler Hinsicht auch der Startpunkt für die Herstellung der wirklichen Weltgesellschaft, deren Ankunft und Aussichten neuerdings mit dem Stichwort »Globalisierung« bezeichnet werden. Das Medium der Globalisierung, das Internet (um ein anderes Zauberwort aufzugreifen), d.h. grenzenlose, computervermittelte Kommunikation, wird die politisch-ideologische Geographie des 20. Jahrhunderts mit ihren Ost-West- und Nord-Süd-Gegensätzen obsolet machen. Daß dieser chaotisch wuchernde Marktplatz überhaupt zugänglich ist, ist auch eine direkte Folge von 1989: Denn erst mit dem Ende der Sowjetunion ist die ursprünglich rein militärisch genutzte Technologie für die zivile Nutzung frei (bzw. von Hackern freigeekämpft worden).

Das sagt an sich wenig über die mit 1989 heraufziehenden Generationsgestalten. Selbst Bob Dole erweist dem Internet rhetorische Reverenz. Man darf allerdings nicht vergessen, daß die Installierung weltweiter Kommunikationsnetze eine wissenssoziologische Pointe hat: Das Internet ist, wie der kometenhafte Take-off junger Unternehmer im Kommunikationssektor zeigt, ein Instrument der Twentysomethings, die es als einzige mit routinierter Kompetenz zu bedienen und auszugestalten verstehen. Und mehr als das: Die sogenannte Generation X, deren prägende Eindrücke in die Zeit um 1989 fallen, experimentiert in ihren jugend- und subkulturellen Nischen mit weiterreichenden Innovationen, die wiederum mit digitalen Technologien im Zusammenhang stehen und der nach 1945 dominanten populären Kultur eine andere Richtung weisen. Schon diese Pop-Kultur war international, d.h. auch die 68er Generation war von Beginn an trans-

kulturell geprägt, mit der anglo-amerikanischen Kulturindustrie als Quelle und Anker. Der Zeitgeist der Postmoderne hat diesen Euro-Atlantik-Zentrismus erschüttert. Die neuen »Past-Post«-Kulturen der 90er, obwohl wiederum vom amerikanischen Zentrum der Weltgesellschaft inszeniert, setzen diese Diversifizierung fort. Das hat Konsequenzen für aktuelle Generationsbildungen, die a priori global sind, aber Spiel lassen für lokale, regionale und neotribale Kommunikation. Rätoromanisch (zum Beispiel) wird vermutlich eher dank Internet denn in Folkloregruppen überleben.³

2. Das Konzept: Generations-Eigenschaften

Das Konzept Generation beschreibt, wie aus *Gleichaltrigen* *Gleichartige* werden. Diese Gemeinsamkeit, behauptet die Generations-Hypothese, setzt Status-, Geschlechts-, Weltanschauungs- und Herkunftsdifferenzen, also die sonstigen Schichtkriterien, nicht außer Kraft, sich aber gelegentlich über sie hinweg. Das unterscheidet Generationen von exklusiven Subkulturen und allumfassenden Alterskohorten.⁴ Einem Jahrgang anzugehören ist zunächst bloß ein biologisch-biographischer Zufall, der an sich soziologisch wenig spannend ist. Allerdings beobachtet die Soziologie aufmerksam, wie sich Personen gleichen Alters einander zuordnen, miteinander auf besondere Weise kommunizieren, eine soziale Gruppe von Peers bilden. Anscheinend stiftet die Koinzidenz gemeinsamen In-die-Welt-Getreten-Seins mikro- wie makrosoziale Vergemeinschaftungen und Bewußtseinslagen, die unter Umständen ebenso relevant sein können wie Klassenbewußtsein, Geschlechtsidentität, sozialer Status, Ethnizität und Weltanschauung. Generation ist eine Variante kollektiver Identität, die das personale Ich-Gefühl prägt und soziale Interaktionen bestimmt.

Zwei quasi-natürliche Dispositionen lassen uns in Generationskontexten denken: die biologische Generationentriade (Eltern, Kinder, Großeltern) typischer bürgerlicher Kleinfamilien und die ausgeprägte Neigung Jugendlicher, in einer bestimmten Phase der Entwicklung des personalen Ichs besonders intensive Peer-Gruppen-Beziehungen aufzunehmen und in »Cliques« mit Gleichaltrigen zu verkehren. Ob das familiäre Muster der Selbsteinordnung noch relevant sei, wird derzeit häufig bestritten. Es ist vom Zerfall der bürgerlichen Familie die Rede und allgemeiner von Individualisierungstendenzen in postmodernen Gesellschaften. In der Tat ist das klassische Familienmuster z.B. durch hohe Scheidungsraten, späte Elternschaft und noch zu erörternde Phänomene wie das Zerschellen der klassischen Individualbiographie stark erschüttert, d.h. das jeweilige Altersbewußtsein hat sich vom biologischen Prozeß des Alterns gelöst und ist mehr als früher von altersindifferenten Gestaltungen der Lebenswelt

geprägt:⁵ Man ist gewissermaßen so alt, wie man sich »macht« (oder gemacht wird). Ein keineswegs extremes Beispiel zeigt das: Ein 60jähriger Mann, der bereits zwei erwachsene Kinder hat, heiratet eine 25jährige Frau und bekommt mit ihr ein weiteres Kind, das so alt ist wie seine Enkel. Das gab es natürlich zu allen Zeiten, aber heute sind das Alterspuzzle und die darauf beruhenden Komposit-Familien keine absoluten Ausnahmereisnerungen mehr. Gleichwohl ist zu beobachten, daß die klassische Triade Kind-Eltern-Großeltern sich dann in solcherart »neuen« Familien reproduziert und weiterhin als Orientierungsmuster dient.

Zudem haben Umgestaltungen der Familie die Neigung Adoleszenter bestärkt, sich an ihrer Peer-Gruppe zu orientieren, d.h. gerade aufgrund der feststellbaren Individualisierung sind derartige Gleichaltrigen-Gruppen überlebensfähig und konsistent. Sie kompensieren die Desintegration der herkömmlichen Familienstruktur, das Verschwinden traditioneller Schulklassenverbände und Vereinsgeselligkeiten und auch die vielbeklagten Wirkungen des isolierten Lebens vor Bildschirmen. Diese mikrosozialen Regelmäßigkeiten haben makrosoziale Konsequenzen. Eisenstadt, der in diesem Heft auf seine klassische Studie aus den 50er Jahren zurückkommt, hat Peer-Gruppen wesentliche Reproduktionsfunktionen zugewiesen: Da sich in dynamisch wandelnden Gesellschaften Traditionen, d.h. Lebensbewältigungstechniken, nicht mehr auf »natürliche« Weise (von den Eltern auf die Kinder) übertragen können, treten Gleichaltrige als Agenturen der Sozialisation und Enkulturation an ihre Stelle.

Peer-Gruppen bilden auch das Fundament von Generationslagerungen, wie sie ein anderer herausragender Soziologe der Generationen, Karl Mannheim, beschrieben hat. Nicht alle Alterskohorten prägen eine (per definitionem lebenslange) Generationsidentität aus. Damit, im Sinne Mannheims, aus »objektiven« Generationslagerungen auch subjektiv wahrgenommene und verstärkte Generationszusammenhänge werden können, müssen günstige Bedingungen gegeben sein: Der jugendliche Gruppenzusammenhang muß stark genug sein, er muß sich in geeigneten Institutionen entwickeln können und es muß ein markantes historisches Ereignis eintreten, um das herum Wir-Gefühle plausibel generiert werden können. Wie diese Elemente zusammenwirken, zeigt die (wie manche offenbar dekretieren wollen: letzte) erfolgreiche Generationsbildung der 68er Generation. Sie wuchs heran, als es erstens aufgrund der demographischen Entwicklung (Babyboom 1946-1965) besonders viele Jugendliche gab und zweitens das Merkmal Jugendlichkeit (auch in seinen rebellischen und devianten Formen) besonders attraktiv wirkte. Zugleich stand als Folge der damaligen Bildungsinvestitionen ein sozialer Raum, nämlich Schulen und Universitäten, zur Verfügung, in denen sich im weiteren politisch-soziale Umbrüche auf besonders intensive und auch innovative

Weise kommunizieren und inszenieren ließen. Alles zusammen ließ ein »Zeitgefühl« wachsen, das Generationskontexte begünstigte und den aktivistischen Kerngruppen der 68er Bewegung entwuchs. So wurden die 68er, trotz ihrer anfangs exzentrischen Lage als »kleine radikale Minderheit« Motor, Symbol und Träger sozialen Wandels, dessen Wirkungen weit über die reichen Industriemetropolen hinausreichten und auf die Länder des »realexistierenden Sozialismus« und die Dritte Welt ausstrahlten. (Ein nur entlegen scheinendes Beispiel für den Aufstieg von 68er Ideen gibt in diesem Heft Beatrix Novy.⁶)

Zusammenfassend kann man das Konzept der Generation als eine besondere Modalität kollektiven Bewußtseins fassen, also als spezielle Variante in der Familie der Wir-Gefühle. Diese kann ähnlich bindungsstark und wirksam sein wie andere Kollektividentitäten: ethnische Herkunft, Nationalgefühl, Klassenbewußtsein, Lebensstil, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft. In pluralistischen und polykulturellen Gesellschaften nimmt sie von all diesen Angeboten etwas auf und prägt sie auf besondere Weise. Individualisierung und Pluralisierung sind deswegen keineswegs Gegensätze zur Generationsbildung – im Gegenteil: Je mehr sich Klassen- und Schichtungsdifferenzen (die ja »objektiv« keineswegs verschwunden sind, sondern wieder intensiver werden) in der Wahrnehmung verflüssigen und Nationen (ungeachtet des überall erstarkenden Nationalismus) als imaginierte Gemeinschaften zerbrechen, desto wahrscheinlicher werden Generationsbildungen als spezifische Weisen, kulturelle Komplexität zu reduzieren und »Sinn« zu stiften. Auch die Ablösung des Altersbewußtseins von seinem biologischen Substrat begünstigt Generationsbewußtsein, das keine angeborene, sondern eine zu erwerbende Eigenschaft ist, also *eine* kulturelle Option im Repertoire der Lebensstile. Generation ist eine relativ lose Koppelung von Individuen. Sie kann weder von stabilen räumlichen Gegebenheiten noch von überzeitlichen Gemeinsamkeiten ausgehen (was Ethnos und Nation zu tun vorgeben) noch auf ein prästabiles Interesse setzen (wie es Klassen oder Berufsgruppen tun). Generation ist immer ein Entwurf, der scheitern kann und, aufgrund ihrer Bindung an bestimmte historische Ereignisse und Epochen, eine temporalisierte Sozialstruktur. So ist und bleibt sie ein fakultatives Periodisierungskriterium, das unter günstigen Umständen hohe alltagsweltliche Bedeutung annimmt.

Das Beispiel der 68er (bzw. der um 1928 geborenen »Flakhelfer-Generation«, deren Generationsgestalt Heinz Bude in diesem Heft noch einmal unter einem besonderen Gesichtspunkt nachzeichnet) soll nicht als »Modell« von Generationsbildung überstrapaziert werden. Vielmehr muß die historische Soziologie, die Generationen als Akteure sozialen Wandels in Betracht zieht, ebenso einbeziehen, daß sich mit eben diesem sozialen

Wandel auch die Modalitäten der Generationsbildung selbst verschieben können. Das bedeutet: Die »Objektivität« der historischen Zäsur von 1989 zieht nicht automatisch eine 89er Generation nach sich, und, sollte sie gleichwohl einen neuen Generationsbildungsprozeß begünstigen, so vollzieht sich dieser möglicherweise auf neue Weise. Dazu muß man auf die Quellen zurückgreifen, die die »Generation X« anbietet, und ernsthaft das kulturelle Unterscheidungspotential analysieren, das diese bereits akkumuliert hat.

3. Die Jugend von heute – eine Un-Generation?

»Die« Jugend gibt es nicht, behauptet die Jugendsoziologie zu Recht. Historisch ist »Jugend« als eigenständige Lebensphase eine relativ neue Erscheinung des 20. Jahrhunderts. Schon die Grenzen dieser Lebensphase sind umstritten und variabel: Heute neigt man aufgrund der früheren Reifung und des länger dauernden »Moratoriums« der Post-Adoleszenten dazu, 13- bis 30jährige als »jugendlich« zu bezeichnen. Die jugendsoziologische Forschung kann weiterhin zeigen, daß sich Jugendliche der Jahrgänge 1966-1983 (die nach konventioneller Rechnung schon einen Generationsunterschied enthalten) in ihren Merkmalen, Vorlieben und Orientierungen erheblich von der »Jugend von gestern« unterscheiden, wobei offenbar die Pluralisierung der Lebensstile eine große innere Heterogenität jugendlicher Teilkulturen erzeugt hat. Auch hat sich die Relation der heutigen Jugendlichen zu anderen Alterskohorten durch das Umkippen der Alterspyramide in den reichen Industriegesellschaften beachtlich gewandelt. Jugendliche sind, anders als vor dem »Pillenknicke« der 60er Jahre, zahlenmäßig zur Rarität geworden. Das Durchschnittsalter der reichen Gesellschaften wird sich in den nächsten Jahrzehnten drastisch erhöhen.⁷

Parallel zu dieser demographischen Rarifizierung wird aber das kulturelle Merkmal »Jugendlichkeit« geradezu ubiquitär, und das Postulat des *forever young* in modernen »Freizeitgesellschaften« imperativ. Altersbewußtsein löst sich von seinen biologischen Grundlagen, es wird (in bestimmten Grenzen) relativ und damit hochgradig inklusiv. Das kompliziert die Generationsbildung, macht sie aber eigentlich noch plausibler: Je indifferenter »biologisches Alter« durch den Zugriff auf den frei flottierenden Mythos »Jugendlichkeit« wird, desto mehr bietet sich als Strategie der sozialen Schließung das exklusive Merkmal »Generation« an, zu der eben nicht alle beliebigen Geburtsjahrgänge zählen können. In dieser Weise dürfte sich der für die 68er Generation noch markante Generationskonflikt in einen Anerkennungskonflikt verschieben, der überdies, wie zu zeigen sein wird, einen sozialpolitischen Interessenkonflikt zwischen Alten und Jungen nach sich ziehen kann.

Die 89er (wenn es denn eine solche Generation jemals geben wird) bilden sich auf andere Weise als die 68er (oder dazwischenliegende Generationen). Das Profil des Jugendalters ist diffus geworden, die Räume zur Selbstinszenierung haben sich verlagert, und das historische Zentralereignis, die »Wende« von 1989, bietet wenig Stoff zur Mobilisierung. »Ost« und »West«, obwohl sie sich als politische Blöcke aufgelöst haben, bleiben als mentale Spaltungslinie virulent (über die Probleme des Generationenwechsels in Osteuropa vgl. die Beiträge von Gawin und Stumpf in diesem Heft). Überdies sind Merkmale der Geschlechterdifferenz und der ethnischen Schichtung seit den 60er Jahren bedeutender geworden. Männliche Wahrnehmungsmuster stehen nicht mehr im Vordergrund, und die Angehörigen der zweiten und dritten Einwanderungsgeneration entwickeln eigensinnige Strategien der Inklusion und Exklusion (s. dazu die Beiträge von Landweer und Hénard). Diese zusätzliche Pluralität führt, wie gesagt, nicht notwendig dazu, daß Generationsbildung ausgeschlossen ist. Eine Generation bildet sich nicht durch gemeinsame Überzeugungen, sondern durch eine – übereinstimmende oder kontroverse – Fokussierung auf zentrale Ereignisse. Die entscheidende Frage ist also, ob die »Ereignisse« von 1989 und deren Folgen ins Zentrum der Kommunikation der heutigen Twentysomethings getreten sind.

Gewiß nicht in direkter Weise. Auch noch auf den zweiten Blick ist die relevante Altersgruppe »unpolitisch«. Dies tritt umso klarer hervor, wenn man ihre Themen und Betrachtungsweisen mit der explizit »politischen Generation« der 60er Jahre kontrastiert, die voll der Klagen über das Desinteresse ihrer Kinder, Schüler und Nachfahren an Politik ist. Daran und an den klassischen Kriterien politischer Kulturforschung gemessen, ist die Altersgruppe der 16- bis 25jährigen in der Tat schwächer politisch interessiert, organisiert (sowohl in Parteien wie sozialen Bewegungen) und beteiligt (an Wahlen wie an Demonstrationen und ähnlichem). Die dezidiert »progressive« Positionierung der 68er im alteuropäischen Rechts-Links-Schema, aber auch in der amerikanischen Bewegungskultur scheint passé zu sein, auch wenn sich in Mitteleuropa das Gros der unter 30jährigen noch überwiegend im links-liberalen bzw. ökologischen Spektrum verortet (in Frankreich und in den meisten ostmitteleuropäischen Ländern ist das nicht der Fall, in den Vereinigten Staaten gibt es einen deutlichen, aber bislang wenig erfolgreichen Trend zu »third parties«). Im großen und ganzen besteht eine erhebliche Distanz gegenüber der etablierten Politik schlechthin.

Aus all dem allerdings auf eine »unpolitische« Generation zu schließen, wäre verfrüht – die entsprechenden Fehlprognosen der frühen 60er Jahre sollten noch nicht vergessen sein. Die Hemmungen, sich nach Art der Nachkriegsgeneration (wie die deutschen »Flakhelfer«) in den Parteienbe-

trieb zu stürzen oder nach Art der 68er eine juvenile Bewegungsavantgarde zu rekonstruieren, erscheinen als durchaus rationale und abgeklärte Reaktionen auf das Scheitern dieser Initiativen, deren politisches Engagement noch ganz dem Paradigma der Industriegesellschaft bzw. den Frontstellungen des ideologischen Bürgerkriegs verhaftet waren. Beider Prägekraft ist erloschen; 1989 hat die bereits seit langem andauernde Verschiebung des politischen Koordinatensystems verstärkt. Wenn sich Jugendliche politisch artikulieren, geschieht dies eher in Kontexten lebensweltlicher »Subpolitik« (Ulrich Beck), die von herkömmlichen Großorganisationen (wie Parteien, Verbände, Gewerkschaften etc.) nicht mehr eingefangen werden kann. Die Organisationsweisen der Jungen sind eher informell. Selbst ein extremes Beispiel wie die durchkommerzialisierten Love Parades, die in Europa Hunderttausende unter dem treuherzig-selbstironischen Motto »Friede, Freude, Eierkuchen« auf die Straße bringen, zeigt, wie rasch vermeintliche politische Apathie umschlagen kann: Als der Berliner Senat die 1995er Love Parade nicht mehr als Demonstration einstufen wollte, drohten die Veranstalter, sie explizit zu politisieren – was sogleich zur behördlichen Anerkennung des Kommerzevents als politischer Demonstration führte. Anders war der Konnex zwischen Vergnügungslust und politischem Anspruch bei den Wandervögeln oder in den 60er Jahren auch nicht. Die Bewegungsforschung muß sich also auf neue kulturelle Gegebenheiten einstellen; die sich daraus ergebende Paradoxie kann man vorläufig mit dem Begriff der »informellen Organisation« und der »individualisierten Bewegung« umschreiben. Es wird überdies zu beobachten sein, welche politischen Elemente die Kommunikation im Internet mit sich bringt.

Insofern scheint es plausibel, die Ansprüche der neuen Generation zunächst in der kulturellen Sphäre zu untersuchen, die ja auch schon für die 68er von zentraler Bedeutung war. Dort können sich neue Sprachen der politischen Kultur entwickeln, die man in den literarischen, filmischen, musikalischen und sonstigen Ausdrucksformen der »Generation X« (Hip Hop, Grunge, Techno, Rap) finden kann.⁸ Deren Neuerungspotential kommt nicht mehr via »Schock und Schöpfung« zur Geltung, dem für frühere Jugendavantgarden typischen Muster, sondern als Kollektivprodukt anonymer Sampler und Collagisten. Dieses Prinzip läßt sich sehr gut in der aktuellen Musikszene beobachten, die alle möglichen Bruchstücke früherer jugendkultureller Strömungen und des Mainstreams wiederverwertet und neu arrangiert. Das deutet ferner darauf hin, daß sich die heutige Jugendkultur auch nicht im Sinne eines scharf akzentuierten Generationskonflikts von den Älteren abgrenzt und zur Mehrheitskultur auf Distanz geht, sondern beiden gegenüber ein ironisch-distanziertes Verhältnis einnimmt. (Exemplarisch dafür sind die Romane von Douglan Coup-

land »Generation X« und »Shampoo Planet«). Der Materialteil des vorliegenden Transit-Heftes versucht, diese Debatte wiederzuspiegeln (s. die Beiträge der AG SPoKK und von Reinfeldt, Wurtzel, Obrist/Rockenschaub, Knaus).

4. *Post-Adoleszente und Früh-Pensionäre: Ein neuer »Vertrag der Generationen«?*

Zwei soziale Gruppen haben das soziale Spektrum postindustrieller Gesellschaften in letzter Zeit bereichert: junge Müßiggänger, die das von ihren Eltern und Großeltern akkumulierte Vermögen verzehren, ohne noch irgendeiner »ordentlichen« Beschäftigung nachzugehen, und Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die nach herkömmlichen Kriterien »in der Blüte ihrer Jahre« sind, aber am Rande des sozialen Abgrunds stehen. Beide sind »vor der Zeit« Rentiers – die einen schneiden Coupons, die anderen warten auf die Wohlfahrtsschecks. Beide Fälle demonstrieren drastisch das Ende der industriegesellschaftlichen Normalbiographie, die in Wahrheit nur während einer kurzen Zeitspanne der Industriegesellschaft Geltung hatte: während der Boom-Periode nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Illusion immerwährenden Wachstums erzeugte. Immer noch suggerieren die gebräuchlichen statistischen Nomenklaturen, daß Personen zwischen 15 und 65 im »erwerbsfähigen« Alter seien, obwohl Erwerbstätigkeit nicht mehr selbstverständlich ist und sich sowohl der Eintritt ins Berufsleben, sofern er überhaupt noch in der gedachten Weise erfolgen kann, für die meisten weit nach hinten verschoben hat, als auch der Zeitpunkt der Verrentung bzw. Pensionierung für viele weit früher ansteht als mit 65. Die geschilderten Fälle in den obersten und unteren Etagen werden in der heutigen Sozialpyramide der postindustriellen Gesellschaften von Post-Adoleszenten und Früh-Pensionären ergänzt, die die Fiktion eines normalen, um die Erwerbstätigkeit herum gruppierten »Arbeitslebens« Lügen strafen.

Es war immer ein gegen die asketische Arbeitsmoral aufbegehrender Traum der Menschheit, daß man nicht lebt, um zu arbeiten, sondern arbeitet, um gut leben zu können. Warum sich also nicht bis 30, 35 »ausleben«, und dann ein paar Jahre arbeiten, bis 50, 55? Allerdings geht dieser Traum postindustrieller Muße nicht für alle so schön in Erfüllung wie für die jugendliche *Leisure class*. Die Senkung der durchschnittlichen Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, seit 1945 durch ständige Produktivitätsfortschritte ermöglicht, kaschiert eine zunehmend ungleichere und ungerechtere Verteilung zwischen Beschäftigten und Beschäftigungslosen, den geschützten und ungeschützten Segmenten des Arbeitsmarktes und folglich zwischen Armen und Reichen.

Für das Verhältnis zwischen den Generationen und die Situation der unter 30jährigen auf den Arbeitsmärkten hat das Umkippen der Alterspyramide einschneidende, vielleicht dramatische Folgen. Es ist, trotz Immigration und aller möglichen Anreize, die Geburtenrate wieder zu steigern, irreversibel, daß nach der Jahrtausendwende in fast allen OECD-Staaten eine schrumpfende Zahl »erwerbsfähiger« Personen, d.h. die heutigen Twentysomethings und ihre Nachfolger, eine rasant steigende Zahl von »Ruheständlern« zu versorgen haben wird. Der »Vertrag zwischen den Generationen« mag eine ideologische Konstruktion sein, die die nüchterne sozialpolitische Realität verschleiert, und es erscheint übertrieben, den »Krieg der Alten gegen die Jungen«, d.h. einen dramatischen Verteilungskonflikt an die Wand zu malen. Aber die Fundamente des westlichen Wohlfahrtsstaates sind nachhaltig in Frage gestellt (dazu den Beitrag von v. Kondratowitz in diesem Heft⁹).

Es sei hier nur hingewiesen auf die Perspektive der Jüngeren in einem radikal umgewälzten Arbeitsmarkt. Die Glücklicheren, die materiell gesichert sind und die notwendigen Bildungspatente erworben haben, können sich gewissermaßen ein Arbeitsleben à la carte ausmalen, das dem Marxschen Reich der Freiheit nahekommt, indem Arbeit, geistige Anstrengung und Muße harmonisiert sind. Doch die vielen weniger glücklichen haben bereits jetzt das Problem, daß sie erstens frühzeitig (und oft trotz hoher Qualifikation) aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, daß sie zweitens wegen der für Altersvorsorge und -fürsorge benötigten Mittel um knapper werdende sozialpolitische Ressourcen kämpfen müssen und daß sie drittens selbst einem unsicheren »dritten Alter« entgegensehen. Demographische und gesundheitspolitische Trends (namentlich niedrige Fertilität und längere Lebenserwartung), die daraus folgende Finanzkrise der Wohlfahrtsstaaten, die Entwicklung der Produktivität und der Arbeitsmärkte im Rahmen der Globalisierung und das wachsende Gewicht der älteren Bevölkerung als Wähler und *pressure groups* im politischen System schaffen ungünstige Voraussetzungen für die Jüngeren. Gleiches gilt im übrigen, trotz des dort sehr viel jüngeren Durchschnittsalters, für die unterentwickelten Länder. Neulinge im Berufsleben sind mit der Entwertung ihrer Abschlüsse im Ausbildungssystem konfrontiert und mit zusätzlichen Lasten, die mit der Reparatur der Folgen einer über hundertjährigen, ökologisch verheerenden Produktion anfallen werden. Die Twentysomethings, um es pathetisch auszudrücken, sind die erste Generation »nach dem Ozonloch«.

Diese Perspektiven müssen nicht in ein Horrorszenario münden, wie es allenthalben entworfen wird, wenn soziale Gruppen ihre Forderungen anmelden. Längst haben clevere Vertreter der jungen Generation »Nischen« im Arbeitsmarkt aufgetan, die, jenseits der untergehenden Lohnar-

beiter- und Angestelltenexistenz und einer oftmals prekären »neuen Selbständigkeit« schon bald im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen können. Genau hier könnte das von mir vermutete »neue kulturelle Modell« seine ökonomischen und auch seine politischen Potenzen entfalten. Rhetorisch haben sich die reichen Demokratien schon auf den »Zukunftsdiskurs« eingestellt, doch verbirgt sich dahinter oftmals nur eine große Koalition der älteren und mittleren Generation, die ihre Besitzstände ins nächste Jahrtausend retten wollen, was logischerweise auf Kosten der nächsten Generation gehen würde. Während sich die Alten eine sozialpolitische Lobby geschaffen haben, werden die Ansprüche der Jüngeren nur am Rande bedacht. Insofern ist die Idee eines »neuen Generationenvertrages« vielleicht doch nicht fehl am Platze. Die älteren Generationen – in Deutschland die »Flakhelfer« und die 68er – sollten ihre Versorgungsansprüche im Blick auf die Zukunft ihrer Enkel und Kinder weniger egoistisch im Auge behalten, die Jüngeren sollten, im Blick auf ihr eigenes Alter, der Versuchung widerstehen, die Alten als lästige Kostgänger abzuschieben.

5. Bio-Politik: Alter, Sozialstruktur und politische Konfliktlinie

Der Gesellschaftstheorie ist es in der Regel gleichgültig, wie »alt« eine Gesellschaft ist. Ihre Hauptrichtungen, universalistisch bzw. individualistisch gesonnen, sehen vom Alter der Gesellschaftsmitglieder ab, die sie als Akteure sozialer Kollektive bzw. als rational ihren Nutzen maximierende Individuen betrachten. Diese abstrakte Vorstellung wird mit wachsendem Durchschnittsalter der Gesellschaften, die diesen Theorien zugrundeliegen, erschüttert. Man darf nicht übersehen, daß Weltbilder, Präferenzen, Wertorientierungen, Kommunikationsformen usw. altersabhängig sind, d.h. durch die biophysischen Kapazitäten und die Erinnerung und Erfahrung der Individuen bestimmt werden – man vergleiche nur idealtypisch die Kommunikation in einem »Seniorenheim« mit einer Studenten-WG, und wird feststellen, daß immer noch Welten zwischen Alt und Jung liegen. Auch in Entscheidungssituationen, ob im Alltagsleben, in Führungspositionen oder in Risikolagen, ist die »Rationalität« der jeweiligen Dezsionen grundverschieden. Es *macht* einen Unterschied, wie alt man ist.

Die Indifferenz, vielleicht auch Ignoranz der Gesellschaftstheorie gegenüber diesem Unterschied hat nicht nur mit der Abstraktheit ihrer Modelle zu tun, die eine Erbschaft des politischen und ökonomischen Liberalismus sind. Sie hängt auch mit der Erkenntnis zusammen, daß »Alter« keine rein biophysische Angelegenheit, sondern sozial konstruiert, also sozialhistorisch variabel ist. »Alter« bedeutete in traditionellen Stände- und Patrimonialgesellschaften etwas ganz anderes als in modernen »Lei-

stungsgesellschaften«. Der in diesen erreichte Wohlstand und die Zunahme der Optionen haben die Ablösung des Altersbewußtseins von der biophysischen Konstitution wie von einem gerontophilen Ehrenkodex (»Ehre das Alter!«) ermöglicht. Man ist damit immer so alt, wie man sich fühlt oder wie man gemacht wird. Die oben zitierten Beispiele der Post-Adoleszenten und Früh-Pensionäre sind Beispiele für die Möglichkeiten freiwillig-unfreiwilliger Alterskonstrukte. 14jährige Kindereltern, die in der amerikanischen Wertedebatte eine große Bedeutung bekommen haben, oder späte Elternschaft (inklusive der 60jährigen, die die Segnungen der Reproduktionstechnologie nützt und Mutter wird), sind andere Beispiele, die durch die altersindifferenten Strategien der Modebranche und der populären Kultur verstärkt werden. Das »Jugend-Moratorium«, eine Grundlage der Generationsbildung junger Peer-Gruppen, ist damit entzaubert, während über 60jährige, die heute noch eine jahrzehntelange Lebenserwartung haben, unter dem Postulat eines hyperaktiven »Un-Ruhestandes« stehen.

Diese Tendenz, eine letztlich biologisch fundierte soziale Kategorie, das »Alter«, als Merkmal sozialer Schichtung aufzuwerten und zugleich zu verflüssigen, provoziert den liberalistischen Diskurs. Dies war schon mit der Berücksichtigung von Geschlechtsdifferenzen (*gender and sex*) der Fall und ebenso mit dem Bedeutungszuwachs von Herkunfts- und Zugehörigkeitsmerkmalen wie *race* und *ethnicity*. Analog dazu ist auch *age* (oder *aging*) eine solche Kategorie der Differenz, die das abstrakte Verständnis sozialer Gleichheit irritiert. Herkunft, Abstammung, Geschlecht und Alter wirken wie Relikte vormoderner Gemeinschaften, in denen derartige Zuschreibungen soziale Positionen und Hierarchien »von Geburt an« festlegten. Heute erscheinen sie überdies als Ausdruck einer »biopolitischen« Wende, mit der biologische Kategorien politisiert werden.

In der Tat stellt »Alter«, gegebenenfalls auch das Generationenverhältnis, eine soziale Spaltungs- und eine politische Konfliktlinie dar, die unter den erwähnten sozialpolitischen Prämissen eine gewisse Brisanz annehmen kann. Es haben sich bereits Interessengruppen und Parteien der Alten herausgebildet, die allmählich und mit wachsendem Erfolg am sozialpolitischen Wettbewerb teilnehmen. Weniger erfolgreich verlief die Gründung einer entsprechenden »Partei der Jungen« (das ungarische Beispiel stellt der Beitrag von Stumpf in diesem Heft dar). Dazu trägt die bereits erwähnte Distanz der jüngeren Altersgruppen zum politischen Betrieb bei, aber auch, daß »Jugend« an sich politisch schwer aggregationsfähig ist. Das Beispiel der deutschen Grünen zeigt allerdings, wie sich ein lockerer Generationskontext (hier die heute zwischen 35- und 45jährigen, zum Teil identisch mit der Zwischengeneration der sog. 78er) politisieren läßt, wenn er mit brachliegenden und mobilisierungsstarken »issues« verbunden ist und durch neue soziale Bewegungen gestützt wird. Insofern läßt sich eine

wenigstens indirekte Politisierung der Altersdifferenz und eine Aggregation politischer Interessengruppen nach Alterskriterien prognostizieren.

Helmut Kohl hat vor seiner letzten Wiederwahl in einem Fernsehinterview treuherzig bekundet, daß die unter 35jährigen, die ihn überwiegend nicht wählen würden, ihm keine sonderlichen Sorgen bereiten – er könne auch ohne sie regieren. Nach der Wahl ernannte er eine 28jährige zur Jugendministerin, wobei fraglich ist, ob er mit einer erzkatholischen Abtreibungsgegnerin sein Manko unter den Jungwählern wettmachen kann. Auf den ersten Blick hat das politische Establishment in den reichen Industrieländern die nächste Generation nicht zu fürchten – sie ist zahlenmäßig schwach und politisch gering organisiert. Doch zeigt sich unter amerikanischen Jungwählern eine wachsende Neigung, das von Republikanern und Demokraten beherrschte Terrain zu verlassen. Auch wenn die von ihnen bevorzugten *third parties*, Libertäre und Grüne, oder der aus Protest in Betracht gezogene Unabhängige Ross Perot das Spiel nicht gewinnen können, bildet das alternative Votum eine beachtliche Blockademacht, die Wahlen verloren gehen lassen kann, z.B. in Kalifornien. Den verschiedenen politischen Kulturen der liberalen Demokratien ist gemeinsam, daß sich Jungwähler vom traditionellen politischen Lagerdenken am weitesten entfernt haben, daß sie am stärksten auf einen grundlegenden politischen Wandel (und Generationswechsel) drängen, und daß sie am meisten darauf achten, daß die schrumpfenden Ressourcen der öffentlichen Hände nicht einseitig für Alterssicherung und Sicherheitsbedürfnisse der älteren Generationen verwendet und die neuerdings unter »Zukunfts-sicherung« zusammengefaßten Aufgaben (Bildungsinvestitionen, Förderung neuer Technologien, ökologische Politik etc.) vernachlässigt werden. Für die Regierungskoalitionen, die nach den entscheidenden Wahlen in den USA, Großbritannien und Deutschland von 1996-98 gebildet werden, ist also entscheidend, ob sie sich als Besitzstandswahrer der Pensionäre von heute und morgen oder als Interessenvertreter der heutigen Twentysomethings begreifen werden.¹⁰

»1989« bot Anlaß für einen politischen Generationenwechsel. Doch im Osten wurden die Akteure der »samtenen Revolution« verdrängt, im Westen blieben die alten Eliten am Platz. Aber auf dem Arbeitsmarkt, in den Neuen Medien, in der populären Kultur tun sich interessante Perspektiven auf, die mittelfristig ihre politische Wirkung nicht verfehlen werden. Die nächste Generation kommt gewissermaßen durch die Hintertür. Jenseits ihrer immer flacher werdenden medialen Präsentation ist sie für uns, die Herausgeber und Autoren dieses *Transit*-Heftes, ein faszinierendes Studienobjekt. Die Sozialforschung, die schon die Zäsur von 1989 verschlafen hat, sollte sich auf das Thema der Generation einstellen, ebenso das politische Establishment. Das Label »X«, das eine unbekannte Größe

anzeigt, ist ein geradezu ingenieures Selbstetikett: Als No-Name-Produkt zwischen präpotenter Exhibition und aufgeschobenem Coming out, ist Generation X ein raffinierter Modus der Selbst-Generierung, der die Bemühungen der »Fremdgeneratoren« (Werbung, Mode etc.) fallweise einbezieht und sich ihnen auch immer wieder entzieht. Im Kampf um Anerkennung vergrößert sich im übrigen die kulturelle Kluft zu den Älteren. Denn vergessen wir nicht, was der eigentliche Sinn von Generationsbildung ist, nämlich zu demonstrieren: Wir sind nicht so wie Ihr. Und Ihr kommt nicht mit bei unseren Änderungen.

Anmerkungen

- 1 Der Titel des Aufsatzes nimmt einen Song der Neuen Deutschen Welle aus den 70er Jahren auf. Für Anregungen und Kritik danke ich meinen Doktoranden in Gießen und New York, meinem Kollegen Adalbert Evers und Henning Gutmann, mit dem ich im März 1996 ein hochinteressantes Treffen deutscher und amerikanischer *Twentysomethings* im New Yorker Goethe-Haus organisiert habe, und den vielen Jungen, mit denen ich die Thesen meines Buches (s. Anm. 2) lebhaft diskutieren konnte.
- 2 Claus Leggewie, *Die 89er. Porträt einer Generation*, Hamburg 1995. Ich mag Rezensenten, ehrlich, aber ich hätte mir gewünscht, daß mancher Verriß auf etwas mehr beruht hätte als der Lektüre des Klappentextes oder der Betrachtung des Buchumschlags. Andernorts gibt die historische Darstellung einer Nation in politischen Generationen zu denken, vgl. etwa William Strauss/Neil Howe, *Generations: The History on America's Future, 1584 to 2069*, New York 1991; dies. (eds.), *13th Generation: Abort, Retry, Ignore, Fail?*, New York 1993. Ein Versuch, »1989« historisch einzuordnen ist C. Leggewie, Erneuter Griff nach der Notbremse, oder: Revolution als Restauration, in: Segers/Viehoff (Hg.), *Kulturelle Identität in Europa. Regionale, nationale und europäische Perspektiven*, Frankfurt/M. 1996.
- 3 Vgl. dazu die »Message 33« von Nicolas Negroponte, dem MIT-Guru und Verfasser von *Being Digital*, New York 1995: Pluralistic, Not Imperialistic, in: *Wired* 4.03, März 1995, S. 216.
- 4 S. dazu Julian Marias, *Generations: A Historical Method*, Birmingham/Alabama 1970, und Anthony Esler, *The Truest Community: Social generations as collective mentalities*, in: *Journal of Political and Military Sociology*, 12/1984, S. 99 ff., sowie Howard Schuman/Jacqueline Scott, *Generations and Collective Memories*, in: *American Sociological Review*, 54/1989, 359 ff.; zum folgenden Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 7, 1928, 157 ff.; Shmuel N. Eisenstadt, *From Generation to Generation, Age Groups and Social Structure*, 1956, dt. München 1966; Helmut Fogt, *Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell*, Opladen 1982.
- 5 Vgl. dazu die Beiträge in Robert H. Binstock/Ethel Shanas (eds.), *Handbook of Aging and the Social Sciences*, New York 1985; Howard P. Chudacoff, *How Old Are You? Age Consciousness in American Culture*, Princeton/N.J. 1989, und mein im Herbst im Verlag Volk & Welt, Berlin, erscheinendes Buch »Alter«.
- 6 Eine weitere interessante Perspektive bietet Mark Siemons, *Achtundsechziger werden immer gebraucht. Die Generationen der DDR und das neue Deutschland*, in: *FAZ, Bilder und Zeiten*, 25.11.1995.
- 7 S. dazu Hugues de Jouvenel, *Europe's Ageing Population. Trends and Challenges to 2025*, Guildford 1989; diverse OECD Surveys (referiert im *Economist*-Survey, *All our tomorrows*, 27.1.1996) und World Bank (ed.), *Averting the Old Age Crisis*, Oxford 1994. Die daraus resultierenden Belastungen (Defizite in den Pensionskassen, Pflegeversicherungskosten etc.) werden übrigens auf ironische Weise die alte Verteilung der Generationen wiederherstellen: Post-Adoleszente werden früher als Beitragszahler benötigt, Früh-Pensionäre müssen länger arbeiten. Vgl. auch Gerd Göckenjahn, *Alter – Ruhestand – Generationsvertrag? Zum Altersdiskurs aus historisch-struktureller Perspektive*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B

- 17/1993, S. 3 ff.; zu den ethischen Dimensionen Harry R. Moody, *Ethics in an Aging Society*, London 1993.
- 8 Als Fallstudie vgl. Tricia Rose, *Black Noise: Rap Music and Black Culture in Contemporary America*, Hannover 1994; dies./Andrew Ross, *Microphone Fiends: Youth Music and Youth Culture*, New York 1994; Henning Breuer, *Techno Tekkno Textasy*, Köln 1995; Philipp Anz/Patrick Walder, *Techno*, Zürich 1995. Die AG SPoKK der Universität Gießen und ein Graduiertenkolleg bereiten dazu weitere Fallstudien vor. Interessante Selbstdarstellungen geben *Kursbuch* 121, *Der Generationenbruch*, Berlin 1995; Eric Liu (ed.), *Next: Young American Writers on the Next Generation*, New York 1994; Jayne Miller, *VOXpop: The New Generation X speaks*, London 1995, sowie Leggewie (Anm. 2). Das WorldWideWeb dient längst als Selbstverständigungsmedium der neuen Generation. Einen guten Einstieg in die virtuelle Szene gibt: http://www.yahoo.com/Society_and_Culture/Age/Generation_X/
 - 9 S. ferner Susan A. MacManus, *Young vs. Old*, Boulder/Col. 1996; Vern. L. Bengtson/W.A. Achenbaum (eds.), *The Changing Contract Across Generations*, New York 1993, und Peter Laslett/James S. Fishkin (eds.), *Justice Between Age Groups and Generations*, New Haven 1992. Vgl. auch die einschlägigen Artikel von Peter G. Peterson, zuletzt: *Will America Grow up before It Grows Old?*, in: *The Atlantic Monthly*, May 1966.
 - 10 Vgl. das Dossier »Die 89er« in der *Wochenpost* 43/1995 und Michele Mitchell, *A New Kind of Party Animal*, *New York Times* vom 20.1.1996, sowie die Kolumne des *Wired*-Journalisten John Heilemann, *It's the New Economy, Stupid*, in: *Wired*, March 1996, S. 67 ff.

Shmuel N. Eisenstadt

GENERATIONSBEWUSSTSEIN UND MODERNE

I

Was besagt heute die Rede von Generationen, Generationsbewußtsein und Generationskonflikt? Welche Bedeutung hat sie zum Beispiel in bezug auf die Generation von 1989?

Zweifellos können sich Gruppen, die das Erlebnis eines wichtigen oder dramatischen Ereignisses teilen, als eine Generation definieren. Doch ist eine solches Verständnis von Generationserfahrung bzw. Generationsbewußtsein wohl zu unterscheiden von jenem, über das etwa Karl Mannheim, Ortega y Gasset und viele andere moderne Denker geschrieben haben. Anders als bei ihnen wird das Generationsbewußtsein, das ursprünglich in der Familie verankert ist, hier in den öffentlichen Bereich – in die Politik oder in die Kultur – hinausgetragen und zu einem starken sozialen, politischen oder kulturellen Protestpotential.

Für die Artikulation eines solchen Bewußtseins gibt es in den modernen Gesellschaften mehrere Beispiele. Das hängt paradoxerweise damit zusammen, daß die Entwicklung von spezifischen Jugendorganisationen in diesen Gesellschaften mit der Tatsache einhergeht, daß das Lebensalter als Kriterium für die Zuweisung sozialer Rollen an Relevanz verliert.

Für die Herausbildung eines Generationsbewußtseins, das gewöhnlich, wenn nicht immer mit einem Bild von Jugend verbunden ist, gibt es mehrere Gründe, die in verschiedenen Kombinationen auftauchen – variierend nach geschichtlicher Situation und Gesellschaftstyp.

Ein erster Grund ist die zunehmende Arbeitsteilung mit all ihren Folgen: eine wachsende Spezialisierung in den gesellschaftlichen Institutionen und Rollen, das Auseinanderdriften von Familien- und Berufsleben, der Ausbau der Schul- und Berufsausbildung und in der Folge immer längere Übergangsperioden, in denen die jungen Menschen nicht mehr in die Familie und noch nicht voll in die Gesellschaft integriert sind. Dieser Differenzierungsprozeß ist ein wesentlicher Zug unserer Zeit, und seine Auswirkungen werden seit vielen Jahren untersucht. Eine Auswirkung ist die Entstehung einer breiten Palette von Jugend- und Subkulturen, mit der ich mich in meinem Werk »Von Generation zu Generation«¹ beschäftigt habe. Manche dieser Subkulturen werden von den Jugendlichen selbst geschaffen, manche von verschiedenen Sozialisierungsagenturen, manche

auch von beiden gemeinsam. Die Vielfalt dieser Kulturen zieht sich durch alle modernen und, wie es heute heißt, postmodernen Gesellschaften hindurch, und daran wird sich wohl auch nichts ändern, selbst wenn diese Gesellschaften einem so dramatischen Wandel unterliegen sollten, daß die Ursachen für das Entstehen dieser Subkulturen verschwinden – was ich bezweifle.

Ein weiterer, in der Literatur nicht genügend beachteter Faktor für die Bildung von Generationsbewußtsein ist die Art und Weise, wie in den modernen Gesellschaften soziale Rollen definiert werden bzw. wie diese Rollen mit den dort neu entstandenen gesellschaftlichen Lebensbereichen zusammenhängen. In den letzten 20 oder 30 Jahren hat sich in diesen Gesellschaften eine starke Tendenz bemerkbar gemacht, zwischen verschiedenen sozialen Kategorien und Lebensbereichen eine deutliche Abgrenzung vorzunehmen. Das moderne Erziehungssystem spielte hierbei eine besonders wichtige Rolle und hat damit die Wahrnehmung und Definition von Jugendproblemen wesentlich mitgeprägt.

Einer der interessantesten Aspekte dieses Prozesses besteht darin, daß die Jugend sich selbst als Träger von Tugenden sah, die im Zuge der modernen Arbeitsteilung, besonders in Situationen raschen Wandels, verloren gegangen waren. Sie verstanden sich als charismatisch, rein und unverdorben, aber auch andere Gruppen sahen sie so. Der Grund dafür war, daß die Jugend offensichtlich die größte Gruppe war, die nicht direkt in die Arbeitsteilung involviert war. Natürlich konnte auch sie sich den Folgen wachsender Arbeitsteilung nicht entziehen, aber sie verstand und präsentierte sich als Gegeninstanz zu einer mechanisierten Welt. Und da viele Ideologien und soziale Bewegungen den Kampf gegen die aus der Arbeitsteilung resultierende Entfremdung auf ihre Fahnen geschrieben hatten, bot sich die Jugend als Hoffnungsträger für die Wiederherstellung der verlorenen Tugenden geradezu an. Jugend wurde so zu einer Kategorie, die nicht mehr allein über das Alter definiert war, sondern ein hohes Potential von innerer Widersprüchlichkeit und Konfrontation implizierte.

Eine dritte Ursache für die Entstehung von Generationsunterschieden und einem daraus entspringenden spezifischen Generationsbewußtsein liegt in der Beschleunigung des geschichtlichen Wandels und vor allem in dem Bewußtsein davon – ein Bewußtsein, das letztlich in den revolutionären Zügen unserer Kultur wurzelt, denen sie ihre Modernität verdankt.

Natürlich führt dieses Wissen um die Beschleunigung der Geschichte nicht zwangsläufig zu einem Generationsbewußtsein- und -gegensatz – selbst wenn man einräumt, daß ein solches Bewußtsein weiter verbreitet ist, als bisher angenommen, und daß es nicht an eine Jugendideologie und -symbolik gebunden ist. Es bedarf spezifischer historischer Umstände, damit sich ein Generationsbewußtsein in dieser Symbolik ausdrückt. Zwei

Fälle sind hier von besonderer Bedeutung: die Jugendbewegungen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa, z.B. die Wandervogel-Bewegung in Deutschland, und die Studentenbewegungen der sechziger und siebziger Jahre.

II

Wenden wir uns zunächst dem ersten Fall zu. Die Jugendbewegungen jener Zeit haben mit den Ungleichzeitigkeiten in der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun, wie sie im Zuge der rapiden Modernisierung auftraten. Der Übergang ins Erwachsenenendasein konnte in den Augen der damaligen Jungen nicht mehr im Rahmen der bestehenden Sozialordnung erfolgen.² Ihr Wille war es, sich eine neue soziale Identität zu schaffen und das gesellschaftliche Leben von Grund auf zu ändern.

Das Bestehende wurde von den Jugendbewegten in düsteren Farben geschildert, sie geißelten es für seinen Materialismus, seine Menschenfeindlichkeit und eine Enge, die Kreativität erstickte und Selbstverwirklichung nicht zuließ. Ihre Hoffnung setzten sie in die unmittelbare Zukunft. Die Symbolik, die die Jugendbewegungen jener Zeit entwickelten, insbesondere das Prinzip Jugend als solches, war so erfolgreich, weil sie die Hoffnungen der Generation artikulierte und ihr ein Ziel vorgab, und weil sie eng verbunden war mit der Symbolik der neuen modernen Kollektivitäten, wie sie zu jener Zeit von den großen »klassischen« sozialen Bewegungen geschaffen wurden. In Italien, Deutschland, in Mittel- und Osteuropa und in Rußland waren dies insbesondere die sozialistischen und nationalistischen Bewegungen und der Zionismus.

Erstes und wichtigstes Ziel dieser Bewegungen war es, die Zentren³ der Gesellschaft um- bzw. neu zu bauen. Diese Zentren wurden als die Verkörperung der wichtigsten charismatischen Dimension der neuen sozialen und kulturellen Ordnung betrachtet. Anders gesagt, es ging um die Schaffung solcher Zentren, den Zugang zu und die Teilhabe an ihnen, im Zusammenhang mit der Vision wirtschaftlichen Fortschritts. An diesem Vorhaben waren auch die Jugendbewegungen beteiligt. In einer Zeit wachsender Arbeitsteilung, stürmischer Industrialisierung und zunehmender sozialer Mobilität in ganz Europa wurden sie zu einem wichtigen Bestandteil der sozialen Bewegungen.

All diese Bewegungen hatten einen Einfluß auf die verschiedensten Bereiche, nicht nur auf Politik und Bildung, sondern auf die Kultur im allgemeinen. In gewisser Weise ist die Bildung selbst zu einer sozialen Bewegung und sind viele Schulen und Universitäten zu wichtigen Trägern kollektiver Werte geworden.

III

In den Studentenbewegungen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre verbanden sich Jugendsymbolik und kollektive Symbolik auf ganz andere Weise. Denn inzwischen waren viele jener Werte, für die die verschiedenen sozialen und nationalen Bewegungen und die Jugendbewegung der Vergangenheit gekämpft hatten, institutionalisiert; darüberhinaus hatte im Bildungswesen und in der Berufswelt ein tiefer Strukturwandel stattgefunden. Die kollektiven Werte lagen nicht mehr in romantisch verklärter Ferne, sondern waren zu sehr irdischen, den trivialen Details der Tagespolitik und Bürokratie unterworfenen Zielen geworden, manchmal in einem Maße, das die Dimension der Zukunft verflachte, ihren visionären Charakter kassierte.

Diese Verschiebung der Betonung von der Schöpfung zukunftsorientierter kollektiver Werte zu ihrer Institutionalisierung ging einher mit einer Verschiebung in der Orientierung und Fokussierung von Protestverhalten in den modernen Gesellschaften. Auf diese Weise haben sich einige neue Merkmale herausgebildet, die für die Jugendbewegungen der Nachkriegszeit charakteristisch sind.

Vor allem waren sie viel weiter verbreitet als die vorhergehenden Bewegungen – sie stellten ein internationales, ja globales Phänomen dar. Darüber hinaus zeichneten sie sich durch eine Kombination von intellektuellem Anarchismus (*intellectual antinomianism*) und Ablehnung der Vätergeneration aus. Auch ihre Ziele waren auf die Erneuerung des Zentrums, die Schaffung einer neuen Gesellschaft gerichtet. Doch hier wird das Bild komplex.

Denn einerseits ist unbestreitbar, daß die Bewegungen mit diesem Vorhaben scheiterten. Die Zentren antworteten flexibel auf die Herausforderung, und die Bewegungen vermochten es nicht, auch nur eine Regierung zu stürzen, obwohl in der Öffentlichkeit die Überzeugung herrschte, daß ihnen ein starkes revolutionäres Potential innewohne.

All dies hatte natürlich weitreichende Folgen für die neuen, aus der Studentenrebellion hervorgegangenen Protestbewegungen, von den neueren Frauenbewegungen bis zu den ökologischen Bewegungen. An die Stelle der konfliktbetonten und ideologischen Angriffe auf das Zentrum, welche die »klassischen« sozialen Bewegungen charakterisierten, ist die Forderung nach Ausweitung der sozialen und politischen Partizipation, nach einem besseren Zugang zu den Ressourcen (und manchmal auch zu den Symbolen) des Zentrums getreten, ohne dieses selbst erneuern zu wollen.⁴ Allerdings zeigen die neuen Protestbewegungen einen gewissen Skeptizismus gegenüber den Zentren, sie verspüren ihnen gegenüber kaum Verantwortung und halten sich gerne auf Distanz zu deren Institutionen und Strukturen. Am bezeichnendsten ist vielleicht der Wechsel von der

Forderung nach einem besseren Lebensstandard, wie sie für die fünfziger Jahre, Inbegriff steten technischen und wirtschaftlichen Fortschritts, typisch war, zu der Forderung nach höherer Lebensqualität in den siebziger Jahren, der Wechsel also von materiellen zu postmateriellen Werten.

Wenn die Jugend- und Protestbewegungen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auch nicht imstande waren, eine neue Gesellschaft zu schaffen, so hatten sie doch einen tiefgehenden Einfluß auf die Struktur und die politische Orientierung der Gesellschaften, in denen sie entstanden sind. Sie haben diese Gesellschaften verändert oder waren zumindest an ihrem Wandel beteiligt und trugen zur Neudefinition sozialer Rollen und Lebensbereiche bei.

Die alten semantischen und ideologischen Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurden unterlaufen durch die Verwischung von Grenzen, durch Neukombination von Bereichen und durch die Entstehung einer Vielfalt von Querverbindungen etwa zwischen öffentlicher und privater Sphäre, Arbeit und Bildung oder Arbeitsplatz und Wohnung – samt den daraus hervorgehenden neuen Typen von Lebensstilen.

Die meisten Rollen, geschlechtsspezifische Rollen, Rollen in Beruf und Familie, lösten sich von ihren symbolischen und institutionellen Rahmenbedingungen wie Standes-, Klassen- oder Parteizugehörigkeit. Sie wandelten sich in Cluster, die stetem Wandel unterworfen sind und nur noch losen Bezug auf übergreifende Ordnungen und das gesellschaftliche Zentrum haben. Darüber hinaus wurden viele Rollen neudefiniert. Beispiele aus der Sphäre des Berufslebens sind die Kommerzialisierung von Dienstleistungen oder die Entkoppelung höherer Einkommen von konservativen Einstellungen. Manager oder Unternehmer mit linken Überzeugungen und einem subkulturell gefärbten, lockeren Lebensstil beispielsweise sind nichts Ungewöhnliches mehr.

In der politischen Sphäre bildeten sich neue Gruppierungen heraus, gleichzeitig lockerten sich die Bindungen dieser Gruppierungen an das politische Zentrum. Es sind neue Typen kultureller und sozialer Identität entstanden, die quer zur geltenden politischen Ordnung stehen und damit die Rolle des Bürgers in der Gesellschaft neu definiert haben.

Zu den wichtigsten Veränderungen gehört die Schaffung gesellschaftlicher Nischen, in denen neue kulturelle Orientierungen, neue Weisen der Suche nach Sinn kultiviert wurden – teils in Gestalt von Gegenkulturen, teils als Bestandteile einer neuen Kultur. Manche Menschen haben ihren Lebensmittelpunkt ganz dorthin verlegt, manche sind dort nur übergangsweise zu Gast. Diese Enklaven können unter bestimmten Umständen als Reservoir für revolutionäre Aktivitäten und Gruppen dienen. Im allgemeinen stellen sie den Ausgangspunkt für weitreichende gesellschaftliche

und kulturelle Veränderungen dar. Sie sind im Übrigen ein Ausdruck für das, was Max Weber »Entzauberung der Welt« genannt hat – insofern nämlich die erstrebte Partizipation an den Zentren sich als bedeutungslos erweisen könnte, da sie ihr Geheimnis verloren haben, da der König wieder nackt ist.

Bezeichnenderweise richten sich viele dieser neuen Orientierungen nicht nur gegen die mit dem Vormarsch der Technik wachsende Bürokratisierung und Rationalisierung, sondern auch gegen die Vormachtstellung der Wissenschaft in einer Gesellschaft solchen Typs.

Wie wir sehen, hat sich der Protest von der Forderung nach mehr Partizipation in Bezug auf die Zentren verschoben zu einer Kritik, die diese Zentren ihrer charismatischen Autorität entkleiden will, ja ihre Legitimität schlechthin in Frage stellt. Gleichzeitig sucht man nach neuen Möglichkeiten sinnvoller politischer Partizipation, sei es in Gestalt neuer, direkterer Formen von Beteiligung, sei es jenseits der bestehenden Zentren und unter Schaffung neuer, unabhängiger Zentren.

Während sich früher insbesondere in Europa die charismatische Dimension der Gesellschaftsordnung über den Nationalstaat oder das Klassendenken als – politisch umkämpfte – Orte des *sacrum* definierte, werden die politischen Zentren heute anders wahrgenommen. Die Suche nach dem *sacrum*, nach einer charismatischen Vision ist in andere soziale Räume ausgewandert, vor allem in die oben erwähnten Enklaven der Gegenkulturen.

Dieser Entcharismatisierungsprozeß wird von einem Wandel im Geschichtsbewußtsein begleitet. In den westlichen Gesellschaften finden große historische Veränderungen statt, doch nimmt das Bewußtsein davon im Vergleich zur früheren, »klassischen« modernen Gesellschaft ab; insbesondere die Vorstellung, daß die Geschichte sich auf ein Ziel hin bewegt.

Die Tendenzen zur Entcharismatisierung des Zentrums sind auch für die »Revolutionen« von 1989 charakteristisch, die das Ende des Sowjetimperiums besiegelten. Durch dieses Merkmal unterscheiden sie sich im übrigen deutlich von den klassischen großen Revolutionen.⁵

Die verschiedenen Prozesse, die hier skizziert wurden, haben zu nachhaltigen Veränderungen auch im Generationsbewußtsein geführt. Eine gemeinsame geschichtliche Erfahrung wie etwa die des Umbruchs von 1989 kann durchaus ein neues Generationsbewußtsein schaffen. Doch bleibt angesichts der hier betrachteten Entwicklungen offen, ob ein solches Bewußtsein eine klare Gegenposition markieren wird, auf deren Grundlage es politische Stärke und Dauerhaftigkeit beweisen kann. Wenn es Bestand haben sollte, dann wohl eher in vager und heterogener Gestalt, vielleicht auch in neuen künstlerischen Ausdrucksformen.

Aus dem Englischen von Klaus Nellen

Anmerkungen

- 1 Von Generation zu Generation. Altersgruppen und Sozialstruktur, München 1966. Die Originalausgabe erschien unter dem Titel »From Generation to Generation: Age groups and social structure«, Glencoe, Ill. 1956, 2. Aufl. 1969.
- 2 Vgl. ebd., S. 98 ff. und 329 ff.
- 3 Zum Begriff des Zentrums vgl. Edward Shils, Center and Periphery, The University of Chicago Press, Chicago and London 1975, p. 3: »The center, or the central zone, is a phenomenon of the realm of values and beliefs. It is the center of the order of symbols, of values and beliefs, which govern the society. (...) The central zone partakes of the nature of the sacred. (...) The center is also a phenomenon of the realm of action. It is a structure of activities, of roles and persons, within the network of institutions. It is in these roles that the values and beliefs which are central are embodied and propounded.« (Anm. d. Red.)
- 4 Vgl. S.N. Eisenstadt, Some Observations on »Post-Modern« Society, in: Volker Bornschier e.a. (Hg.), Diskontinuität des Sozialen Wandels, Frankfurt a.M. 1990.
- 5 Genauer dazu s. S.N. Eisenstadt, The Breakdown of Communist Regimes and the Vicissitudes of Modernity, in: *Daedalus* 121, 2/1992 (The Exit from Communism), S. 21-42.

Hans-Joachim von Kondratowitz
 DER GENERATIONENVERTRAG UND
 DIE ZUKUNFT GENERATIVER POLITIKEN

I

Wenige Begriffe sind so sehr mit der Entstehungs- und Begründungsgeschichte des Sozialstaats der Bundesrepublik Deutschland verbunden gewesen wie der des Generationenvertrags. Ein Bewußtsein von der ideologischen Präsenz dieser Deutungsfigur hatte sich allerdings in den Jahren der sozialliberalen Koalition eher verflüchtigt. Der ursprünglich stark normative Gehalt des Terminus schien sich wohltuend reduziert zu haben auf die schlichte Kennzeichnung und die jeweiligen Anpassungsleistungen eines bestimmten Verteilungsmechanismus, des sog. Umlageverfahrens, nach dem die jeweils »erwerbstätige Generation« mit ihren Beiträgen, die gemäß einem bestimmten Prozentsatz des Arbeitseinkommens berechnet sind, die Rentenzahlungen an die gegenwärtig nicht mehr erwerbsaktive »Generation der Rentner« abgilt. Dieses Umlageverfahren ist in der Bundesrepublik zur Grundlage der epochalen Rentenreform von 1957 geworden und hat das bis dahin gültige, aber schon erheblich inflations- und weltkriegsgeschädigte Kapitaldeckungsverfahren in der Rentenversicherung abgelöst. Damit wurde eine »dynamische Rente« eingeführt, deren Höhe sich nicht nur aus dem individuellen versicherungspflichtigen Einkommen über das Erwerbsleben hinweg ergab, sondern auch eine regelmäßige Anpassung an die allgemeine Wohlstandsentwicklung einschloß. Diese Entscheidung, der Rente nun erstmalig die Funktion eines Lohnersatzes zuzuweisen, hat sie von dem vorherigen Makel befreit, nur ein knapp bemessenes Zubrot zu sein, das in jedem Fall zusätzliche Einkommensquellen nötig macht.

Diese Situation einer, wenn man so will, immanenten Entzauberung des »Generationenvertrags« durch die Anpassungspraxis der Rentenpolitik hat sich in den achtziger und neunziger Jahren grundlegend geändert. Nun dringen wieder viele vergessen geglaubte Bedeutungshorizonte dieses Terminus an die gesellschaftliche Oberfläche, und es gibt in der Tat gute Gründe, das Verhältnis von Generationen und Sozialstaat erneut auf den Prüfstand zu bringen. Denn vor allem haben sich bereits seit einiger Zeit die für die Geltung dieses Verteilungsmodells essentiellen sozioökonomischen Voraussetzungen des stetigen Wirtschaftswachstums mit tendenziell

expandierendem Erwerbsarbeitsangebot unwiederbringlich verändert – der »Traum von der immerwährenden Prosperität« (B. Lutz) ist in den meisten westlichen Industriestaaten vorbei. Und die zukünftigen demographischen Perspektiven wie auch die längerfristigen Entwicklungstendenzen des Arbeitsmarkts werden die Funktionsimperative des bisher wirksamen Generationenvertrags so sehr in Frage stellen, daß bereits heute ein Problemdruck zum Neuentwurf des gesamten Sozialversicherungssystems entstanden ist, dessen Dynamik zunehmend die gesellschaftspolitische Verständigung zu dominieren beginnt. Damit hat aber die Frage nach der gesellschaftlichen Verbindlichkeit des Generationenvertrags längst wieder den Raum einer bloßen Debatte über »Rentensicherheit« verlassen und ist zu einer Chiffre für eine womöglich tieferreichende Solidaritätskrise unserer Gesellschaft geworden.

Einem solchen Befund entspricht die bezeichnende Dreiteilung der in den letzten Jahren in der Bundesrepublik sichtbaren öffentlichen Reaktionsformen und die erregte Zuspitzung der öffentlichen Debatte. Nachdem in den achtziger Jahren noch eine breite und differenzierte Diskussion in der sozialpolitischen Öffentlichkeit über verschiedene Modelle einer Grundsicherung im Sozialstaat stattgefunden hatte,¹ scheinen heute die dort bereits erreichten Standards der Verständigung völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Stattdessen artikuliert sich eine unter dem enormen Druck der Finanzkrise dieser Sozialversicherung fast schon richtungslose Hektik der Reformaktivitäten. In der Öffentlichkeit vorherrschend ist jene Majorität der Interessenten, Interessenkoalitionen und Experten, die aus Fachbeamten der Ministerien, der Arbeitsverwaltung und der Rentenversicherungsträger, den sozialpolitischen Parteisprechern, Vertretern von Großindustrie und Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaftsrepräsentanten und wissenschaftlichen Beobachtern besteht. Diese – erste – Gruppe will eine immer noch grundsätzliche Reparatur- bzw. Anpassungsfähigkeit dieses Verteilungsmodells annehmen. Gerade unter dem Druck der Finanzkrise der Versicherungssysteme ist das über lange Jahrzehnte gewachsene institutionelle Beharrungsvermögen dieser Systeme inzwischen so weit erschüttert worden, daß jetzt zunehmend ernsthafte und oft auch in das historisch erreichte Leistungsprofil eingreifende Veränderungen bzw. Reduktionen vorgeschlagen werden. Die heftigen Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland demonstrieren, daß ein solcher Druck zu einer Leistungsüberprüfung der Rentenversicherung plötzlich Reformmöglichkeiten denkbar erscheinen läßt, die noch vor wenigen Jahren kaum mit erfolversprechenden Aussichten hätten geäußert werden können. Erinnerung sei hier nur: an die inzwischen geradezu schon inflatorisch auftretende Forderung nach der Reduktion »versicherungs-fremder« Elemente der Rentenversicherung (wie Erziehungszeiten, Anrechnung von Ausbil-

dungszeiten etc.), um damit eine öffentliche (d.h. steuerfinanzierte) Deckung von Leistungen zu erreichen, die für gesellschaftlich relevant erachtet werden, die aber bisher nicht durch Beitragszahlungen abgedeckt sind; an den Plan des Zurückschneidens der vor Jahren gerade für die neuen Bundesländer noch einhellig begrüßten und geförderten Frühverrentung; an die bereits angedrohte zukünftige Überprüfung der Voraussetzungen für das Gewähren von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten; an die wohl eher im Sinne symbolischer Politik geäußerte, aber realpolitisch kaum durchsetzbare Forderung nach der Ausweitung der Beitragszahler durch bisher nicht versicherte Berufs- und Versorgungsgruppen oder auch an die Möglichkeit des komplementären Aufbaus eines Pensionsfonds zur Kompensation zukünftiger Rentenreduktionen etc.

Die zwangsläufige Konsequenz der meisten dieser Reformvorhaben ist allerdings, daß sie an einer Stelle ein Problem lösen wollen, dadurch aber neue lösungsbedürftige Problemlagen und Defizite hervorbringen und damit im Grunde ebenjenes System der Sozialversicherung weiter destabilisieren, das sie zu festigen beabsichtigen. Hinzu kommt, daß damit früher ausgehandelte gesellschaftliche Versorgungsstandards des wohlfahrtsstaatlichen Leistungsspektrums in vorher kaum erwartetem Ausmaße in Frage gestellt worden sind. Und nicht zuletzt ist die gesamte Debatte über die Zukunft der Sozialversicherung eingebettet in ein prekäres gesellschaftliches Klima. Denn Vorschläge dieser Art, die letztlich alle darauf zielen, wenigstens den Kern des Generationenvertragsmodells durch den Nachweis seiner Flexibilität und Reorganisationsfähigkeit zu retten, sind im Augenblick mit einer bezeichnenden Ambivalenz konfrontiert: Die Offenheit, mit der diese systemimmanenten Reformzwänge eigentlich diskutiert werden müßten, ist suspendiert durch die Angst vor einer tiefgreifenden Legitimationskrise des gesamten Wohlfahrtsstaatsregimes und vor den damit drohenden unabsehbaren politischen Verwerfungen und Radikalisierungen, die die demokratischen Entscheidungsmechanismen selbst gefährden könnten.

Demgegenüber hat heute eine zweite Gruppe deutlichen Aufwind bekommen: jene Minorität von Sozialstaatskritikern, die eine unterschiedliche politische Herkunft haben, sich aber immer einig waren in der Kritik an dem vorherrschenden Modell der Rentenversicherung mit ihrem System von Beitragszeiten, welche sich an der kontinuierlichen Beteiligung am Erwerbsarbeitsleben orientieren. Sei es, daß aus wirtschaftsliberaler Sicht (Kronberger Kreis) eine Grundrente, auf Sozialhilfeniveau beschränkt, von einer individuellen Privatversorgung im Alter ergänzt werden sollte; sei es, daß man vor allem das »dritte Standbein« eines Generationenvertrags durch einen weitaus wirksameren Familienlastenausgleich zur sozialen Sicherung kinderreicher Familien einklagen will, um nur

einige der Modelle zu nennen, die den Systembruch oder die grundsätzliche Systemergänzung propagiert haben. Alle diese Kritiker stimmen überein in der Forderung nach einer grundsätzlichen Neuorganisation der Altersversicherung und damit zumindest nach der Revision des Modells des Generationenvertrags, wenn nicht seiner Ersetzung durch andere Sicherungsmodelle. Auch diese öffentlichen Wortmeldungen sehen in der Krise des Sozialversicherungssystems eine den Gesellschaftszusammenhang gefährdende Dynamik am Werk, glauben dem aber durch eine Politik der radikalen Offenlegung der voraussichtlichen Fehlentwicklungen und durch einen Entwurf von neuen Versorgungsformen im Alter begegnen zu können. In letzter Zeit hat diese bis noch vor wenigen Jahren politisch eher randständige Position vermehrt publizistische Aufmerksamkeit gewonnen durch ihre Popularisierung in einigen offenbar gut verkäuflichen Polemiken, die damit auch die Brücke schlagen zu den immer wieder düster beschworenen Krisenszenarios eines »Krieges zwischen den Generationen«,² auf die später noch zurückzukommen sein wird.

Mit einer der beiden hier skizzierten Auffassungen ist heute oft eine dritte öffentliche Argumentation verbunden, auch diese vertreten von verschiedenen politischen Lagern. Sie löst sich bei der Interpretation des Generationenvertrags von der Identifikation mit dem konkreten Verteilungsmodell des Umlageverfahrens und gewinnt stattdessen eine gesellschaftskritische Dimension des Terminus »Generationenvertrag«. Unter dem eingängigen Gegensatzpaar »Alter Generationenvertrag versus Neuer Generationenvertrag« wird angemerkt, daß das herkömmliche Modell zwangsläufig auf die Sphäre der Erwerbsarbeit zentriert bleibt und daß damit der gesellschaftlich wesentliche Bereich der Haushaltsproduktion mit seinen, vor allem in unbezahlter Frauenarbeit erwirtschafteten Dienstleistungen bei der Berücksichtigung der Alterseinkommen völlig ausgespart bleibt. Aber auch unabhängig von der mangelhaften rentenrechtlichen Widerspiegelung dieser Tätigkeiten in der Altersversorgung von Frauen hat die Sphäre der Haushalte für die Reproduktion einer alternden Gesellschaft essentielle Bedeutung. Denn vor allem in der Aussicht, daß für die Erwerbstätigen zukünftig die Pflege ihrer Eltern mehr und mehr zu einem selbstverständlichen Teil ihrer Biographie gehören wird, liegt eine meist noch gar nicht voll verstandene Herausforderung für eine Gesellschaft, in der Hochaltrigkeit zunehmend zu einem bestimmenden Merkmal werden wird. Diese notwendige Integration des Haushalts in den Bedeutungshorizont eines zukünftigen Generationenvertrags heißt für andere Autoren aber auch eine gleichzeitige kulturelle Veränderung, die die vorher dominierenden sozialen Kosten des Sozialstaats, wie erhöhte soziale Kontrolle, Bürokratisierung und mangelnde Mitmenschlichkeit, in einer neuen »Kultur des Helfens« gleichsam aufheben und damit als zukünftig

prägendes Gestaltungselement der Gesellschaft profilieren will. Auch wenn diese Perspektive in der sozialpolitischen Praxis oft auf den Versuch der Stimulierung unbezahlter Freiwilligenarbeit, dem sog. (weiblichen) Ehrenamt, verengt worden ist, machen diese Neuinterpretationen des Generationenvertrags insgesamt doch auf einen – für den bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat charakteristischen – Mangel aufmerksam: auf die theoretische, konzeptuelle und praktische Vernachlässigung der sozialen Dienstleistungen und ihrer Wirkungen im nationalen und internationalen Vergleich.³

Ein weit gesteckter Bezugsrahmen für die Verwendung des Begriffs »Generationenvertrag« und die angesprochenen gesellschaftspolitischen Kontroversen zeigen, daß es genügend gute Gründe gibt, sich die verschiedenen Bedeutungen dieses ambivalenten Begriffs noch einmal zu vergegenwärtigen, auf die durchaus divergenten historischen Gehalte hinzuweisen (II) und dann die darin enthaltenen Erwartungen mit den zukünftigen Möglichkeiten für Generationspolitiken in der alternden Gesellschaft zu kontrastieren (III und IV).

II

Daß das für die bundesdeutsche Sozialpolitik so bedeutsame Modell des Generationenvertrags in der Gestalt des Umlageverfahrens solche Dominanz gewinnen konnte, war zuerst einmal historisch das Resultat wirtschaftstheoretischer Diskussionen der frühen fünfziger Jahre. Damals war es unübersehbar geworden, daß sich die bisher gültigen gesellschaftlichen Voraussetzungen des alten Modells der Rentenversicherung geändert hatten: Über das Jahrhundert war die durchschnittliche Lebenserwartung deutlich gestiegen und der durchschnittliche Privathaushalt hatte sich verkleinert, bzw. die Anzahl der Einpersonenhaushalte sich vermehrt. Vor allem aber war die ökonomische Basis der Kapitaldeckung der Rentenversicherung durch die Kriegsfolgen zerstört und konnte damit die ungeheuren sozialen Umwälzungen in der Folge des Zweiten Weltkrieges nicht auffangen.

In dieser Situation mußte es zwangsläufig zu einer grundsätzlichen Revision des herkömmlichen Modells der Rentenversicherung kommen. Im April 1952 entstand auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik eine scharfe Auseinandersetzung über das Grundsatzreferat des damals einflußreichen Ökonomen und Bevölkerungswissenschaftlers Gerhard Mackenroth.⁴ In seinem Beitrag »Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan« diagnostizierte er eine für die Sozialversicherung grundsätzlich veränderte Wirklichkeit: Die Stellung der Arbeiterschaft sei inzwischen gesichert, während andere, bisher als ökonomisch stabil eingeschätzte Schichten als bedürftig angesehen werden müßten. Darüberhinaus hät-

ten sich die schichtspezifischen Prägungen von Familien verringert, wie überhaupt die patriarchalische Familie im Abbau begriffen sei. Für eine Sozialpolitik würden sich also heute neue, schichtübergreifende Aufgaben stellen, die mit dem gesamten volkswirtschaftlichen Kreislauf zu harmonisieren wären. Deshalb müsse – lautete die häufig zitierte Wendung – »aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden.«⁵ Da es danach volkswirtschaftlich keine Ansammlung von Konsumfonds für den Sozialaufwand, kein »Sparen« im privatwirtschaftlichen Sinne gibt, sind auch die Unterschiede zwischen den einzelnen institutionalisierten Sozialleistungen wie Versicherung, Vorsorge und Fürsorge nur relativ – die Quelle allen Sozialaufwandes ist das laufende Volkseinkommen, was Mackenroth als Prinzip der Einheit des Sozialbudgets bezeichnete. Die in der Diskussion der Rentenversicherung einander gegenübergestellten Verfahren der Kapitaldeckung und der Umlage sind also, volkswirtschaftlich gesehen, gar keine Gegensätze – »volkswirtschaftlich gibt es immer nur ein Umlageverfahren, d.h. eben: aller Sozialaufwand wird auf das Volkseinkommen des Jahres umgelegt, in dem er verzehrt wird.«⁶ Auf der Grundlage dieser Einheit des Sozialbudgets ist es die Aufgabe der zukünftigen Sozialpolitik, Prioritäten der sozialen Ansprüche aufzustellen, wobei Mackenroth den entscheidenden Akzent auf einen umfassenden Familienlastenausgleich legte, um damit die Kosten für »das Aufbringen der jungen Generation« auszugleichen.

Daß gegen die Plausibilität der Mackenrothschen Interpretationen bereits zu seiner Zeit und bis heute gewichtige volkswirtschaftliche Argumente ins Feld geführt wurden, sollte man zwar fairerweise erwähnen, ist aber hier nicht von zentraler Bedeutung.⁷ Entscheidend war vielmehr, daß die »Einheit des Sozialbudgets« zum Ausgangspunkt für die Karriere des »Generationenvertrags« in der Sozialpolitik der Bundesrepublik wurde. Die positive Übernahme dieses Plädoyers für eine neue Sozialpolitik wurde durch den Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer, den Ökonomen Wilfrid Schreiber, sichtbar gemacht, als dieser 1955 in einer kleinen Schrift sein Konzept der »dynamischen Rente« zur Diskussion stellte, das er vorher eingehend mit Oswald von Nell-Breuning, dem namhaftesten Vertreter der katholischen Soziallehre in der Bundesrepublik, diskutiert hatte.⁸ Auch er ging von einer gewandelten gesellschaftlichen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg aus, in der der moderne »Arbeitnehmer« als Bezieher regelmäßiger Einkommen prägend geworden ist und ein Interesse an deren Sicherung über den gesamten Lebenslauf hat. »In der industriellen Gesellschaft stellt sich daher erstmalig das Problem der Verteilung des Lebenseinkommens auf die drei Lebensphasen: Kindheit und Jugend, Arbeitsalter und Lebensabend.«⁹ Dementsprechend müsse auch eine Rentenkasse auf diese neue Lage reagieren und Renten

gewähren, die zur Befriedigung der Altersbedürfnisse ausreichen. Die Verteilungsfunktion übernimmt nun der »Solidar-Vertrag zwischen jeweils zwei Generationen«. Die jeweils Arbeitstätigen sorgen dafür, daß die jeweils Alten ihr Renteneinkommen haben und erwerben damit das Anrecht, in ihrem eigenen Alter von den dann Arbeitstätigen mitversorgt zu werden. (Hervorh. v. mir)¹⁰ Die Verteilung sollte qua jährlicher Umlage geschehen, in der das Gesamtaufkommen an Rentengeld »auf individuelle Weise an die Gesamtheit der jeweiligen Rentner verteilt (wird), nämlich so, daß die Rente jedes Rentners der Gesamtheit seiner im Arbeitsalter aufgebrauchten Beitragsleistungen proportional ist.« »Dynamisch« sollte dann diese Rente durch eine weitere Bedingung werden: »Die Altersrenten nehmen (...) an der jeweiligen Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität teil.«¹¹ In dieser Form ist denn auch das Bild vom Generationenvertrag in das sozialpolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik auf allen Entscheidungsebenen eingegangen; dies wird z.B. deutlich, wenn das Bundesverfassungsgericht 1980 definiert, daß der Versicherte »mit seinen Beiträgen zur Finanzierung der zur Zeit der Beitragsentrichtung fälligen Rentenzahlungen (beiträgt). Er erwirbt dafür einen staatlich garantierten Anspruch gegen die Versicherungsgemeinschaft, nach Erreichen der Altersgrenze durch die dann Erwerbstätigen ebenfalls versorgt zu werden (»Generationenvertrag«).«¹²

Diese verfassungsrechtliche Festlegung als faktischer »Zwei-Generationenvertrag« (zwischen »Erwerbstätigen« und »Nicht-Mehr-Erwerbstätigen«) ist seit der Rentenreform 1957 das verbindliche Verteilungsmodell sowohl der Rentenversicherung als auch der Krankenversicherung,¹³ wobei durch eine – allerdings geringe – öffentliche Förderung der Kindererziehung der Versuch gemacht worden ist, eine gewisse Komplettierung hin zum »Drei-Generationenvertrag« zu erreichen. Seine politische Durchsetzung ging, wie die Geschichte der Sozialpolitik in der Bundesrepublik gezeigt hat,¹⁴ nicht ohne starke Widerstände vonstatten, war aber zweifellos politisch gewollt, weil man sich – wie sich bei den nächsten Wahlen zeigte, zu Recht – von der damit verbundenen deutlichen Verbesserung des Lebensstandards Älterer einen starken, vor allem zukünftig wirksamen politischen Legitimationsgewinn für den Sozialstaat Bundesrepublik versprach. Die eigentlich notwendige komplementäre Seite des Schreiberischen Vorschlags war 1957 mit Sicherheit politisch nicht gewollt. Sie ergab sich zwangsläufig aus der Logik des Konzepts eines »Solidar-Vertrages«: die Ausdehnung auf den Bereich der »Noch-Nicht-Erwerbstätigen« im Sinne eines vollen »Drei-Generationenvertrags«. Unverändert aber blieb das dominierende Gesellschaftsbild, das die Repräsentanten des Generationenvertrags als Grundlage ihrer sozialpolitischen Reformen verstanden. Denn das Ziel dieses Konzepts war die Stabilisierung eines Ge-

fühls der »Existenzsicherheit« für die nun gesellschaftlich vorherrschenden Bezieher von Individualeinkommen, die ein vergemeinschaftendes Moment demnach nicht mehr in der überkommenen Familienökonomie, sondern nur noch in der einheits- und solidaritätsstiftenden Dimension des Generationenvertrags realisieren können. Oder wie es Göckenjan ausgedrückt hat: »Die Solidarität der gleichzeitig lebenden natürlichen Generationen erscheint unmöglich und soll durch einen ›Generationenvertrag‹ ersetzt werden, eine ›soziale Ordnungspolitik‹, das ist das Konzept.«¹⁵

Dieser Hinweis auf den letztlich ordnungspolitischen Gehalt des Generationenvertrags erlaubt eine Verknüpfung mit dem wohlvertrauten Konzept des Gesellschaftsvertrags aus der Aufklärung. Denn ebenso wie die Verwendung des Begriffs »Vertrag« in der Figur des Gesellschaftsvertrags zwangsläufig das Problem der Bedingungen, unter denen soziale Ordnung überhaupt möglich ist, aufwirft, so provoziert sein Gebrauch beim Generationenvertrag die Frage, welche rechtlich verpflichtenden Beziehungen zwischen den Generationen hier eigentlich gemeint sind. Dies umso mehr, als ja mit dem Vertragsbegriff ein bestimmtes Maß an Verbindlichkeit zwischen Partnern im Sinne einer formalen Übereinkunft freier Rechtssubjekte und die Existenz bestimmter Konfliktlösungsverfahren beschworen wird. Aber der Generationenvertrag bietet lediglich eine, wenn man so will, blinde Bindung von umfänglichen Altersgruppen innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit aneinander, also gerade nicht von »Generationen« im soziologischen Sinne als sinnhaften Gebilden, die eine besondere Dimension kollektiven Bewußtseins repräsentieren.¹⁶ Dabei beruht die Herstellung von wechselseitigen Beziehungen über die jeweiligen Leistungen allein auf dem Einsatz von Zwangsmitteln der dafür vorgesehenen Institutionen, während vorgelagerte oder externe Mittel der Konfliktlösung ausgespart bleiben bzw. politisiert werden müssen. Um nun diesen Zwang zu begründen, tritt die oben skizzierte Gesellschaftsdiagnose eines Verfalls traditioneller Solidaritätsformen in ihr Recht, der nicht mehr rückgängig zu machen ist, nun aber angeblich nach adäquaten Kompensationsformen verlangt. Es ist im übrigen nicht auszuschließen, daß der Rückgriff auf den Vertragsgedanken beim Generationenvertragsmodell auch sehr viel mit der Vertragsform der »Ausgedinge«, »Altenteile« und anderer großbäuerlicher Versorgungsarrangements im Alter zu tun gehabt hat, deren Idealisierung ganz wesentlich mit zum Mythos der historischen Großfamilie gehört.

Und genau an dieser Stelle des impliziten Ordnungsgedankens liegt bei den Propagatoren des Generationenvertrags der Einfallspunkt von mannigfachen ideologieträchtigen Überlegungen. Es wäre deshalb kurzsichtig, den Begriff des Generationenvertrags rein technisch als »Umlageverfahren« zu fassen und dabei seine Einbettung in implizite theoretische Voraus-

setzungen und Gesellschaftskonzeptionen zu ignorieren. Und daß der Generationenvertrag über das ihm zugrundeliegende Verfahren und dessen Funktionslogik hinaus gesellschaftliche Prägekraft besitzt, wird schon an der Tatsache deutlich, daß mit ihm mehr verbunden ist als die bloße Verteilung von Einkommen über den Lebenslauf: »Der Generationenvertrag ist auch ein Vertrag über die lebenszeitlichen Grenzen des Systems formeller Arbeit. Oder anders gesagt: Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik ist zu einem erheblichen Teil eine Politik der Altersgrenzen.«¹⁷

Die wahrscheinlich weitreichendste Prämisse des Konzepts des Generationenvertrags liegt aber wohl in der bevölkerungspolitischen Basis seiner Konstruktion. In der Tat ist ja der demographische Faktor in diesem letztlich als Gleichgewichtsmodell konzipierten Generationenvertrag keine einfach vernachlässigenswerte Größe, sondern essentieller Bestandteil der Konstruktion, da die »natürliche« Reproduktion der Generationen – neben der stetigen Steigerung der Produktivität – die zweite Voraussetzung für das Funktionieren seiner Dynamik darstellt. Die Herstellung des – in Schreibers eigenen Worten – »allen Spöttern zum Trotz, gesellschaftlichen ›Solls‹ der Kinderzahl, damit die Gesellschaft am Leben bleibt und auch für den Unterhalt ihrer Alten aufkommen kann«¹⁸, gewinnt damit notwendig einen hohen Wert. Demgegenüber sind die »Kinderlosen« bereits bei den Vätern des Generationenvertrags als selbstgerechte und parasitäre Existenzen gezeichnet, deren zwangsläufig unheilvollen Einfluß auf die Leistungsgerechtigkeit der Rentenversicherung man nur durch die konsequente Durchsetzung eines Drei-Generationenvertrags auffangen könne. Insoweit sind Gedanken des eigentlich notwendigen »Bestrafens« der Kinderlosigkeit und der impliziten Gebärpolitik im vollständigen Modell des Generationenvertrags immer mit angelegt, obwohl seine Verfechter sich heute auf den bloßen Abbau von (tatsächlich existierenden) Vergünstigungen für die Kinderlosen im herrschenden Zwei-Generationenvertrag zurückziehen wollen.

Die »natürliche« Reproduktion ist aber auch bedeutsam für eine weitere grundlegende Voraussetzung, die von den Vätern des Generationenvertrags als geradezu anthropologische Konstante eingeführt wird: Jenseits der jeweiligen konkreten historischen Organisationsformen von Familien und solidarischen Gemeinschaften gebe es so etwas wie die überzeitliche und dauerhafte Dynamik einer wechselseitigen Unterstützung der Generationen. Zwar könne diese dem menschlichen Zusammenleben notwendig inhärente Verhaltensweise aufgrund radikaler gesellschaftlicher Veränderungen wie dem »Industrialismus« völlig neue sozioökonomische Fundamente bekommen. Aber gerade deswegen sei es Aufgabe einer Sozialpolitik, das jeweilige Gestaltwerden dieser Unterstützungsdynamik auch unter diesen neuen gesellschaftlichen Bedingungen möglich zu machen

und konkret zu organisieren. Heute ist man aufgrund der Ergebnisse der historischen Familienstudien und der historisch-kulturanthropologischen Forschung weiter denn je davon entfernt, eine solche Überzeitlichkeit der Generationsbeziehungen noch ernsthaft behaupten zu können. Aber sicher ist auch: Will man eine solche Perspektive, die wahrscheinlich überhaupt erst eine Schöpfung des späten 19. Jahrhunderts ist, offensiv vertreten und zur Grundlage menschlichen Zusammenlebens erheben, dann ist das Modell des Drei-Generationenvertrags äußerst attraktiv als adäquater Ausdruck für eine Strategie, in einer Gesellschaft, deren soziale Textur vor allem durch die überwältigende Dominanz der Individualeinkommen geprägt ist, immer neu Solidaritäts- und Gemeinschaftserfahrungen herzustellen.

III

Aber läßt sich ein solch ungebrochener Optimismus heute noch rechtfertigen, um das Modell des Generationenvertrags, sei es in seiner vorherrschenden Form, sei es als voller Drei-Generationenvertrag in das nächste Jahrtausend hinüberzuretten? Gilt die These von der Vorherrschaft der Individualeinkommen überhaupt noch in einer Sozialordnung, in der immer weitere Teile der Bevölkerung ohne regelmäßige oder nur mit minimalen Erwerbseinkommen existieren? Zumindest hat sich heute die Anzahl der Arbeitsbereiten, aber »Immer-Noch-Nicht-Erwerbstätigen« als auch der Kreis der »Nicht-Mehr-Erwerbstätigen« über den gesamten Lebenslauf hinweg in ungeahntem Umfang vergrößert. Von enormen Produktivitätszuwächsen, die über den Anpassungsmechanismus des Generationenvertrags an die gegenwärtigen »Rentnergenerationen« weitergegeben werden könnten, ist auch nicht mehr die Rede. Somit ruft die für die Erfinder des Generationenvertrags so zentrale Forderung, vor allem ein Gefühl der grundsätzlichen »Existenzsicherheit« entstehen zu lassen, heute wohl nur noch melancholische Reminiszenzen wach. Und nicht zu vergessen, die Frage der Demographie: jene von den Erfindern des Generationenvertrags gewünschte »natürliche« Reproduktion hat die ihr zugemessene Selbstverständlichkeit in der Bundesrepublik bereits seit den frühen siebziger Jahren verloren. Bei gleichzeitig steigender durchschnittlicher Lebenserwartung ist der epochale Geburtenrückgang heute eine unumstößliche Tatsache, wie die seit Jahren für die Bundesrepublik immer wieder zitierte »Nettoreproduktionsrate« von ca. 0,6 belegt,¹⁹ wobei die sinkende Geburtenrate in den neuen Bundesländern diese Situation natürlich noch weiter zuspitzt. Daß die möglichen Konsequenzen dieser zunehmenden »Abwesenheit von Jugend« im übrigen weit über die Frage der Gültigkeit des Verteilungsmodells »Generationenvertrag« für die Zukunft hinausreichen, wird heute

in der Öffentlichkeit gemeinhin unter dem Etikett der »alternden Gesellschaft« diskutiert. In jedem Fall kann man sagen: Wo »Natur« und Ökonomie ihre von den Vertretern des Generationenvertrags unterstellten segensreichen Dienste versagen, muß dieses Verteilungsmodell essentiell tangiert sein. Ob diese Unterminierung des Generationenvertrags sich auch im Bewußtsein der künftig Betroffenen niedergeschlagen hat, ob eine monetäre Sozialpolitikstrategie kooperationsbegründende Prozesse zwischen den Generationen stiften konnte und wie man hier entstandene Brüche in den Wahrnehmungen zu interpretieren hat, bleibt jetzt zu fragen.

Die Diagnosen dazu sind heute eher ambivalent und uneinheitlich je nach den Bewertungsprämissen der jeweiligen Beobachter. Von Vertretern einer Grundsatzkritik am herkömmlichen Sozialversicherungssystem wird oft vorgebracht, die Versicherten selbst hätten eine völlig irri- ge Vorstellung von den Funktionsprinzipien ihrer Rentenversicherung. So berichtete Miegel bereits 1988: »Bei einer Umfrage, die wir vor einigen Jahren durchführten, zeigte sich, daß 94% der Befragten die Funktionsweise der gesetzlichen Rentenversicherung nicht begriffen hatten. Sie waren der Auffassung, ihre Beiträge würden in einer Art Sparkasse angelegt und verzinst. Sie meinten, die Höhe der Zinsen, die auf ihre Beiträge anfallen, sei wichtiger als die Solidarität mit der nächsten Generation. Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt bis zum heutigen Tage, die gesetzliche Rentenversicherung beruhe auf dem Kapitaldeckungssystem. Als wir bei der Umfrage den Befragten erklärten, daß dies nicht der Fall sei, sank die Zustimmung zu diesem System auf 23%. Das Vertrauen zu diesem System beruht wirklich nur auf einer Illusion.«²⁰ Miegels These ist allerdings anfechtbar, weil die Unkenntnis über den konkreten Mechanismus, wenn sie denn vorliegen sollte, noch nicht das Vertrauen auf Leistung und Gegenleistung im Wohlfahrtsstaat in Frage stellt. Denn »Vertrauen in die Rentenversicherung« dürfte wohl nicht mehr und nicht weniger heißen, als daß eine in ihren Leistungen irgendwie kalkulierbare, darin allgemein erwartbare und auch alltäglich bei jeder Rentenüberweisung praktisch immer wieder erfahrbare »Sicherung des Lebensabends« existiert, wobei es eigentlich zweit- rangig ist, nach welchen konkreten Prinzipien dieses System funktioniert.

Auf eine ähnlich zweckgebundene Verwertung von noch weitaus frag- würdigerem empirischen Material zu den Konflikten um das Thema »Ge- nerationenvertrag« – diesmal mit gezielt öffentlichkeitsmanipulierendem Charakter – verweist Jürgen Wolf.²¹ Das Magazin Wiener publizierte in seiner Märzausgabe 1989 Ergebnisse einer in seinem Auftrag durchgeführ- ten Umfrage der Wickert-Institute über die Einstellungen der 18-35-jähri- gen zum Generationenvertrag. Was das genauer sei, wurde dabei in die folgende bemerkenswerte Frage gekleidet: »Es wird immer von einem Generationenvertrag gesprochen: Die Jungen zahlen, die Alten kassieren.

Fühlen Sie sich an diesen ›Vertrag‹ gebunden?« 46% der Befragten antworteten mit »Nein«. Wolf bemerkt zu Recht, daß »aber nicht dieses Ergebnis bemerkenswert (ist), sondern umgekehrt, daß sich offensichtlich mehr als die Hälfte der Befragten zustimmend geäußert haben – und dies trotz einer Frageformulierung, die an Suggestivität schwer zu überbieten sein dürfte.«²² Auch hier scheinen also sozusagen subkutan gebliebene Reziprozitätsvorstellungen und Verpflichtungsdimensionen angesprochen zu sein, die über einen rein individuell definierten Nutzenkalkül hinausweisen.

Eine weitere Studie jüngerer Datums leistet demgegenüber eine etwas abgewogenere Einschätzung der Frage, ob empirisch die Idee des Generationenvertrags »im Sinne eines moralisch wirksamen Austauschs von Vorteilen zwischen gesellschaftlichen Akteuren«²³ auch als sozialpolitisch wirksam erfahren wird. Der Autor kommt nach der kritischen Diskussion einiger Forschungsergebnisse, die eine solche Sicht stützen wollen, zu dem Ergebnis, daß »die Wohlfahrtsmoral des Sozialbürgers (...) eher individuell und lebenslaufbezogen als auf andere Generationen ausgerichtet zu sein (scheint).«²⁴ Eine intergenerationell wirksame Bindekraft des Generationenvertragsmodells, die seinen Vätern so entscheidend für dessen Formulierung und politische Durchsetzung war, hätte sich demnach offensichtlich nicht hergestellt. Insoweit würde diese Aussage mit den oben angesprochenen Eindrücken Miegels und der »Wiener«-Umfrage konform gehen. Dieser Befund schließt allerdings durchaus nicht aus, daß es nicht nur die Erwartung eines monetär gesicherten Austritts aus dem Erwerbsleben, sondern auch Vorstellungen eines »gerechten« oder »ehrevollen« Abgeltens von lebenslang unter oft widrigen Umständen erbrachten Leistungen gibt, wie sie der Begriff des »verdienten Ruhestands« beispielhaft resümiert.²⁵

Entscheidend dürfte sein, auf welche konkrete Ebene sich die ange-mahnte »Solidarität der Generationen« eigentlich beziehen will, auf die unmittelbare Ebene des direkten generationellen Austauschs oder auf die vermittelten gesellschaftlichen und kollektiv wirksamen Verantwortlichkeiten zwischen Generationen. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Schon seit langem ist wohlbekannt, daß im Sinne einer innerfamiliären Umverteilung Ältere – entgegen der Mär vom »gierigen Gruftie« – ihre Kinder und Enkel direkt sowohl durch verschiedene Geld- und Vermögenstransfers als auch mit nichtmateriellen Unterstützungen und Dienstleistungen in viel größerem Umfang beistehen als gemeinhin wahrgenommen wird. Diese intergenerationellen Transfers spielen (mindestens für die etwas bessergestellten Familien) eine wichtige Rolle bei der Sicherung des Lebensniveaus jüngerer Generationen, werden aber regelmäßig in der öffentlichen Diskussion ignoriert, wenn über den angeblich schrankenlosen Egoismus der älteren Generation Klage geführt wird.

Genau wegen dieser offensichtlichen Mehrdimensionalität des Generationenaustauschs im Wohlfahrtsstaat sind die gegenwärtigen Tendenzen einer aggressiven Skandalisierung des Alters so ärgerlich. Deren fahrlässige Rhetorik hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, das man noch vor Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Die neueste Kopfgeburt der Medienstrategen, der entgegen allen empirischen Belegen hartnäckig beschworene »Generationenkrieg«, hat seine Faszination zu einem Gutteil sicher auch dem Umstand zu verdanken, daß hier eine gezielte Überblendung und Verschränkung mit sozialen Sachverhalten vorgenommen wird, die vorher unter dem alten, wohlvertrauten Signum des »Generationenkonflikts« abgehandelt worden sind, nun aber als Fehlentwicklungen des Sozialstaats reinterpretiert werden können. Die Sprache des Generationenkriegs verrät diese sozialstaatlich gewendete Nähe: Da werden Vorwürfe formuliert, die Alten hätten eine hemmungslose Anspruchsmentalität, sie strebten nach einem permanenten Feiertagsdasein, ohne neue Verantwortungen zu übernehmen, die Alten hätten nicht nur das Gemeinwohl, sondern auch das Wohl ihrer Nächsten längst aus den Augen verloren, ja selbst die Quengeleien der Enkel seien ihnen ein Graus. Und um dieses Horrormedley abzuschließen: Letztlich befände sich heute die gesamte Gesellschaft im Würgegriff dieser schlichtweg raffgierigen Sozialraubritter, während die Jugend und die kinderreichen Familien in dieser Gesellschaft zunehmend der Armut verfallen würden.²⁶

Daß sich gegen die Absurdität dieser Unterstellungen gewichtige Argumente ins Feld führen lassen, ist natürlich in der öffentlichen Meinung registriert worden.²⁷ Irritierender bleibt aber die innere Argumentationsdynamik des Diskurses vom »Generationenkrieg«. Zum einen wird hier die an sich triviale, aber über die Jahre mühsam wiedergewonnene Erkenntnis, daß »Alter« zuallererst eine normative Zuschreibung ist, Ältere aber selbst so vielfältig sind wie ihre je eigenen Lebensläufe, ohne große Umstände wieder über Bord geworfen. Die reale Komplexität wird erneut gnadenlos eingeebnet, es wird von »den Alten« geredet, als ginge es um Bedürfnisse und Handlungen realer Gruppen.²⁸ Ein solcher Eifer wird übrigens manchmal auch mit einer Verwirrung der Kriegsfronten bezahlt: In einigen Veröffentlichungen führen die »mittelalte« und die »alte« Generation zusammen Krieg gegen die »Jungen«, in anderen handelt es sich mehr um einen Krieg zwischen der »vorherrschenden Generation« und den aufstiegsgehinderten »Jungen«, dann wieder kämpft die »mittlere« Generation mit den »Alten« um die gesellschaftliche Kontrolle. Und dann erfolgt der zweite Streich: in der Perspektive des »Generationenkriegs« mutieren diese zwangshomogenisierten »Alten« zu wahren Zombies des Wohlfahrtsstaates, zu zielgerichtet agierenden Strategen einer jahrzehntelang raffiniert eingefädelten und systematisch vorbereiteten Selbstberei-

cherung, deren rastloser Einsatz für die Garantierung eines guten Lebens auf Kosten anderer sich heute endlich voll auszahlt. Beunruhigend bleibt, wie schnell eine Öffentlichkeit, die eben noch auf den ausländerfeindlichen Rassismus mit scharfer Zurückweisung reagiert hat, im Falle der so konstruierten »Alten« bereit ist, rigoros auf eine durchaus ähnliche Sprache der Ausschließung umzuschalten und auch noch glaubt, dies allen Ernstes mit der Dringlichkeit der Probleme rechtfertigen zu können. Erstaunlich ist aber auch die Eindimensionalität, mit der strukturelle Begünstigungen für »die Alten« im Leistungsspektrum des Wohlfahrtsstaates als bewußt hergestellt gedeutet werden. Natürlich macht es Sinn, die Verteilungsmuster der Leistungen auch unter dem Blickwinkel von Geburtskohorten und Altersgruppen zu betrachten, um damit die Wirkungsfelder sozialstruktureller Determinanten wie soziale Klasse und Schicht, Geschlecht, gesellschaftliche Einkommensverteilung usw. besser zu differenzieren. Aber die zweifellos bestehenden Verteilungsungleichgewichte zwischen Gruppen von Geburtskohorten (»Generationen«) sind nicht einfach als lineares Ergebnis bewußten und langfristig angelegten Einwirkens von spezifischen Altersgruppen zu erklären, auch wenn es hier und da politisch begründete Entscheidungen zur Belohnung bestimmter »politischer Generationen« gegeben hat.²⁹

IV

Über die hier skizzierten divergierenden Interpretationen des Generationenvertrags hinaus zeichnet sich heute auch in den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat insgesamt ein Wandel ab. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird in den nächsten Jahren für den Selbstverständigungsprozeß der Leistungsempfänger im Wohlfahrtsstaat eine zwangsläufige Ambivalenz charakteristisch sein: eine womöglich noch wachsende Spannung zwischen den umfassenden Erwartungen und Anforderungen an das konkrete Leistungsspektrum des Wohlfahrtsstaates einerseits und der illusionslosen Einsicht in die geringe faktische Durchsetzungsfähigkeit von Sicherungspolitiken andererseits. Der wachsende Anspruch, wohlfahrtsstaatliche Leistungen als soziale Staatsbürgerrechte zu betrachten und die Fähigkeit, die sich weitenden Lücken im sozialen Netz mit nüchternem Blick zu betrachten, scheinen durchaus in ein und demselben Sozialbürger koexistieren zu können. Aus eben dieser Spannung resultieren dann auch die für das Wohlfahrtsregime in den hochentwickelten Industrieländern charakteristischen Reaktionen, wie sie Jens Borchert jüngst (in Auseinandersetzung mit Claus Offe) beschrieben hat: »Wohlfahrtsstaatliche Politik findet nach wie vor breite normative Unterstützung, das praktische Handeln vieler wird jedoch zunehmend von der Einsicht bestimmt, daß ›opting-out«

angesichts der eigenen Interessenlage und des aktuellen und in Zukunft zu erwartenden Politikangebots eine rationale und möglicherweise sogar die bessere Alternative darstellt.«³⁰ Die Frage ist aber, ob solche Tendenzen der faktischen Desolidarisierung, die im übrigen im Falle des Generationenvertrags ohne einen grundsätzlichen Systemwechsel ohnehin nur begrenzt (nämlich als private Zusatzversorgung) realisierbar sind, notwendig mit einem für dieses Verteilungsmodell potentiell selbstzerstörerischen allgemeinen Vertrauensverlust in die Wirkungsmacht des Sozialstaats Hand in Hand gehen.

Daß die Perspektive des Vertrauenserhalts beim Generationenvertrag keine Nebensächlichkeit ist, sondern ein legitimatorisch äußerst neuralgischer Punkt bleibt, ist offensichtlich. Die Kontinuitätserwartung des »ideellen Gesamt-Sozialbürgers« wird hier mehr als irgendwo anders im System der Sozialversicherung tangiert, weil durch die Verletzung dieser Kontinuität die individuelle und intergenerationelle Lebensplanung entscheidend beeinträchtigt werden kann. Allein dieser Umstand stellt jede Reformperspektive unter besonderen Bewährungsdruck. Jürgen Wolf hat die Dialektik von Vertrauensbewahrung und Wandlungsdynamik resümiert: »Erkennt man (...) an, daß bei der Alterssicherung die ›moralökonomische‹ Dimension des Vertrauens in die Einlösung der sozialstaatlichen Kontinuitätsgarantie eine zentrale Rolle spielt (die durch Besitzstandsrechte ›unterfüttert‹ ist), wird das ganze Ausmaß der Problematik erst sichtbar: eine Aufkündigung des ›Generationenvertrags‹, die vielleicht in verkürzter Perspektive ökonomisch sinnvoll wäre, würde die Grundlagen des ›wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses‹ zerstören.«³¹ Jenseits der (übrigen keineswegs nebensächlichen) Frage, ob nicht ohnehin die möglichen Umstellungskosten des Generationenvertrags die kurzfristigen Spareffekte übertreffen könnten, ist daher der Vertrauensschutz im Wohlfahrtsstaat nicht nur im sozial- und verfassungsrechtlichen Sinne, sondern vor allem im systemintegrativen Sinne entscheidend.

Solche Einsichten scheinen auf den ersten Blick beunruhigend wenig Spielraum für eine produktive Veränderung zu lassen. Das Bild differenziert sich aber etwas, wenn man eine Unterscheidung trifft zwischen der Systemebene einerseits, d.h. der Entscheidung über eine systembewahrende Perspektive für die Rentenversicherung und den ihr zugrundeliegenden Generationenvertrag, und den dieses System bisher flankierenden, lebensweltlich verankerten »Generationspolitiken« andererseits, die allerdings zukünftig für den Erhalt des Systems selbst von zentraler Bedeutung werden könnten.

Wieviel Raum bleibt für solche Generationspolitiken? Die Akte kollektiven Widerstands gegen die Unterminierung von Lebensperspektiven, wie sie in den letzten Monaten in der Bundesrepublik zu beobachten waren,

werden oft als bloße Defensivaktionen von verängstigten »Arbeitsplatzbesitzern« und rücksichtslosen »Besitzstandswahmern« eingeschätzt. In diesem Widerstand bleibt aber eine Zielvorstellung, in der individuell-lebenslaufzentrierte Perspektiven sich mit den vermittelten normativen Vorgaben des Wohlfahrtsstaates im Sinne einer »Moralökonomie« verschränken. Hier stellt sich die Frage, ob zumindest im Fall des Generationenvertrags die normativen Prägungen insoweit ihre Geltung behalten, daß noch in den Frustrationen und im Protest gegen konkrete Leistungseinschränkungen die Standards und das Versprechen einer Herstellung von »Gerechtigkeit«, »Solidarität«, »Unterstützung«, »wechselseitiger Hilfe« usw. gewissermaßen aufbewahrt bleiben. Diese wären dann nicht nur ein verbliebener »utopischer Rest«, der letztlich dazu verurteilt ist, als historisches Residuum zu verschwinden. Vielmehr könnten sie zur Bestimmungsgröße eigener sozialer Bewegungsformen entlang der sozialpolitisch definierten »Generationenlinie«, d.h. eben zu »Generationspolitiken« werden, mit dem Ziel einer kulturellen Selbstvergewisserung dieser Altersgruppen als »Lebensformen jenseits der Erwerbsarbeit«, die die gewonnene Unabhängigkeit im Alter als gesellschaftlich bedeutsame Errungenschaft verteidigen.

Solche Generationspolitiken sind erst einmal aus dem Entstehungszusammenhang sozialer Bewegungen und ihrer Dynamik zu erklären. Deshalb hat die sozialwissenschaftliche Forschung in den letzten Jahren verstärkt allen jenen widersprüchlichen Erscheinungsformen der »Altenbewegung« als einem Beispiel für eine Generationspolitik nachzuspüren versucht, die an unterschiedlichen Orten in der sozialpolitischen Landschaft lange Zeit die Aufmerksamkeit vor allem der Medien gefesselt hatten.³² Wir verdanken dem einige bemerkenswerte Erkenntnisse, die es erlauben, die ganz eigene Dynamik dieser Bewegungen zu verstehen und daraus Schlußfolgerungen für die Zukunft von Generationspolitiken zu ziehen. Die »Altenbewegung« ist demnach ein typisches Beispiel für eine »selbsterzeugte« soziale Bewegung, die nicht auf die Verringerung sozialen Elends zielt, sondern auf der Mobilisierung subjektiver Ressourcen und dem Drang bestimmter Akteure beruht, sich die Repräsentation von Interessen Älterer durch ostentative Aktionen zu sichern, die vor allem im Feld der kommunalen Sozialpolitik angesiedelt sind, weil dort maßgeblich Politik für Ältere bestimmt wird. Dieses eindeutige Zurücktreten der einstmals bestimmenden Frage der Armut im Alter, ist auch Ausdruck einer generellen sozioökonomischen Besserstellung der Alten in nahezu allen industriellen Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten.³³ Das strategische Feld der heutigen Altenbewegung ist dabei durch lokal und national wirksame »Advokaten des Alters« vorbereitet: jüngere Professionelle in den Medien, in der Politik und der Verwaltung, vor allem aber in der Wissenschaft (wie z.B. Entwicklungspsychologie, Gerontologie) verbreit-

ten »positive Altersbilder« und prägen so die Wahrnehmungen voraus, auf die sich die »Altenaktivisten« dann berufen können.³⁴ Mit diesen Bewegungen ist eine ganz eigene soziale Logik verbunden: »Die Zielbestimmungen der Politik gehen (...) auf die Kreativität der Akteure selbst zurück, den Sinn ihres gemeinsamen Handelns zu entwerfen.«³⁵ Darin liegt also so etwas wie ein überschüssiges Bewußtsein von den Möglichkeiten ihrer Existenz, das gesellschaftlich umso provokativer zu wirken scheint, als es unbeirrt eine Entlastung vom Druck gesellschaftlicher Verpflichtungen signalisiert und sich damit allen Versuchen einer erneuten Indienstnahme verweigert. Eine gesellschaftliche Reintegration ist daher überhaupt erst möglich, wenn eben diese besondere Qualität des Lebensabschnitts und seiner Prinzipien grundsätzlich anerkannt worden ist.

Ihre eigentliche Basis haben Generationspolitiken heute im kommunalen bzw. länderspezifischen Kontext, wo sie von Initiativen oder Projektzusammenhängen mit relativ gesicherter Kontinuität getragen werden, deren Existenz oft von der lokalen Sozialpolitik in bescheidenem Ausmaße unterstützt wird mit der (unrealistischen) Maßgabe, langfristig auf eigenen Füßen stehen zu sollen. Diese lokale Verankerung erlaubt auch die Herstellung neuer Kooperations- und Koalitionsbeziehungen zu anderen sozialen Bedarfslagen in der Kommune – so gibt es z. B. in Baden-Württemberg enge Verbindungen zwischen Alteninitiativen und Dienstleistungsangeboten für ältere ausländische Arbeitnehmer. Vielleicht ist aber am auffälligsten, daß solche Generationspolitiken die früher nahezu unüberschreitbare Grenze zur gesellschaftlichen Thematisierung des »hinfälligen« bzw. des »kranken Alters« offensiv angegangen sind und damit auch eine zumindest lokal wirksame Skandalisierung der unzulänglichen Pflegesituation im Alter erreicht haben. Diese Entwicklung ist schon allein deshalb bemerkenswert, weil zu erwarten ist, daß sich in Zukunft die wirklich aggressiven Auseinandersetzungen zum Thema »Alter« viel weniger um die Frage der materiellen Sicherung als um das Ausmaß und die Kosten der gesundheitspolitischen Leistungen für das »hinfällige Alter« drehen werden.

Anmerkungen

- 1 Zur Information vgl.: Jürgen Wolf, Sozialstaat und Grundsicherung. Ein Bericht über den Forschungsstand, *Leviathan* 19, 1991, S. 386-410.
- 2 So zuerst in den Arbeiten von: Reimer Gronemeyer, Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten, Düsseldorf 1989; Jürgen Borchert, Innenweltzerstörung. Sozialreform in die Katastrophe, Frankfurt 1989; neuerdings z.B. in den Arbeiten von: Gerhard Ziegler, Alter in Armut? Das Fiasko der staatlichen Altersversorgung, Hamburg 1993; Hans Mohl, Die Altersexplosion. Droht uns ein Krieg der Generationen?

- Stuttgart 1993; oder von: Heidi Schüller, *Die Alterslücke. Für einen neuen Generationenvertrag*, Berlin 1995.
- 3 Vgl. dazu den Beitrag von Jens Alber, *Soziale Dienstleistung. Eine vernachlässigte Dimension vergleichender Wohlfahrtsstaatsforschung*, in: K. Bentele/B. Reissert/R. Schettkat (Hg.), *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften*, Frankfurt/New York 1995, S. 277-293.
 - 4 Vgl. Gerhard Mackenroth, *Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan*, in: B. Külpe/W. Schreiber (Hg.), *Soziale Sicherheit*, Köln/Berlin 1971, S. 265-275.
 - 5 Ebd., S. 267.
 - 6 Ebd., S. 268.
 - 7 S. dazu z.B. Bernhard Felderer (Hg.), *Kapitaldeckungsverfahren versus Umlageverfahren. Demographische Entwicklung und Finanzierung von Altersversicherung und Familienlastenausgleich*, Berlin 1987; Bernhard Felderer, *Soziale Lasten und Generationenfolge*, in: F. Butler/G. Kühlewind (Hg.), *Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag*, BeitrAB 130, Nürnberg 1989, S. 35-42 und die dort zitierte Literatur.
 - 8 S. Wilfrid Schreiber, *Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft*, Köln 1955, auch erweitert in: B. Külpe/W. Schreiber (Hg.), *Soziale Sicherheit*, Köln/Berlin 1971, S. 276-309. Vgl. auch: Oswald von Nell-Breuning, *Drei Generationen in Solidarität – Rückbesinnung auf den echten Schreiber-Plan*, in: ders./C. Fetsch (Hg.), *Drei Generationen in Solidarität*, Köln 1981, S. 27-53.
 - 9 B. Külpe / W. Schreiber (Hg.), a.a.O., S. 281.
 - 10 Ebd., S. 295.
 - 11 Ebd.
 - 12 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 1981, S. 28.
 - 13 Der gesamte vorliegende Beitrag beschränkt sich hier auf den Komplex der Rentenversicherung.
 - 14 Vgl. dazu: Hans Günter Hockerts, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart 1980, bes. 4. Kapitel.
 - 15 Gerd Göckenjan, *Alter-Ruhestand-Generationsvertrag? Zum Altersdiskurs aus historisch-struktureller Perspektive*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* Bd. 17/93, 1993, S. 3-10, hier: S. 10.
 - 16 Allerdings haben Schürckmann et. al. zu Recht darauf hingewiesen, daß Leistungen der Sozialpolitik manchmal in der öffentlichen Darstellung durchaus generationsbezogen präsentiert werden. So wurde die Rentenreform 1957 als Geschenk an die »Kriegsgeneration« dargestellt, die Erziehungszeiten wurden für die »Trümmerfrauen« eingeführt, und die Vorruhestandsregelung in den achtziger Jahren als Belohnung der »Aufbaugeneration« verkauft. Vgl.: M. Schürckmann/W. Voges/J. Wolf /M. Kohli, *Vorruhestand und »Generationenvertrag«*, in: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 2, 1987, S. 117-131.
 - 17 Martin Kohli, *Moralökonomie und »Generationenvertrag«*, in: M. Haller/H.J. Hoffmann-Nowotny/W. Zapf (Hg.), *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie*, Zürich 1988, Frankfurt/New York 1989, S. 532-555, hier: S. 535.
 - 18 Wilfrid Schreiber, *Existenzsicherheit...* (Ausgabe 1955), S. 31-32.
 - 19 Bei einem Wert von 1,0 bliebe die jeweilige Bevölkerungsgröße konstant, d.h. es wäre von einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen auszugehen.
 - 20 Diskussionsbeitrag von Meinhard Miegel in: *Der brüchige Generationenvertrag. Tagung der Stiftung für Kommunikationsforschung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 15.4.1988, Bonn-Bad Godesberg 1988*, S. 35. Daß vor solchem Nichtwissen auch Intellektuelle mit politischen Ambitionen nicht geschützt sind, wurde im Bundestagswahlkampf 1994 deutlich. Als im Wahlbezirk Berlin/Prenzlauer Berg Wolfgang Thierse (SPD) mit Stefan Heym (PDS) um das Direktmandat konkurrierte, beharrte Heym in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung darauf, er habe schließlich in die Rentenversicherung eingezahlt und wolle deswegen auch sein Geld mit Zins und Zinseszins wiederhaben. Daß er und sein begeistert zustimmendes Publikum dann von Thierse über den Generationenvertrag aufgeklärt werden mußten, hat dem Kandidaten aber nicht weiter geschadet. Er ist dann doch gewählt worden.
 - 21 Vgl. Jürgen Wolf, *Krieg der Generationen? Sozialstaatliche Verteilung und politische Handlungspotentiale Älterer in der »alternden« Gesellschaft*, *Prokla* 20. Jg., 1990, S. 99-117, hier: S. 100 und Anm.1.
 - 22 Ebda., Anm.1, S. 115.

- 23 Lutz Leisering, Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung. Frankfurt/New York 1992, S. 235.
- 24 Ebda., S. 238.
- 25 Vgl. die Arbeiten von Kohli und Mitarbeitern in Anm.16 und 17.
- 26 Alle diese Zitate sind den S. 29-67 aus Heidi Schüllers Buch: Die Alterslüge, Berlin 1995 entnommen.
- 27 Vgl. z. B. das Heft 1/1996 der ZEIT-Punkte »Keine Angst vor dem Alter. Der Krieg der Generationen findet nicht statt«, vor allem mit den Beiträgen von Warnfried Dettling, Cora Stephan und Udo Perina.
- 28 Vgl. dazu die Hinweise bei: Meredith Minkler, Generational Equity or Interdependence? in: E. Percil Stanford/Fernando M. Torres-Gil (Hg.), Diversity: New Approaches to Ethnic Minority Aging, New York 1992, S. 65-71.
- 29 Vgl. hier die Hinweise, die in Anm.16 gegeben wurden.
- 30 Jens Borchert, Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich, Frankfurt/New York 1995, S. 249-250.
- 31 Jürgen Wolf, Krieg der Generationen?... (Anm. 21), S. 106.
- 32 Vgl. z.B. Martin Kohli/Hans-Jürgen Freter/Manfred Langehennig/Silke Roth/Gerhard Simoneit/Stephan Tregel, Engagement im Ruhestand, Opladen 1993; Sighard Neckel, Altenpolitischer Aktivismus, *Leviathan* 21, 1993, S. 540-563; Jürgen Wolf/Martin Kohli/Harald Kühnemund (Hg.), Alter und gewerkschaftliche Politik. Auf dem Weg zur Rentnergewerkschaft?, Köln 1994; Martin Kohli/Sighard Neckel/Jürgen Wolf, Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren, Funk-Kolleg »Altern« (WDR) 1996, S. 1-35 (im Ersch.).
- 33 Vgl. dazu: Christoph Conrad, Gewinner und Verlierer im Wohlfahrtsstaat. Deutsche und internationale Tendenzen im 20. Jahrhundert, *Archiv für Sozialgeschichte* XXX, 1990, S. 297-326.
- 34 Vgl.: Hans-Joachim von Kondratowitz, Sozialpolitik in Verlegenheit. Normative Unbestimmtheiten im gegenwärtigen Diskurs über das Alter, in: C. Sachße/H.T. Engelhardt, Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt 1990, S. 228-254.
- 35 Sighard Neckel, Altenpolitischer Aktivismus..., S. 550.

Jacqueline Hénard
IM AUSLAND DER VORSTÄDTE

»Ich hätte es schaffen können, aber ich war hier nicht an meinem Platz, ich hab mir gesagt: die totale Integration, das geht nicht; meine Kultur vergessen, Schweinefleisch essen, das kann ich nicht... Nachdem ich im Gefängnis gewesen war, habe ich eingesehen, daß ich Mist gebaut hatte, hundert Prozent. Es war mir klar, aber ich sage mir, daß es mir nicht leid tut... (im Gefängnis) habe ich arabisch gelernt, ich habe meine Religion gut kennengelernt, den Islam, ich habe durch den Islam eine andere, weitere Sicht der Dinge erfahren. Alles hat sich geöffnet.«

Khaled Kelkal¹

Die Große Mauer

Banlieue heißt Vorstadt. Das Wort bezeichnet zunächst einmal alle Wohngebiete, die außerhalb der Stadtgrenzen liegen und dennoch zur Stadt gehören wie die Cousins zur Familie. Tatsächlich denkt kaum jemand etwa an Versailles, wenn in Paris von »den Vorstädten« die Rede ist. Gemeint sind immer die *banlieues difficiles*. Das sind Gegenden, die ein Durchschnittsfranzose nur aus dem Fernsehen kennt. Das Wort steht für eine Wirklichkeit, vor allem aber für die angsterfüllte Vorstellung von einer Gesellschaft, die ihre Zusammenhänge verliert.

Das jüngste Regierungsprogramm zur Vorstadtpolitik, der *pacte de la relance pour la ville* vom Januar 1996, zählt eintausenddreihundert schwierige Viertel. Die Zahl ist kein absoluter Wert, nur der Schein eines genauen Überblicks und die erschreckende Bilanz einer langen Kette von Sondermaßnahmen zur Sanierung, Verschönerung, Wiedereingliederung, Arbeitsbeschaffung, Betriebsansiedlung, Ausbildung und Schularbeitenhilfe. In den nächsten drei Jahren, bis zu den nächsten Parlamentswahlen, soll sich nun ein wahres Füllhorn, fünfzehn Milliarden Francs, über die Siedlungen ergießen, bevorzugt über einen harten Kern von etwa 300 *zones urbaines sensibles*. Bislang ist es nur ein Hantieren mit großen Zahlen. In einer Zeit, da der Staatshaushalt mit wachsender Mühe im Gleichgewicht gehalten wird, stammt ein Großteil der Mittel aus Umschichtungen und Umbenennungen.

Die »Muraille de Chine«, die Große Mauer bei Saint-Etienne, gehört zu den härtesten Siedlungsgebieten. Wie die meisten liegt es nahe an einem alten Industriegebiet. Am Rande dröhnt die Autobahn. Man hat einen weiten Blick. Die Luft ist besser als in der Stadt. Eintausend Menschen wohnen hier. 70 Prozent der Haushalte sind Einwandererfamilien. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 60 Prozent. Nassardine und Kader zum Beispiel sind 27 Jahre alt und Familienväter. Beide haben noch nie in ihrem Leben eine Arbeitsstelle gehabt. Ihre Kinder, Franzosen von Geburt an, haben ihre Väter noch nie arbeiten sehen, nur basteln, nachmittags in der Übungsautowerkstatt vom Sozialzentrum.

Jeder Franzose hat schon einmal ein Bild von der Großen Mauer gesehen: Ein Riegel von 260 Metern Länge, sechzehn Stockwerke hoch, gebaut Anfang der sechziger Jahre. In der architektonischen Brutalität der Vorstädte schwingt noch ein Rest von der Not, aus der sie entstanden sind. Mit einer heute unglaublichen Verspätung wurde in Frankreich begonnen, die wilden Barackenanhäufungen der Nachkriegszeit, regelrechte Slums, zu ersetzen durch moderne Unterkünfte: 1954 entstanden auf Initiative des katholischen Priesters Abbé Pierre die ersten *cités d'urgence*, nachdem im Winter zuvor kurz hintereinander acht Menschen erfroren waren.² Es waren Notunterkünfte, die ein halbes Jahr stehen sollten. Als Dauerlösung für die Ärmsten der Armen waren sie genauso wenig gedacht wie die späteren Anlagen. 1977 ist die letzte *cité d'urgence* abgerissen worden.

Die Jahre zwischen 1954 und 1974 bilden den Kern der *trente glorieuses*, der wunderbaren Nachkriegszeit. Die Wirtschaft boomt. Das staatliche Einwanderungsbüro führt Arbeitskräfte zu Hunderttausenden ein. Der Takt der Zeit überträgt sich auf die Architekten. Bei Saint-Etienne entsteht die Große Mauer, in La Courneuve bei Paris wird die »Cité des 4000« gebaut. In »Les Minguettes« bei Lyon wohnen bald 36.000 Menschen. Rund um die Industriegebiete, in Paris vor allem in den kommunistischen Vororten, entstehen Siedlungen, von denen manche, mit großem Aufwand und viel Farbe renoviert, heute aussehen wie ein expressionistischer Alptraum im Ostblock.

1974 wird die Einwanderungspolitik offiziell suspendiert. Die Politik setzt allerlei Zeichen, daß die schon eingereisten Fremden zumindest den Status von Dauergästen bekommen. Der neue Staatspräsident Giscard d'Estaing lädt afrikanische Müllmänner zum Frühstück ins Elysee. Die Regierung Chirac genehmigt die Familienzusammenführung und schafft die Grundlagen einer neuen Wohnbaupolitik zugunsten der Einwandererfamilien.

Der Siedlungsbau geht, wenn auch mit vermindertem Tempo, weiter. Die zukünftigen Mieter, Ausländer und Nicht-Wähler, sind rasch als kommunalpolitisch irrelevant ausgemacht, der zugestandene Baugrund mög-

lichst billig. Die Problemsiedlungen von heute sind auf den Stadtplänen leicht zu erkennen: oftmals eingeklemmt zwischen Autobahn, Schienenstrang und Industriegelände, nahe am Verkehrsgetümmel aber immer noch ohne unmittelbaren Anschluß an das regionale Schnellbahnsystem. Der Busfahrplan ist dünn. Nach zwanzig Uhr und am Wochenende sind die *cités* vom öffentlichen Nahverkehr fast ausgeschlossen und von ihrer Umgebung isoliert. Fast vierzig Prozent der Haushalte in den Siedlungen haben kein Auto. Ob der Vandalismus auf den Vorstadtstrecken schlimmer geworden ist durch die Ausdünnung der Fahrpläne oder umgekehrt, ist inzwischen so müßig wie die Kinderfrage nach der Henne und dem Ei.

Vom Kongo nach Gonesse

Wer sich ein anderes Leben vorstellen oder leisten kann, zieht weg. In den Großsiedlungen ist die Bevölkerung in den vergangenen Jahren um fünf bis dreißig Prozent geschrumpft. In der Großen Mauer und anderswo stehen Wohnungen leer. Der Grad der Mischung von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Familienstruktur – ein Phänomen, das die Wohnbau-gesellschaften früher stolz hervorstrichen, als ob das nicht notwendigerweise ein irritierendes kulturelles Nirgendwo schaffen müßte – geht zurück. In idealistisch-ideologischer Verblendung hatten manche Verwalter über Jahre versucht, die Gültigkeit und die Tragfähigkeit der republikanischen Wertvorstellungen mit ihren Mitteln auch im sozialen Wohnungsbau zu beweisen. Aber nicht nur der Grad ethnischer, auch der Grad sozialer Mischung nimmt ab.

In den bekannt schwierigen Vorstädten bleibt eine Restbevölkerung aus den schwächsten der sogenannten Stockfranzosen (*français de souche*), die den Absprung nicht schaffen, sowie aus maghrebinischen und schwarzafrikanischen Einwandererfamilien, denen die Herkunft keine Schlüssel zu anderen Lebensformen in Frankreich liefern kann. Der Kontakt mit Menschen, die innerhalb der Gesellschaft reüssieren, beschränkt sich mehr und mehr auf ihr Fernsehbild.

Die Eltern von Arlette hat es aus dem Kongo nach Gonesse verschlagen, fünfzehn Kilometer nördlich von Paris. Arlette, 19 Jahre alt, ist hier geboren, hat Küchenhilfe gelernt. Jegliche Wander- und Entdeckerlust ist ihr fremd. Von Paris kennt sie nur einen winzigen Teil, die Endstation von ihrer Schnellbahnlinie. Chatelet-Les Halles ist ein Verkehrsknotenpunkt, an dem sich alle jungen Leute wiederfinden, die aus ihrer Vorstadt mal einen Ausflug in die weite Welt machen wollen. Für die Pariser Bourgeoisie ist Chatelet so etwas Ähnliches wie der Bahnhof Zoo für die Leser von Christiane F. Arlette hat panische Angst, sich über Chatelet auf der einen und Gonesse auf der anderen Seite hinauszuwagen. Sie will nur

in Gonesse arbeiten, wirtschaftlich eine Ödnis, und »am liebsten mit Schwarzen wie mir«.

Eine derartige Lähmung haben die Soziologen von »Banlieuescopie«³ als neues Phänomen in der Vorstadt ausgemacht. Die Identität gerade der jungen Leute sei so schwach, daß sie nicht zu Vorstellungsgesprächen gingen, aus Angst vor der bloßen Metrofahrt oder vor dem vorübergehenden Bruch mit den Kumpeln aus ihrer Siedlung. Die Fähigkeit, sich außerhalb der Clique zurechtzufinden, auch nur für die Dauer eines Arbeitstags alleine zu bestehen, nimmt ab.

Eine Untersuchung aus dem Jahr 1993⁴ zeigt die strukturellen Unterschiede zwischen der Wohnbevölkerung schwieriger Stadtviertel und der Stadträume insgesamt. Der erste Blick ist gar nicht so ungünstig. Die Erwerbsquote in den *banlieues* liegt mit 57,7 Prozent sogar leicht über dem Durchschnitt (56,9). Bei den Debütanten auf dem Arbeitsmarkt, Männern und Frauen zwischen 20 und 24 Jahren, verschiebt sich die Quote noch stärker zugunsten der Vorstadtbewohner: Von den jungen Männern arbeiten 71,2 Prozent (61,6), von den jungen Frauen 62,7 Prozent (56). Unter den Vorstädtern gibt es durchschnittlich bis überdurchschnittlich viele Erwerbstätige, aber in bestimmten Altersgruppen auch überdurchschnittlich viele Arbeitslose – bei den jungen Leuten sind es rund zehn Prozentpunkte mehr als in der Stadtbevölkerung insgesamt. In den schwierigen Stadtvierteln wohnen überdurchschnittlich viele Jugendliche (bis zu 50 Prozent) und überdurchschnittlich viele Ausländer (18,3 gegenüber 9 Prozent), von denen wiederum überdurchschnittlich viele nicht aus Westeuropa stammen (80,8 Prozent). Die Untersuchung stützt sich auf die Volkszählung von 1990. Seither haben sich die Verhältnisse zugespitzt.

Bild und Selbstbild der *banlieue* haben sich im Lauf der achtziger Jahre stark gewandelt. Das erste einschneidende Ereignis spielt in den Sommerferien 1981 in der bereits erwähnten großen Siedlung »Les Minguettes« bei Lyon. Plötzlich gerät die Lage außer Kontrolle. In sogenannten *rodéos* jagen Jugendliche aus der Vorstadt mit geklauten Autos durch die Straßen. Die Fernsehbilder erinnern an Rassenunruhen in amerikanischen Ghettos. Die französische Öffentlichkeit sieht sich damit konfrontiert, daß sich in bestimmten Vorstädten ein explosives Gemisch aus sämtlichen sozialen Problemen der Gegenwart angesammelt hat. Seit dem Sommer 1981 gehören Bilder von brennenden Supermärkten, wilden Verfolgungsjagden und verwüsteten Sozialzentren zum Dauerrepertoire der Abendnachrichten, ganz wie Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen.

Als Gegenmittel ist über die Jahre ein Subventions- und Förderdschungel entstanden, der hier zusätzliche Mittel für die Schulen bereitstellt, dort die Renovierung von Hauseingängen ermöglicht und am dritten Ort Steuerfreiheit für Betriebsansiedlungen gewährt: die *contrats d'action-préven-*

tion, die *zone d'éducation prioritaire*, kurz ZEP, die DSQ (*développement social des quartiers*), die *loi d'orientation pour la ville*, kurz LOV, die *contrats de ville*, der *plan d'urgence*, das *programme national d'intégration urbaine*, oder PNIU und so weiter und schließlich, Anfang 1996, der *pacte de relance pour la ville*. Die Wortwahl und die Kürzel verraten, daß Autoren und Architekten dieser Programme wohl größtenteils aus dem Kreis der eher technisch denn politisch oder ökonomisch brillanten französischen Verwaltungselite stammen.

Kurz nach der Wahl des Staatspräsidenten Chirac ist merkwürdigerweise immerzu von einem »Marshallplan« die Rede, als ob die Vorstädte Nachkriegsgebiet wären und in irgendeinem Ausland lägen. Bei der Präsidentschaftswahl 1995 war die Wahlbeteiligung in den sogenannten schwierigen Vorstädten extrem niedrig.⁵ Keiner der Kandidaten hatte es verstanden, ihre Bewohner von der Sinnfälligkeit eines Akts zu überzeugen, der die Mitbestimmung bei der Besetzung des höchsten Amtes im Staat symbolisiert.

François Mitterrand hatte Anfang der achtziger Jahre in dem diffusen Raum der Identität zwischen Gastarbeiter, Einwanderer, Einwandererkind und Neufranzose noch große Punktgewinne erzielen können, für sich und für die Republik. Das Versprechen einer größeren Offenheit der französischen Gesellschaft hatte Mitterrand die Stimmen der naturalisierten Franzosen fast geschlossen zugetragen. Erste Entscheidungen – Abschaffung der Rückkehrprämien, großzügige Ausgabe von Aufenthaltsberechtigungen an illegale Einwanderer – gingen in die versprochene Richtung. Seit September 1981 dürfen Ausländer Vereine und Bürgerinitiativen gründen (die französische *association* ist ein Zwischending), ohne vorher eine amtliche Genehmigung einholen zu müssen. Stadtteilinitiativen und andere Formen der gemeinschaftlichen »Basisarbeit« sind seither regelrecht aufgeblüht. Sie bilden ein nicht zu unterschätzendes Element der Stabilisierung auch und gerade in den sozialen Spannungsgebieten.

Bei den Kommunalwahlen 1983 zogen zum ersten Mal Stadtverordnete nordafrikanischer Abstammung in die Rathäuser ein. 1989 waren es schon rund 200; noch eine sehr diskrete Präsenz, wenn man bedenkt, daß Frankreich 33.000 Gemeinden hat und eine bis eineinhalb Millionen Staatsbürger mit maghrebischen Vorfahren zählt. Bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr präsentierten dann fast alle Parteien in den Vorstädten Kandidaten mit Namen wie Said Zamoune, Touati Fehrat oder den Fußballtrainer Karim Belkebla. »Jedem Gemeinderat seinen Araber vom Dienst«, wurde unter denen gespottet, die sich zwar in verschiedenen Bürgerinitiativen für ihre Nachbarschaft engagieren, jeglichen »Marsch durch die Institutionen« aber kompromißlos ablehnen.

Väter und Söhne

Für keine Gruppe ist die innere und äußere Zugehörigkeit zur französischen Gesellschaft so schwierig wie für Maghrebener und ihre Kinder.⁶ Die »Blacks«⁷, Schwarzafrikaner und schwarzhäutige Franzosen aus den Übersee-Departements, haben es relativ leichter, einen Platz für sich zu finden. Die Hautfarbe macht heftige Abgrenzungen unnötig; es gibt keine verwischten Distanzen. Und kulturell sind zumindest die Übersee-Franzosen durch das republikanische Schulsystem, eine Integrationsinstanz von unvergleichlicher Macht, seit Generationen eingeschliffen.

In größerer Zahl sind die Maghrebener erst seit Mitte der fünfziger Jahre nach Frankreich gekommen, als die Anziehungskraft des wirtschaftlichen Aufschwungs bis nach Nordafrika spürbar wurde. 1945 lebten gerade 20.000 Algerier in Frankreich, 1962, als Algerien unabhängig wurde, waren es 350.000, und zwanzig Jahre später 800.000; für Marokkaner und für Tunesier sind die Zahlen ähnlich. Die Umstände der massiven Zuwanderung, zeitgleich mit mehr oder minder gewaltsamer Trennung, wirkten im Verhältnis von Altfranzosen und maghrebischen Neubürgern über die zweite Generation hinaus. Die gemeinsame Vergangenheit unter französischer Vorherrschaft ist mitnichten »aufgearbeitet« oder »bewältigt«. Die Söhne der Einwanderer werfen ihren Vätern Verrat am Vaterland vor, einen perversen Verrat, der sie durch Schulbesuch und Alltag schicksalhaft verstrickt mit der Kultur und den Werten des ehemaligen Unterdrückers. Umgekehrt machen die Franzosen keine feinen Unterschiede zwischen »den Arabern« und ihren Kindern, die sie sich sogar auf bislang unerhörte Weise vom Leibe halten, indem sie von Arabern zweiter, dritter und gar vierter Generation sprechen. »Für den Basisfranzosen« sagt ein Berufsschuldirektor, der für seine Zöglinge immerzu mit Handwerksbetrieben verhandeln muß »bleibt ein Araber immer ein Araber.«

Noch nie ist das französische Modell der individuellen Integration so grundsätzlich in Frage gestellt worden wie durch die Implantation der Maghrebener nach 1955. Die Existenz einer arabischstämmigen Bourgeoisie – Rechtsanwälte, Ärzte, Geschäftsleute, hohe Beamte mit Eliteschulbildung und sogar französische Botschafter – bestätigt bloß, daß die gesellschaftliche Hierarchie für einzelne mit entsprechenden Voraussetzungen, mit großem Talent und den richtigen Ratgebern, noch immer durchlässig ist. Gültigkeit und Leistungsfähigkeit des französischen Modells müssen sich auf den Ebenen darunter beweisen – da, wo man selbst mit Prädikatsexamen oftmals bloß einen Job als Wachmann oder als Kassiererin bekommt, weil man einen arabischen Namen hat und die falsche Adresse in einer übel beleumdeten Vorstadt.⁸ Die wachsende Zahl von Anträgen auf Namenswechsel, die aus Neufranzosen wie Fahrouk

Sellam einen etwas dunkelhäutigen, durch Akzent oder Namen aber nicht weiter identifizierbaren François Martin machen, spricht für sich.

Im vergangenen Sommer ist eine Erzählung von Tahar Ben Jelloun erschienen über diese »Scheißsituation«, in der man auf dem Papier dazugehört, vielleicht sogar hier geboren ist und doch noch nicht richtig in Frankreich angekommen.⁹ Die Erzählerin beobachtet ihren alternden Vater, einen Mann, der auf dem Dorf im Maghreb geboren ist. Er ist entwurzelt wie eine umgetopfte Dattelpalme. Sie studiert zwar, will es aber nicht besser machen. Die Fremdheit ist wesentlicher Teil ihres Selbstverständnisses. »Ich werde nie so eine kleine Beur [Araberin]«¹⁰ schwört sie sich trotzig »die im Fernsehen auftritt und erzählt, wie angepaßt sie ist, wie integriert und eingeordnet. Nein! Ich habe die Wut!« Die Staatsangehörigkeit ist ein nützliches Abstraktum, konkret sind die Sorgen um den Bruder »mit einer Araberfresse, in einer Arabervorstadt und mit einer Araberzukunft.«

Der Schriftsteller Tahar Ben Jelloun ist literarisch fraglos der beste Chronist maghrebischer Zerrissenheit. Unter den fast dreißig Büchern, die er auf französisch veröffentlicht hat, ist ein langer, bitterer Essay über »Französische Gastfreundschaft«¹¹ aus dem Jahr 1984. Ein Kapitel besteht ausschließlich aus den Namen und Lebensdaten von (meist jungen) Maghrebiniern in Frankreich, die in rascher Folge gewaltsam ums Leben gekommen sind: eine Opferlitanei. Inzwischen könnte er ein ganzes Buch mit Namen füllen, Namen, die man außerhalb des Kreises von Familie und Kumpeln nicht einzeln behält, wie bei Verkehrstoten. Sie »fallen« am Rande einer Kundgebung der Front National in die Seine, sie stoßen bei Verfolgungsjagden auf geklauten Mopeds mit dem Polizeiauto zusammen oder sie kehren nach irgendeinem anderen Vorfall nicht mehr lebend vom Kommissariat zurück. Innerhalb des Kreises, in den Vorstädten, zumal den schwierigsten unter ihnen, fügt sich jeder neue Name in ein Martyrologium, das die eigene Unzugehörigkeit bestätigt und den gewiß nicht nur imaginären Rassismus der Polizei. Die sogenannte *bavure* – der tödliche »Patzer« eines Polizisten, der ungesühnt bleibt – ist als identitätsbildendes, gemeinschaftsstiftendes Erlebnis so stark, daß es auch dort wirkt, wo weder ein »Patzer« festzustellen ist noch Vertuschung: Im Februar 1996 verurteilte das Schwurgericht von Paris einen Polizisten wegen Mordes zu acht Jahren Haftstrafe. Der Polizist hatte in einem Gerangel bei einem Verhör einen jungen Ausländer erschossen. Das Urteil, das härteste Urteil bisher zu einem derartigen Vorfall, wurde unter den unbeteiligten Beobachtern als Warnsignal an die Polizei gewertet und als Versuch, der Legendenbildung in den Vorstädten mit Mitteln der Justiz entgegenzuwirken. Im Saal, unter den Freunden, der Familie und den Nachbarn des Toten, war diese Botschaft nicht angekommen. »Ihr behandelt uns wie Hunde«

schrien die Zuschauer. Andere demolierten die Saaleinrichtung. Ein Mädchen riß sich aus Protest die Kleider vom Leib.

Islam – Hoffnung und Bedrohung

Das Auftauchen des islamischen Fundamentalismus Ende der achtziger Jahre hat das Verhältnis zwischen Franzosen und Maghrebiniern nicht einfacher gemacht. Die *fatwah* gegen Salman Rushdie und die Gründung des FIS in Algerien, des *front islamique de salut*, hatten im Frühjahr 1989 das Terrain bestellt für eine unsachliche Auseinandersetzung rund um den *hidjab*, die Kopfbedeckung weiblicher Moslems. Drei Schulmädchen aus Creil, einem Ort bei Paris, bestanden plötzlich darauf, ihr Kopftuch auch im Klassenzimmer und beim Sportunterricht aufzubehalten. Die Schule forderte sie unter der Berufung auf das laizistische Schulsystem, eine Einrichtung von höchstem republikanischem Symbolwert, auf, das Kopftuch hinter der Schultür abzulegen oder die Schule zu verlassen.

In Creil hat keine Seite nachgegeben. Die Mädchen mußten die Schule verlassen. In anderen Fällen wurden hier die republikanischen Prinzipien vorexerziert und dort die allgemeine Schulpflicht hochgehalten, in der Hoffnung, daß die Mädchen ihre Kopftücher schon von alleine abnehmen würden. Angesichts der wachsenden Brutalität in den öffentlichen Schulen und des drohenden »schlechten Umgangs mit Arabern« schicken manche moslemischen Eltern ihre Kinder übrigens lieber auf katholische Privatschulen. In der Grundschule Notre-Dame-de-Saint-Théodore in Marseille sind 98 Prozent der Schüler Moslems, in der Mittelschule nebenan 90 Prozent. Dort läßt man den Mädchen ihr Kopftuch und erläßt ihnen den Schwimmunterricht. In der Schulküche gibt es kein Schweinefleisch mehr und statt des wöchentlichen Religionsunterrichts einen Ethikkurs.¹²

Die öffentliche Wahrnehmung des Islam ist von derartiger Harmlosigkeit weit entfernt. Spätestens seit der »Kopftuchaffäre« ist die Wiederkehr einer atavistischen Angst vor dem Islam spürbar, einer Angst, die in Frankreich bis ins zwölfte Jahrhundert zurückzudatieren ist und den Islam vor allem als erobderungswütige, brutale und fanatische Geisteshaltung begreift.¹³ Der Golfkrieg, die Bilder islamischer Revolutionen im Iran und im Maghreb, die Attentate gegen Franzosen in Algerien und schließlich die Welle von islamistischen Terroranschlägen im vergangenen Sommer haben dieser Angst neue Nahrung gegeben und das tendenzielle Mißtrauen gegen alle öffentlichen Anzeichen arabisch-moslemischer Präsenz auf französischem Boden verstärkt.

Die wachsende Ablehnung des Islam fällt zusammen mit einem zunehmenden Sichtbarwerden der Moslems als zweitstärkster Religionsgemeinschaft in Frankreich: öffentliche Gebetsräume und neue Moscheen, eigene

Fleischereien, ein abgegrenztes Feld für moslemische Bestattungen auf dem städtischen Friedhof. Unermüdlich wiederholt die Politologin Jocelyne Cesari, daß dieses Sichtbarwerden nur eine andere, selbstverständlichere Einstellung der Moslems in Frankreich zur französischen Gesellschaft beweist, nicht etwa eine Zunahme von Frömmigkeit und Glaubensausübung. Die Glaubenszugehörigkeit werde nicht mehr im Wohnzimmer versteckt. Der Soziologe Mustapha Belbah geht einen Schritt weiter, wenn er zwischen der ersten Generation der Einwanderer und ihrem Verhältnis zum Islam als »Ersatzraum«, als geistigem Zufluchtsort in einer feindselig erscheinenden Umgebung, und der nächsten Generation unterscheidet, die den Islam als »Protestmittel« gegen vermeintliche oder reelle Benachteiligung sieht, gegen das Gefühl einer Art von Unbürgertum mit französischem Paß.

In den Vorstädten, bei kleinen Dealern und Gaunern, hat der Islam hier und da eine ordnende Kraft entfaltet. Man hört von Halbstarken, die sich dank ihrer neuentdeckten Religion plötzlich zu anständigen Menschen wandeln, Drogenhandel und Diebstahl aufgeben. Der Islam schafft Zusammenhalt, stellt Zusammenhänge her und verspricht zunächst einmal eine Würde, die von Anerkennung, Erfolg oder Scheitern nach den Maßstäben der französischen Gesellschaft unabhängig ist. Seit Mitte der achtziger Jahre haben sich sogar bekannte Vorkämpfer von laizistischen Bürgerrechtsinitiativen für die Franko-Maghrebiner wie Toumi Djaidja, Anführer des (nur noch unter Franko-Maghrebinern und Fachsoziologen erinnerlichen) »Marches für die Gleichberechtigung 1984« oder der Antirassist Abderlaziz Chaambi dem Islam zugewandt. »Es ist immer noch derselbe Kampf« sagt Djaidja »ich habe bloß die Fahne gewechselt.«

Was aber, wenn der simple Glauben nicht mehr hilft gegen das Gefühl von Misere und Ausgeschlossenheit? In Umfragen zeigt sich, daß die französischen Moslems politisch und religiös im allgemeinen eher moderate Ansichten haben. Eine Minderheit von zehn bis fünfzehn Prozent neigt zum Fundamentalismus. Die Suche nach einer islamischen, und sei es einer islamistischen Identität ist unter den Jüngsten am stärksten.¹⁴ Der Kreis um Khaled Kelkal, der besonders Paris im Herbst 1995 mit einer Reihe von islamistisch begründeten Bombenanschlägen in einen lang anhaltenden Ausnahmezustand versetzt hatte, bestand vor allem aus jungen Leuten Anfang zwanzig. Kelkals Tod in einem wahren Hagel von Polizeikugeln, der Schrei eines Polizisten (»mach ihn fertig, mach ihn fertig!«) und der Fußtritt, mit dem der Körper zuletzt umgedreht wird, alles mehrmals hintereinander im Fernsehen zu sehen, war häßlich. In der Nacht darauf sind in der Umgebung der Vorstadt, in der Kelkal gelebt hatte, 83 Autos ausgebrannt.

Ein Schwarzer, ein Araber und ein Jude, alles echte Vorstadtbewohner, spielen die Hauptrollen in einem Milieufilm des letzten Jahres.¹⁵ Der Film ist in keiner Hinsicht besonders fein. Die Jungs dealen, hehlen, kiffen und wissen mit ihrer Zeit nichts besseres anzufangen. Das Schicksal ist nicht auf ihrer Seite. Die Mütter sind entweder schwanger oder überfordert. Väter spielen keine Rolle. Der Text ist mit Schulfranzösisch wahrscheinlich nicht zu verstehen. Der Film geht schlecht aus, ein Polizist und ein Junge drehen durch. Den Vorstädtern hat der Film nicht besonders gefallen. Sie fanden die Geschichte und die Inszenierung zwar treffend, fühlten sich aber »verraten«, wie immer wieder zu hören war. Der Regisseur hatte zeitweise ein schlechtes Gewissen. Bei den eher bürgerlichen Zuschauern ist er gut angekommen.

Die letzten Worte variieren einen Witz, der wie ein Leitfaden durch den Film läuft. »Dies ist die Geschichte von einer Gesellschaft,« vorher war es die Geschichte von einem Araber oder von einem Rabbi, »von einer Gesellschaft, die aus dem fünfzigsten Stockwerk fällt und beim Fallen immerzu sagt: ›So weit, so gut.« Es ist ein Holzhammerschluß. Aber wenn das Licht angeht, bleibt das Publikum immer merkwürdig still.

Anmerkungen

- 1 Aus einem zufällig überlieferten Interview am 3. Oktober 1992. Kelkal war damals 21 Jahre alt. Nach einer Reihe von terroristischen Bombenanschlägen im Sommer 1995 wird er genau drei Jahre später auf der Flucht von der Polizei erschossen. Zitiert nach *Le Monde* vom 7. Oktober 1995. Der deutsche Soziologe Dietmar Loch hatte das Jahr 1992 in Vaulx-en-Velin verbracht, einer der härtesten Vorstadtsiedlungen von Frankreich, zufälligerweise auch den späteren Attentäter Kelkal interviewt und den Text *Le Monde* zur Verfügung gestellt. Eine Dokumentation des Falls und Auszüge aus dem Interview finden sich in der *Frankfurter Rundschau* vom 12. Oktober 1995.
- 2 Hervé Vielliard-Baron, *La banlieue française ou le ghetto impossible*, Editions de l'aube, Paris 1994.
- 3 *Libération* vom 28. März 1995.
- 4 Françoise Soullignac, *La banlieue parisienne – 150 ans de transformation. La documentation française*, Paris 1993.
- 5 »Génération Chirac«, *L'évènement du jeudi*, Nr. 550, 18. Mai 1995.
- 6 Zusammen stellen die Algerier (600.000), Marokkaner (570.000) und Tunesier (rund 200.000) die größte Gruppe unter den Ausländern in Frankreich.
- 7 *Blacks* ist ein neuer, gängiger Modebegriff, mit dem man versucht, *nègre* und *noir* zu umgehen.
- 8 Ende Januar 1996 saßen bei einem Prozeß vor dem Schwurgericht von Versailles drei Angestellte einer Wachgesellschaft auf der Anklagebank, drei junge Männer maghrebinischer Abstammung. Einer von ihnen war graduierter Landwirtschaftsingenieur, der zweite hatte gleich zwei geisteswissenschaftliche Studiengänge mit Prädikat absolviert. Beide waren froh, daß sie wenigstens den Job als Wachmann im Supermarkt gefunden hatten.
- 9 Tahar Ben Jelloun, *Les raisins de la galère*, Fayard, 1995. Der Titel ist eine Anspielung auf die »Früchte des Zorns« (frz. *colère*). *Galère* bedeutet im Jugendjargon so viel wie Scheißsituation.
- 10 *Beur* ist eine inzwischen wieder aus der Mode gekommene Gruppenbezeichnung aus dem Jargon der arabischstämmigen Vorstadtjugend von Paris. Es heißt nichts anderes als »Araber«. Das Wort lebt weiter in der Journalistensprache als Verlegenheitsbegriff und als Beweis, daß die »zweite Generation« zumindest als eigenartige Gruppe gesehen wird. Umgekehrt spre-

chen die maghrebisch- und afrikanischstämmigen Schulkinder in Frankreich auch von den *blancs*, den weißen Franzosen.

- 11 »Hospitalité française«. Collection L'histoire immédiate, Seuil, 1984.
- 12 Ausführlich beschrieben im *Figaro* vom 16. Februar 1996, einer Zeitung mit eher katholisch-konservativer Leserschaft.
- 13 Jocelyne Césari, *Etre musulman en France-Associations, militants et mosquées*. Editions Karthala et Ireman, Paris / Aix, 1994.
- 14 Umfrage IFOP, dokumentiert in einer Sonderbeilage von *Le Monde*, 13. Oktober 1994.
- 15 *La Haine* (Der Haß) von Mathieu Kassovitz.

Istvan Stumpf
 AUFGEHOBEN ODER AUFGESCHOBEN?
 Politischer Generationswechsel in Ungarn:
 Jugendpartei FIDESZ

Die Untersuchung politischer Generationen¹ ist besonders interessant in einer Zeit grundlegender Umwälzungen, wie wir sie seit 1989 in Osteuropa erleben. In dieser Region war die Gerontokratie lange Zeit organischer Bestandteil der politischen Systeme. Die Überalterung der politischen Führungsschicht stellte allein schon ein ernsthaftes Hindernis für die Erneuerung der politischen Struktur dar. Nach einem so langen Generationszyklus schien die Ablösung der überalterten herrschenden Generation durch eine jüngere schon aus demographischen Gründen fällig. Aber auch aus politischen Gründen, denn der Generationswechsel fiel mit dem Systemwechsel zusammen, und zwischen denen, die sich »die Hände schmutzig gemacht« und sich kompromittiert hatten, auf der einen und denen, die »sauber« geblieben waren, auf der anderen Seite bestand ein Generationsunterschied. Und auch nach den Untersuchungen der Zyklen, in denen sich ein Generationswechsel gewöhnlich vollzieht, war mit der Herausbildung einer neuen Generationswelle zu rechnen.² Ungarn erlebte bereits in der späten Kádár-Ära eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Generationen und Politik. Im Hintergrund standen dabei die politische Nachfolge Kádárs und die Möglichkeiten eines Vorrückens der »Reformer- und Technokraten«-Generation. Der politische Erdbeben von 1989 in Osteuropa durchkreuzte die entsprechenden Drehbücher und verschärfte den Machtkampf zwischen den Generationen. In meinem Beitrag untersuche ich die Entstehung einer neuen, postkommunistischen politischen Generation und die Folgen des Generationskampfes nach 1989. Dabei spielt die Partei der ungarischen Jungdemokraten FIDESZ eine zentrale und für Ungarn spezifische Rolle.

Generationen in der neuen ungarischen Demokratie

Der schnelle Zusammenbruch der osteuropäischen kommunistischen Systeme und der Übergang zur Mehrparteiendemokratie eröffneten den hinter den verschiedenen politischen Kräften stehenden Generationen die seltene Möglichkeit, die politische Entwicklung ihrer Nation entscheidend

mitzugestalten. Im Folgenden skizziere ich die Physiognomien von drei deutlich unterscheidbaren Generationen zum Zeitpunkt der Vorbereitungen auf die freien Parlamentswahlen von 1990.

Die erste können wir als »*historische Generation*« bezeichnen. Was diese Generation verbindet, sind – ungeachtet dessen, daß ihre Repräsentanten sich auf mehrere Parteien verteilen – das geistige und politische Leben zwischen den beiden Weltkriegen, die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, das Erlebnis der Anbindung Ungarns an die Sowjetunion und des Aufstiegs und Falls der ungarischen Demokratie zwischen 1945 und 1948. Ihr intellektueller Antikommunismus war vor allem darin motiviert, daß ihre Mitglieder die kommunistischen Ideen für unvereinbar mit dem ungarischen Nationalcharakter hielten. Sie fühlen sich dem ungarischen konservativen Liberalismus des 19. Jahrhunderts verbunden und wollen an ihn anknüpfen. Stärker noch als durch die Sozialisierung in der Familie sind sie wohl durch die traditionsreichen kirchlichen Schulen geprägt worden. Beide Institutionen fußen in erster Linie auf bedingungslosem Respekt vor Tradition und Autorität und führen zur Herausbildung einer konservativen Grundhaltung. Für diese Generation war die Revolution von 1956 nicht der Versuch, einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« zu schaffen, sondern die Anstrengung, die unterbrochene historische Kontinuität wiederherzustellen. Ihr Zusammengehörigkeitsgefühl wurde über die gemeinsamen Erlebnisse und Haltungen in den formativen Jahren hinaus auch dadurch verstärkt, daß ihre Mitglieder wegen ihrer Vergangenheit und ihrer Denkungsart in den 50er Jahren Repressionen ausgesetzt waren und oft aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt wurden. Die »historische Generation« bezeichnete sich im Vorfeld der Wahlen als die »ruhende Kraft« und betrat die politische Arena mit der Losung, das christlich-nationale Ungarn wiederherzustellen. Sie gewann die Wahlen vor allem dank der Tatsache, daß die Bürger in ihr den Garanten für die Erhaltung ihrer im Kádár-System mühsam erworbenen Sicherheit und für eine sanfte Durchführung der im übrigen unvermeidlichen Veränderungen sahen. Vor den Wahlen kritisierten die Vertreter dieser Generation das kommunistische System, besonders seine national-reformistischen Kräfte, zurückhaltender als die liberale Opposition dies tat. József Antall, Ministerpräsident der ersten demokratischen Regierung, vereinigte in seiner Person die typischen Züge der »historischen Generation«, die mittlerweile ins Rentenalter gekommenen ist. Diese Generation organisierte sich in drei Parteien: im Ungarischen Demokratischen Forum, in der Christdemokratischen Partei und in der Partei der Kleinunternehmer.

Die »*große Generation*« hat das Jahr 1968 als ihr Referenzdatum. Zu den konstitutiven politischen Erlebnissen dieser Generation zählen zum einen Kádárs Wirtschaftsreform Ende der sechziger Jahre, deren anfängliche

Erfolge die Illusion der Reformierbarkeit des Systems nährten, zum andern das Streben nach kultureller Freiheit, die Rebellionen der Beat-Generation und die Kultivierung einer radikal-revolutionären Ideologie. Besonders der studentische Teil der Generation erlebte die üppig gedeihenden Subkulturen als echte Freiheit.

Doch sehr bald zeigten sich die Grenzen der Reformierbarkeit: zuerst in der Niederschlagung des Prager Frühlings, einige Jahre später dann im Stocken der Wirtschaftsreform und schließlich darin, daß zahlreiche bekannte kritische Intellektuelle und Wissenschaftler aus politischen Gründen zum Verstummen gebracht bzw. zur Emigration gezwungen wurden. Im Zuge der damit entstandenen Konflikte trennten sich innerhalb dieser Generation die Wege. Die Mehrheit nahm Kompromisse in Kauf und arrangierte sich mit dem System. Eine nicht unbeträchtliche Minderheit wählte den Weg des schweigenden, dann immer lauter werdenden Widerstands; aus ihr ging der »Samisdat-Oppositions«-Flügel hervor, der sich auch als »Demokratische Opposition«³ bezeichnete. Ihren Kern bildete eine Gruppe Intellektueller, die zu Beginn der siebziger Jahre einen Versuch zur Erneuerung des Marxismus und zur inneren Reformierung des Systems unternommen hatten. Nach ihrer Entfernung aus der kommunistischen Partei strebten sie die Schaffung unabhängiger Organisationsformen und einer alternativen Öffentlichkeit außerhalb der offiziellen Institutionen an. Sie brachen theoretisch und praktisch mit dem Glauben an die Reformierbarkeit des Systems; sie bekannten sich zum Geist der Revolution von 1956 und verfolgten als unmittelbares politisches Ziel die Forderung nach Wahrung der Menschenrechte und den Ausbau der Bürgergesellschaft. In der Samisdatzeitschrift *Beszélő* (»Sprecher«) diskutierten und verbreiteten sie ihre Ideen. Obgleich ihre Zahl gering war, übten sie einen erheblichen Einfluß vor allem auf die studentische Jugend und die jungen Intellektuellen aus. Als die neuen demokratischen Parteien aus der Taufe gehoben wurden, meldeten sie mit der Gründung des Bundes Freier Demokraten (SZDSZ) ihren Anspruch auf die Gestaltung des politischen Fahrplans für den Übergang an.

Die »große Generation« hatte schon vor 1989 gute Karten, die vorherige Generation abzulösen. Das alte Regime hatte in den achtziger Jahren seine Reserven zusehends aufgebraucht und war schon aus biologischen Gründen genötigt, den Weg freizugeben. Die nächste Generation war über vierzig und zeigte noch ein gewisses Maß an Loyalität gegenüber der alten Ordnung, sie verfügte über ein international wettbewerbsfähiges Fachwissen und dachte technokratisch. Iván Illés charakterisiert sie in seiner Generationenstudie wie folgt: »Die in den vierziger Jahren herangewachsene wirtschaftliche und politische Elitegeneration besteht aus wesentlich qualifizierteren Menschen als die vorangegangenen; sie haben allerdings von

früher Jugend an gelernt, daß die Grundvoraussetzung für das Vorwärtkommen und sogar für das Überleben eine gewisse Anpassung ist. Es ist wenig wahrscheinlich, daß auch nur einer von ihnen ein orthodoxer Kommunist war, aber sie glaubten an die innere Reformierbarkeit des Systems und durchschauten, daß unter den gegebenen Umständen der Weg des persönlichen Aufstiegs wie auch der echten Einflußnahme auf die Entscheidungen nur über den Parteiapparat führte. Sie wurden also Mitglieder des Parteiapparats, genossen die damit verbundenen Informations- und Prestigevorteile und nahmen gleichzeitig hin, daß sie von wesentlich unqualifizierteren Personen Weisungen entgegennehmen mußten; untereinander voller Verachtung für ihre Chefs, erfüllten sie diese Weisungen, und zugleich stieg ihr Einfluß ständig.«⁴

Die Forschung zeigt, daß sich zwischen 1981 und 1989 der Anteil der Fachintellektuellen an der Staats-, Wirtschafts- und Parteielite verdoppelte.⁵ Auch in den letzten Stunden des parteistaatlichen Systems war die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß der »Reformer«-Flügel, in Allianz mit einigen repräsentativen Vertretern der älteren Generationen, mittels des Staats- und Verwaltungsapparats die politische Macht übernehmen würde. Durch den Zusammenbruch der Regime in ganz Osteuropa trat jedoch eine neue Situation ein. An die Stelle der Reformalternative trat nun eine scharfe Zäsur zwischen den Generationen, die allerdings keinen gesellschaftlichen Bruch implizierte. Darüber hinaus ergab sich die interessante Konstellation, daß sich bei den ersten freien Wahlen die beiden Flügel gegenseitig aus dem Feld schlugen, die zur selben Generation gehörten, sich aber in ihrer politischen Haltung unterschieden: Der radikale Antikommunismus der »Samisdát-Opposition« verhinderte, daß die »Reformer« ihre Schlüsselpositionen ausspielen konnten, und machte den Weg frei für die »historische Generation«.

Die »*postkommunistische Protestgeneration*« vertritt die markanteste politische Strömung der jüngeren Altersgruppen auf der politischen Bühne Ungarns. Diese jungen Menschen, die heute Anfang Dreißig sind und 1989 ihr Studium gerade beendeten oder beendet hatten, weisen hinsichtlich ihres Lebenswegs das homogenste Bild auf. Von den drei Generationen waren sie es, die sich offen gegen die Grundwerte des politischen Systems stellten, in dem sie aufgewachsen waren, und die sich am schärfsten gegen die offenen oder unausgesprochenen Kompromisse mit dem Parteistaat wandten. Indem sie sich mit dem Bund Junger Demokraten (FIDESZ) für ihre Generation eine eigene Organisation schufen, überschritten sie eine von den übrigen politischen Kräften respektierte Grenzlinie. Ihr radikales Verhalten polarisierte zwar die Gesellschaft, aber das Vorgehen der Obrigkeit gegen die jungen Leute brachte ihnen die Solidarität der intellektuellen Meinungsträger ein.

Eindrucksvollstes symbolisches Ereignis für die Formung der politischen Identität dieser Generation war die Rede, die der spätere Parteivorsitzende Viktor Orbán am 16. Juni 1989 bei der Umbettung von Imre Nagy und anderen Märtyrern der 56er Revolution vor annähernd 200 000 Menschen hielt.⁶ Ähnlich bildet die Überwindung des Gegensatzes zwischen den Lagern der »Volkstümler« und der »Urbanen«, in welchem sich die traditionelle und verhängnisvolle Spaltung der ungarischen politischen Kultur widerspiegelt, einen organischen Bestandteil der politischen Strategie dieser Generation. Unter den jugendlichen Kräften der osteuropäischen Wende von 1989 waren es die FIDESZ-Gründer, die mit ihrem Handeln demonstrierten, daß die Jugend die historischen Veränderungen nicht nur beobachtete und hinnahm.

Die politische Sozialisierung der neuen Generation

Zu Beginn der achtziger Jahre vollzog sich in der politischen Kultur der Jugend ein Umschwung. Es traten Altersgruppen in Erscheinung, die die Annahme der vom Kádár-Regime angebotenen Integrationsmuster und politischen Identifikationsmöglichkeiten verweigerten und sich zunehmend von den Formen politischer Aktivität abwandten, die vom kommunistischen Jugendverband (KISZ) dominiert waren. Sie verweigerten sich dem stillschweigenden Gesellschaftsvertrag, nach welchem Demokratie, die sowjetische Besatzung, die Privilegien der Parteionomenklatura und die Revolution von 1956 tabu waren. Der Reform des Parteistaates und der Mehrzahl der Vertreter der »großen Generation« gegenüber waren sie mißtrauisch. Sie räumten der Selbstorganisation der Bürgergesellschaft Vorrang ein – der Schaffung einer autonomen, von unten aufbauenden, auf einem Netz von kooperierenden Mikrogemeinschaften fußenden »zweiten Gesellschaft«. Wichtig waren ihnen die direkten Kontakte zur oppositionellen Intelligenz.⁷

Das Beispiel der *Solidarnosc* zeigte ihnen, daß der Parteistaat nicht zu besiegen war, solange er mit Brachialgewalt gegen gesellschaftliche Bewegungen vorzugehen vermochte. In den Augen dieser Jüngerer war Demokratisierung nur mit einer starken, entwickelten Bürgergesellschaft durchzusetzen, die aus Staatsbürgern besteht, welche sich ihrer Rechte bewußt sind. Der dazu notwendige Lernprozeß bedurfte einer institutionellen Basis, die in Ungarn bis Mitte der achtziger Jahre von den Universitäten und Hochschulen sowie den Clubs gestellt wurde. Die rasch fortschreitende Selbstorganisation der »zweiten Gesellschaft« wirkte sich auch auf die politische Sozialisierung der Jugend aus. Die enttäuschte Abkehr vom KISZ vollzog sich in mehreren Phasen und bei den einzelnen Schichten der Jugend in unterschiedlichem Maße. Schüler und Studenten gehörten zu

den ersten, die versuchten, alternative Bewegungen und Initiativen als Gegenpol zu den offiziellen Organisationen aufzubauen. Großer Popularität besonders unter den Oberschülern erfreute sich die zu Beginn der achtziger Jahre entstandene unabhängige Friedensbewegung »Dialog«. Was die jungen Leute zu dieser Bewegung hinzog, waren die neuartigen Organisationsprinzipien (Basisdemokratie, Hierarchiefeindlichkeit) und die Ziele (Leben ohne Angst, nukleare Abrüstung, Beseitigung der Militärblöcke, selbstverwaltete Gemeinschaften). Neben den Friedensinitiativen entwickelten sich religiöse Basisgemeinschaften, ferner schlossen sich die Kriegsdienstverweigerer und die Umweltschützer zusammen.

Die wichtigste Rolle bei der politischen Sozialisierung der Generation, die an der Vorbereitung des FIDESZ beteiligt war, spielten die Aktivitäten in den Clubs und den sogenannten Fachkollegien, wo über politisch brisante Probleme der ungarischen Gesellschaft Vorlesungen und Seminare auf hohem Niveau stattfanden und diese Probleme öffentlich diskutiert wurden. Fast schon legendären Ruhm gewann Ende der siebziger Jahre der POLVAX-Club an der Budapester Universität für Wirtschaftswissenschaften, wo gewöhnlich mehrere hundert Studenten mit prominenten Vertretern von Politik, Wirtschaft und Kultur debattierten. Die Tradition des 1981 aufgelösten POLVAX-Clubs übernahm ein neues Forum, das unter dem Namen »Zirkel 405« an der Budapester Technischen Universität gegründet wurde.⁸ Die Veranstaltungen erreichten nur einen Bruchteil der Jugend bzw. der Studenten, dennoch waren sie für die Meinungsbildung und die Prägung von Verhaltensweisen wichtig. Sie spielten eine bedeutende Rolle bei der Bewußtmachung der wachsenden Krise des Systems und der Aufdeckung ihrer Ursachen. Die Veranstaltungen wurden zu Foren der alternativen Öffentlichkeit und trugen zur öffentlichen Diskussion über Fragen bei, die lange als tabu galten. Die auf vielfältige Weise hergestellten und verbreiteten alternativen Publikationen: Mitteilungsblätter, Universitätszeitungen etc., trugen zur Entstehung eines autonomen Informationsnetzes bei, über das Nachrichten auch in die Provinz und über die Landesgrenzen hinaus gelangten. 1985 gründeten die Vertreter von 20 Clubs – ironischerweise unter der Schirmherrschaft der durch die Kommunisten kontrollierten Volksfront – ein landesweites Clubnetz, das in erster Linie dem Schutz der in der Provinz tätigen Clubs dienen sollte.

Die Fachkollegien waren unverzichtbar für die politische Sozialisierung der Generationelite, die sich später im Zuge des Systemwechsels in das politische Leben einbringen sollte.⁹ Ähnlich wie die Colleges in Oxford oder Cambridge waren die Fachkollegien Institutionen des Hochschulunterrichts, die eine intensive Ausbildung in kleinen, weitgehend selbstverwalteten Gruppen betrieben. In zähem Kampf errangen sie sich eine relative Autonomie innerhalb der Universitäten. Zwei dominante Stützpunkte

dieser Bewegung waren das 1970 gegründete László-Rajk-Fachkollegium an der Universität für Wirtschaftswissenschaften und das 1983 entstandene István-Bibó-Fachkollegium an der Juristischen Fakultät der Lóránd-Eötvös-Universität in Budapest. Sie boten einer studentischen Minderheit (vorwiegend Hörer kleinstädtischer und dörflicher Herkunft) eine geschützte, alternative, stark wertorientierte und demokratische Existenzform und zusätzliche Ausbildung. Dort begegneten sich Intellektuelle, ob reformorientiert oder oppositionell, und kritische Studenten.

Drei Dinge waren für die Fachkollegien besonders wichtig: Erstens die Partizipation der oppositionellen und halboppositionellen Intellektuellen; für viele von ihnen waren diese Foren die einzige Öffentlichkeit, zu der sie Zugang hatten. Zweitens die Publikationen der Kollegien: Großen Einfluß übte vor allem die Zeitschrift *Századvég* (Jahrhundert-Ende) aus, anfangs vom Bibó-Fachkollegium herausgegeben; sie reflektierte die Ideen der neuen Generation, griff Tabu-Themen auf und bemühte sich um die Überbrückung des Gegensatzes zwischen Volkstümlern und Urbanen. Drittens die Soros-Stiftung, die u.a. die Publikationstätigkeit unterstützte, bei der Erneuerung des Unterrichtssystems half und zahlreiche Veranstaltungen förderte.

Den Eintritt in die Sphäre politischen Handelns bereiteten die Fachkollegien mit ihren Ferienlagern vor, die zwischen 1985 und 1988 stattfanden. Über die theoretische Situationsanalyse hinaus wurde dort die praktische Umsetzung politischer Ziele erörtert. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sollten sich später als nützlich erweisen.

Die Gründung des FIDESZ

Am 30. März 1988 wurde der FIDESZ ins Leben gerufen. Er durchbrach als erste Organisation und erstmals ausgehend von einer Generation die parteistaatlichen Schranken im politischen Leben Ungarns. Die Gründung einer unabhängigen Jugendorganisation bedeutete, obwohl sie im Rahmen der verfassungsmäßigen Prinzipien stattfand, einen klaren Bruch mit dem stillschweigenden Gesellschaftsvertrag des Kádár-Systems. Die Gründer hatten sich zu einem existentiell und politisch riskanten Schritt entschlossen. Der Parteistaat sah darin einen Anschlag auf die »heilige Dreifaltigkeit« – eine Partei, eine Gewerkschaft, eine Jugendorganisation –, der die gesamte kommunistische Machtstruktur untergräbt. Die polizeilichen und staatsanwaltlichen Einschüchterungsaktionen gegen den FIDESZ stärkten nur die Entschlossenheit der jungen Menschen und das Netz der Solidarität mit ihnen.

Die Gründung des FIDESZ steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der spezifischen politischen Sozialisierung der neuen Generation. Hier

nahmen Ideen und Bedürfnisse Gestalt an, die in den Fachkollegien und der Clubbewegung schon lange herangereift waren.¹⁰ FIDESZ war der Beweis, daß das Sozialisierungsmodell des Kádár-Systems versagt und das System die Jugend verloren hatte. »Die Gründung des FIDESZ war eine Rebellion gegen die bestehenden Verhältnisse, gegen die Macht, gegen die gesellschaftliche Atmosphäre, der diese Macht die Herrschaft verdankte, gegen die informellen Regeln, das telefonische Kommandieren, das feudalkommunistische Gewohnheitsrecht.«¹¹

Der FIDESZ sah für sich drei Schutzschilde: Öffentlichkeit, Massenbasis und Legalität. Geschickt ging er vor, wenn es galt, sich Öffentlichkeit zu verschaffen. Schon am Tag nach der Gründung veranstalteten die Organisatoren eine internationale Pressekonferenz, auf der sie ihre wichtigsten Ziele erläuterten. Sie handelten sich bei der Polizei eine Verwarnung ein, und der Name FIDESZ wurde aus den ungarischen Massenmedien verbannt. Die jungen Leute, die traditionell über gute Oppositionskontakte verfügten, wußten sich zu helfen: Sie nutzten die Möglichkeiten, die ihnen die alternative Öffentlichkeit und die Auslandspresse boten. Zur Information der wachsenden Zahl von Mitgliedern und Sympathisanten gründeten sie ein eigenes, internes Informationsorgan, die »FIDESZ-Nachrichten«. Ihre Handzettel und Flugblätter tauchten bei allen größeren Demonstrationen auf, an den Universitäten und in den Kollegien. Die Strategie erwies sich als überaus erfolgreich, denn nach einer Umfrage vom Herbst 1988 lag der Bekanntheitsgrad des FIDESZ nur wenig unter dem der größten Oppositionsorganisation, des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF).

Ein anderes Element der FIDESZ-Taktik ähnelte den Techniken des zivilen Ungehorsams, wie ihn die alternativen Bewegungen im Westen häufig anwenden. Der FIDESZ beteiligte sich aktiv an der Veranstaltung der Massendemonstration gegen die Vernichtung siebenbürgischer Dörfer im Juni 1988, an der ersten Frauendemonstration Ungarns und an der Menschenkette gegen den Staudamm- und Kraftwerkbau im Norden Ungarns. Die meisten Protestaktionen folgten nicht der herkömmlichen Choreographie, sondern zeichneten sich durch Einfallsreichtum, Humor und Ironie aus. Noch 1988 begann der FIDESZ einen Prozeß, in dem es um die Richtigstellung von beleidigenden Behauptungen der Tageszeitung *Magyar Hirlap* ging, die gegen führende Mitglieder der Organisation gerichtet waren. Obwohl sie den Prozeß verlor, war sein bloßes Stattfinden ein Erfolg, denn das Gericht hatte dem FIDESZ damit Legalität und juristische Legitimität bescheinigt.

Alle oppositionellen Organisationen sagten dem FIDESZ moralische, manche auch finanzielle Unterstützung zu. Umgekehrt übernahm dieser wiederholt die Rolle eines Vermittlers zwischen den verschiedenen Rich-

tungen der Opposition. Er schlug für den 23. Oktober 1989, den Jahrestag der Revolution von 1956, eine gemeinsame Feier der Opposition vor, die deren Einheit demonstrieren sollte. Das Scheitern dieser Idee ließ bereits ahnen, daß sich die Konflikte innerhalb der Opposition verschärfen würden – der Status des FIDESZ als »Kind geschiedener Eltern«¹² zeichnete sich ab.

Generationskampf um die politische Macht

Die Wahlen von 1990 erbrachten hinsichtlich der Generationenfrage ein ungewöhnliches Ergebnis. Sie wurden gewonnen vom MDF, und es konstituierte sich eine Koalitionsregierung der gemäßigten rechten Mitte. Mit der Persönlichkeit József Antalls kam in Ungarn die »historische Generation« mit fast 60% an die Macht. Dem FIDESZ als Vertreter der neuen Generation gaben die Wähler 6% ihrer Stimmen. Als Sieger der Wahlen von 1990 konnten die »historische« und die »Protestgeneration« gelten, unabhängig davon, ob ihre Abgeordneten dann zur Opposition oder zum Regierungslager gehörten. Die »große Generation«, und zwar der reformistische ebenso wie der »oppositionelle« Flügel, erlitt eine Niederlage. Obwohl der SZDSZ mit 24% zur größten Oppositionspartei wurde, war er – als politischer Repräsentant des antikommunistischen Flügels der Generation – der Verlierer: Die Wähler hatten seine antikommunistische Kampagne als überzogen empfunden. Verlierer waren auch die Reformer in der Sozialistischen Partei Ungarns (MSZP), obgleich sie 9% errangen: Sie hatten die Verantwortung für die Verbrechen und Fehler des früheren Systems zu tragen, ohne Rücksicht darauf, in welchem Maß sie persönlich daran mitgewirkt hatten, das Kádár-System erträglich zu gestalten bzw. zu demontieren. Zwar vertraten die beiden letztgenannten Parteien politisch radikal gegensätzliche Standpunkte, doch waren sie sich hinsichtlich ihrer spezifischen politischen Sozialisierung als Generation, hinsichtlich ihrer Denkweise und Einstellungen gar nicht so unähnlich.

Im Herbst 1990 fanden Kommunalwahlen statt. Sie belegten die erstaunlich schnelle enttäuschte Abkehr der Wähler von der konservativen, national-christlichen Regierung. Eindeutige Sympathiegewinner waren der FIDESZ und der SZDSZ. Der FIDESZ, jüngster Trupp bei den ersten Mehrparteienwahlen, paßte sich am schnellsten und erfolgreichsten den Erfordernissen der parlamentarischen Arbeit an. Mit der wachsenden Unterstützung, die nach Umfragen 1992 40% erreichte, ging eine erhebliche Umstrukturierung der FIDESZ-Wählerschaft einher. Obwohl 76% der Wähler dem FIDESZ treu blieben, stellten sie nur noch weniger als ein Drittel aller Sympathisanten. Betrachtet man deren demographische Zusammensetzung, so ist zu erkennen, daß sie im Vergleich zu 1989 im

Durchschnitt etwas älter waren (35 statt 33 Jahre), daß aber die jüngsten Altersgruppen immer noch 52% der Wählerbasis stellten. Der Anteil der Facharbeiter und der Hochschulabsolventen nahm zu. Der FIDESZ blieb auch 1992 die Partei des Mittelstands, aber er gewann an Anziehungskraft für Wähler, die der oberen Mittelschicht angehörten.¹³

»Der FIDESZ mauserte sich von einer Kinderpartei zu einer Hoffnung der Jugend, und inzwischen ist er großjährig geworden. (...) Unter den Parlamentsparteien ist der FIDESZ die am wenigsten ideologische Partei; 1990 und 1991 nahm er sich mit der Gelassenheit einer chancenlosen kleinen Partei der scheinbar unpopulären Themen an, die aufzugreifen die anderen Parteien nicht wagten, nicht wollten oder nicht konnten. Das gilt für die Reprivatisierung ebenso wie (...) für die Frage der Sozialversicherung. (...) Die politische Existenz der jungen FIDESZ-Leute beweist es: Man kann auch ohne edle Vorväter, ohne aus- und inländische Wirtschaftspaten, ohne Partisanenvergangenheit, zweifelhafte politische Verbindungen und Pakte vorwärtskommen, aus eigener Kraft, mit Talent und Fleiß.«¹⁴

Der Generationswechsel ...

Alles deutete darauf hin, daß sich die Gesellschaft von der aus der Vergangenheit heraus operierenden, historisierenden, nostalgischen Generation abwenden und eine Generation unterstützen würde, die mit der Vergangenheit gebrochen hatte und im Begriff war, ihren Protestcharakter durch Sachkundigkeit und Pragmatismus zu ersetzen: Ein radikaler Generationswechsel schien sich anzukündigen. Die Chance eröffnete sich, daß nach 1994 eine neue, junge politische Generation den politischen Systemwechsel in Ungarn vollenden würde.

Die »postkommunistische Protestgeneration« sah sich seit ihrem Erscheinen auf der politischen Bühne Versuchen ausgesetzt, politisch und geistig vereinnahmt zu werden. Da sie bei den Wahlen als eigenständige politische Kraft auftrat, bedeutete sie für die vorangehende Generation eine ernsthafte Herausforderung und Gefahr. Bei beiden Flügeln der »68er« waren das Kapital an Beziehungen und die Verwurzelung in den gesellschaftlichen Verhältnissen der späten Kádár-Ära wesentlich ausgeprägter als bei der neuen Generation, die ohne jegliche Bindung an die Elitegruppen des Status quo war. Auch in ihren Kontakten zu den Intellektuellen war die junge Generation auf die meinungsbildenden Gruppen der »großen Generation« angewiesen, die nach ihrer Wahlniederlage in den Jungen lange die künftigen Garanten einer liberalen Demokratie sahen. Der konsequente Antikommunismus des FIDESZ und seine Offenheit für gemäßigte nationale bzw. konservativ-liberale Gruppen machten die Krei-

se, von denen er vorher unterstützt worden war, aber mißtrauisch. Und für die neue technokratische und Medienelite, die ihre Positionen in Wirtschaft und Kultur auch nach 1989 mehr oder weniger gehalten hatte und gute Beziehungen zu den einstigen Reformkommunisten unterhielt, war der politische Kurs der neuen Generation unberechenbar und schwer kontrollierbar. Das Mißtrauen wuchs noch, als sich die jungen Demokraten nicht der »Demokratischen Charta« anschlossen, einer Bewegung, die die Gefahr eines Rechtsrucks unter István Csurka, derzeit Vizepräsident des Ungarischen Demokratischen Forums, abwenden wollte. Von der Sozialistischen Partei und dem SZDSZ wurde die Charta unterstützt mit dem Ziel, eine breite Oppositionsplattform zu schaffen. Der FIDESZ hingegen meinte, die Gefahr des Rechtsextremismus werde übertrieben, und ein energisches Auftreten gegen Csurka im Parlament reiche aus, die Gefahr zu bannen. In den Augen des FIDESZ verlief die Trennlinie zwischen den demokratischen und den antidemokratischen Kräften nicht zwischen den Regierungsparteien und der Opposition, und er befürchtete, daß der breite Zusammenschluß der Opposition in der Charta die mühsam errungene Autonomie der »postkommunistischen« Generation aufreiben und einer Rückkehr der einstigen Kommunisten an die Macht Vorschub leisten würde.

Das Jahr vor den Parlamentswahlen von 1994 brachte eine Verschärfung des Kampfes der Generationen. Im Grunde genommen standen sich nur noch zwei Generationen gegenüber, denn es war deutlich abzusehen, daß mit der Krankheit und dem zu erwartenden Tod von Antall (er starb gegen Jahresende) die »historische Generation« ihren geistigen und politischen Führer verlieren würde. Dieses Lager verfügte über keine Persönlichkeit, die imstande gewesen wäre, ihn zu ersetzen, der wachsenden Antipathie gegen die Regierungsparteien Einhalt zu gebieten und die kulturelle Identität der »historischen Generation« zu reformulieren. Die latenten Auseinandersetzungen zwischen der »Protestgeneration« und den »Reformern« gewannen an Schärfe. Der FIDESZ sah in der Gründung der Charta-Bewegung einen historischen Zusammenschluß der beiden Flügel der »68er« – der »Reformer« und der »Demokratischen Opposition« –, dessen wichtigstes Ziel nicht die Einheitsfront gegen die bedeutungslos gewordene Rechte, sondern die Stillstellung der FIDESZ-Generation war.

... findet nicht statt

Der erwartete radikale Generationswechsel trat mit den Parlamentswahlen von 1994 nicht ein. Die FIDESZ-Führung gab im Endspurt vor den Wahlen ihren pragmatischen Kurs auf, ließ sich auf ideologische Scharmützel ein und gab dem endgültigen Bruch mit dem Kádár-Regime die

Priorität. Diese politische Orientierung konnte inzwischen nicht einmal mehr bei den jungen Wählern, die dem FIDESZ die meiste Sympathie entgegenbrachten, mit Unterstützung rechnen. Die Wahlanalysen zeigen, daß unter den 18- bis 24-jährigen Erstwählern die eindeutig positive Bewertung des Kádár-Regimes am höchsten war. Der FIDESZ hatte also die Einstellung seiner Hauptwählerschaft falsch eingeschätzt.

Im Kampf der Generationen fiel die politische Macht schließlich an den reformistischen Flügel der »großen Generation«. In den Koalitionsverhandlungen zeichneten sich die Konturen eines historischen Ausgleichs zwischen den beiden ehemals gegnerischen Flügeln dieser Generation ab: den »Reformern« und den »Samisdát-Oppositionellen«. Sie sind heute in den Vierzigern und gehören zu der Generation, die die beiden stärksten Parteien beherrscht.

Interessant an der Zusammensetzung des neuen ungarischen Parlaments ist unter anderem, daß die Vereinigung der linken Jugend (BIT) – eine Nachfolgeorganisation des kommunistischen Jugendverbandes – im Verbund mit der Sozialistischen Partei mehr Abgeordnete in den Dreißigern hat als der FIDESZ. Die meisten gehörten zur zweiten oder dritten Garnitur des KISZ, einige waren interne Gegner des Reformflügels im KISZ. Die meisten Politiker aus der ersten Garnitur des KISZ haben heute Schlüsselpositionen in der Wirtschaft und im Finanzwesen inne, manche sind potentielle Vertreter der neuen ungarischen Kapitalistenklasse und an einer energischen Modernisierung Ungarns interessiert. Paradoxerweise konvergieren ihre Interessen mit den vom FIDESZ vertretenen Werten.

Zu den großen Fragen der nächsten Jahre wird gehören, ob mit den Parlamentswahlen von 1994 der politische Generationswechsel endgültig von der Tagesordnung verschwunden ist. Wie wir sahen, werden Generationen nicht geboren; sie formieren sich, und wenn die historischen Bedingungen günstig sind, bieten sie ihrer Nation eine politische Alternative. Die politische Alternative, die der FIDESZ zu bieten hatte, ist gegenwärtig gescheitert; vielleicht kam sie zu früh, vielleicht wurden notwendige Kompromisse versäumt, vielleicht bestrafte die Wähler die Mißachtung der wichtigsten generationsbildenden Prinzipien. Wir können auch nicht ausschließen, daß die »große Generation« beachtliche verborgene Reserven hat und rückwirkend eine Generationsidentität herzustellen versteht, in der die bisher trennenden Elemente zu einem Mythos vom gemeinsamen Kampf zusammengefügt werden: zur Geschichte der Allianz zwischen der von außen angreifenden systemfeindlichen Aktivität der »Demokratischen Opposition« und der von innen vorgehenden systemzersetzenden Arbeit der »Reformer«. Wenn die »Protestgeneration« ihr Ziel verfehlt, zur neuen politischen Generation zu werden, müssen wir warten, bis eine andere

Generation – z.B. die Internet-Generation – Gestalt annimmt. Die sieht sich vorerst noch vor der Eingangstür um.

Aus dem Ungarischen von Hans Skirecki

Anmerkungen

- 1 Im Folgenden möchte ich unterscheiden zwischen Alterskohorte, Generation und politischer Generation. Ich beziehe mich dabei vor allem auf: Karl Mannheim, *The Problem of Generations*, in: P.G. Altbach und R.S. Laufer (eds.), *The New Pilgrims*, New York 1972; Richard G. und Margaret M. Braungart, *Generation Politics*, in: *Micropolitics* 3/3, 1984.
- 2 Zum Zusammenhang zwischen politischen Veränderungen und den Generationszyklen im weltpolitischen Kontext vgl. R. J. Samuels (ed.), *Political Generations and Political Development*, Lexington 1977, und Stephen F. Szabó (ed.), *The Successor Generation: International Perspectives of Postwar Europeans*, London/Boston 1983. Vgl. auch die ausgezeichnete Analyse des zyklischen Entstehens von Generationen und Eliten in verschiedenen Regionen der Welt von Iván Illés: *Nemzedékek, elitek, ciklusok* (Generationen, Eliten, Zyklen), Budapest 1991.
- 3 Eine umfassende Aufarbeitung des Themas findet sich bei Ervin Csizmadia, *A magyar demokratikus ellenzék* (Die ungarische demokratische Opposition) I-III, Budapest 1995.
- 4 Illés, a.a.O., S. 132.
- 5 Ferenc Gzásó, *Eliteablösung in Ungarn*, in: *Társadalmi Szemle* 1993, Heft 5, belegt den Anstieg der Fachintellektuellen innerhalb der Staats- und Regierungselite von 40,2 auf 62,4%, der Wirtschaftsmanagerelite von 32,6 auf 56,4%, und der Parteielite von 21,1 auf 44,2%.
- 6 Es waren vor allem seine Kritik an der reformkommunistischen Politik («Wir haben kein Verständnis dafür, daß denjenigen, die noch vor kurzem die Revolution und ihren Ministerpräsidenten im Chor geschmäht haben, unerwartet aufgeht, daß sie die Reformpolitik von Imre Nagy fortsetzen») und die Forderungen nach dem Abzug der russischen Truppen, die ein ungewöhnlich scharfes politisches Echo auslösten.
- 7 Vgl. András Bozóki, *Kritische Verhaltensmodelle in der jungen Intelligenz*, in: *Ifjúsági Szemle* 1987, Heft 3. Wichtiges über die Denkart der Generation enthält auch der Artikel von Magdolna Balázs, *Eine Art Selbstbekenntnis über die in der Konsolidierungszeit geborene Generation*, in: *Valóság* 1985, Heft 5.
- 8 Eine ausführliche Beschreibung der Programme für die Bildung der Clubs gibt Bertalan Diczházi, *Skizze zu den gesellschaftspolitischen Zirkeln und Clubs*, in: *Ifjúsági Szemle* 1987, Heft 3.
- 9 Die innovative Rolle der Fachkollegien bei der Sozialisierung und im Hochschulunterricht wird von mehreren Autoren analysiert: László Kövér und Viktor Orbán, *Aus des Waldes Mitte*, in: *Ohne Lüge*, hg. vom István-Bibó-Fachkollegium, Budapest 1991, S. 142-169; László Urbán, *Politische Sozialisierung im Rajk-Fachkollegium*, Ms., Ung. Ak. d. Wiss. 1987; István Stumpf, *Eine Möglichkeit – das Fachkollegium*, in: *Századvég* 1985, Heft 1, und: *Fachkollegien*, in: *Ifjúsági Szemle* 1988, Heft 1.
- 10 Ausführlich schildert die Entstehung des FIDESZ Bertalan Diczházi, *Die Vorgeschichte des FIDESZ*, in: *Ein unbeschriebenes Blatt – der FIDESZ in der ungarischen Politik 1988-1991*, Budapest 1992.
- 11 László Kövér in *Magyar Narancs* vom 14. Okt. 1989.
- 12 Die Wendung ist eine Anspielung darauf, daß sich die antikommunistische Opposition spaltete, und zwar im wesentlichen entlang der Bruchlinie Volkstümpler – Urbane.
- 13 György Fischer gliedert die Wählerbasis des FIDESZ in sieben Hauptgruppen. Die stärkste bildete der kleinstädtische Mittelstand (40 %), vertreten waren aber auch die jungen Manager, die an alternativen Werten interessierten Studenten und ein Teil der Oberschicht: György Fischer, *FIDESZ und die öffentliche Meinung*, in: *Ein unbeschriebenes Blatt*, a.a.O., S. 659 f.
- 14 László Lengyel: Es ist vorteilhaft, wenn es Konkurrenz auch bei der Opposition gibt, *Magyar Hírlap*, Wahl '94, Juli 1993.

Dariusz Gawin
 GENERATION OHNE GESICHT
 Über die neue politische Generation in Polen

In den Gesellschaftswissenschaften wird unter »Generation« heute gerne eine Gruppe verstanden, die ihren Bezugspunkt in einem signifikanten historischen Ereignis hat. Es hebt die Gruppe aus dem alltäglichen Leben heraus, indem es bei ihren Mitgliedern eine ähnliche Art des Fühlens, des Verstehens und des Erlebens der Welt herausbildet. Der Zusammenbruch des Kommunismus bietet sich als idealer Fall eines solchen identitätsstiftenden Ereignisses an. Trotz seiner unbestritten historischen Tragweite scheint dieses Ereignis jedoch nicht zum Anlaß für die Entstehung einer neuen Generation mit einem klar ausgebildeten Generationsbewußtsein zu werden, zumindest nicht im Falle Polens.

Für die Herausbildung einer Generation ist die objektive Bedeutung des Ereignisses sekundär. Entscheidend sind subjektive Faktoren. Eine Generation verbindet vor allem das Bewußtsein ihrer Mitglieder – sie müssen das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft haben, die durch Alter und Erfahrung bestimmt wird. Ein historisches Ereignis stellt daher nur die notwendige Bedingung für die Existenz einer Generation dar. Warum haben die Ereignisse des Jahres 1989, trotz ihrer objektiven Bedeutung, nicht zur Entstehung eines Generationenbewußtseins geführt? Dieser Frage soll hier im Blick auf Polen nachgegangen werden.

Wie es scheint, ist die Antwort auf zwei verschiedenen Ebenen zu suchen. Zum einen muß man den spezifisch polnischen Kontext berücksichtigen; zum anderen muß man die polnische Realität in den Horizont der weltweiten Veränderungen am Ende unseres Jahrtausends stellen. Meine These ist, daß das Ausbleiben eines sich um den annus mirabilis 1989 kristallisierenden Generationsbewußtseins seine Ursache in einem Wandel kollektiver Vorstellungen hat: Die Wahrnehmung historischer Ereignisse und die Art, sie zu erleben und zu verstehen, hat sich verändert.

Die Dominanz der 68er

Zu den unmittelbaren Ursachen gehört die polnische Besonderheit, daß die Generation der Vierzigjährigen heute das politische Leben Polens dominiert. Ihre Mitglieder traten Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre

ins Erwachsenenleben ein. Diese Altersgruppe besteht aus den ehemaligen Funktionären der kommunistischen Jugendorganisationen auf der einen Seite und aus der sogenannten »März 68-Generation«¹ auf der anderen. Alle wurden sie durch die Ereignisse in Polen zwischen 1968-1970 geprägt.² Die nach 1976 entstandene demokratische Opposition rekrutierte sich zu einem großen Teil aus den studentischen Teilnehmern an den Unruhen und Protesten des Jahres 1968. In den Jahren 1980/81 haben die 68er aktiv am Aufbau der *Solidarnosc* teilgenommen, und nach Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 waren sie bis zum Jahre 1989 im Untergrund tätig. Die Einführung des Kriegsrechts störte den natürlichen Prozeß der Eingliederung der nächsten Altersgruppen in die Elite der demokratischen Opposition. Unter den Bedingungen der Geheimhaltung und der polizeilichen Repression war eine normale Rekrutierung von neuen, aktiven Mitgliedern schwierig. Die Schuljugend, d.h. die Altersgruppe, die um das Jahr 1989 eine neue Generation hätte bilden können, hat die Rolle des »Kanonenfutters« für die Führer der Opposition gespielt: Sie kämpfte während der Demonstrationen mit der Polizei, sie verrichtete die tagtägliche Untergrundarbeit, stellte Raubdrucke her, verteilte Flugblätter, malte Parolen usw. Die politische Verantwortung und die Leitung der Opposition und der Untergrund-*Solidarnosc* blieb aber jenen Leuten vorbehalten, die diese Strukturen vorher, noch in der Zeit des legalen Funktionierens des Verbandes in den Jahren 1980/81, aufgebaut hatten. Damals waren sie um die dreißig. In der Illegalität war es nicht möglich, Wahlen durchzuführen, und ein personeller Wechsel wäre unter diesen Umständen ein Anzeichen für den Mangel an Zusammenhalt und Vertrauen gewesen. So war die *Solidarnosc*-Führung zu Beginn des Jahres 1988 immer noch dieselbe wie 1981. Lech Walesa, der auf dem Kongreß von 1981 gewählt worden war, behielt seine Funktion immerhin mehr als sieben Jahre, wesentlich länger also, als eine reguläre Wahlperiode vorsieht.

Die Dominanz der Generation der Vierzigjährigen ist bei den postkommunistischen Gruppierungen noch deutlicher. Die aus der alten KP hervorgegangenen Formationen brauchen Führer, die reif genug sind, um für die Wähler glaubwürdig zu sein, und jung genug, daß man ihnen persönliche Verantwortung für die Sünden der kommunistischen Zeit nicht anlasten kann. Idealerweise erfüllen Leute im Alter um die vierzig diese Anforderungen – mit ein Grund, warum die aus der alten kommunistischen Partei hervorgegangene SDRP (Sozialdemokratie der Republik Polen) heute von dieser Altersgruppe geführt wird. Die Mehrzahl ihrer Spitzenmitglieder sind eben jene Altersgenossen der Gründergeneration der *Solidarnosc*, welche Anfang der siebziger Jahre einen anderen Lebensweg gewählt hatten: Sie traten in die regimennahen, legalen studentischen Organisationen ein. So begann auch die Karriere von Aleksander Kwasniewski,

des im letzten Jahre gewählten Präsidenten, der ein prägnantes Beispiel für diese Generation postkommunistischer Politiker ist. Sein Verzicht auf Ideologie – in den Augen vieler Kritiker ein Beweis für Zynismus und Opportunismus –, ersetzt durch Pragmatismus und Effizienzkult, sein managerartiger politischer Stil, sein geschickter Umgang mit den Medien, all dies zeichnet Kwasniewski in den Augen vieler Wähler vor Walesa aus, der sich einer rhetorischen und autoritären Tradition bediente, die im Fernsehen nicht gut ankommt.

Refolution statt Revolution

Eine weitere Ursache war der spezifische Charakter der Ereignisse von 1989. Der Fall des kommunistischen Systems war keine Revolution im klassischen Sinn. Timothy Garton Ash nannte es »Refolution«: ein auf dem Weg von Verhandlungen erzielter Wandel, eine Reform also, die im Hinblick auf ihre historische Bedeutung allerdings revolutionären Charakter hat.

Bis 1989 schien es, als ob das kommunistische System nur durch Gewalt zu Fall zu bringen sei, durch eine Revolution, mit der sich das Bild von Straßenschlachten, von einem Volksaufstand oder zumindest von einem Generalstreik verband. Eine Revolution läßt die Gesellschaft an historischen Augenblicken teilhaben, sie vermittelt das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die durch das vergossene Blut der gefallenen Genossen verbunden ist. 1989 floß, außer in Rumänien, nicht Blut, sondern Drucker-schwärze. Dem Ereignis fehlte der Charakter eines gemeinsamen Erlebnisses, und damit das entscheidende Element für die Entstehung eines Generationsbewußtseins. Der Wechsel der Ordnung vollzog sich hinter verschlossenen Türen. Die politischen Protagonisten stießen nicht im Feuer-schein brennender Barrikaden aufeinander, sondern am Verhandlungstisch, um sich danach den Blitzlichtern und Scheinwerfern der Zeitungen und Fernsehteams zu stellen. Die Gesellschaft blieb passiv, ihre Billigung äußerte sich erst in der Stimmabgabe bei den Wahlen. Die Teilnahme an Parlamentswahlen kann aber kaum eine neue Generation hervorbringen. Und so ist es bis heute: Die politische Partizipation beschränkt sich auf den Gang zu den Urnen und die Verfolgung der Nachrichten. Die Helden der traditionellen Revolutionen waren die Massen – Politik wurde in der Gruppe erlebt, die Emotionen hatten kollektiven Charakter. Was die Massen heute verbindet, ist die allabendliche Versammlung vor dem je eigenen Fernseher. Aber diese Entfremdung der Refolution von der Gesellschaft als ihrem kollektiven Subjekt teilt sie mit dem politischen Mechanismus der repräsentativen Demokratie, dem oft, von rechts wie von links, unterstellt wird, er untergrabe den Bürgersinn, das Gefühl der Gemeinschaft und der Verantwortung.

Nicht zuletzt fehlte der polnischen Revolution ihr Sturm auf die Bastille. Der graduelle Charakter der Veränderungen dehnte den Prozeß in einem Ausmaß, das es unmöglich machte, im Strom der Ereignisse jenen Zeitpunkt zu bestimmen, der im kollektiven Bewußtsein die Rolle des Wendepunktes, des Symbols einer neuen Epoche, hätte spielen können. Zwischen den Beratungen am Runden Tisch zu Beginn des Jahres 1989 und den ersten wirklich freien Parlamentswahlen im Jahre 1991 vergingen mehr als zwei Jahre mit einer Überfülle an wichtigen Ereignissen (unter anderem die Wahlen im Juni 1989, die Bildung der Regierung Mazowiecki, die ökonomische »Schocktherapie« von Balcerowicz, der Zerfall der kommunistischen Partei, die Präsidentschaftswahlen 1990, die Spaltung der *Solidarnosc* usw.). Die Historiker wissen, daß jede Periodisierung eine Frage der Konvention ist. Die kollektive Einbildungskraft aber braucht Markierungen, braucht einen »rite de passage«, um ihre Identität zu wechseln. Wenn die neue Epoche überhaupt irgendeinen herausragenden Punkt hatte, so war dies noch am ehesten der 1. Januar 1990, an dem die Wirtschaftsreform von Leszek Balcerowicz in Kraft trat, also de facto der erste Tag der freien Marktwirtschaft in Polen. Aber auch dieser Eintritt ins wirtschaftliche Leben taugt nicht zu einem symbolischen kollektiven Erlebnis, das ein Generationsbewußtsein hervorbringen könnte.

Das Ende der Utopie

Generationsbewußtsein schließt immer Geschichtsbewußtsein ein: Wenn einem Faktum der Status eines signifikanten Ereignisses und zugleich der eines gemeinschaftsstiftenden Erlebnisses zuerkannt wird, so muß dieses Faktum bereits innerhalb eines geschichtlichen Horizontes wahrgenommen werden. Nur wer die gesellschaftliche Wirklichkeit als historische versteht, ist in der Lage, seine Identität um ein Ereignis herum aufzubauen.

Der Umbruch in Polen erfolgte unter der Parole »Zurück zur Normalität«. Besser kann man den Unterschied zum klassischen Typus der Revolution nicht artikulieren. In ihrem Buch »Über die Revolution« geht Hannah Arendt davon aus, daß die Revolutionen der Neuzeit bestrebt sind, einen »novus ordo saeculorum« herzustellen, der ein neuer Anfang ist, ein Bruch in der Kontinuität der bisherigen Geschichte. Im revolutionären Denken spielte die Idee der Utopie daher eine große Rolle. In der Zukunft liegend, gibt sie dem Strom der historischen Ereignisse einen Sinn und eine Richtung, sie macht ihn zu einem teleologischen Prozeß. Dessen Ziel, der Idealzustand gesellschaftlicher Glückseligkeit, steht im Konflikt mit der Wirklichkeit: Die Gegenwart muß überwunden, vernichtet werden.

Die Refolution des Jahres 1989 hat dieses Geschichtsverständnis verworfen. Mit dem Slogan »Zurück zur Normalität« wurde der letzte Rest

Utopie fahren gelassen und durch das seit langem schon als de facto-Standard anerkannte (wenn auch nur oberflächlich bekannte) Modell der westlichen Gesellschaften ersetzt. Dieses, so schien es, bedurfte nicht der Beschwörung der Zukunft, es existierte seit langem, hatte sich bewährt und war sich selbst genug.

Und nicht nur nicht vorwärts, nein, zurück soll es gehen: ein doppelter Bruch also mit der teleologischen Geschichtsvorstellung. Die Refolution von 1989 ähnelt so eher den vormodernen Revolutionen des XVII. Jahrhunderts als den modernen aufgeklärten. Wie J.G. Pocock zeigt, wurden die englischen Revolutionen des XVII. Jahrhunderts unter der Parole einer Rückkehr zur »ancient constitution« durchgeführt, die durch die absolutistischen Pläne des Königs bedroht schien.³ Hier liegt einer der Gründe für das Fehlen revolutionärer Euphorie im Jahre 1989. Das Neue war in einem gewissen Sinne alt, es trug keine chiliastischen Versprechungen in sich. Die Refolution hatte auch nicht die geringste Spur eines jakobinischen Pathos an sich; sie wollte keine neue ideale Ordnung errichten, sondern nur die alten, erprobten Muster und Grundsätze wiederherstellen.

Das Ende der Geschichte

Das Fehlen utopischer Visionen, der Verlust des Fortschrittsglaubens, sind Erscheinungen einer neuen kulturellen Situation – der Postmoderne. Das kommunistische System war dem Herzen der Moderne entsprungen, der Kommunismus war die utopische Vision vom Ende der Geschichte als ihrer Erfüllung. Die Refolution hingegen war die Konfrontation von Moderne und Postmoderne.

Die Vorstellung von einer Generation, die aus einer einmaligen geschichtsmächtigen Erfahrung hervorgeht, gehört zum Kernbestand der Moderne. Die Jugend ist hier Träger der Zukunft und damit auch des Fortschritts. Jede moderne revolutionäre Generation, wie z.B. die Generation von 1968, fühlt sich zum Kampf mit der bestehenden Welt aufgerufen, ein Kampf, der im Namen einer besseren Zukunft für alle geführt wird. Eine Generation, die sich als Moment einer linearen Geschichte versteht, kann die Vergangenheit nicht ignorieren – sie muß sie »überwinden«. Jede Generation bringt sich deshalb notwendigerweise im Konflikt mit einer vorhergehenden hervor. Wenn nun das Bewußtsein einer linearen Geschichte verschwindet, entfällt damit auch die Notwendigkeit, die Vergangenheit zu überwinden, der Konflikt mit ihr, der jugendliche Messianismus. Von einer Linie, einem Vektor, wird die Geschichte zu einer Fläche. Die Zukunft muß nicht schon in der Vergangenheit schlummern – sie kann ganz woanders beginnen, weil es genügend »Platz« gibt. Die junge Generation muß nicht mit der Vergangenheit kämpfen – es genügt, daß

sie sich von ihr abgrenzt oder sie ignoriert. Nicht der Konflikt beschreibt ihr Verhältnis zur Vergangenheit, zur älteren Generation, sondern die Distanz.

Die Refolution wurde nicht im Namen der Geschichte willkommen geheißen; die Menschen haben sie unterstützt, weil sie aus der Geschichte austreten, ihrer Tiefe entkommen wollten, um einen ruhigen Platz an ihrem Rand zu finden. Nicht vollenden wollten sie die Geschichte, sondern ihr Gewicht abwerfen. Damit zerfiel der Horizont der Geschichte – die Vergangenheit starb ab, und die Zukunft verlor ihren Utopiecharakter. Eintreten sollte die »Normalität«, verstanden als wiederhergestellter Gleichgewichtszustand. Aus einer solchen Situation entsteht keine neue Generationsidentität im klassischem Sinn.

Das bedeutet jedoch nicht, daß es keine Spannungen, keine Konflikte zwischen Generationen gäbe. Nur unterscheidet sich ihr Charakter vom traditionellen Muster der Generationskonflikte. Die geistige Situation der Gegenwart mit ihrer Überlagerung moderner und postmoderner Elemente macht die Beschreibung neuer Erscheinungen schwierig; die alten Begriffswerkzeuge taugen dazu nicht mehr. Man kann daher die These aufstellen, daß die Gestaltlosigkeit der neunziger Jahre lediglich das Resultat unserer augenblicklichen Unfähigkeit ist, die neue Situation adäquat zu erfassen.

Alte und neue Politik

In der postmodernen Welt stellt sich die Generationsdifferenz eher als eine Frage der kulturellen Identität denn der politischen Interessen dar. Identität wird selbst zum politischen Problem, das den Rahmen einer Politik sprengt, die gewohnt ist, nur das als politisch anzuerkennen, was sich rationalisieren läßt. Identität ist dem Prozeß der Rationalisierung wesentlich schwieriger zu unterwerfen als es materielle Interessen sind. Identität ist ein privater Wert – Interesse ist öffentlich. Das führt vor allem zu Unlust in Bezug auf institutionalisierte Politik. Obwohl Politik als Form der Konfliktlösung unverzichtbar bleibt, erlebt sie heute eine Krise, in den westlichen Demokratien ebenso wie in den postkommunistischen Gesellschaften.

Die Verwirklichung der modernen Ideale von Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in den westlichen Gesellschaften, und bis zu einem gewissen Grad auch in den nachstalinistischen in Osteuropa, führte zu einer Krise der traditionellen Sphäre des Politischen. R. Inglehart nannte diesen Prozeß des Übergangs von materiellen zu postmateriellen Werten und die daraus resultierenden Erscheinungen des öffentlichen Lebens »neue Politik«. ⁴ Im Gegensatz zur Nachkriegsgeneration, die, eingedenk der Zerstörungen und Entbehrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, auf mate-

rielle Güter und auf Stabilität konzentriert ist, hat die Generation, die in der Umbruchszeit der sechziger und siebziger Jahre ins Erwachsenenleben eintrat, andere Erwartungen. Nach den vielen Jahren der Nachkriegsprosperität erreichte der Wohlstand ein hohes Niveau und schien schließlich selbstverständlich. Das Interesse an Wahlen und am institutionellen öffentlichen Leben nahm ab. Die neue Generation legt mehr Nachdruck auf unmittelbare Teilnahme, auf Engagement, auf eine breiter gefaßte Vorstellung von Lebensqualität, die das Bestreben nach Selbstverwirklichung, nach persönlichem Ausdruck, nach Auswahl des Lebensstils einschließt.

Hand in Hand mit der Krise der traditionellen Parteien und der Verknöcherung der Gewerkschaften ging die Entstehung der »neuen gesellschaftlichen Bewegungen« einher. Sie waren antibürokratisch, antizentralistisch und programmatisch informell; sie waren auf die Lösung konkreter Probleme und weniger auf universalistische Ideologien ausgerichtet. Sie haben es verstanden, die Medien zu nutzen, um einen neuen öffentlichen Diskurs zu schaffen. Die neuen Bewegungen (als Beispiele werden gerne die ökologische Bewegung, feministische oder Homosexuellenorganisationen genannt) sind heterogen und pluralistisch. Sie kennen die traditionelle Vorstellung der Mitgliedschaft nicht, die Grenze zwischen hartem Kern und Sympathisanten ist fließend. Es zählt vor allem die Authentizität des Erlebens und die unmittelbare Beteiligung, kurz: Spontaneität. Das alles steht im Gegensatz zu den nach dem Weberschen Grundsatz der Rationalität organisierten traditionellen Institutionen, die auf Routine, Hierarchie und festgelegten Prinzipien beruhen.

Die *Solidarnosc* und ihre erste Revolution von 1980/81 waren Teil dieser neuen Bewegungen – so jedenfalls sehen es Autoren wie Inglehart, die sich mit der neuen Politik beschäftigen. Die unterschiedlichsten Elemente traten hier wie in einem Kaleidoskop zusammen. Die *Solidarnosc*, formal eine Gewerkschaft, war zugleich auch eine Bewegung, in der das spontane Bedürfnis des Zusammenhaltens gegen einen totalitären, bürokratischen Staat entscheidend war. Dies bezeugt schon der Name des Verbandes, der das Ideal der Gemeinschaft beschwört. Innerhalb der *Solidarnosc* spielten Vertreter der 68er-Generation eine bedeutende Rolle; sie waren seit 1976 der demokratischen Opposition (vor allem dem Komitee zum Schutz der Arbeiter – KOR) verbunden und standen unter dem Einfluß gauchistischer, westeuropäischer Ideen. Gleichzeitig war die *Solidarnosc* aber auch eine nationale Bewegung, die sich auf die polnische Tradition des Widerstands berief.

Der Bewegungscharakter der *Solidarnosc*, ihr Selbstverständnis als »selbstbegrenzte Revolution« und ihr antipolitisches Moment waren allerdings weitgehend auf ihren Widerpart, den kommunistischen Staat, abgestellt. Als dieser 1989 kollabierte und damit der Neubau eines demokrati-

schen Gemeinwesens und Rechtsstaats auf der Tagesordnung stand – die Wiedererrichtung der klassischen Institutionen des politischen Lebens also –, führte dies zu einem raschen Zerfall der *Solidarnosc*.

*Die postmoderne Generation in Polen. »bruLion« und
das »Große Orchester«*

Heute sind im öffentlichen Leben Polens Elemente einer neuen Politik auszumachen – Symptome tiefer kultureller Veränderungen. Auch in Polen lebt die junge Generation inzwischen in der Postmoderne. Durch das Prisma der traditionellen Begrifflichkeit der Gesellschaftswissenschaften betrachtet, ist diese Generation gestaltlos. Inwiefern bildet sie gleichwohl eine Generation? Ich meine, daß sie sich sehr wohl durch eine gewisse Differenz auszeichnet, eine Differenz allerdings, die bislang keine ausdrücklichen und in die Sprache des Politischen übersetzbaren Konflikte verursacht hat. Dies möchte ich an zwei Beispielen veranschaulichen.

In den achtziger Jahren bildete sich um eine Krakauer Untergrund-Zeitschrift für Kunst und Kultur eine Gruppe junger polnischer Schriftsteller. *bruLion* heißt das bis heute programmatisch unregelmäßig erscheinende Periodikum, das einer ganzen Generation von Literaten den Namen gab. Schon die Schreibweise – der ostentative Gebrauch eines kleinen Anfangsbuchstabens und eines großen Buchstabens in der Mitte – ist provokativ. Der Name (die polnische Transkription für »brouillon«, Schmierheft) entspricht dem chaotischen Inhalt – Gedichte neben Essays, unkommentierte Übersetzungen kontroversieller Texte neben Graphiken an der Grenze zur Pornographie, die sich mit Reproduktionen von Graffitis abwechseln. *bruLion* erhebt keinen Avantgarde-Anspruch, es propagiert und praktiziert vielmehr die literarische Postmoderne.

Die heutigen Jungen verbindet ein wichtiges gemeinsames Merkmal – sie sind die erste Generation, die in einer Popkultur groß wurde. Sprache und Lebensart gemäß der Poetik der neuen Medien sind die Charakteristika, die diese Generation in ihren eigenen Augen von der vorhergehenden unterscheidet. Sie definiert ihre Identität über die Teilnahme an der neuen Kultur, nicht über Politik, ökonomische Interessen oder gesellschaftliche Herkunft. Die Gegenwart von Fernsehen und Rockmusik ist für sie die natürlichste Sache der Welt, anders als für die Generation der 68er, für die diese Dinge noch eine Offenbarung waren. Die Macht, die diese Kultur auf die heute Dreißigjährigen ausübt, zeigt sich daran, daß die jungen Neokonservativen, die in ihrer Zeitschrift *Fronda* den anarchischen, bisweilen skandalösen *bruLion* bekämpfen, sich desselben Idioms und Stils bedienen.

Das zweite Beispiel ist das »Große Orchester der Feiertagshilfe«, das Jurek Owsiak (bezeichnend ist schon der Diminutiv seines Vornamens, der

korrekt Jerzy lautet: in Polen inzwischen ein antiautoritärer Gestus, der Unmittelbarkeit und Intimität suggerieren soll), Organisator von Rockkonzerten, Moderator von Radioprogrammen und Initiator des Nonsens-Kabarett »Róbta co chceta« (umgangssprachlich: »Macht, was ihr wollt«) vor einigen Jahren ins Leben rief, um für ein Kinderspital Geld zu sammeln. Das Orchester existiert bis heute. Das ganze Jahr über und im ganzen Land finden Aktionen statt, vornehmlich Benefizkonzerte bekannter Künstler. Unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen spielt das »Große Orchester« zum Finale auf, das im Fernsehen live übertragen wird.

Das »Große Orchester« verbindet viele Elemente, die für die neue Politik und für die neuen gesellschaftlichen Bewegungen charakteristisch sind. Es richtet sich vor allem an die Jugend, deren kulturelles Idiom wiederum Sprache und Ästhetik des Orchesters prägt. Das Orchester propagiert keinerlei Ideologie, es ist nur der Idee verpflichtet, kranken Kindern zu helfen. Es versteht sich als antipolitische, vom Staat unabhängige und antizentralistische Veranstaltung. Die Teilnehmer sind begeistert von dem, was sie tun: »Das ganze Jahr lang warten wir auf diesen Tag. Etwas wird frei in uns – wir sind zusammen«. ⁵ Der Enthusiasmus steht im Gegensatz zu den negativ besetzten Gefühlen, die mit der herkömmlichen Politik assoziiert werden: Politik sät Zwietracht, denn sie ist die Sphäre der Interessenskonflikte; Politik ist »schmutzig«; der Staat herrscht mittels einer kalten bürokratischen Maschine. In einem Interview äußerte sich der Chef des »Großen Orchesters« folgendermaßen über die Politik: »Die Wahlen (die Präsidentenwahlen 1995 – D.G.) kosteten 700 Milliarden (alte) Zloty. Als Steuerzahler habe ich den Auftritt des Herrn Bubel und seine Narreteien mitbezahlt (ein ebenso chancenloser wie unseriöser Kandidat; polnisch »bubel« heißt Ausschußware – D.G.). Wir haben bisher 150 Milliarden ausgegeben, und das bedeutet die Rettung nicht nur eines Kindes, sondern zigtausender. Das ist absolut kosmisch.« ⁶

Auch unter organisatorischen Gesichtspunkten ist das »Große Orchester« unkonventionell. Es ist keine Institution, man kann nicht Mitglied werden. Der Kern des ganzen, das unerläßliche, gesetzlich vorgeschriebene Minimum, sind einige wenige, die zusammen eine Stiftung bilden, die während des Jahres die Orchesteraktivitäten koordiniert. Wenn das Finale näher rückt, vergrößert sich dieser Kern um zehntausende Freiwillige, zumeist Jugendliche unter achtzehn, die bereit sind, auf der Straße für das Orchester zu sammeln. Es genügt, sich per Post zu melden und dann eine Legitimation abzuholen. Dabei sind übrigens die letzten Warteschlangen in Polen zu beobachten. Im Moment des Finales erfaßt eine totale Mobilmachung das Land. Auf den Straßen der großen Städte trifft man alle paar Schritte sammelnde Jugendliche, die Mehrzahl der Passanten trägt ein

Herz auf dem Mantel, und auch die Show im Fernsehen läuft den ganzen Tag über.

Das Orchester ist also eine Art informeller, »pulsierender« Organisation, ein Netzwerk, ein »single-issue-movement«, eine Aktion, die als gigantisches Happening im unmittelbaren Wortsinn organisiert ist: Es ereignet sich. Und die Teilnahme an diesem Ereignis, die Macht dieses Erlebnisses sind ebenso wichtig wie sein guter Zweck. Wenn es irgendein Element des Protestes enthält, dann artikuliert er sich nicht mittels einer Rhetorik, eines Diskurses, sondern mittels eines Lebensstils, unter professionellem Einsatz der Medien, insbesondere des Fernsehens. Das Orchester ist auch ein Medienereignis, ja, es existiert durch die Medien.

BruLion und das »Große Orchester« lassen sich als Symptome eines Transformationsprozesses in der Wahrnehmung der öffentlichen Sphäre und des Politischen lesen. Vielleicht kann man von daher verstehen, warum der dramatische Zusammenbruch des Ancien Régime so wenig auf die kollektive Einbildungskraft der jungen Generation gewirkt hat. Die Vorgeschichte dieser Generation reicht in die sechziger Jahre zurück, wo die Gegenkultur und ihr spezifisches Idiom ihren Ursprung haben. Das Jahr 1989 bedeutete nicht so sehr die Geburt einer neuen Wirklichkeit als vielmehr das Zutagetreten einer Welt, die im Untergrund bereits existierte; 1989 symbolisiert das Erlöschen der alten Ordnung, nicht den Nullpunkt einer neuen. Der Kommunismus fiel auch deshalb, weil er der postmodernen Herausforderung nicht gewachsen war. Das postmoderne Bewußtsein feiert dieses Datum jedoch nicht als seinen Geburtstag.

Aus dem Polnischen von Isolde Charim

Anmerkungen

- 1 »März-Ereignisse«: mehrtägige Aufstände und Unruhen 1968 an der Warschauer Universität und an anderen Hochschulen Polens.
- 2 1970 kam es in den Hafenstädten zu Arbeiteraufständen, die blutig niedergeschlagen wurden. Wladislaw Gomulka, ZK-Sekretär und Vertreter der alten, ideologisch eingestellten kommunistischen Generation, mußte gehen; ihm folgte Edward Gierek, Führer der pragmatischen und technokratischen Fraktion.
- 3 Vgl. u.a.: *The Ancient Constitution and the Feudal Law*, Cambridge University Press 1957.
- 4 Vgl. *The Silent Revolution: Changing values and political styles among western publics*, Princeton University Press 1977, und: *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton University Press 1990.
- 5 *Tygodnik Powszechny* Nr. 52/53 vom Dezember 1995.
- 6 *Tygodnik Powszechny*, ebd.

Heinz Bude

BILDER VOM OSTEN

Wie die Westdeutschen ihre Sehnsüchte projizieren

I

Am 4. Februar 1963¹ führte Joseph Beuys im Rahmen des ersten von ihm selbst organisierten Fluxus-Konzerts seine »Sibirische Symphonie, 1. Satz« auf. Unter dem Titel »Festum Fluxorum« hatte sich neben Beuys die ganze Prominenz der Fluxus-Bewegung wie George Brecht, Nam June Paik, Al Hansen, Wolf Vostell oder Daniel Spoerri in der Düsseldorfer Kunstakademie versammelt. Man sieht auf der Bühne eine große und eine kleine jeweils mit Nummern versehene Kiste, einen Flügel, dazwischen eine Schiefertafel, an der Seite eine Stehleiter und viel zerknülltes und zerschnittenes Papier. Beuys mit dem Hut improvisiert an dem Instrument einen freien Satz, blendet dann ein Stück von Erik Satie ein, hängt einen toten Hasen an die Tafel, schreibt darauf ziemlich elementare Rechenoperationen wie $2+2=4$ und $2 \times 2=4$ oder $2^2=4$, präpariert den Flügel mit kleinen Tonbergen, steckt in jeden einen Ast, befestigt einen Draht vom Klavier bis zu dem Hasen – und nimmt dem Hasen das Herz heraus.

Die Aktion ging mit der Ruhe und Konzentriertheit eines Rituals vor sich. Der gewaltsame Eingriff ließ zwar vielen im Publikum den Atem stocken, doch man wagte nicht, gegen die Folgerichtigkeit der Vorgänge Protest zu erheben. Es war eine Symphonie aus einer anderen Welt, die man im Wirtschaftswunderdeutschland der frühen sechziger Jahre schon fast vergessen hatte.

Im Winter des Jahres 1943 war der 22jährige Sturzkampfflieger Joseph Beuys auf der Krim abgeschossen worden.² Die Ju 87 mit Beuys als Funker an Bord wird nach dem Angriff auf eine russische Flakstellung beim Wiederhochziehen der Maschine getroffen. Dem Piloten gelingt es gerade noch, das Fluggerät hinter die eigenen Linien zu steuern. Dann versagt jedoch plötzlich der Höhenmesser, und es setzt ein Schneesturm ein. Das Flugzeug kann nicht mehr gehalten werden und stürzt ab. Beuys wird bei dem Aufprall herausgeschleudert und unter dem Heck der Maschine eingeklemmt. Er verliert das Bewußtsein. Sein Kamerad ist auf der Stelle tot.

Daß Beuys den Absturz überlebte, ist ein Wunder. Eine Gruppe nomadisierender Tataren entdeckt das Wrack des Stuka und den schwerverletzten ohnmächtigen deutschen Soldaten. Sie bringen ihn in eines ihrer Zelte,

pflügen den immer wieder in Bewußtlosigkeit Sinkenden, indem sie seine Wunden mit dem Fett ihrer Tiere salben und seinen Körper gegen die Kälte in Filz einwickeln. Sie flößen ihm Milch und Honig ein und füttern ihn mit Quark und Käse.

Beuys hatte einen doppelten Schädelbasisbruch erlitten, Rippen, Beine und Arme waren gebrochen, er hatte Splitter im Körper. Die Haare waren bis in die Wurzel hinein versengt, das Nasenbein war zertrümmert. Den Tataren verdankt Joseph Beuys sein Leben. Als er einigermaßen über den Berg ist, fragen ihn seine Retter, ob er nicht bei ihnen bleiben wolle. Beuys war dieser Gedanke, so erinnert er sich später, nicht unsympathisch.

Joseph Beuys hat in seinem Werk ein mythisches Bild des Ostens überliefert. Vom Krieg behielt er keine Erinnerungen an Kämpfe und Verbrechen, Eroberungen und Niederlagen zurück, sondern solche an Steppe, Nomadentum und Schamanismus. Das ist ein Rilkesches Bild von einem Land, das vielleicht an Gott grenzt. Was in der Literatur nach 1945 nicht mehr geht, schafft Beuys mit seinen armen und geringen Materialien: von einem großen, gütigen und furchtbaren Reich zu berichten. Der Osten liegt in einem Zwischenraum von Natur und Kultur, wo das Volk lebt. Da geben viele namenlose Erzähler die Erfahrung von Mund zu Mund weiter, und da bleibt das Außerordentliche und Wunderbare immer möglich. Der Osten bildet ein Reservoir fürs Elementare: verborgene und verschüttete Lebenszusammenhänge, die uns eine andere Wirklichkeit des Menschen veranschaulichen.

Für die Kriegsgeneration des Zweiten Weltkriegs repräsentiert der Osten eine Existenz im Ausnahmezustand. Da beweist der »Arzt von Stalingrad« im Ernstfall den wirklichen Adel des Menschseins,³ da irrt ein Flüchtling durch ein leeres, wüstes Land »so weit die Füße tragen«⁴, und von alledem singt eine dunkle weiche Stimme ein schwermütiges Lied⁵. Im Bild des Ostens ist eine Erfahrungswelt verkapselt, die sich nach dem Kriege nur in den »illegitimen« Gattungen der Unterhaltungsliteratur, des Fernsehspiels und des Schlagers Ausdruck verschaffen konnte. So kam eine Untersuchung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung aus den Jahren 1956/57 über das politische Bewußtsein ehemaliger Kriegsgefangener zu dem Ergebnis: Viele ehemalige Soldaten hatten das Gefühl, daß ihnen nicht die Ehre und der Respekt erwiesen worden waren, die sie für Kriegsdienst und Gefangenschaft verdienten. Anstatt als nationale Helden willkommen geheißen zu werden, kehrten sie in ein Land zurück, das mit einer Mischung aus Scham und Wut auf die von ihnen verkörperte Vergangenheit reagierte. Sie standen draußen vor der Tür. »Man war der alten Ordnungen beraubt und zugleich der neuen noch nicht sicher. Man fand sich, dem Kommiß und dem Lager entronnen, der Kälte der Bürokratie ausgesetzt. Man hatte mehr als andere gelitten, aber dies Leid wurde nicht

anerkannt.«⁶ In der harten Konkurrenz zu Flüchtlingen, Ausgebombten und Verfolgten des Nazi Regimes hatten sie keine besonderen Ansprüche zu stellen: weder auf Geld und Ehre noch auf Aufmerksamkeit und Zuspruch. Lutz Niethammer muß nach seinem Versuch, zehn Kriegserinnerungen aus der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets zu verstehen,⁷ feststellen, daß die Kultur des Wiederaufbaus die Mehrzahl seiner Gesprächspartner mit der unlösbaren Aufgabe alleingelassen habe, ihre persönlichen Kriegserlebnisse in eine gesellschaftlich relevante Kriegserfahrung einzubringen.

Dieses unterdrückte Thematisierungsverlangen hat in der Vorstellungswelt des Ostens einen heimlichen Container gefunden. Dabei legte sich in der kollektiven Deckerinnerung das Bild der Gefangenschaft über das des Krieges. Sibirien wurde zum Namen für den Nullpunkt der Existenz. In den Geschichten vom Überleben ist von Typhus, Bergwerken, Eiskälte und der prinzipiellen Unvorhersehbarkeit des menschlichen Verhaltens unter extremen Bedingungen die Rede. Wer durch diese Hölle gegangen ist, dem kann eigentlich nichts Schlimmeres mehr passieren.

Doch das Überleben verdankte sich den vielen kleinen menschlichen Gesten. Es gab zwar die furchtbare russische Geduld der Marter, aber andererseits immer die ganz normalen Menschen, denen das Leben wichtiger als der Haß war. Mal ist es die russische Ärztin, die doch noch das lebensnotwendige Medikament auftreibt, mal der müde Wachmann, der den Tabak der Meldung vorzieht, mal der Rentierzüchter, der einen geschickten Handwerker in seiner Truppe gebrauchen kann. Das Zurückgeworfensein aufs Menschliche schuf die Grundlage für unwahrscheinliche Begegnungen.

Bei den heute siebzig- bis achtzigjährigen Kriegsteilnehmern haftet am Bild des Ostens das Gefühl eines »anderen Zustands«. Durch die Erfahrung von Krieg und Kriegsgefangenschaft ist der Bewohner des Ostens zu einem phantastischen Wesen geworden: Mal ist er von einer kindlichen Grausamkeit, mal von einer überwältigenden Herzlichkeit und begeisterungsfähigen Hilfsbereitschaft. Nur reizen darf man den »russischen Bären« nicht, dann nämlich kennt seine Vergeltungswut keine Grenzen. Die ideologische Projektion des »russischen Untermenschen« ist offenbar durch die psychologische der »russischen Seele« ersetzt worden. Aber die Vorstellung eines ursprünglichen und urtümlichen Volkes ist geblieben. Einem Engländer oder Franzosen, der einen Deutschen so über die Russen reden hört, ist das Symbiotische dieses Verhältnisses sicher nicht ganz geheuer. Denn der »Russe« ist der »Deutsche« – schwermütig, unberechenbar, verträumt und verrückt. Aus dem Weltkriegssoldat Joseph Beuys ist schließlich selbst ein Tatare geworden, der mit Filz, Fett und Honig die Wunden der Welt zu heilen sucht.

II

Mitte der siebziger Jahre brach eine ganze Kohorte kulturbewußter Westdeutscher zu »empfindsamen Reisen« durch die Provinzen der DDR auf. Man suchte eine deutsche Idylle, die noch nicht von amerikanischer Lebensart überschwemmt worden war. Der Reiseschriftsteller Horst Krüger veröffentlichte seine Reiseberichte Anfang der achtziger Jahre unter dem wenig zurückhaltenden Titel »Tiefer deutscher Traum«. ⁸ Still und heimlich pilgerte man zu Goethe und Schiller nach Weimar, man begab sich nach Rügen, um in den Anblick einzutauchen, der einst Caspar David Friedrich inspiriert hatte, man bewunderte in Rostock, Wismar und Greifswald die deutsche Backsteingotik, man war ergriffen vom schwebenden Engel Ernst Barlachs in Güstrow, und man ergötzte sich an den wiedererrichteten kulturellen Denkmälern Augusts des Starken in Dresden.

Der melancholische Blick konnte sich nicht satt sehen. Im Osten war Deutschland deutscher geblieben. Die Jugend war adretter, die Orte waren beschaulicher und die Straßen staubiger als in der Bundesrepublik. Die Leute kannten keine quälerischen Selbstzweifel, was ihren Lebensstil und ihren Sozialstatus betraf, sie lebten ihr Leben unbedrängt von den Verlockungen des Konsums, sie gaben sich einfach so, wie sie waren: unangestrengt kleinbürgerlich und ungeniert selbstzufrieden. Von der Verblendung durch den Staatssozialismus war für die Besucher aus dem Westen nicht viel zu spüren. Für den einzelnen DDR-Bürger standen die konkreten und praktischen Dinge des Lebens im Vordergrund. Die öffentliche Ideologie hatte für die private Existenz anscheinend keine Bedeutung.

Günter Gaus, von 1974 bis 1981 der erste ständige Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, brachte diese Erfahrung auf den Begriff. ⁹ Mit der verhaltenen Liebe des protestantischen Norddeutschen sprach er vom »Staatsvolk der kleinen Leute«, in dem sich irgendwie das Lebensgefühl der Niederlage nach dem Zweiten Weltkrieg konserviert hatte. Man trug erkennbar schwerer an der Schuld, die der Nationalsozialismus allen Deutschen aufgebürdet hatte. So beschlich die Besucher aus der reichen und demokratischen Bundesrepublik bei ihren sorgfältig vorbereiteten Bildungsreisen ein Gefühl des Verlusts: als ob der mit der bedingungslosen Hingabe an die USA verbundene Verzicht auf eine eigene Identität erst im Osten zu spüren sei.

Für Günter Gaus und seine Altersgenossen aus der Flakhelfer-Generation ¹⁰ liegt der Osten nicht mehr in Rußland, sondern in Deutschland. Die deutsche Teilung hatte einen neuen Osten hervorgebracht, wodurch ein anderer Komplex von Einstellungen, Referenzen und Erfahrungen entstand: Das Eigene lag plötzlich im Fremden. Um dieses Fremde als Eigenes

erhalten zu können, wurde die Kultur beschworen. Kultur definierte die imaginäre Einheit einer erst staatlich und dann gesellschaftlich geteilten Nation. Dadurch bekam die gemeinsame »Kulturnation« jedoch von Anfang an einen gewissen tragischen Ton. Sie mußte nämlich bewahren, was für lange Zeit verloren schien. Wenn nach 1945 von der deutschen Kultur die Rede war, wogen die östlichen Verluste meist schwerer als die westlichen Gewinne. Und am Ende war die deutsche Kultur nur noch im Osten und nicht mehr im Westen zu finden.

Merkwürdigerweise waren es besonders die von der amerikanischen Zivilität beeindruckten Repräsentanten der skeptischen Generation, die den deutschen Osten zum verborgenen Reservoir einer versunkenen Kultur machten. Günter Grass, Siegfried Lenz und Horst Bienek haben auf ganz unterschiedliche Weise schon in ihren frühen Werken die verloren gegangenen deutschen Ostgebiete in eine kulturelle Traumlandschaft verwandelt. Da waren noch Geschichten möglich, die man sich im großen Konsumverein nicht vorstellen konnte. Der deutsche Osten wurde zu einem phantastischen Raum vitaler Erregung und seelischen Trosts, die man im panischen Idyll des bundesrepublikanischen Wiederaufbaus so sehr vermißte. Ließ das Bewußtsein, einer Taternation anzugehören, für die zornigen jungen Leute der frühen Bundesrepublik allenfalls den Ausweg einer negativen Identifikation mit »unserem Auschwitz«¹¹ zu, so konnte sich im Bild des Ostens die wilde Einbildungskraft einer anderen Vergangenheit entfalten. Es sieht wie ein Mechanismus psychischer Ersatzbildung aus: Der Osten wird zum geheimen Wunschbild einer kulturellen Heimat, die der Nationalsozialismus zerstört hat.

Aus diesem Zusammenhang heraus ist die melancholische Wende in Bezug auf die DDR am Anfang der achtziger Jahre zu verstehen. Für Gaus und die anderen war die DDR eine realexistierende Traum- und Trostlandschaft. Als hätte eine literarische Einbildungskraft das andere Deutschland geschaffen. Das »Staatsvolk« im Osten erschien kleiner und reiner als die pralle Erlebnisgesellschaft im Westen. Die stillgestellte Zeit hielt das Einfache und Karge der Nachkriegsperiode fest, in der Kunst und Kultur noch eine existentielle Bedeutung hatten. Es hatte fast den Anschein, als hätten sich unter dem russischen Protektorat Reste einer deutschen Kultur erhalten, die im Einflußbereich des amerikanischen Traums keinen Platz mehr hatten. Im Lutherjahr 1983 vollendete sich das kulturstaatliche Selbstverständnis der DDR. Im Westen gab es zwar Stauer- und Salier-Ausstellungen, aber nicht mit staatlichem Bildungsauftrag wie im Osten. Als dann noch Preußen und Bismarck als sozialistische Kulturgüter wiedergewonnen wurden, schien die DDR der deutschere deutsche Staat geworden zu sein. Es klingt wie eine Ironie der Geschichte, daß in dem Maße, wie für die meisten DDR-Bürger der Westen mehr und mehr als Konsumparadies

leuchtete, für manchen kritischen Bildungsbürger aus der Bundesrepublik der Osten den matten Glanz von edler Einfachheit und stiller Größe annahm.

III

Das deutsche Bild vom Osten war allerdings immer schon ziemlich ambivalent. So träumte der unpolitische Thomas Mann in der 1921 erschienenen Einleitung zu einer russischen Anthologie¹² von einer konservativ-revolutionären Synthese aus Nietzsche und russischer Seele. Ostwärts ist offenbar der nötige Resonanzboden für die Musikalität des deutschen Geistes zu finden. Was den Franzosen der Atlantik, den Engländern das Empire, ist den Deutschen der Wald, die Steppe und die Felder im Osten. Die wilde und weite Landschaft konnte als die andere verborgene Seite einer hochgestochenen Technologie des Selbst begriffen werden. Ganz fühlt sich das Disziplinvolk nur, wenn es sich seinem Heimweh und seiner Sehnsucht überläßt. Aber der Osten ist nicht nur ozeanisches Refugium, sondern zugleich rettender Anker eines festen Systems der Sittlichkeit. Niemand anders als Max Weber hat die ostelbischen Gutshöfe als gesellschaftliche Intelligenzzentren betrachtet, die eine politische und kulturelle Kraftreserve der Nation gegenüber einem spießigen städtischen Bürgertum darstellen könnten.¹³ Im Osten gibt es noch die Fähigkeit des Hasses gegen das Kleine, denn in der ländlichen Welt herrscht ein Modell der Lebensführung, dem Ehre und Würde wichtiger sind als die nervöse Kompetenz der glatten Einpassung ins funktional differenzierte »Gehäuse der Hörigkeit«.

Noch weiter im Osten lag in der deutschen Phantasie von jeher ein Land mit ganz anderen Möglichkeiten. Davon berichten Erzähler, die in der Ferne des Raumes wie der Zeit zu Hause sind. Walter Benjamin hat den russischen Erzähler bekanntlich als einen Urtyp der Gattung beschrieben, der auf ganz selbstverständliche und wundersame Weise mit der »Stimme der Natur« spricht.¹⁴ So existieren von Nikolai Lesskow eine Reihe legendärer Erzählungen, deren Mitte ein Gerechter bildet, meist ein schlichter tätiger Mann, der auf die natürlichste Art zum Heiligen wird.

Andererseits ging für Max Weber von Rußland zugleich die größte Gefahr für die europäische Kultur aus. Die weltgeschichtliche Aufgabe Deutschlands bestand für den jungen Nationalökonom darin, die Mitte zu halten zwischen den Konventionen der angelsächsischen *society* auf der einen und den Reglements des russischen Beamten auf der anderen Seite. Als 1918 die angelsächsische Weltherrschaft durch den Aufstieg Amerikas unabwendbar scheint, wird Webers Ansicht nach die »russische Knute« zum entscheidenden Bezugspunkt der künftigen deutschen Weltpolitik.

Das Sehnsuchtsland war dem deutschen Geist also zugleich eine Quelle größter Gefahr. Wo man zu dem Zaren ähnlich wie zu Gott spricht, lebt

ein dunkles und fremdes Volk, das unsere abendländische Rationalität mit seinem schweren Zeremoniell zu ersticken droht. »Väterchen« ist Gott, der Zar und später Stalin. In der Nachfolge des »progressiven Imperialisten« Weber haben viele westliche Marxisten in der Spiritualität des russischen Kommunismus die Seele der Volksfrömmigkeit und den Geist der Klöster erblickt. Selbst die stalinistischen Verbrechen lassen sich auf die Tradition des orthodoxen Christentum zurückführen, das immer dann, wenn es politisch wurde, frömmelnd und brutal, diktatorisch und mystisch, konformistisch und zynisch gewesen ist. Die Kommunistische Partei steht demnach am Ende des oströmischen Wegs, der der atlantischen Tradition von Anfang an den Kampf angesagt hatte.¹⁵

Der Kampf zwischen West- und Ostrom scheint fürs erste entschieden zu sein. Der Westen hat 1989 den Sieg über den Osten davongetragen. Die charismatische Herrschaftsform des russischen Kommunismus ist an den Gesetzen der Veralltäglichsung gescheitert. Heute stehen uns die enormen Kosten des »Gesamtkunstwerks Stalin«¹⁶ vor Augen. Damit ist ein blutiges Kapitel europäischer Kunstreligion zu Ende gegangen. Der Intellektuelle, der in der totalitären Welt des Kommunismus dem modernen Schicksal »transzendentaler Obdachlosigkeit« (Georg Lukacs) entkommen konnte, ist nun scheinbar endgültig auf sich zurückgeworfen. Auch aus dem Osten kommt kein Sinn mehr.

IV

Heute ist der Osten keine Traum- und Seelenlandschaft mehr, sondern in erster Linie eine Trash- und Konsumlandschaft. Dem westlichen Besucher fällt der unbekümmerte Genuß der wunderbaren Natur schwer. Die Informationen von den verschiedenen Altlasten haben seinen Blick argwöhnischer und genauer werden lassen. Überall hinter den blühenden Landschaften sind kontaminierte Reste der sozialistischen Moderne zu vermuten. Man kennt die Bilder notdürftig gesicherter menschenleerer Zonen und riesiger, mit industriellem Gestänge übersähter Krater. Der Betrachter schwankt zwischen spontanem Entsetzen und romantischer Erhebung angesichts dieser real existierenden Ruinen. Die Entsorgungskosten sind kaum zu veranschlagen und können von den Verursachern natürlich nicht aufgebracht werden. Dazu kommen die unsichtbaren Gefahren durch defekte Kernkraftwerke, fahrlässig gelagerte Massenvernichtungswaffen und sonstige grenzüberschreitende ökologische Schädigungen.

Aber nicht allein die Natur des Ostens ist verdorben, die Gesellschaft ist es gleichermaßen. Berichte aus Rußland über skrupellose Abenteuerkapitalisten, mafiöse Altkader und marodierende Straßenbanden lassen das Bild eines anomischen Gesellschaftszustands entstehen. Es regiert der

Gelegenheitserwerb durch Gewalt und Betrug, wobei der Staat und seine Beamten keine Ausnahme machen. Der Beobachter aus dem bürgerlichen Westen fragt sich, wie ein Staat in einer regellosen Gesellschaft Ordnung durchsetzen soll, wenn seine eigenen Vertreter von der herrschenden Unordnung infiziert sind.¹⁷ Es scheint unmöglich, die kurzfristigen persönlichen mit den langfristigen allgemeinen Interessen zu harmonisieren. Das Volk zerfällt in die Leute, die alle ihren kleinen Vorteil suchen und auf das große Glück hoffen.

Der extreme russische Fall veranschaulicht eine grundsätzliche Irritation im Bild vom Osten. Ostdeutschland und alles, was sich ostwärts daran anschließt, will sich dem westlichen Blick nicht mehr fügen. Da erinnert nichts mehr an das geduldige Verfahren der Natur. Die Verhältnisse sind grell und fragil geworden. Das hängt mit der atemberaubenden Erfahrung des Konsums zusammen, die in der Freiheit besteht, Altes wegwerfen und Neues kaufen zu können.¹⁸ Der autonome Konsument war im Osten die erste Sozialfigur der neuen Freiheit. Es gibt keine Klasse an der Spitze mehr, die die Macht hat, Dinge für dauerhaft oder vergänglich zu erklären. Der Konsument entscheidet selbst, woran er sein Herz hängt und was für ihn nur einen vorübergehenden Gebrauchswert besitzt. In der praktischen Definition des Abfalls verwirklicht sich seine einzigartige Freiheit.

So scheinen die Bewohner des neuen Ostens höchsten Gefallen daran zu finden, das wertvolle Alte wegzuworfen und durch das billigste Neue zu ersetzen. Der gnadenlose Konsumismus, der vor nichts Respekt hat, alles vergänglich macht und in Abfall transformiert, ist längst nicht mehr in den »postmaterialistischen« Wertegesellschaften des Westens, sondern vor allem in den »postsozialistischen« Aufholgesellschaften des Ostens zu entdecken. Mühsam versuchen einige kulturbewußte Ethnologen aus dem Westen die wertvollsten Dinge des realen Sozialismus in Museen der Alltagskultur zu konservieren, aber gegen den östlichen Warenfetischismus kommen sie nicht an. In der Abwehrhaltung gegen das westliche Verständnis von Markt und Demokratie finden sich die Ostbewohner zwar ab und an zu Ekstasen der Erinnerung zusammen, aber in der Alltagspraxis haben die Ostler in den Augen der Westler völlig den Sinn für das Eigene und Besondere ihrer sozialistischen Herkunftskultur eingebüßt. Was den einen als bloßer Abfall erscheint, ist den anderen ein riesiges Reservoir des Dauerhaften, das später als Dokument einer vergangenen Epoche studiert werden wird.

Einige Jüngere und Klügere aus dem Osten haben verstanden, daß das Bild vom Osten durchaus seine eigene Chance hat in den endlosen Mutationen unserer großen populären Kultur – aber nicht als das unterdrückte Wahre oder verlorene Ganze. Der Osten könnte sich von seiner Erfindung durch den Westen emanzipieren, wenn er sich als eine Position unter

anderen begriffe, die in manchen Situationen mit Aussicht auf Erfolg verteidigt werden kann, in anderen vielleicht besser vergessen werden sollte. Als ein Beispiel für eine solche Strategie des Einsatzes der eigenen Kultur mag man Jim Jarmuschs Klassiker »Stranger than Paradise« nehmen, in dem auf den Spuren Andy Warhols vorgeführt wird, wie der Osten in Gestalt der kleinen Cousine aus Ungarn in den Westen kommt. »Put A Spell on You«, heißt der Song, den man dauernd aus ihrem mickrigen Kassettenrecorder zu hören bekommt. Screamin' Jay Hawkins' Interpretation des Stücks ist natürlich grandios, aber ohne den sehnsuchtsvollen Blick des Mädchens aus dem Osten hätten wir den Song möglicherweise schon wieder vergessen.

Anmerkungen

- 1 Anderen Angaben zufolge war es der 3. Februar 1963.
- 2 Ich beziehe mich hier auf die Darstellung von Heiner Stachelhaus, Joseph Beuys, Taschenbuchausgabe, München 1991, S. 26ff.
- 3 Heinz G. Konsalik ist wohl der populärste deutsche Erzähler dieser wenig »korrekten« Geschichte des Zweiten Weltkriegs.
- 4 Das nach der Vorlage des 1955 erschienenen autobiographischen Romans von Josef Martin Bauer realisierte und im Frühjahr 1959 erstmals in sechs Folgen ausgestrahlte, danach mehrfach wiederholte Fernsehspiel ist für die Kinder der Bundesrepublik zu einem sozialisatorischen Lehrstück über eine verborgene Existenz ihrer Väter geworden.
- 5 Alexandra hat diesen Schlagern der reinen Sehnsucht ihre Stimme geliehen.
- 6 Zitiert nach Arthur M. Smith, Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985, S. 34.
- 7 Lutz Niethammer, Heimat und Front. Versuch, zehn Kriegserinnerungen aus der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets zu verstehen, in: ders. (Hg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983, S. 163-232.
- 8 Horst Krüger, Tiefer deutscher Traum. Reisen in die Vergangenheit, Hamburg 1983.
- 9 Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983.
- 10 Vgl. Heinz Bude, Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt a.M. 1987.
- 11 Martin Walser, Unser Auschwitz, in: *Kursbuch*, Nr. 1, 1965, S. 189-200.
- 12 Thomas Mann, Russische Anthologie, in: ders., Gesammelte Werke Bd. X, Frankfurt a.M. 1974, S. 590-603.
- 13 Vgl. Max Webers berühmte akademische Antrittsrede von 1895 »Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik«, in: Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1980, S. 1-25.
- 14 Walter Benjamin, Der Erzähler, in: ders., Illuminationen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt a. M. 1961, S. 409-436.
- 15 Diese ganz große Linie hat zuletzt Otto Kallscheuer gezogen: Vgl. Gottes Wort und Volkes Stimme, Frankfurt a.M. 1994.
- 16 Boris Groys, Gesamtkunstwerk Stalin, München 1988.
- 17 So beispielsweise Stephen Holmes, Ohne Strom in Wladiwostock, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Bilder und Zeiten, vom 2. Dezember 1995.
- 18 Ich beziehe mich hier auf Michael Thompson, Die Theorie des Abfalls, Stuttgart 1981.

Hilge Landweer
 GENERATIONENKONFLIKTE
 UND SACHDIFFERENZEN
 Das Beispiel Frauenbewegung

»Es sieht aus wie eine Ente, es geht wie eine Ente, es quakt wie eine Ente – es müßte also eine Ente sein; nur der Poststrukturalist sagt, ›Irrtum, es ist ein Diskurs!«¹

Überträgt man diese offenbar ironisch-kritisch gemeinte Schlicht-Version »des« Poststrukturalismus auf die neuesten feministischen Debatten um die Kategorie »Geschlecht«, so könnte man sagen: »Es sieht aus wie eine Frau, es bewegt sich wie eine Frau, es spricht (und schweigt) wie eine Frau – es müßte also eine Frau sein; nur Judith Butler sagt: ›Irrtum, es ist der Diskurs!«

Aber mit solchen Verballhornungen wird man weder Judith Butler noch »dem« Poststrukturalismus gerecht – man will es auch gar nicht, wenn man so spricht. Es handelt sich hier um eine parodistische Polemik, die man – und darum soll es im folgenden gehen – als ein generationsbedingtes Befremden lesen könnte. Die derzeitigen Debatten um die Unterscheidung von »sex« als biologischem Geschlecht und »gender« als kulturellem Geschlecht sind viel stärker als andere feministische Auseinandersetzungen polarisiert und durch eine erstaunliche Bereitschaft gekennzeichnet, den Austausch von Argumenten durch das Aufdrücken von Etiketten zu ersetzen. Dabei spielt Judith Butlers Buch »Gender Trouble« (dt.: »Das Unbehagen der Geschlechter«) eine dominante Rolle. Butler zielt darauf, die sex/gender-Unterscheidung in gender aufzulösen: »sex« selbst erscheint als gender-Konstrukt, hervorgebracht durch Diskurse. Auch die Körperlichkeit ist demnach nichts, was Männer und Frauen materiell unterscheidet, sondern die Fiktion materieller Substanzen kommt erst durch den bedeutungskonstituierenden, diskursiv gesteuerten und steuernden Blick in die Welt.

Dies ist eine philosophische Position, die in den 70er und auch noch in der ersten Hälfte der 80er Jahre unter das Verdikt »idealistisch« gefallen und deshalb kaum zur Kenntnis genommen worden wäre. Daß sie heute fester Bestandteil feministischer Theoriedebatten ist, sehe ich nicht als Ausdruck beliebiger Theoriekonjunkturen an, sondern als ein Ergebnis

»historischer« Erfahrungen mit anderen Theorie-Typen einerseits und von Orientierungsbedürfnissen andererseits, die nicht nur, aber auch als generationenspezifische zu interpretieren sind. Dabei erscheint das, was für die einen thematisch und sachlich aufschlußreich ist, nämlich die Kritik des Geschlechtsbegriffs, den anderen als unverständliche und überflüssige Infragestellung des Feminismus, als schlecht begründete Verabschiedung des Kernelements feministischer Theorie und Praxis.

Worum geht es in diesen Debatten? Butler problematisiert an der bisherigen feministischen Kritik, daß sie eine theoretisch nicht reflektierte Vorannahme mache: auch für Feministinnen ist es selbstverständlich, daß es Männer und Frauen »gibt«; sie glauben, diese biologische Differenz werde kulturell bloß mehr oder weniger bedeutsam gemacht (»überformt«). Dagegen betonen Butler und andere, daß der »anatomische Unterschied« nicht einfach aus der Natur zu uns spreche; die Natur mache keine Unterscheidungen, das Chaotisch-Mannigfaltige werde erst durch Begriffe in eine Ordnung gebracht. Auch die biologischen Geschlechtsbestimmungsmethoden seien kulturelle – und zwar: diskursive – Praktiken, die die distinguierenden Geschlechterkategorien erst erzeugen, ebenso wie die Geschlechtszuschreibungen in alltäglichen Interaktionen nicht etwa auf einer evidenten Sichtbarkeit der sexuellen Zweigestaltigkeit beruhen, sondern diese als selbstverständlich geltend unterstellen.

Ohne daß ich hier inhaltlich zu dieser Debatte Stellung nehmen kann,² erscheint es mir signifikant, daß sich vor allem Studentinnen und jüngere Wissenschaftlerinnen daran beteiligen, während die meisten der älteren Generation von Frauenforscherinnen sie entweder gar nicht zur Kenntnis nehmen oder kopfschüttelnd davor stehen.³

Im folgenden möchte ich versuchen darzustellen, daß es sinnvoll ist, im Hinblick auf die Frauenbewegung verschiedene Generationen zu unterscheiden. Dabei werde ich Sachdifferenzen nicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation zurückführen, aber ich möchte sie kontextualisieren: Generationen geraten typischerweise dann in den Blick, wenn bis dahin selbstverständlich »geltende« Orientierungsrahmen zur Disposition stehen und durch neue ersetzt werden. Das heißt weder, daß Sachdifferenzen durch den Rekurs auf Generationen verwischt werden sollen,⁴ noch, daß diese Differenzen nicht auch – und in manchen Fällen womöglich besser – durch andere Parameter plausibel gemacht werden können, wie etwa die Disziplinzugehörigkeit⁵ oder die West- bzw. Ost-Sozialisation⁶ der Diskutantinnen.

Man kann sich natürlich fragen, ob es überhaupt sinnvoll ist, Sachdifferenzen auf beispielsweise soziale Kontexte zu beziehen, oder gar davon auszugehen, daß die soziale, ethnische und generationenspezifische »Situiertheit« zwangsläufig zu bestimmten theoretischen Perspektiven führt.

Ich möchte hier eine wesentlich schwächere These vertreten, nämlich daß ein loser Zusammenhang zwischen Generationszugehörigkeit und theoretischen Präferenzen besteht. Ich harmonisiere also keine Sachdifferenzen, sondern kontextualisiere sie, um den Sozialprozeß, in dem sie als Verständigungsproblem auftauchen, beschreibbar und diskutierbar zu machen. Aus der Unterstellung sozial bedingter Gemeinsamkeiten bestimmter Gruppen von Frauen oder auch Männern und Frauen kann epistemologisch nichts abgeleitet werden: Die Vorliebe für bestimmte theoretische Optionen geschieht aus einer (u.a. auch: generations-)spezifischen Situation heraus, aber ist nicht deren logische Folge.⁷ Ich möchte mich hier auf die Frage konzentrieren, in welchem Sinne überhaupt von Generationen in der deutschen Frauenbewegung gesprochen werden kann, und ob sich daraus ein Gewinn für die aktuellen feministischen Debatten ziehen läßt. Ich beschränke mich dabei auf die westdeutsche *Frauenforschung*.⁸

Nach einigen allgemeinen Bemerkungen zum Generationsbegriff werde ich drei Generationen von Frauenforscherinnen charakterisieren, um abschließend auf das Verhältnis von Sachdifferenzen und Generationszugehörigkeit zurückzukommen.

I. Der Begriff »Generation«

Generationen« sind wie »Epochen«, »Stile«, »Habitustypen« usw. etwas kategorial Schwammiges. Wenn wir z.B. von der 68er-Generation sprechen, meinen wir dann diejenigen, die 1968 zwischen 20 und 30 Jahre alt waren, oder auch schon die 18-jährigen und noch die 35-jährigen? Alle, die 1968 studiert haben? Und wo muß man studiert haben, um zu der 68er-Generation zu gehören? Muß man überhaupt studiert haben? Oder reichen als Kriterien, 1968 Zeitung gelesen, gelegentlich demonstriert zu haben und unter 30 gewesen zu sein? Oder – wenn es nur um *akademische* Generationen geht – ist dann der Geburtsjahrgang gleichgültig, entscheidend nur das »institutionelle« Alter, also die Frage, mit welchem Status man wie lange an der Universität war? Das hieße, daß z.B. 40-jährige, die 1968 ein Zweitstudium absolvierten oder ein Studium über den 2. Bildungsweg aufnahmen, dazugezählt werden müßten. Muß man in einem bestimmten sensiblen Alter von besonderen Ereignissen betroffen gewesen sein, um zu einer Generation zu gehören? Wenn dies so wäre, dann würden diese Ereignisse aus bloßen Angehörigen eines oder mehrerer Geburtsjahrgänge eine Generation formen. Generationen haben soziale Realität sowohl im Selbstverständnis der Betroffenen als auch im Sinne historisch konstruierter Epochen oder Phasen. Anhaltspunkte dafür, wer zu meiner Generation gehört, kann ich daraus gewinnen, mit wem ich mich – alle individuellen Unterschiede abgerechnet – über potentiell ähnliche Erfah-

runghorizonte problemlos verständigen kann: Es sind diejenigen, bei denen man verhältnismäßig sicher ist, mit den gleichen Worten auch die gleichen Sachen zu meinen. Es gibt so etwas wie Verhaltensstile von Generationen, habituelle Ähnlichkeiten. Dies vorausgesetzt, drängt sich der Schluß auf, daß nicht alle, die zu meinem Geburtsjahrgang gehören, zu meiner Generation gehören *müssen*, und daß es Ausnahmen der gerade noch zu meiner Generation Gehörigen gibt, die vom Jahrgang her »eigentlich« schon zur vorangegangenen oder nachfolgenden Generation gehören müßten. Diese Ausnahmen setzen aber, so meine These, ein gemeinsames Erfahrungsfeld mit dem Gros der jeweiligen Generation und vergleichbare Interpretationen voraus.

Wenn überhaupt von einer »Generation« gesprochen werden kann, so muß dem der soziale Prozeß des Sichabsetzens von der vorangegangenen und/oder der nachfolgenden »Generation« vorhergegangen sein; anderenfalls wäre keine selbstidentifizierende Generationenthematisierung möglich. Das, was eine Kohorte mehrerer Jahrgänge zu einer Generation auch im jeweiligen Selbstverständnis macht, ist 1. das gleichzeitige – und zum Teil gemeinsame – Erleben derselben historisch-politischen Ereignisse, 2. das Vorfinden der gleichen Gegebenheiten, »Bedingungen« in derselben biographischen Phase (z.B. Studium) – und 3. eine vergleichbare (nicht: gleiche) Interpretation dieser Ereignisse und Bedingungen. Es handelt sich also nicht schlicht um das Erleben »objektiver« Geschichte, sondern darum, in einer bestimmten biographischen Situation involviert zu sein, und um das *Interpretieren* dieses Involviertseins. So macht es beispielsweise für das Erleben wie auch für die Interpretation einen Unterschied, ob ich die Bombennächte 1942 bis 45 als Dreijährige, als Jugendliche oder als Erwachsene erlebt habe, und es ist etwas völlig anderes, sich von der Eltern- generation (oder von den Großeltern) davon erzählen zu lassen oder darüber zu lesen.

Die biographische Phase, die am stärksten generationenbildend ist, scheint – zumindest auf den ersten Blick⁹ – die Adoleszenz zu sein. Ausbildung und Studium wären dazuzurechnen, da innerhalb dieser Phase die Selbstdeutungsmuster erworben werden, die für die eigene Generationenklassifizierung entscheidend sind. Da die Interpretationsmodi bezüglich gemeinsamer Erfahrungshorizonte vor dem Hintergrund unterschiedlicher sozialstruktureller Ausgangslagen stark differieren und durch diese Bedingungen jeweils spezifisch »gefiltert« werden, könnte man »Generationen« im engeren Sinne – und damit sind hier gemeinsame Orientierungen vorausgesetzt, die über das bloße Betroffensein von bestimmten Ereignissen hinausgehen – zunächst für schichtabhängig halten. Eine solche Generalisierung scheint mir jedoch nicht möglich zu sein; der Generationenbegriff versucht Phänomene zu erfassen, die im Netz der üblichen

sozialen Variablen (Alter, Klasse, Ethnizität, Geschlecht, Konfessionszugehörigkeit) sozusagen durch die Maschen fallen. Kern des Begriffs »Generation« ist eine Relation zwischen ganz spezifischen kulturell-politischen Konstellationen und einer Altersgruppe, die, für diese Konstellation sensibel, bestimmten typischen Ereignissen ausgeliefert und dadurch herausgefordert ist, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Daß Generationen schichtübergreifend sein können, ist nicht nur bei existentiellen Grenzerfahrungen wie etwa dem Zweiten Weltkrieg der Fall, sondern beispielsweise auch bei der Veränderung der politischen Kultur und des Alltagslebens nach 1968: Sowohl die Aufhebung des Kuppeleiparagraphen als auch die Verbreitung der Pille in den sechziger Jahren hatten enorme Auswirkungen auf Bedingungen und Möglichkeiten heterosexueller Erfahrungen in durchaus verschiedenen sozialen Milieus. Für die Frage, ob ein ganzer Jahrgang als »Generation« im hier skizzierten Sinne aufgefaßt werden kann oder nicht, muß deshalb der Erfahrungsbegriff sehr ernstgenommen werden: etwas muß am eigenen Leib gespürt werden – und zwar als diskrepanz gegenüber der »Vorgänger«-Generation – und nicht nur in der Zeitung gestanden haben, damit von »Erfahrung« gesprochen und diese mit anderen geteilt werden kann.

Generationen sind meist unproblematisch beschreibbar in bestimmten Institutionen, die von vornherein zu einem gegebenen Zeitpunkt nur bestimmte Jahrgänge umfassen, wie etwa Schulen und Hochschulen. Die Universität, auf die ich meine folgenden Überlegungen beschränken möchte, ist trotz unterschiedlicher sozialer Herkunft der StudentInnen ein stark homogenisierendes Milieu, und beinahe stärker noch gilt dies für die verschiedenen Disziplinen und Expertenkulturen.

Obwohl diese institutionelle Klammer damit eine Identifizierbarkeit von Generationen erleichtert, gibt es dennoch einige Probleme hinsichtlich der Zu- und Einordnung von Frauen in den hier skizzierten Generationenbegriff: Durch die gerade auch von Frauen häufig genutzte Möglichkeit des zweiten Bildungswegs, durch das Abwechseln und wechselseitige Durchkreuzen von »Familienphasen«, »Berufsarbeitsphasen« und Phasen erzwungener Erwerbslosigkeit ist es schwer, auch nur hypothetisch vorab zu sagen, welches für welche Gruppe von Frauen denn jene »biographisch sensiblen Phasen« sein könnten, von denen ich oben als Generationen konstituierendem Moment gesprochen habe. Wenn sowohl ein gemeinsamer Erfahrungsrahmen als auch eine vergleichbare Interpretation dieser Erfahrungen generationenbildend ist, so wirft dies für die Frauenbewegung Fragen auf, da Frauen offenbar auf sehr unterschiedlichen Wegen zu feministischen Interpretationen ihrer Erfahrungen gelangen. Typisch ist etwa die Erfahrung der Abhängigkeit und Isolation bei der Erziehung von Kindern, die bei einem späteren Austausch mit entsprechend orientierten

Frauen feministisch interpretiert wird. Diese Alltagserfahrung allein reicht sicherlich nicht, um eine Generation zu bilden, da sie selbst nicht den Charakter eines besonderen Ereignisses hat: erst das Vorfinden vergleichbarer Bedingungen, wie beispielsweise die, die 68er-Bewegung aus der Ferne als Mutter von Kleinkindern erlebt zu haben, kann zu einem Generationen konstituierenden Element werden, wenn die jeweils vorgefundenen Bedingungen sich deutlich von denen einer VorgängerInnengeneration und einer NachfolgerInnengeneration unterscheiden und entsprechend interpretiert werden.

II. Die drei Generationen

Dies vorausgeschickt, komme ich jetzt zu drei idealtypisch konstruierten Generationen der feministisch orientierten Frauenforschung:

1. Die Generation der vor 1948/49 Geborenen: die der 68er-Generation zugehörigen Feministinnen,
2. die Generation der zwischen 1949 und 1959 Geborenen,
3. die Generation der nach 1959 Geborenen.

Die 1. und 2. Generation haben miteinander mehr Gemeinsames als die 2. und 3. Generation, weil die 1. und 2. Generation zusammen Frauenforschung initiiert haben, während die 3. Generation bereits ein halbwegs institutionalisiertes Lehrangebot feministischer Seminare vorfand.¹⁰

Bei meiner Einteilung von Generationen lege ich zwei gleichgewichtige Kriterien zugrunde, die die Einteilung nach Jahrgängen relativieren können: Welche Bedingungen hinsichtlich Frauenforschung wurden jeweils in der Phase an den Universitäten vorgefunden, als die Frauen sich selbst als feministisch verstanden? Und in welchem biographischen und politischen Verhältnis standen die Frauen zu den Ereignissen 1968? Mit dieser institutionellen und politischen Perspektive hoffe ich sowohl meine Einteilungen von Jahrgängen plausibel zu machen als auch eine vorläufige Zuordnung von jenen Frauen ermöglichen zu können, deren Biographien sich diesem Schema nicht fügen. Beispielsweise würde eine 1947 in Österreich geborene und dort aufgewachsene Frau, die die Studentenbewegung nicht selbst miterlebt hat und in Deutschland Anfang der 80er Jahre am Aufbau von Frauenforschung beteiligt war, nicht mehr eindeutig zur 1. Generation gehören, sondern schon zur 2. tendieren.

Die 1. Generation der feministischen Forschung (Jahrgänge vor 1948/49)

Für diese Generation konstituierend ist die Bedingung, daß die ihr angehörenden Frauen 1967/68 bereits studierten und – in je spezifischer Weise – in die antiautoritäre Studentenbewegung involviert waren, minde-

stens aber sich damit auseinandersetzen mußten. Für ihre theoretische Orientierung ist eine Mischung aus (je spezifischen) Varianten von Marxismus und Psychoanalyse kennzeichnend; viele von ihnen haben bevorzugt Kritische Theorie rezipiert. Sie engagierten sich nicht als weltanschaulich »unbeschriebene Blätter« in der Frauenbewegung, sondern ihr Feminismus artikuliert sich geradezu in Abgrenzung von und in Auseinandersetzung mit den genannten Theorien und blieb/bleibt bei vielen darauf bezogen. Generationenbildend scheint mir dabei die Politisierung innerhalb eines theoretischen und praktischen »vor«feministischen Engagements zusammen mit Männern zu sein, und zwar unabhängig von der Frage, wie dies erlebt und *später* unter feministischen Vorzeichen interpretiert wurde: Gemeinsam mit den Männern machten die Frauen der 68er-Generation ihre Erfahrungen mit der Institution Universität (»Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren«).

Allerdings blieb der »frühe« Feminismus durchaus nicht auf die Universität beschränkt: ein Teil der feministischen Kämpfe entstand zunächst außerhalb der Universität (z.B. § 218- und Frauenzentrumsbewegung); er war zumindest inhaltlich nicht so eng an diesen institutionellen Ort gebunden, auch wenn Studentinnen stark daran beteiligt waren.

In der Phase, als es – über die § 218-Bewegung und Selbsterfahrungsgruppen hinausgehend – um die Auseinandersetzung mit feministischen Inhalten in universitären Seminaren ging, nämlich seit Mitte (und verstärkt gegen Ende) der 70er Jahre, war diese Generation längst keine studentische mehr, sondern gehörte bereits dem Mittelbau an.¹¹

Außerdem scheint es Gemeinsamkeiten der 1. Generation im Hinblick auf ihre Erfahrungen mit Sexualität zu geben: Wie für die 68er-Generation insgesamt, so ist auch die Rebellion der Frauen gegen »sexuelle Repression« aus dem sexualfeindlichen Klima der Nachkriegszeit und der 50er Jahre zu verstehen, das ihre Pubertät bestimmte. Diese Kontrasterfahrung macht zunächst einen Unterschied zur 2. und mehr noch zur 3. Generation aus, für die eine aufklärungsbegeisterte Pädagogik und der Zugang zur Anti-Baby-Pille bereits selbstverständlich waren. Für die Nachfolgerinnen der 1. Generation war die linke Politisierung insgesamt weniger ein Konversionserlebnis gegenüber den bisherigen Werten und Normen als bei ihren VorgängerInnen. Gleiches gilt für die feministische Interpretation der privaten Beziehungen zu Männern als politische: auch diese Deutung war für die 1. Generation wahrscheinlich eine stärkere »Offenbarung« als für die 2., die sich zu einem biographisch wesentlich früheren Zeitpunkt mit den entsprechenden theoretischen und praktischen Perspektiven auseinandersetzen konnte.

*Die 2. Generation (Jahrgänge 1949 – 1959)*¹²

Als zweite Generation bezeichne ich diejenigen, die die 68er-Bewegung selbst allenfalls in ihren Auswirkungen auf die Schülerbewegung erfuhren, dann aber spätestens an der Universität politisiert wurden. Für sie ist 1968 keine politisch bewußt erfahrene Realität, sondern hatte bereits einen mythischen Beiklang. Diejenigen, die zu dieser 2. Generation gehören, beteiligten sich weitgehend noch als Studentinnen, zum Teil schon als Postgraduierte am Aufbau der Frauenforschung. Sie hatten Erfahrungen mit linker Politik, mit den sog. K-Gruppen und mit Alternativbewegungen, ohne in gleicher Weise von einer Aufbruchstimmung getragen zu sein wie die 68er-Generation und ohne im selben Ausmaß auf theoretische Erkenntnis zu setzen.

Der ersten und zweiten Generation gemeinsam sind die (jeweils unterschiedlichen) Erfahrungen mit den ersten Kämpfen um die Institutionalisierung von Frauenforschung. Innerhalb ihrer Reihen tobten die heftigsten Auseinandersetzungen um »Autonomie« oder »Integration«. Die Art und Weise, wie sich die 1. und 2. Generation dabei an Prinzipienfragen abarbeitete, steht, so vermute ich, u.a. im Zusammenhang mit der zum Teil rigiden politischen Sozialisation dieser beiden Generationen.

Was die theoretische Orientierung angeht, so ist für die 2. Generation zwar auch noch Kritische Theorie relevant; sie bietet ihr aber offenbar deutlich weniger Identifikationspotential als noch der 1. In der universitären Sozialisation dieser mittleren Generation treten zudem bereits die verschiedenen Sorten von Dekonstruktion, sozialem Konstruktivismus und – allerdings erst in den letzten Jahren – Phänomenologie in Konkurrenz zu Marxismus und Psychoanalyse. Nicht mehr so selbstverständlich wie der 1. Generation sind der 2. gesellschaftstheoretische Optionen, da u.a. vor dem Hintergrund ihrer starken Praxisorientierung¹³ und aufgrund der autoritären Struktur vieler politischer Gruppierungen inzwischen die Zweifel an den entsprechenden Totalitätsansprüchen gewachsen sind: Was kann dieser 2. Generation noch als neutraler oder begründet privilegierter Punkt gelten, von dem aus das gesellschaftliche Ganze in den Blick genommen werden könnte? Natürlich kann auch bei der 1. Generation nicht von einer einhelligen theoretischen Option für Kritische Theorie ausgegangen werden, doch scheint mir signifikant zu sein, daß in der 2. Generation bereits deutlich mehr Bereitschaft zu theoretischem »Kredit« für konkurrierende und insbesondere poststrukturalistische Positionen besteht und Mischorientierungen auch bei einzelnen Autorinnen häufiger sind. Zwar rezipieren selbstverständlich auch Frauen der 1. Generation andere theoretische Zugänge und versuchen sie in ihre Konzeptionen zu integrieren, doch der Rahmen von Marxismus und Psychoanalyse wird

dabei in seiner Priorität von überdurchschnittlich vielen *nicht* angetastet; in der 2. Generation dagegen ist er heftig umkämpft.

Deutlich ist auch ein Wandel der Lebensformen. Weniger einem bestimmten Ereignis als vielmehr einer zunehmenden Öffentlichkeit zuzuschreiben sind die in den drei Generationen unterschiedlichen Akzeptanzbedingungen für lesbische Frauen, wobei allerdings in Großstädten bis heute andere Bedingungen herrschen als in Kleinstädten oder auf dem Land. Mehr Toleranz für andere Lebensformen als die bürgerliche Kleinfamilie mit männlichem Ernährer zeigt sich auch in der zumindest rhetorischen öffentlichen Unterstützung von Frauen, die beispielsweise eine Universitätskarriere mit einem Familienleben mit Kindern verbinden wollen: Selbst wenn Mütter an Universitäten insbesondere in den höheren Rängen heute immer noch die Ausnahme sind, so wird doch der Anspruch auf eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf inzwischen öffentlich akzeptiert.

Auch diese Veränderungen bieten Anlaß für einen latenten Generationenkonflikt zwischen der 1. und 2. Generation von Frauenforscherinnen: Während in der 1. Generation bei denjenigen, die Kinder bekamen, dies in den allermeisten Fällen zu einem Zurückstellen oder Unterbrechen der Karriere führte, sind in der 2. Generation wesentlich mehr Frauen in der zwar schwierigen, aber gegenüber der 1. auch privilegierten Situation, ihren Berufsweg »trotz«¹⁴ Kindern verhältnismäßig gradlinig zu verfolgen. Neben einem starken anti-institutionellen Affekt ist die Erfahrung der Unvereinbarkeit von Kindern und Beruf einer der Gründe dafür, daß differenztheoretische Positionen bei einzelnen Frauen der 1. Generation kurzfristig verbreiteter waren als in der 2. und in der 3. nur sehr selten vorkommen.¹⁴

Für Konfliktpotential zwischen den ersten beiden Generationen sorgt nach meiner Beobachtung nicht so sehr eine unterschiedliche Karriereorientierung, wie viele Autorinnen meinen,¹⁵ sondern eher, daß die 2. Generation innerhalb der Universität weniger Umwege gehen mußte; Doktorandinnen waren schon keine so große Ausnahme mehr. Die 2. Generation war weniger von Zweifeln hinsichtlich des eigenen Profitierens von wissenschaftlicher Auseinandersetzung geplagt und ist dadurch in vielen Fällen statusgleich, also akademisch »gleichaltrig«¹⁶ mit ihren Vorgängerinnen, die häufiger als in der 2. Generation Quereinsteigerinnen waren. Solche Statusinkonsistenzen bergen für alle Beteiligten Probleme.

Daß die unterschiedlichen theoretischen Optionen nicht nur dem Kampf um die Wahrheit geschuldet, sondern auch Spieleinsätze im Kampf um universitäres Kapital (im Sinne von Bourdieus Begriff des »kulturellen Kapitals«) sind,¹⁶ charakterisiert *alle* universitären Generationsablösungen, und natürlich auch die Frauen- und Geschlechterforschung. Das

Selbstverständnis der ersten beiden Generationen als Pionierinnen, die durch ihre feministische Orientierung noch sehr viel mehr Verlust an Anerkennung riskierten, erschwert ihnen vielleicht manchmal den Blick auf diese Prozesse.¹⁷

Die 3. Generation (Jahrgänge seit 1959)

Für die Frauen der dritten Generation ist kennzeichnend, daß sie bereits als Jugendliche mit feministischen Ideen und der entsprechenden Politik in Berührung kamen bzw. kommen konnten, spätestens aber als Studentinnen im Grundstudium auf Seminare mit feministischen Inhalten stießen. Hierbei müssen allerdings große Unterschiede von Universität zu Universität berücksichtigt werden.

Als diese Frauen ihr eigenes Verhältnis zur Universität bestimmen mußten, gehörte zu dieser Institution bereits – wenn auch in eher winzigen Keimen – die Frauen- und Geschlechterforschung – so der inzwischen geänderte programmatische Titel, der neben Sachgründen¹⁸ auch ein verändertes Identifikationsprofil der Forschenden ausdrückt. Studentinnen der 3. Generation konnten ihre Examina bereits bei feministischen (Hochschul-) Lehrerinnen vor allem der 1. Generation ablegen, zu denen der Altersabstand signifikanter war als der zwischen den ersten beiden Generationen: Die Studentinnen hätten deren Töchter sein können.

Das Feld, in dem diese neue Generation nach einer Selbstverortung sucht, scheint mir ausdifferenzierter und vielleicht auch unübersichtlicher zu sein als das gegen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre: »Damals« gab sich die Männerinstitution Universität verhältnismäßig homogen, Frauenforschung wurde abgelehnt, explizite Frauenfeindlichkeit war keine Ausnahme. Heute dagegen gehört nicht nur ein femininierter Sprachgebrauch zum selbstverständlichen rhetorischen Repertoire dieser Institution und Frauenbeauftragte zu ihrer Ausstattung, sondern »vorgefunden« werden inzwischen auch einige Professorinnen, feministische und nicht-feministische, die – und das ist der zentrale Differenzpunkt zu »früher« – *für diese Institution stehen*. Zum ersten Mal repräsentieren Professorinnen, Wissenschaftlerinnen der 1. Generation, feministische Positionen an den Universitäten. Aber auch die Universitäten selbst haben sich nach der Reformphase der 70er und 80er Jahre verändert. Nach der Politisierung gab es einen Professionalisierungsschub, der auch vor der Frauen- und Geschlechterforschung nicht Halt gemacht hat. Um nur ein Beispiel zu nennen: Studienaufenthalte im Ausland sind für die heutigen Studentinnen und Doktorandinnen eine größere Selbstverständlichkeit als in der 1. und 2. feministischen Generation.

III. Generationenkonflikt und Sachdifferenzen

Ich vermute, daß die wechselseitigen Irritationen der Butler-Befürworterinnen und -Gegnerinnen damit zusammenhängen, daß der Erfahrungshintergrund jüngerer Wissenschaftlerinnen und Studentinnen heute ein völlig anderer ist als in den Anfängen der Frauenbewegung. »Damals« wurde die feministische Kritik an Theorie und Praxis der antiautoritären Studentenbewegung von vielen als eine grundlegend neue Perspektive empfunden, in deren Licht sämtliche – auch die persönlichen – Verhältnisse neu interpretiert wurden. Die heutigen Studentinnen und Studenten dagegen kommen spätestens in der Schule mit feministischen Ideen und der entsprechenden Politik als *einem* Aspekt möglicher Orientierung in Berührung, der längst nicht mehr so umstritten und entsprechend legitimationsbedürftig ist wie vor 25 Jahren. Wie auch immer man die reale Entwicklung der Geschlechterverhältnisse, beispielsweise den eher stärker nach Geschlecht segregierten Arbeitsmarkt, bewerten mag – daß normativ die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Ausbildung und Erwerbstätigkeit angestrebt werden sollte, ist für die heutigen Studentinnen und Studenten selbstverständlich. Erst auf dem Hintergrund dieses veränderten kulturellen Selbstverständnisses kann die Utopie einer Welt, in der es keine oder sehr viele Geschlechter gibt, entwickelt werden und – wie viele andere historische Utopien auch – Anlaß für eine lebhaftere Theoretisierung bieten. Dieser Prozeß wird begleitet von einer Veränderung auch der innerfeministischen Öffentlichkeit. Die dritte Generation findet Frauenräume vor, in denen sie sich selbstverständlich bewegt, die sie sich aber nicht im selben Maße wie ihre Vorgängerinnen mit eigenen Initiativen und Innovationen erkämpfen mußte. Dabei scheint beispielsweise sexuelle Orientierung eine weniger existentielle Frage geworden zu sein¹⁹ – auch das ist für Butlers Theorie der »gender performance« eine wichtige Bedingung.

Über diese Gemeinsamkeiten der 3. Generation hinaus ist die Utopie einer vielgeschlechtlichen Gesellschaft und der ihr entsprechenden unübersichtlichen sexuellen Orientierung noch spezifischer verortet. Sie ist gebunden an Erfahrungen in einigen wenigen westlichen Metropolen, in denen es Szenen oder Subkulturen gibt, die eine Politik der »gender performance« bewußt, öffentlich und nun auch dem Anspruch nach in subversiver Weise praktizieren. Für diesen Kontext erscheint es mir nebensächlich, ob man diese gender-Inszenierungen, wie sie etwa im Kultfilm »Paris is burning« vorgeführt werden, optimistisch interpretiert oder eher skeptisch wie Butler selbst²⁰ und die meisten der an dieser Debatte Beteiligten. Entscheidend ist nur, daß Geschlechter-Travestien jeder Form in den Medien, insbesondere im Film, explodieren und damit gerade nicht ein

rein intellektuell-akademisches Klima herstellen, wie man auf den ersten Blick aufgrund des Abstraktionsgrades der feministischen Debatten denken könnte, sondern eines, das Erfahrungen und Selbstverhältnisse in einer neuen Weise strukturiert.

Diese Ausgangsbedingungen der 3. Generation sind Chance und Problem zugleich. Die Chance besteht darin, daß hier in sozial relevanter Weise *tabula rasa* gemacht wird mit dem, was wir bisher für Geschlecht gehalten haben, und dadurch einige Selbstverständlichkeiten sichtbar werden können, die unsere Wahrnehmung von zwei und genau zwei Geschlechtern prägen.

Von einer neuen generationsspezifischen Voreingenommenheit könnte gesprochen werden, wenn *unbemerkt nur im Horizont der eigenen Kultur oder Subkultur gedacht wird* und nicht mehr überprüft wird, ob und, wenn ja, in welcher Weise diese Bedingungen verallgemeinerbar sind. Das gerade sollte die Multikulturalismus-Debatte gezeigt haben: daß auch Feministinnen die für sie selbstverständlich geltenden Orientierungsrahmen explizit einer Auseinandersetzung zugänglich machen sollten. Das verlangt von Seiten der beteiligten Generationen, »historisch« situierte Theorie- und Erfahrungskontexte zur Kenntnis zu nehmen und sich direkt und sachlich mit ihnen zu konfrontieren.

Meine Thematisierung erfolgt selbstverständlich von keiner neutralen Beobachterinnenposition aus, sondern aus der Perspektive der 2. Generation und damit aus einem Abstand wie auch aus einer relativen altersmäßigen Nähe zu den *beiden* anderen Generationen.

Eine zentrale Stärke der Autonomen Frauenbewegung bestand darin, keine Stellvertreterinnenpolitik zu machen, sondern eigene Interessen zu artikulieren und sie zu realisieren zu versuchen.²¹ Vielleicht könnte das Bewußtsein, einer bestimmten Generation anzugehören, auch im Sinne dieser Tradition interpretiert werden: als situiertes Wissen, das das Bild der vielen Unterschiede von Frauen untereinander vervollständigt: als Basis für zukünftige – und sicherlich wieder aufkündbare! – Bündnisse, die auch im theoretischen Feld nach wie vor nicht verzichtbar sind.

Literatur

Evelyn Annuß (1996): Generationenkonflikte, politische Differenzen, akademische Marktstrategien? Nachbemerkingen zum Butler-Boom in der Frauen- und Geschlechterforschung, Ms. Berlin.

Ulla Bock/Hilge Landweer (1994): Frauenforschungsprofessuren. Marginalisierung, Integration oder Transformation im Kanon der Wissenschaften?, in: *Feministische Studien* 1/1994.

Judith Butler (1990): *Gender Trouble*. New York (dt. Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt 1991).

- Judith Butler (1993): *Bodies that Matter. On the Diskursive Limits of »Sex«*, New York (dt. Körper von Gewicht, Berlin 1995).
- Barbara Duden (1993): Die Frau ohne Unterleib: Zu Judith Butlers Entkörperung. Ein Zeitdokument, in: *Feministische Studien* 2/1993.
- Andrea Frank (1990): Hochschulorganisation und akademischer Habitus. Eine Untersuchung am Beispiel der Disziplinen Biologie und Psychologie, Deutscher Studienverlag, Weinheim.
- Ute Gerhard (1995): Frauenbewegung in der Flaute? Zur Rolle sozialer Bewegungen in einem veränderten Europa, in: *Transit* 10/1995.
- Lerke Gravenhorst/Carmen Tatschmurat (Hg.) (1990): TöchterFragen. NS-Frauen-Geschichte, Freiburg.
- Juliane Jacobi (1992): TöchterFragen zur NS-Frauen-Geschichte (Rezension), in: *Feministische Studien* 1/1992.
- Cornelia Klinger (1995): Über neuere Tendenzen in der Theorie der Geschlechterdifferenz, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 43/5.
- Gudrun-Axeli Knapp/Hilge Landweer (1995): Interdisziplinarität in der Frauenforschung. Ein Dialog, in: *L'Homme* 2/1995.
- Hilge Landweer/Mechthild Rumpf (1993): Kritik der Kategorie »Geschlecht«. Streit um Begriffe, Streit um Orientierungen, Streit der Generationen?, in: *Feministische Studien* 1/1993.
- Hilge Landweer (1994): Generativität und Geschlecht. Ein blinder Fleck in der sex/gender-Debatte, in: Gesa Lindemann/Theresa Wobbe (Hg.): *Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht*, Frankfurt.
- Ilse Lenz (1994): Zum Umgang mit den Unterschieden zwischen Frauenforscherinnen, in: Ilse Modelmog/Ulrike Gräßel (Hg.): *Konkurrenz und Kooperation*, Münster/Hamburg.
- Herta Nagl-Docekal (1994): Geschlechterparodie als Widerstandsform?, in: Sigrid Haase (Hg.): *Mythen und Musen III. Frauenjahrbuch der Hochschule der Künste Berlin*.
- Karl Mannheim (1928): Das Problem der Generationen, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* 7, Heft 2/3.
- Irene Stoehr (1994): Gründerinnen – Macherinnen – Konsumentinnen? Generationenprobleme in der Frauenbewegung der 1990er Jahre, in: Ilse Modelmog/Ulrike Gräßel (Hg.): *Konkurrenz und Kooperation*, Münster/Hamburg.
- Heide Volkening (1995): »Wir« über »uns«, in: *Feministische Studien* 1/1995.

Anmerkungen

- 1 Aus einer Studentenzeitung.
- 2 Das habe ich ausführlich in Landweer 1994 getan.
- 3 Es ist z.B. auffällig, daß in dem Schwerpunktheft der »Feministischen Studien« zur Kritik der Kategorie »Geschlecht« bei den einschlägigen Beiträgen lediglich zwei Autorinnen der 1. Generation angehören, alle anderen aber der 2. und 3. Generation (zu deren Eingrenzung s. Abschnitt 2.), wobei letztere deutlich stärker repräsentiert ist als in anderen Heften. Von den beiden beteiligten Frauenforschungs-»Ältesten« steht die eine schon seit vielen Jahren für die Forschungsrichtung »sozialer Konstruktivismus« und ist bereits mit diesem Forschungsschwerpunkt in Deutschland nicht eben eine typische Vertreterin dieser Generation, während die andere direkt Generationenunterschiede thematisiert (Duden 1993, S. 24).
- 4 Dies ist Heide Volkenings Interpretation eines Textes von Mechthild Rumpf und mir (Volkening 1995, Landweer/Rumpf 1993).
- 5 So erscheint es mir bedeutsam, daß Butler vor allem in den Literaturwissenschaften positiv aufgenommen worden ist, während ihre Theorie in den Sozialwissenschaften nach wie vor sehr umstritten ist und sie in der Philosophie vorwiegend kritisch rezipiert wird (vgl. z.B. Nagl-Docekal 1994). – Zum Problem der disziplinären Situiertheit vgl. Knapp/Landweer 1995.
- 6 Nach dem weiter unten explizierten Generationenbegriff kann man bei den alten und neuen Bundesländern nicht von gemeinsamen Generationen ausgehen, da der geteilte Erfahrungshintergrund fehlt.
- 7 Zum Verhältnis von politischen Erfordernissen und erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Problemen in feministischen Theorie-Debatten vgl. Klinger 1995.

- 8 Diese Einschränkung mache ich vor allem deshalb, weil mir dieser Bereich aufgrund meines eigenen Involviertseins seit 1979/80 gut zugänglich ist.- Für den vorliegenden Beitrag habe ich einzelne Passagen aus meinem Beitrag »Generationen in der deutschen Frauenforschung«, in: Ilse Modelmog/Ulrike Gräßel (Hg.): Konkurrenz und Kooperation. Frauen im Zwiespalt?, Münster/Hamburg 1994 in überarbeiteter Form übernommen.
- 9 Diese Behauptung, die auch Karl Mannheim in seinem inzwischen klassisch zu nennenden Text über Generationen 1928 vertreten hat, wird durch Irene Stoehrs Beschreibungen der 1. Frauenbewegungsgeneration mindestens relativiert: Danach war für diese Frauen gerade die Tatsache, daß sie erst in »recht fortgeschrittenem Alter« (ebd.) das Frausein zum zentralen Bezugspunkt ihrer Identität machten, für sie generationenbildend (Stoehr 1994). – Andererseits läßt sich zugunsten der Mannheimschen These sagen, daß *vor* und *außerhalb* der Frauenbewegung diese Frauen bereits eine (oder – je nach Abgrenzung der Jahrgänge: zwei) Generation(en) bildeten, nämlich die Kriegs- oder Nachkriegsgeneration, die in den letzten Jahren zu einem Gegenstand feministischer Forschung geworden ist (z.B. Gravenhorst/Tat-schmurat 1990, kritisch dazu Jacobi 1992).
- 10 Wenn man als Bezugspunkt für Generationenunterteilungen eine soziale Bewegung nimmt, die sich mindestens 25 Jahre zurückverfolgen läßt, so entsteht das zusätzliche Problem, wie diejenigen zugeordnet werden sollen, die zwar von ihrem Geburtsjahrgang her der 1. Generation zugerechnet werden müßten, die sich aber erst wesentlich später dieser Bewegung anschlossen und *dann* auch erst einen Teil von deren Interpretationen übernahmen. Diese »frisch Konvertierten« verlangen sozusagen eine eigene Rubrik im Generationenschema.
- 11 Lenz 1994 bezieht in einer ausgezeichneten Analyse ebenfalls den Stand der Institutionalisierung von Frauenforschung und die Theorieentwicklung in der deutschen Frauenbewegung aufeinander und kommt zu ähnlichen Einschätzungen.
- 12 An dieser Stelle zeigt sich, daß die Abgrenzung der eigenen Generation gegenüber der nachfolgenden schwieriger ist als gegenüber der vorangegangenen: Mein Kriterium für die Begrenzung auf 1959 ist vor allem, daß diejenigen, die später geboren wurden, während ihres Grundstudiums bereits feministische Seminare vorfinden konnten – wenn auch nicht an allen Universitäten und bis heute längst nicht in allen Fächern. Ebenso wichtig aber ist, daß der Feminismus in den 80er Jahren in der Öffentlichkeit nicht mehr so stark als eine zu stigmatisierende Ideologie wahrgenommen wurde wie vorher (vgl. unten: »Die 3. Generation«).
- 13 Stoehr bezeichnet diese 2. Generation als »Projekte«-Generation (vgl. Stoehr 1994).
- 14 Gerade in der deutschen Frauenforschung waren differenztheoretische Positionen nie weit verbreitet, auch in der 1. Generation nicht – jedenfalls nicht als jene biologistischen, substantialistischen Vorstellungen einer unhistorischen »Weiblichkeit«, die manche neuen Texte der »alten« Frauenforschung fälschlich (und prinzipiell unbelegt) unterstellen, um sich von ihr abzusetzen.- Eine differenziertere Sicht vertritt z.B. Annuß 1996.
- 15 Z. B. Lenz 1994, Stoehr 1994.
- 16 Darauf weist Annuß 1996 hin.
- 17 Frank 1990 untersucht die »Beobachtung der Beobachterin« von StudentInnengenerationen und kommt zu auch für die Frauenforschungsgenerationen aufschlußreichen Ergebnissen (vgl. bes. ebd. S. 121).
- 18 Vgl. Bock/Landweer 1994.
- 19 Vgl. Stoehr 1994.
- 20 Vgl. Butler 1993, bes. Kap. I.4.
- 21 Vgl. Gerhard 1995.

Elizabeth Wurtzel
 DAS MACHT MIR ALLES NICHTS AUS
 ODER: NEVERMIND*

Es ist das Sommersemester meines zweiten Studienjahres. Ich liege in einem beinahe katatonischen Zustand in einer Nervenheilanstalt. Man verabreichte mir gerade ein starkes Psychopharmakon, eines, das man normalerweise Schizophrenen gibt, weil ich seit Stunden mit dem Wimmern, Zittern und Weinen nicht aufhören kann und der Arzt Angst hatte, daß ich buchstäblich an meinen eigenen Tränen ersticken würde. Die Tablette, die sie mir gegeben haben, irgendein Thorazin-Derivat, versetzt mich in einen stummen Zustand der Ergebenheit, der vollkommen glücklich wäre, wenn die diensthabende Ärztin sich nicht in den Kopf gesetzt hätte, von mir erfahren zu wollen, was mit mir los ist. Sie will wissen, was ich Abgründiges erlebe, das nur mit einem das Hirn völlig leerenden Medikament wieder verschwindet.

»Ich weiß es nicht«, ist alles, was ich sage. »Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht, ich weiß es nicht.«

»Was fehlt Ihnen denn?« versucht sie es noch einmal.

Mir sollte bald etwas einfallen, denke ich, bevor sie anfangen, andere Dinge an mir auszuprobieren. Andere Medikamente, elektrokonvulsive Therapie (alltagssprachlich als Elektroschock bekannt), was auch immer.

»Ich glaube, es liegt an dem Sommercamp«, sage ich.

Sie sieht mich mit leerem Blick an.

»Es war so«, fange ich an. »Ich bin aus New York City, meine Mutter ist jüdische Mittelschicht. Mein Vater ist durch und durch White trash. Als ich zwei war, ließen sie sich scheiden. Meine Mutter war immer arbeitslos, hatte höchstens hier und da mal einen Gelegenheitsjob, mein Vater kümmerte sich nie oder zumindest sehr selten um meine Erziehung, es war nie genug Geld da, wir wohnten immer in Sozialwohnungen, ich konnte Privatschulen nur mittels diverser Stipendien besuchen und meine Kindheit, wie sie mir in Erinnerung geblieben ist, war ein einziger Wirbelwind aus Antragsformularen für finanzielle Unterstützungen, Sondertarife für

* Leicht gekürzte Übersetzung des Artikels »Parental Guidance Suggested«, der dem von Eric Liu herausgegebenen Band »Next. Young American Writers on the New Generation« entnommen wurde, erschienen 1994 bei Norton & Company, New York/London, © E. Liu / E. Wurtzel. Abdruck mit freundlicher Erlaubnis des Verlages.

dies oder jenes, von dem meine Mutter glaubte, daß ich es wirklich bräuchte, weil sie nicht wollte, daß ich in irgendeiner Weise benachteiligt sein sollte.

Sie versuchte es wirklich.

Als ich alt genug war, beschloß meine Mutter, daß ich den Sommer in einem Camp verbringen sollte. Während des ganzen Schuljahrs war sie eine Übermutter, mein Vater wollte sich ja nicht um mich kümmern, und in der Stadt gab es für Mädchen wie mich während des langen, heißen Sommers nichts zu tun, außer sich mit den Nachbarskindern in Scherereien zu verwickeln. Also hieß es Sommercamp, basta.

Fünf Jahre hintereinander ging ich ins Sommercamp, jedes Jahr in ein anderes in einer anderen Stadt in der Provinz, in den Poconos oder den Catskills, den Berkshires oder sonstwohin, wo sie mich zum Billigtarif nahmen. Das Komische daran ist, erkläre ich der Therapeutin, daß ich meine Mutter, obwohl sie mich an diese Orte geschickt hatte, die ich so einsam und schrecklich fand, den ganzen Sommer sehr vermißte statt sie deswegen zu hassen. Meine ganze Energie im Wachen und im Schlafen ging dafür drauf, mein minimalistisches und instabiles Zuhause zu vermissen. Ab dem 28. Juni – oder welcher Tag es auch war, an dem ich ins Camp ging –, widmete ich mich ohne Atempause bis zum 24. August (oder so) voll und ganz der Aufgabe, wieder nach Hause zu kommen. Viele Stunden täglich verbrachte ich damit, meiner Mutter Briefe zu schreiben, sie anzurufen, mich zu vergewissern, daß sie genauestens informiert war, wann und wo sie mich vom Bus abzuholen hatte, wenn es endlich soweit sein würde. Ich rannte dauernd in die Campverwaltung, um ganz sicher zu gehen, daß alle Mitteilungen über den Zeitpunkt und die Route der Rückreise auch ja meiner Mutter zugeschickt würden, so daß sie wußte, wo sie mich finden konnte. Ich ließ sie versprechen, mindestens zwei Stunden früher als ich am designierten Ort einzutreffen. Ich rief sogar meinen Vater an und luchste ihm das Versprechen ab, daß auch er mindestens eine halbe Stunde eher da sein werde. Ich gab gegenüber der Leitung des Sommercamps meiner Sorge Ausdruck, daß ich in den falschen Bus gesteckt werden könnte, in einen, der nach New Jersey oder Long Island fuhr, und daß ich am Ende an einem falschen Ort ankommen würde und nie mehr den Weg zurück finden würde. Ich fragte andere New Yorker Kinder, mit denen ich in einem Zimmer schlief, ob ich mit ihnen nach Hause fahren könnte, sollte meine Mutter an der Bushaltestelle nicht aufkreuzen. Ich rief meine Großeltern an, Onkel, Tanten, Babysitter – immer R-Gespräch – um herauszufinden, wo sie am 24. August sein würden, falls ich zu einem von ihnen mußte, wenn meine Eltern nicht erschienen.

Anstatt die Vorzüge von Tennis oder Volleyball zu entdecken, den Spaß am Armbänderknüpfen oder Topflappenhäkeln, verbrachte ich die ganzen acht Sommerwochen damit, die zweistündige Rückreise zu organisieren.

Die Therapeutin schaut mich etwas verwundert an, so, als ob das alles keinen Sinn mache. Das Sommercamp ist ja schon so lange her, und ich werde nie wieder dorthin müssen, warum also quält es mich noch immer? Es ist unmöglich, wird mir klar, ihr je verständlich zu machen, daß Heimweh ein Seelenzustand ist, daß ich immer irgendjemanden, irgendeinen Ort, irgendetwas vermisse, daß ich immer wieder versuche, an einen imaginären Ort zurückzukehren. Mein Leben ist eine einzige lange Sehnsucht.

Und mir reicht's. Und ich kann mich nicht bewegen. Und ich habe das Gefühl, erzähle ich der Therapeutin, daß ich genauso gut hier liegen bleiben könnte, auf ewig erstarrt in diesem Krankenhausbett, weil es auf der ganzen Welt keinen Ort gibt, der wie Heimat ist, und daß ich lieber tot wäre, als noch eine Minute in diesem Leben eine Gefühlsnomadin zu sein.

Ein paar Tage später, nachdem sie alle Hoffnung auf irgendeinen therapeutischen Erfolg aufgegeben haben, verschreibt mir eine Psychiaterin ein neues, so gut wie ungetestetes Antidepressivum, von dem sie glaubt, es könnte helfen. Es heißt Fluoxetinhydrochlorid, Markenname *Prozac*. Wenige Wochen später geht es mir besser, viel besser, und so ist es bis heute.

Ein kleines Problem wird jedoch immer bleiben. Sie können mir alle möglichen stimmungsstabilisierenden Medikamente geben, die die Tiefs anheben und die Hochs dämpfen. Ich kann in dieser Welt wie jeder andere normale und produktive Mensch funktionieren und arbeiten, Miete zahlen, Affären haben, meine Blumen selber gießen. Die meiste Zeit ist es auch ganz o.k. Aber sie können nichts gegen das Heimweh unternehmen. Sie können keine Pille erfinden, die die Sehnsucht nach einem Zuhause stillt. Es gibt kein Mittel gegen das sonderbare Fremdsein, und gäbe es eines, würde mein Körper sicherlich nicht darauf ansprechen.

Vor einigen Jahren schrieb ich für *Mademoiselle* einen Artikel über meinen Depressionsanfall. Es hat mich ziemlich beunruhigt, daß der Artikel damals mehr Leserbriefe provozierte als irgend etwas anderes, das sie in den Jahren davor gebracht hatten. Es hat mich ziemlich berührt aber auch sehr traurig gemacht zu sehen, daß ich so einen bloßliegenden und empfindlichen Nerv bei vielen jungen Frauen getroffen hatte. Kurz nachdem der Artikel erschienen war, telefonierte ich mit der Redakteurin, die plötzlich sagte: »Ich frage mich, was für eine Wirkung *Prozac* auf andere, normale Menschen haben würde, ich meine nicht die klinischen Fälle wie Dich, sondern den Rest von uns, der ganz normal depressiv ist.«

Das Wort »normal« schien an einer Stelle aufzutauchen, an die es nicht hingehörte. Seit wann ist es *normal*, depressiv zu sein? In was für einer Welt leben wir eigentlich, in der jemand Depressionen als einen Normalzustand bezeichnen kann?

Christopher Ricks schrieb einen Essay über den Unterschied zwischen

»entzaubert« und »unverzaubert«. Der erste Begriff beschreibt jemanden, den die Wirklichkeit aus einem verzauberten Zustand herausreißt, während der zweite jemanden bezeichnet, der von vornherein nie verzaubert gewesen ist. Das bin ich. Und dahin ist es auch mit unserer Gesellschaft gekommen. Die Depressionswelle, der man überall begegnet, trifft nicht Leute, die vom Leben enttäuscht worden sind, sondern die, die das Leben aufgegeben haben, bevor sie sich überhaupt darauf eingelassen haben. Viele von uns, die jetzt zwischen zwanzig und dreißig sind, wurden in Familien hineingeboren, die schon zerfallen waren. Väter auf der Flucht, Mütter am Boden, kein Gefühl von Sicherheit und Verlässlichkeit, kein Gefühl von Zuhause. Also lavieren wir uns durch unser Erwachsenenleben, ziellos, verwirrt und benommen, nutzlos, am falschen Platz, wie Kinder, die immer noch darauf warten, an der Information des Einkaufszentrums oder des Vergnügungsparks abgeholt zu werden, nachdem unsere Eltern uns aus den Augen verloren haben. Als Sonic Youth 1989 ihre LP *Daydream Nation* nannten, haben sie sich, glaube ich, auf dieses Jugendkader der »Walking wounded« bezogen, Menschen, die so viele Stunden ihrer wachen Zeit gedankenverloren, versunken und zerstreut verbringen, die versuchen, ihre Hoffnungen zu fassen, ihre Träume zu greifen, die sie nicht in ihr Bewußtsein hineinlassen. Schlaf ist keine Erholung, denn irgendwie schlafen sie dauernd. Alle diese jungen Menschen haben Heimweh und träumen von dem verzauberten Ort, den sie nie kennengelernt haben.

Während es mir oft so scheint, als schauten ältere Menschen mit einem Hauch von Wehmut auf ihre Kindheit, traurig darüber, daß sie erwachsen werden und sich von alledem verabschieden mußten, konnten es die meisten meiner Freunde kaum erwarten, alt genug zu werden, um das Haus zu verlassen, das für sie kein Zuhause war. Die Glücklicheren unter uns hatten aktive Eltern, die am Leben ihrer Kinder teilhatten. Diese Kinder verbrachten viel Zeit damit, zwischen zwei Haushalten hin und her zu ziehen, die Übernachtungstasche immer dabei, mit der ständigen Sorge, ob die schwarzweißen Turnschuhe und die Kiste mit den Legosteinen bei Mama oder bei Papa waren. In meinem Fall kümmerte sich nur meine Mutter wirklich um mich, und sie tat sich schwer genug damit, das Nötigste beisammenzuhalten. Sie schien immer am Rande eines Nervenzusammenbruchs, und ich versuchte die meiste Zeit, sie in einem einigermaßen ruhigen Zustand zu halten. Mein Vater schluckte Valium und war ziemlich erfolgreich darin, meine gesamte Kindheit zu verschlafen. (Als ich neun war, schauten wir uns im Kino »The Last Waltz« an, er schlief ein, und wir blieben drei Vorstellungen hintereinander, weil ich ihn einfach nicht mehr wach kriegte.) Die Samstagnachmittagsbesuche verliefen meistens so, daß er mich vor dem Fernseher deponierte und ich mir Wiederholungen von »Raumschiff Enterprise« ansah oder Basketballspiele, während er wegö-

ste. Aber das sind nur die posttraumatischen Begleiteffekte, die eine Scheidung auf Kinder hat. Viel beängstigender ist der gewaltige Bruch, den eine Scheidung im Leben eines jungen Menschen verursacht, weil jeglicher Sinn für ein Zuhause zerstört, jegliche Vorstellung eines sicheren Hafens in einer ansonsten grausamen Welt genommen wird. Wir haben Bitterkeit und Haß nicht auf den Straßen kennengelernt (angeblich die Quelle aller Brutalität), sondern indem wir unseren Eltern dabei zugeschaut haben, wie sie sich gegenseitig umzubringen versuchten. Nicht von den brutalen bösen Bullies in der Schule haben wir gelernt, Versprechen und (Ehe-)Gelübde nicht einzuhalten – das lernten wir von unseren Eltern, die jedes Wort, das sie einst zueinander gesagt hatten, widerriefen. Und von ihnen lernten wir auch, daß es nicht bloß akzeptabel ist, sondern geradezu normal, daß Liebe nicht ewig währt. Es gibt sicherlich viele Kinder, deren Eltern zusammenbleiben, bis daß der Tod sie scheidet und die die Symptome, die ich beschrieben habe, nie am eigenen Leib erfahren haben. Aber auch ihre Weltsicht ist von der Scheidungsrevolution betroffen. Es ist ihnen bewußt, daß ihre Ehe mit einer Scheidung enden kann. Sie wissen, daß die Familie nicht heilig ist, und damit schleicht sich auch in ihre Pläne ein Moment von Unsicherheit.

Ich will mich aber nicht zu sehr auf die Scheidungsproblematik kaprizieren. Es ist ein allzu schlichter neokonservativer Reflex geworden, die Scheidungsrate für den Niedergang der sogenannten Familienwerte und für alle pathologischen Erscheinungen unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen. Und noch problematischer ist es, wie leicht meine Altersgruppe damit zur Hand ist, dem Fehlen eines gefestigten Familienlebens die Schuld für all ihre Erwachsenenprobleme zu geben. Wenn ich der Bitterkeit freien Lauf ließe, die ich gegenüber meinen Eltern dafür empfinde, daß sie, sagen wir mal, nichts auf die Reihe gekriegt haben, als sie mich aufzogen, dann könnte es mir passieren, daß ich wie eine Verbündete von Dan Quayle klinge, und das will ich nun sicher nicht. Es waren doch genau diese Familienwerte, auf die sich Dan Quayle in seiner berühmten Anti-Murphy Brown-Rede berufen hat, die meine Eltern und die Eltern so vieler meiner Freunde in Ehen getrieben haben, für die sie noch nicht reif waren, und die sie dazu veranlaßt haben, Kinder in die Welt zu setzen, mit denen sie schlichtweg überfordert waren.

Es war dieser Familienimperativ – das Gefühl, das Leben gehe in einer Abfolge simpler Schritte vor sich (etwa: Jugend – Studium – Heirat – Kinder) und alle vernünftigen Menschen hätten diesem Schema zu folgen, der die Probleme für unsere Eltern überhaupt erst geschaffen hat. Nicht zu vergessen, daß die Erzeuger meiner Altersgruppe nicht die freihändig fahrenden, wilden Babyboomer waren, die es sich in den späten Sechzigern und frühen Siebzigern zur Aufgabe gemacht hatten, unsere Gesellschaft zu

verändern. Dafür waren unsere Eltern im großen und ganzen schon etwas zu alt. In den frühen Siebzigern hatten sie ihr Studium schon abgeschlossen und waren Teil der Arbeitswelt geworden, lange bevor die Studentenunruhen, die Antikriegsdemonstrationen und die heraufziehende Sex-and-drugs-and-rock-and-roll-Kultur zu einer alles und alle mitreißenden Kraft werden konnte. Als die »radikalen sechziger Jahre« auf unsere Home bases zusteuernten, waren wir schon geboren, und unsere Eltern fanden sich eingezwängt zwischen dem festen Glauben, Kinder müßten in traditionellen Familien aufwachsen, und der neuen Vorstellung, alles sei möglich: daß dort draußen ein alternativer Lebensstil nur auf sie warte. Unsere Eltern waren ein wenig zu alt, um die Kulturrevolution der sechziger Jahre voll und ganz auszukosten, ihnen blieb nur der Fallout. Statt länger mit dem Heiraten zu warten, ließen sie sich scheiden. Statt Feministinnen zu werden, verkamen unsere Mütter zu ausrangierten Hausfrauen und Nestbauerinnen. Viele der verrannten und vertrackten Beziehungen wurden von Leuten aufgelöst, die nicht mehr jung und unabhängig genug (lies: kinderlos) waren, um nocheinmal von vorne anzufangen. Und ihre Unzufriedenheit, ihr Gefühl, in der Falle zu sitzen, ließen sie an ihren Kindern aus.

Meine Eltern sind das typische Beispiel. Wer weiß, was sie geritten hat, überhaupt zu heiraten. Wahrscheinlich hing es damit zusammen, daß die Cousinen meiner Mutter, mit denen sie aufgewachsen war, alle gerade heirateten. Also schien es das zu sein, was man halt tun mußte. Aus ihrer Sicht war Heiraten in den frühen sechziger Jahren die einzige Möglichkeit, dem Elternhaus zu entkommen. Sie hatte die Cornell Universität besucht mit dem Wunsch, Architektur zu studieren, aber ihre Mutter trichterte ihr ein, das höchste, was sie erreichen könnte, wäre, Sekretärin eines Architekten zu werden. Mit diesem Ziel vor Augen studierte sie also Kunstgeschichte. Sie verbrachte ein Jahr an der Sorbonne und erlebte all die studentischen Abenteuer, wie es sich für ein nettes jüdisches Mädchen aus Long Island in Paris halt so gehört. Sie mietete ein Moped, trug einen schwarzen Umhang, ging mit irgendeinem adligen Typen aus. Als sie dann aber die Uni verließ, zog sie zu ihren Eltern zurück, und es wurde erwartet, daß sie dort auch blieb, bis sie eines Tages ins Haus ihres Ehemanns einziehen würde. Sie bekam einen Job bei Macy's, wo sie zur Abteilungsleiterin ausgebildet wurde, und als sie eines Tages mit der Rolltreppe vom Erdgeschoß in den Mezzanin fuhr, fuhr sie an meinem Vater vorbei, der gerade auf dem Weg nach unten war. Weniger als ein Jahr später heirateten sie, obwohl er nicht studiert hatte, keinen Ehrgeiz besaß und für ein Mädchen wie meine Mutter als ein Schritt nach unten galt.

Meine Eltern benahmen sich sonderbar, nachdem sie verheiratet waren. Mein Vater nahm eine Stelle bei IBM an, und sie zogen nach Poughkeepsie im Staat New York, wo meine Mutter vor Langeweile durchdrehte und

sich einen kleinen Affen namens Percy kaufte. Irgendwann wurde sie mit mir schwanger und sie fand, daß ein Baby besser sei als ein Affe, und zog nach New York zurück, weil sie keinen Tag länger eine Stadt ertragen konnte, die halb Vassar College, halb IBM war. Mein Vater folgte ihr, ich wurde geboren, sie stritten sich, sie waren unglücklich, er weigerte sich, einen Collegeabschluß zu machen, sie stritten sich noch mehr, und eines Tages hörte ich einfach nicht mehr auf zu weinen. Meine Mutter rief meinen Vater bei der Arbeit an und sagte, wenn er nicht sofort nach Hause käme und einen Weg fände, mich zu beruhigen, würde sie mich aus dem Fenster werfen. Was auch immer mein Vater sich überlegt hat, als er in die Wohnung kam, muß funktioniert haben, denn ich bin heute noch am Leben. Aber ich glaube, daß dieser Moment das Ende ihrer Ehe bedeutete.

Es war eine Ehe, die eines Tages auf ganz friedliche Weise in dem Bewußtsein hätte beendet werden können, einem Irrtum aufgesessen und bloß zwei dumme Kinder gewesen zu sein, die Vater, Mutter, Kind spielten. Sie *hatten* aber ein Kind, und das war ein Problem. Nach ihrer Trennung war ich viele Jahre lang das Schlachtfeld, auf dem sie all ihre ideologischen Differenzen austrugen. Das war in New York in den späten Sechzigern. Harlem war abgebrannt und meine Mutter vor Angst wie versteinert, alleinerziehend sich durchschlagen zu müssen, mit einem Versager als Exmann. Sie schickte mich in den jüdischen Kindergarten in der Hoffnung, daß ich dort ein Gefühl von Gemeinschaft und Sicherheit bekommen würde. Mein Vater erschien ungefähr einmal pro Woche auf der Bildfläche, um mich zu sehen. Er redete mit mir über Atheismus und bestand darauf, daß ich Hummer esse und Schinken und anderes unkoscheres Zeug, das man, wie ich in der Schule gelernt hatte, nicht essen durfte. Viele Jahre lang versuchte meine Mutter, mich auf solide, bürgerliche und traditionelle Weise zu erziehen, während mein Vater mir weismachte, ich solle Künstlerin werden oder Schriftstellerin oder einfach von dem leben, was die Erde hergibt, und dergleichen mehr. Sie war verzweifelt bemüht, wenigstens mit dem kleinen Zeh in der Bourgeoisie zu bleiben, er rieb sich richtiggehend dafür auf, um alles in der Welt dort außen vor zu bleiben. Jahrelang ging das so hin und her, bis uns endlich klar wurde, daß wir alle uns im verwirrenden Kreuzfeuer sich ändernder Zeiten befanden, und der kleine Halt, den mir meine Eltern hätten geben können, von Konflikten zertrümmert und zerstreut wurde.

Als ich zehn oder elf war, bin ich richtig ausgerastet. Ich versteckte mich in den Umkleidekabinen in der Schule und weinte stundenlang oder lief durch die Gänge und sagte »alles ist Plastik, wir sterben sowieso, warum soll überhaupt irgendetwas wichtig sein?« Diesen Satz hatte ich auf einem Photo von irgendeinem Graffiti in einem Artikel über Punkrock gesehen – von Punkrock war ich überzeugt, daß er definitiv zu den großartigen

Erfindungen gehörte. Als ich aufhörte zu sprechen, aufhörte zu essen, aufhörte, in die Schule zu gehen und stattdessen begann, mir die Zeit damit zu vertreiben, meine Beine mit Rasierklingen zu zerschneiden, während ich aus einem kleinen Panasonic-Kassettenrecorder dumpfe Rockmusik von Foreigner hörte, waren sich meine Eltern einig, daß ich psychiatrische Hilfe brauchte. Um eine lange, komplizierte Geschichte kurz zu machen: Meine Mutter besorgte mir einen Therapeuten, mein Vater mochte ihn nicht und versuchte dauernd heimlich, mich zu einem anderen zu bringen, und ich bekam eigentlich nie eine besonders effektive Behandlung. Mein Vater weigerte sich, bei der Krankenkasse das Geld für den Psychiater zu beantragen, und das ganze endete damit, daß ich so verpfuscht war wie eh und je, während alle in meine Therapie verwickelten Erwachsenen sich gegenseitig verklagten. Meine Mutter verklagte meinen Vater wegen nicht bezahlter Alimente, mein Psychiater verklagte meinen Vater wegen nicht bezahlter Rechnungen; und als ich vierzehn war, nach Jahren voller Anwälte, floh mein Vater nach Florida und ward bis zu meinem ersten Jahr in Harvard nie mehr gesehen.

Als ich endlich wirklich erwachsen wurde, war ich so dankbar, aus der Schußlinie meiner Eltern zu sein und nicht zwischen ihnen festzusitzen oder auseinandergerissen zu werden wie ein überdehntes Gummiband, an dem sie beide über Jahre hinweg gezerrt hatten, daß meine Depressionen sich tatsächlich ein wenig legten. Für mich bedeutete Erwachsenwerden nicht, den Grausamkeiten der Welt ins Auge zu blicken, sondern Erleichterung.

Offensichtlich ist Scheidung in dieser Welt nicht zu vermeiden. Inzwischen gibt es das gemeinsame Sorgerecht, Scheidungsberatungsstellen und viele andere Dinge, die diesen Prozeß für Kinder und Erwachsene weniger schmerzvoll machen. Das könnte bedeuten, daß die Verhältnisse heute besser sind, obwohl ich eigentlich glaube, daß es schlechter ist, wenn Scheidung normalisiert wird. Denn seien wir mal ehrlich, all diese sonderbar zusammengewürfelten Familien von Halbgeschwistern und Stiefeltern, sind alles andere als normal. Es war einmal, da hatte ein Kind zwei Elternteile, die sich nach Kräften anstrebten, es richtig zu machen. Aber heute, mit all den Stiefeltern, kann es doppelt so viele Erziehungsberechtigte haben, und dazu noch Kindermädchen, Therapeuten, Lehrer und wer weiß was und wen noch alles, nur scheinen all diese Leute zusammengenommen ein Kind nicht anständig aufziehen zu können. Es ist, als hätte man 92 Fernsehkanäle, aber kein Programm.

Das ist so ziemlich die Welt, in der ich groß geworden bin – eine Welt, in der nichts wichtig schien, weil es keinen Druck der Eltern gegeben hat und keine vernünftige elterliche Führung (an was für eine paläolithische Zeit hat man eigentlich gedacht, als man die Bewertung »Jugendfrei« für Kinofilme erfunden hat?) Das ist mit ein Grund, warum eine LP mit dem

Titel *Nevermind* einer unbekanntenen Band namens Nirvana eine der beliebtesten Platten der letzten Jahre wurde: »Nevermind« ist das Codewort dieses Lebens, nichts ausmachen ist alles, was wir je tun – es macht mir nichts aus, daß es nichts ausmacht, daß es uns nichts ausmacht, weil es nichts mehr gibt, für das wir uns einsetzen könnten.

Kritiker haben sich darüber beschwert, daß die Handlungen in den archetypischen Filmen über die Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, z.B. in »Singles« oder in Fernsehserien wie »Melrose Place«, beschränkt und banal sind, weil die Figuren alle wie im Nebel herumzuwandeln scheinen, auf der Suche nach Liebe und Anerkennung, aus jeder Pore jeder Person, und auf der Suche nach dem nächsten kleinen Fix, um die nächsten paar Tage erträglich zu machen. Sie beschwerten sich vor allem darüber, daß keine der Jennifers und Jasons es vermögen, lang genug aus ihren Köpfen auszusteigen, um einen Blick auf das ganze Bild zu werfen. In der Zeitschrift *Mirabella* schrieb Walter Kirn einen Essay mit dem Titel »Twentysomething«, in dem er zeigt, auf welch geringes Maß die jungen Erwachsenen in diesen Filmen reduziert werden. »In diesen Twentysomethingseifenopern werden öffentliche Themen nur angesprochen, um sich darüber lustig zu machen (es gibt einen Aufkleber mit der Aufschrift »Think globally, act locally – denk global, handle lokal«), während nur das Privatleben wirkliches Leben ist. Die Welt ist auf die Enge der ersten eigenen kleinen schrägen traurigen Wohnung zusammengeschnürt mit den billigen Möbeln vom Sperrmüll«, schreibt Kirn. Mit dieser scharfsinnigen Beobachtung hat er natürlich recht, aber wie so viele Kritiker kann er nicht verstehen, daß es schon sehr viel ist, wenn man es von einem Tag zum nächsten schafft, solange die einfachen Dinge des Lebens wie menschliche Wärme so rar sind.

Diese Fixierung auf das Privatleben und die persönlichen Probleme wird den »Twentysomethings« dauernd als eine Art Charakterschwäche angelastet, die besonders schändlich erscheint, wenn man bedenkt, daß in den sechziger Jahren die jungen Leute, zumindest der Legende nach, glaubten, die ganze Welt verändern zu können. Natürlich denkt heute so niemand mehr. Die erste schwere Lektion, die man lernen muß – wahrscheinlich zu einem Zeitpunkt, an dem man noch zu jung ist zu begreifen, daß es sich um eine Lektion handelt und daß sie hart ist – heißt: Laß dich nicht allzusehr davon irritieren, daß Mama und Papa gerade versuchen, sich gegenseitig umzubringen, und daß Mama Papa an den Kopf wirft, er sein ein Vollidiot und Papa Mama eine hysterische Kuh nennt. Von hier aus dreht sich nämlich die Schraube einstudierter Apathie immer weiter nach unten: Anstatt zu lernen, die Welt um uns herum wertzuschätzen, lernen wir, uns um nichts und niemand zu kümmern, weil nichts und niemand es wert ist. Massenbewegungen wie die Friedensbewegung oder die Umwelt-

schutzbewegung sind schwer zu mobilisieren in einem Land, in dem Menschen sich auf der elementarsten Ebene schwer tun, dauerhafte Bindungen einzugehen.

Ich will das in handfeste Begriffe übersetzen. Denken wir einmal an die vielen Dinge, um die wir uns schon kümmern sollten, Dinge wie Demokratie, die Umwelt, Frieden, die Zukunft dieses Landes usw. Das sind Abstraktionen, Himmel-voller-Geigen-Ideologien, weiche, verschwommene Begriffe, um die wir schwerlich unsere liebenden Arme und Beine wickeln können. Das heißt nicht, daß sich niemand in meinem Alter darüber ernsthaft Gedanken machte – und wenn man uns mit einer konkreten Agenda konfrontiert wie das Recht auf Abtreibung, können wir uns, das weiß der Himmel, ziemlich stark hineinsteigern. Um aber die persönliche Kraft und das Durchhaltevermögen zu haben, um weiter als bis zu den unmittelbaren Bedürfnissen sehen zu können und sich um die Welt als ganze Sorgen zu machen, muß man erst einmal das Gefühl haben, daß die eigenen Bedürfnisse gestillt werden.

Mehr noch, der Gedanke, erwachsen zu werden und einen verantwortlichen Platz in dieser Gesellschaft einzunehmen, ist für viele Scheidungskinder, die sich von früh an um andere haben kümmern müssen, kein sehr lustvoller Gedanke. Wir haben unsere Eltern nicht bloß zweimal heiraten sehen, bei manchen war es drei- oder viermal. Und weil unsere Mütter und Väter ihre Liebesgeschichten und deren Scheitern mit uns diskutierten als wären sie wieder Teenager, verschwammen die Grenzen zwischen Erwachsenen und Kindern. In einem Essay über E.T., dem süßesten, verträumtesten Film der achtziger Jahre, zeigt John Podhoretz, daß dieser Film im Kern die trostlose Geschichte des zerfallenden Familienlebens erzählt. »Spielberg berührte bei vielen auch deshalb eine Saite, weil sein Bild der Anforderungen, die das Amerika der Achtziger an Elliot und seine Freunde stellte, völlig realistisch war«, schreibt er. »Es handelt sich um Scheidungskinder, bebüdet mit inkompetenten Eltern, von denen erwartet wird, daß sie sich selber aufziehen.«

Kein Wunder, daß es regressive und infantilisierende Trends gibt, auf die in den Artikeln über die Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen wiederholt hingewiesen wird: Zum einen haben viele von uns die Angewohnheit, wieder zu den Eltern zu ziehen – eigentlich eher zur Mutter *oder* zum Vater –, wenn wir mit dem Studium fertig sind. Zweitens gibt es die Erfindung der »Slacker«-Kultur, d.h. daß einige Leute, die eigentlich eine Ausbildung haben und einige Aussichten, erfolgreich zu werden, blöde Jobs annehmen, nur damit sie die Miete zahlen können – zum Beispiel Kellnern oder in einem Videoladen an der Kasse stehen – was ihnen wiederum viel Zeit zum Schlafen, Lesen, Fernsehen, Kiffen usw. gibt. Die Slacker hängen hauptsächlich in Universitätsstädten wie Austin oder

Berkeley oder Cambridge oder Seattle herum. Analysiert man ihre Lebenschancen und -entscheidungen, wird dieser Trend meist durch simple ökonomische Tatsachen erklärt, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum oder an Jobs mit Zukunft. Sicher spielen finanzielle Bedingungen hier auch eine Rolle, aber ich glaube wirklich, daß es diesen Leuten vor allem darum geht, etwas länger Kind zu bleiben, weil so viele von uns, als wir Kinder waren, so selten Kinder sein durften.

Ich bin selbst das beste Beispiel dafür. Ich wohne weder bei meiner Mutter noch bei meinem Vater – ich weiß überhaupt nicht, wo mein Vater ist – und einige Zeit war ich Popmusikkritikerin des »New Yorker«. Aber damals war ich ein Slacker und ich bin es auch heute noch. Wenn ich wollte, könnte ich viel mehr Aufträge an Land ziehen, aber ich schlafe lieber. Als ich die Pop-Kolumne schrieb, riß ich mich zusammen und arbeitete jeden Monat ein paar Tage, und dann verbrachte ich die restlichen 27 oder wieviel Tage damit, zu lesen, ins Kino zu gehen und mit Freunden rumzuhängen. Ich tat gerade so viel wie nötig, um davon leben zu können. Ich nahm immer wieder Aufträge von Zeitungen an, nur um sie wieder abzusagen. Irgendwann fragte mich mein Freund, ob ich mir mit meiner Faulheit nicht meine Karriere verbauen würde. Alles, was ich dazu sagen konnte, war, ich wüßte es nicht und es sei mir auch egal. Während meiner ganzen Studienzeit hatte ich als freie Mitarbeiterin für verschiedene Zeitungen gearbeitet, um mir meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Während meiner Highschool-Zeit hatte ich dauernd irgendeinen Job gemacht, irrsinnig viel Schularbeiten, hatte viele emotional anstrengende Beziehungen gehabt und verrückte Eltern, mit denen ich mich auseinandersetzen mußte, und jetzt, wo ich alt genug war, mir selber auszusuchen was ich tue, wollte ich halt nur herumhängen. Ich wollte an einem schönen Tag raus fahren können, ich wollte im Sandkasten auf dem Spielplatz um die Ecke herumbalgen können und mit den Fünfjährigen Frisbee spielen und allen möglichen Spaß haben, kindisch sein, wie es mir nie möglich gewesen war.

Der ganze Lebenszyklus läuft bei mir also rückwärts: mit zehn Jahren erwachsen den Haushalt schmeißen und mit fünfundzwanzig auf einer Wippe wippen und die Rutsche hinunterrutschen. Ich weiß, daß ich nicht die einzige in dieser Situation bin. Wie viele meiner Freunde haben schon in ihren Mittzwanzigern beschlossen, auszusteigen aus dem Hamsterrad nach Nirgendwo. Eine Frau, die in der Schule eine Klasse über mir war, fand ihren Job als Modestylistin bei »Harpers Bazaar« zu anstrengend und kellnert jetzt in einem Restaurant. Ein Typ, der für eine Zeitschrift recherchierte, beschloß, lieber Fahrradbote zu werden (und bei der Natur der Taxifahrer in New York ist es sicherlich eine neue Form von Geisteskrankheit, Fahrradbote sein zu wollen, während man entspannt im Büro sitzen könnte). Und meine Freundin aus der Kindheit, Jordana, kam eines Tages

drauf, nicht mehr Sozialarbeiterin im Jugendamt in der Bronx sein zu wollen, weil aller Idealismus der Welt nichts mehr am Elend ändert. Statt dessen heiratete sie und baut jetzt irgendwo im Staat New York Knoblauch an. Da ist Ben, ein Kommilitone, der seine Karriere im Verlagswesen aufgegeben hat, um in einem mexikanischen Restaurant zu arbeiten, und zu dessen stolzesten Leistungen es gehört, jeden Sonntag ein Jimi Hendrix Brunch zu veranstalten.

Ich weiß, man ist versucht zu sagen, daß dies nur ein wenig Ivy-League-Müdigkeit sei, eine Art, sich durch die Zwanziger hindurchzu»slummen« bevor wir, wenn wir dreißig sind, doch noch zu leitenden Angestellten werden. Aber es sind nicht nur die reichen, privilegierten Kinder, die ihre Fahrkarte wieder abgeben, bevor die Reise überhaupt losgeht, es gibt auch die Arbeiterklasseversion desselben Phänomens. Ich glaube es ist ziemlich offensichtlich geworden, daß es in jeder Schicht einige gibt, die es packen, wesentlich mehr packen es nicht mehr ganz so gut und sehr, sehr viele packen es gar nicht.

In der ersten Zeit nach der Schule wohnte ich in Alphabet City, dem »tieferen« East Village, das so eine Art grungy Epizentrum für Cool sein soll, in Wahrheit aber bloß ein Schlamassel ist. Weil ich keine geregelten Arbeitszeiten hatte, verbrachte ich viel Zeit damit, auf dem Tompkins Square herumsitzend, und ich lernte viele aus dem Viertel kennen, die, was auch immer die Demographen behaupten, ganz bestimmt keine Yuppies waren. Die meisten waren junge Leute, die an den Rändern der Lower East Side klebten, als Barkeeper oder Kellner arbeiteten oder in Zooläden oder Schönheitssalons, um ein Leben ohne sichtbares Ziel zu führen. Wenn ich sie im Life Café traf oder bei Bandito's oder King Tut's Wama Hut, konnte ich feststellen, daß die vulgär-künstlerischen Kids mit ihren gefärbten schwarzen Haaren, den Kopftüchern und Piercings an allen möglichen Körperstellen meistens nicht danach strebten, Künstler zu werden – es war schon viel, wenn einige der Mädchen überdimensionierte Ohrhinge aus Stein designen wollten oder Kleider aus Leder mit vielen Fransen. Sie haben das Outfit, die unordentlichen, ungeheizten Wohnungen, den jenseitigen Dress-Code und die Neigung der früheren Generation kreativer Geister aus dem Village, sich hier und da einen Druck zu setzen, aber ihnen fehlt das Engagement. Sie sind aus den Everglades nach New York gekommen, aus den Appalachen, dem Midwest, den Ozarks, Black Hills und aus den Kleinstädten in Pennsylvania, den Vorstädten von Chicago, aber keine von ihnen scheint über die Highschool hinausgekommen zu sein, keiner scheint mehr anzustreben als von einem Tag zum anderen zu leben. Sie verstehen sich nicht als Bohemiens und es ist unklar, ob sie überhaupt etwas verstehen. Sie lesen keine Zeitungen, schauen keine Nachrichten, gehen nicht wählen, sie boykottieren die Wahl noch nicht einmal aktiv, und

sollte ihnen jemand erzählen, daß sie Teil einer Twentysomething-Jugendkultur sind, wären sie sicher erstaunt.

Ich möchte nicht mißverstanden werden – ich glaube, daß es in vielerlei Hinsicht großartig ist, wenn eine Gruppe junger Leute sich öffentlich sichtbar weigert, die Dinge auf normale und erwartete Weise zu tun. Und ich würde mich nie für den konventionellen Karrierismus stark machen – ich glaube, daß die Welt der geregelten Arbeitszeiten den wenigsten intelligenten und kreativen Menschen gut tut. Es ist sicherlich auch zu einfach, die Slacker-Kultur im Vergleich zum blind-hedonistischen Ambitionismus der Achtziger als Segen zu sehen. Eins kann man jedenfalls über die Investmentbanker und Corporate Kids sagen, die in den letzten zehn Jahren viel Geld verdient haben: Zumindest hatten sie einen gewissen Funken, einen Wunsch, einen Traum. Zumindest sind sie mit Vertrauen und Gusto und der Absicht, die Vorteile auszukosten, aufs Leben zugegangen. Die Slackerkids von heute ziehen immer nur Nieten. Und der Versuch, den geraden, zielgerichteten Weg zu verlassen, ist kein Nonkonformismus im Stil der Sechziger, es geht auch nicht um die Suche nach einer höheren spirituellen Wahrheit, nicht darum, zurück zur Natur oder zu irgendeiner Einheit zu kommen. Soweit ich es beurteilen kann, geht es um ein einfaches Phänomen: Müdigkeit.

Wie sollen wir je die Welt managen und uns wie verantwortungsbewußte Erwachsene verhalten, wenn wir alle immer so müde sind?

Aus dem Amerikanischen von Michaela Adelberger

Beatrix Novy

MICKY MAUS-KOMMUNISTEN

Der rote Börsenkrach: Von einer Generation,
die auszog, das Fürchten zu lehren

Studentische Basisgruppen, linke Stadtzeitungen, Selbsthilfeprojekte – sie haben nicht, wie sie's eigentlich wollten, die Gesellschaft verändert (obwohl man darüber auch streiten könnte). Aber die Biographien ihrer Mitglieder haben sie verändern können, mitunter. Diejenigen, die aus so einem Nukleus ins Berufsleben ausschwärmen, sind anders geprägt; anders, als sie es bei »normaler« Sozialisation gewesen wären. Nachträglich hat sich die politische Arbeit für manche als regelrecht nützlich fürs Fortkommen erwiesen, sie wurden mit offeneren Armen von Zeitungsredaktionen oder Unternehmen aufgenommen als ihre Generationsgenossen mit den stromlinienförmigen Lebensläufen.

Auch in Österreich? – Wo die 68er Bewegung vornehmlich als blutpanschender Aktionismus, verkörpert durch Nitsch und Mühl, Brus oder Valie Export, in Erinnerung ist? Wo bei einer Anti-Franco-Demonstration die Angestellten des besetzten Reisebüros einfach weiterarbeiteten und erst auf Ersuchen eines Demonstranten die Polizei gerufen wurde, die bald wieder abrückte, weil niemand sich bedroht fühlen wollte?

In Österreich war alles ein bißchen anders. Und so ist auch die Studentengruppe *Roter Börsenkrach* eine österreichische, eine Wiener Besonderheit.

Manche haben ungläubig gelacht. Um ihre Erinnerungen gebeten, schienen sie im ersten Moment in Verlegenheit. Dabei wissen sie längst, daß ihr Verein – der *Börsenkrach* – im Laufe der Jahre zu einem Mythos geworden ist. Es soll vorgekommen sein, daß jemand seiner Biographie mit der wahrheitswidrigen Behauptung nachhelfen wollte, er sei dabeigewesen.

Es klingt so schön: *Roter Börsenkrach*. Und noch schöner klingen die Legenden, die aus dieser Basisgruppe eine Schmiede strahlender Erfolgsmenschen machen, die beim Marsch durch die Institutionen hohe Gipfelstürmerquoten aufweisen und so der Ironie des Namens *Roter Börsenkrach* eine weitere hinzufügen. Von Deutschland aus betrachtet sind sie noch exotischer: Als Chefs von Abfallwirtschaftsunternehmen oder als Ministerberaterinnen könnte man sich hier solche ehemalige Genossen nun doch nicht so leicht vorstellen. Es sei denn, die Gruppe wäre ein Juso-Arbeitskreis gewesen. Aber der hätte sich nicht so genannt.

Die Namensfindung *Roter Börsenkrach*, genial, wie sie war, hat das ihre beigetragen zu allerhand Mystifizierungen dieser agilen Gruppe an der Wirtschafts-Fakultät der Wiener Uni. »*Roter Börsenkrach*«, sagt der Urheber, Peter Rosner, heute Dozent, »das war ein hübsches Spiel mit der Idee, daß der Kapitalismus gar nicht mehr bekämpft werden muß, weil er sich selbst erledigt.« Daß der *Börsenkrach* eine Art Spiel war – in diesem lebenswichtigen Sinn vielleicht, den das Spiel für alles hat, was lebt und jung ist – macht seine Geschichte zu einem Lehrstück.

1974 wurde ein Flugblatt mit der Überschrift »Der Rote Börsenkrach – Nachrichten aus Lehre, Industrie und Finanz« in den Hörsälen verteilt. Es war die schelmisch-naive semantische Analyse einer Schlagzeile aus der Wiener Tageszeitung *Die Presse* (»Die Lohnrunde kostet die Wirtschaft 36 Milliarden«), die mit den Sätzen schloß: »Die Wirtschaft sind eben diejenigen, die wirtschaften, und nicht jene, mit denen gewirtschaftet wird. Erstere dürfen für die Wirtschaft sprechen, letztere für die Wirtschaft arbeiten. Wir hier studieren Wirtschaftswissenschaft.«¹

Als eine Woche später ein ganz ähnliches Flugblatt verteilt wurde, dachten viele, sie hätten das schon. Dabei war es die zweite Nummer einer Zeitschrift, die bis auf den heutigen Tag sporadisch unter dem Titel *Der Rote Börsenkrach* an der Uni Wien herauskommt. Keine andere Basisgruppe hat wohl ihre wechselnden Generationen über 20 Jahre lang überlebt. Vom allenfalls vergleichbaren Fossil des »Kapital«-Arbeitskreises, der vor wenigen Jahren in Berlin seinen Geist aufgab, unterscheidet sich der *Börsenkrach* bis heute durch seine öffentliche Wirkung.

Die Volkswirtschaftslehre war eine noch junge Disziplin an der Uni, »man mußte sich geradezu autodidaktisch bilden«, sagt Peter Rosner, damals schon Assistent, »es war noch gar kein intellektueller Rahmen da – ein gutes fachliches Studium konnte man nur durch Eigeninitiative und mit eigenen Aktivitäten hinbekommen.« Aktiv waren naturgemäß die Linken. Aber während die Genossen in den K-Gruppen jeder Erörterung der Unibedingungen langwierige Globalanalysen (US-Imperialismus, Palästina, Rolle des Kapitals im Hochschulbetrieb...) voranstellten, kamen die Börsenkrachler immer ziemlich schnell zur Sache: zum Hier und Jetzt des akademischen Alltags.

I. Erich H.

Erich H. war einer der ersten im *Börsenkrach*. Heute kann es vorkommen, daß man sein Bild in der Tagespresse findet: Das bestätigt die landläufige Einschätzung, nach der sie es »alle zu etwas gebracht haben«. Im Fall Erich bis zum Geschäftsführer der Abfall Service Austria, kurz ASA, ein privates Unternehmen von starkem öffentlichen Interesse. Nicht das also, was sich

das Mitglied einer linken Basisgruppe vorgestellt hätte. »Wir richteten uns ein auf einen Marsch durch die Institutionen bzw. in sie hinein. Aber nie hätte ich daran gedacht, in eine Firma einzutreten.« Erichs Weg führte ihn aus dem Studium erst einmal in die Wirtschaftsredaktion der *Arbeiterzeitung*, dem sozialdemokratischen Traditionsblatt – sein Schreibtalent hatte er beim *Roten Börsenkrach* unter Beweis gestellt. Und schon damals war es kein Makel, in dieser Basisgruppe aktiv gewesen zu sein, im Gegenteil: Im Wirtschaftsforschungsinstitut *WiFo* wurde das Blatt gern gelesen. Was in den 70er Jahren im Deutschland der Berufsverbote undenkbar gewesen wäre, in Österreich ging es: Ein SPÖ-Ministerium stellte einen Uni-Absolventen ein, der zwar kein Parteimitglied, dafür aber beim *Börsenkrach* gewesen war.

Erich entfernte sich allerdings weiter von den linken Wurzeln als seine Kollegen, die, mit oder ohne Parteibuch, in einschlägigen österreichischen Institutionen landeten: beim *WiFo*, beim *IHS*, in der Arbeiterkammer.² Auch Erich wurde, wie alle Linken, die eigentlich links von der österreichischen Sozialdemokratie standen, naturgemäß von dieser einverleibt. Er erhielt einen hohen Posten im Wirtschaftsministerium just zu der Zeit, als die verstaatlichten Betriebe in Frage gestellt wurden, deren hermetische Welt und Pfründenmentalität kritisch zu sehen Erich mehr und mehr zur zweiten Natur geworden war. Resultat: »Wirtschaftlich bin ich rechter geworden«. Das stört abends den Hausfrieden, denn seine Frau, Juristin, hat nach wie vor andere sozialpolitische Überzeugungen. »In meinen naiven Zeiten«, sagt Erich und meint damit den *Börsenkrach*, »war ein Unternehmen ein amorphes Gebilde, das Arbeiter ausbeutet und Profite macht. Heute weiß ich, daß beides nicht so einfach ist.«

Aus Jux hat Erich seinerzeit für den *Roten Börsenkrach* an der Fakultät kandidiert. Was aber war das für eine Gruppe, deren Aktivitäten und deren Dauerpräsenz auf der Liste die Wähler nicht widerstehen konnten und mit der Erich gleich gewonnen hat? »Etwas für Leute ohne Bindungsbedarf«, sagen alle, auch Erich. Schon der Name drückt die Verachtung für dogmatische K-Gruppen und ihre penetrante Humorlosigkeit aus. Wer hier landete, war nicht sektenanfällig; von keinem ist bekannt, daß er zu einer K-Gruppe abwanderte oder – auch eine Möglichkeit – in die Mühl-Kommune³ gegangen wäre, wo autoritäre Bedürfnisse ebenfalls mit politisch radikalen Lebensansprüchen kombiniert werden konnten. Nur mit den Trotzlisten, die selbst relativ offen (und immer unterwanderungslustig) waren, pflegte man gute Beziehungen. Wer zum *Börsenkrach* ging, hatte womöglich vorher mit dem Verein der Sozialistischen Studenten VSSStÖ geliebäugelt, der in permanenter Opposition bei gleichzeitiger Abhängigkeit zur Mutterpartei stand. Die enorme Integrationskraft der SPÖ – 50% Wählerstimmen! – war natürlich eine große politische Versu-

chung. Der *Rote Börsenkrach* aber war das Refugium der wirklich freischwebenden Linken, die den proletarischen Massen keine programmatische Stoßrichtung vorgeben wollten. »Micky Maus-Kommunisten« höhnten die VSStÖ'ler, vielleicht aus Neid.

»Der *Rote Börsenkrach* versteht sich als politische Gruppe, die versucht, die Situation am »Arbeitsplatz Hochschule« bewußt zu machen und zu verändern. Das Studium selbst ist in zweifacher Weise, nämlich was Inhalte und Form betrifft, unbefriedigend: 1. Die Lehrinhalte sind vollkommen willkürlich. Sie sind durch persönliche Interessen, Spielereien und Eitelkeiten der Lehrenden bedingt, ohne daß jemals versucht wird, ein Interesse darzustellen. 2. Die meisten Seminare laufen in einem Stil ab, der nur eine Funktion erfüllt: restliches Interesse zu töten.«⁴

Sommersemester 1975: Die Zeitung ist mittlerweile 8 Seiten stark. Einmal in der Woche Vorlesungskritik, Versuche zur Wirtschaftstheorie, Kritik am Wirtschaftsteil der Tagespresse und geschärfte Professorenbeobachtung – das sind die Themen. Wege aus der selbstgefälligen Abstraktion der volkswirtschaftlichen Modelle in eine umsetzbare Politik. Ein Programm, das den K-Gruppen passen würde, fand sich nicht. Dafür eröffnete der *Börsenkrach* »Enthüllungs-Fehden« mit Professoren, die sich in Vorlesungen antisemitisch äußerten. 1975 gelang es den Börsenkrachlern sogar, eine Berufung rückgängig zu machen: In einem Interview, das sie in ihrer Zeitung abdruckten, hatte der Kandidat sich derart verrannt, daß ihn die Hochschullehrerriege peinlich berührt fallen ließ. Die *Börsenkrach*-Gruppe war pragmatisch genug, einen Ersatzmann, der kein Linker war, zu unterstützen.

Kleinkram, gewiß. Aber an solchen kleinen Siegen, mit adoleszenter Rotzfrechheit errungen, richtete sich das 68ertum – denn das war es noch – immer wieder auf: Veränderung war machbar. Wer in den *Börsenkrach*, wer in irgendeine Basisgruppe ging, wollte, so ein Mitglied der Gruppe, »die Welt anders, als sie war«.

II. Ernst F.

Aber vor allem veränderten sie sich selbst. In welchem Sinn eigentlich? Ernst F., Vorarlberger mit frühem politischen Interesse, als Schüler schon für die Dritte Welt engagiert, heute Hochschullehrer in Zürich mit geradliniger Unikarriere, hat im *Börsenkrach* viel, eigentlich alles für seine Karriere gelernt. Politisch-inhaltlich argumentieren zum Beispiel, aber auch organisieren, mitmischen, intrigieren, wenn es um Fakultätswahlen oder Berufungen ging – »Packeln« sagten die Gegner dazu. Auf der ersten »Linke Liste«, die 1977 zusammen mit dem VSStÖ und den Trotzkiisten in die Wahl ging, kandidierte der alte Taktiker Ernst noch für den

VSStÖ. Die Liste gewann, die Wiener Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät war damit die erste in Österreich mit einer linken Mehrheit – das war, anders als in Deutschland, sensationell, denn die österreichische Studentenschaft im Land stand rechts.

III. Lili H.

»Die Produktion der Zeitung war das Verbindende«, erinnert sich Lili H. »Samstags haben wir uns immer getroffen und sie im Handbetrieb gemacht, einer stand an der Druckmaschine, die anderen saßen um den Tisch herum und legten die Zeitung zusammen. Natürlich gab es immer Streit darüber, wer sich gerade drückte.« Hierarchien entstehen auch in Spontikreisen auf diese Art: Zum immerwährenden harten Kern gehört, wer jede Woche schreibt, druckt, falzt, verteilt. »Diese Gruppe«, sagt Lili, »gehört heute noch zusammen.«

Für Lili war es die Befreiung: aus Linz nach Wien, aus der Provinz in die »Großstadt« gekommen, entschied sie sich als aufgeklärtes Bürgerkind zunächst einmal gegen die Welt der konservativen Studenten und Professoren. Sie ging ins andere Lager. (Warum wird man links? »Erst ist man Marxist, dann liest man Marx« hat Ernst F. ganz richtig gesagt.) Übers Zeitungsmachen, über die Handarbeit im *Börsenkrach* gelang Lili der zweite Schritt: Schüchternheit überwinden. Es heißt immer, die 68er-Kollektive seien eine ausgezeichnete Schule der Beredsamkeit gewesen, die Befreiung aus angstvollem Schweigen in der Klasse und im Seminar. Das trifft zumindest für jene zu, die nicht von der politischen Rhetorik ihrer Genossen erst recht erschlagen wurden.

Das auffälligste Merkmal der Börsenkrachler war ihre Präsenz: Sie suchten in den Vorlesungen das bessere Argument, standen den Kommilitonen Rede und Antwort, muckten auf gegen Professoren, kurz, man kannte sie. Schwer zu glauben, daß die Börsenkrachler das erst im *Börsenkrach* gelernt haben – eher waren es die schon Exponierten und Redegewandten, die überhaupt dazustießen, eine Tatsache, die für stillere Naturen, man kann das verstehen, provokativ war. Manche fühlten sich doppelt herausgefordert (»und haben uns nie verziehen« ergänzt Lili H.), denn Arbeiterkinder, früher der Stolz jeder linken Gruppe, waren eher beim VSStÖ zu finden, beim *Börsenkrach* sammelten sich »die besseren Bubis und Mädis – noch ein Grund, warum wir in den Geruch des ›Elitären‹ kamen.« Aber eine Art Eliteschule stellten die 68er mit ihren Insider-Ritualen und ihrer Arbeitslust ohnehin und ohne Ansehn der Herkunft dar.

Eigentlich – heute sieht man die Dinge ja in milderem Licht – war die Fakultät recht liberal. Das Hochschul-Organisationsgesetz von 1975 sah Drittelparität vor und gab den Studenten politische Möglichkeiten ganz

neuer Art. Schon damals dämmerte den Professoren, die von *Börsenkrach*-Mitgliedern in Vorlesungen und Fakultätsratssitzungen oft hart attackiert wurden, daß ihre studentischen Gegner zweifelsfrei auch die fleißigeren und interessierteren Studenten waren. Trotzdem benutzten diese für den Namen des Verantwortlichen im Impressum lieber Gleichgesinnte aus anderen Fakultäten – man muß es bei der Abschlußprüfung ja nicht unbedingt drauf ankommen lassen.

Der *Rote Börsenkrach* war ununterbrochen aktiv. Störend, natürlich, wie es sich für eine Basisgruppe gehörte: Hörsaalbesetzend, Demonstrationen organisierend. »Über Nigeria wurde nicht dauernd geredet« stellte Ernst F. erleichtert fest, keine große linke Geste gegenüber den Ausgebeuteten aller Länder. Dennoch, wenn es paßte, wurde Südafrika zum Thema, eine Demo gegen die *Charta 77*-Prozesse organisiert, eine Faschismus-Sondernummer gemacht.

Die Hauptaktivität galt den begleitenden Arbeitsgruppen zu den Vorlesungen. Und jeden Dienstag traf man sich im grauenhaft ungemütlichen Hinterzimmer des Motiv-Café und warb eifrig Zuhörer; Referenten wurden eingeladen, die die wirtschaftswissenschaftliche Alternative zu den professoralen Schlafmützen an der Fakultät verkörperten: Oskar Negt, Elmar Altvater, Ernest Mandel; Vertreter einer italienischen Landkooperative kamen, und Börsenkrachler trieben den Eifer sogar so weit, daß sie Vorlesungen eines kritischen Ökonomen in Deutschland besuchten. Das waren Klassenausflüge, die das Gemeinschaftsgefühl stärkten.

»Wir waren relativ harmlose Linkskeynesianer«, sagt Lili H. Damals schon haben sie nicht wirklich an die Revolution geglaubt. Natürlich wurde Marx gelesen, aber mehr aus sportlichem Ehrgeiz, und selbstverständlich war die Sprache der Zeitschrift geprägt von dem, was man heute marxistischen Jargon nennt; aber auch das war eine Möglichkeit unter mehreren, man spielte mit der Sprache. Da unterschied sich der *Börsenkrach* erheblich von den Experimenten anderer Linker: Typisch ist Lili H.'s Erinnerung an einen Germanisten (heute ein vielzitiertes Schriftsteller) der in seiner Hegelphase praktisch nur hegelianisch konnte.

Börsenkrachler waren bodenständiger. Als linke Volkswirtschaftler beschäftigten sie sich mit der Kritik der neoklassischen Theorie, die das Fach weithin beherrschte. Es ging nicht um Gegenentwürfe, sondern um wirtschaftspolitische Alternativen, um Selbstverwaltung und Dezentralisierung, kurz, um Reformprojekte.

Die Langlebigkeit der Gruppe führen manche darauf zurück, daß alles möglich war: Die Gegensätze von liberal-sozialdemokratischen und linksradikalen Positionen wurden nicht ausgetragen. Wer wollte, konnte lupenreine Theorie betreiben oder aber mit seinem Standpunkt nahe an der

etablierten Macht stehen. Die hieß damals Kreisky – als Integrationsfigur noch wirksamer als Brandt für die deutschen Spät-68er.

Zyklisch (wie es sich für Wirtschaftswissenschaftler gehört), wechselten sich pragmatische mit spontihaften Führungsfiguren ab.

IV. Martin K.

Zum Beispiel Martin K., dessen Wahlslogan lautete: »Matratzen in die Fachschaft!« Der gegen die legitimatorische Funktion der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre lautstark anging und Statistik und Mathematik aus Gründen des Lustprinzips bekämpfte. Martin hat seine Karriere auch seither eher spontan betrieben: 1978 ging er zur jungen Stadtzeitung »Falter« und akquirierte Anzeigen. Zwischendurch packte ihn die antibürgerliche Seite, die er als Reiseleiter in fünf Jahren USA auslebte. Vor kurzem hat er beschlossen, reich zu werden, und entwirft nun Computerprogramme für Wirtschaftsprüfer.

Ja, man war auch mal indolent. Wie Gottfried G., der vor seiner *Börsenkrach*-Zeit ein volles Semester in einer Wohngemeinschaft herumgammelte, dann aber zäh an dem mitarbeitete, was er im Rückblick das »Konzept einer Gegenuni« nennt: die inhaltliche Verbesserung des Studiums unter radikaldemokratischen Vorzeichen. Heute sitzt er hinter einem dichten Vorhang aus Topfpflanzen in einer Zweigstelle des Verkehrsministeriums. Im Schrank befindet sich eine Sammlung mehrerer Jahrgänge *Roter Börsenkrach*.

Daß Lili H., Martin K. und viele andere, nach dem Studium in die USA gingen, war kein Zufall. »Es war der Inbegriff der Freiheit für uns, das Gegenteil von Wien. Wir verbanden die Bürgerrechtsbewegung damit, aber auch den Vietnamkrieg. Diese Ambivalenz hat uns fasziniert, es war jedenfalls der Gedanke an ein freies Land.« In Amerika lernte Lili das normale Bankgeschäft, bevor sie über den Umweg Budapest zurück nach Wien kam. Im vorigen Jahr engagierte der Verkehrsminister sie als Beraterin.

Bis vor wenigen Jahren lebte sie, zwischen Boston und Wien pendelnd, mit zwei anderen Börsenkrachlern, Willi H. und Tamara G., in einer Wohngemeinschaft. Wenn auch die politischen Hardliner an der Uni die revolutionäre Praxis bei den Börsenkrachlern vermißten – an revolutionärer Lebenspraxis haben sie es nie fehlen lassen. Leider wurde nichts aus dem Nacktfoto, das Martin K. für ein Wahlplakat plante, »damit die Studenten uns auch richtig kennenlernen«. Aber sie waren alle entschlossen, Politik, Studium und Privatleben zu unentfremdeter Übereinstimmung zu bringen.

V. Tamara G.

»Genau so war's«, bestätigt Tamara G., »das war ein sehr enger Zusammenhalt, jeder hatte mal was mit jeder«. Heute Chefin eines Recycling-Unternehmens, konnte sie ihre Trinkfestigkeit mit Gewinn in Rußland einsetzen, wo sie seit 1988 Geschäfte macht. Da war sie schon lange in die elterliche Firma eingestiegen, die Altmetall in den Oststaaten einkaufte, aufbereitete und im Westen wieder verkaufte.

Eigentlich hat sie »nicht in die Gruppe gepaßt«, weil sie »kein richtiges Bürgerkind« war; weil ihre Eltern aus Rußland eingewandert waren und nur jiddisch sprachen, als Tamara klein war. Aber es ging ja aufwärts, und Tamara kam als Lycée-Absolventin⁵ – jetzt sprach sie deutsch und französisch dazu – an die Uni. »Die meisten Wiener beim *Börsenkrach* waren Juden«, sagt sie, »die anderen kamen aus den Bundesländern.« Daß sie immer mit ihrem BMW zum Plakatieren kam, hat die anderen schon gefuchst, aber Tamara ist der Typ, den so etwas nur beflügelt. Sich für ihr Geld zu schämen, fiel ihr schon damals nicht ein, und schon damals begründete sie ihr Engagement damit, daß sie den *Börsenkrach* für eine hervorragende Management-Ausbildung halte: »Verhandeln, Leute motivieren, Gruppen führen... Das konnte man lernen, seit die Uni-Reform uns diese Universitätsdemokratie beschert hatte.« Folgenlos, das sieht man auch an Tamara, waren die kleinen Siege der Studenten nicht. Was mit Drittelparität an einem Institut der Universität anfang, endete mit einer Unternehmerin, die ihren Kopf und ihre Verbindungen einsetzte, um ein Frauen-Netzwerk und einen politischen Diskussionskreis zu gründen. Denn Tamara hätte nach dem Studium gern unter Beweis gestellt, was sie gelernt hatte; aber nach zwei Jahren bei IBM begriff sie, daß sie auf dem Weg zur ersten relevanten Position alt und grau werden würde. Ihr fällt auch ein, wieviele Frauen im *Roten Börsenkrach* ihre ersten Sporen verdient haben: auf Anhieb zählt sie eine ganze Reihe auf, die heute an der Uni, in Instituten oder bei Kreditanstalten gute Posten innehaben. Tamaras praktischer Feminismus ist eine coole Angelegenheit. Den Erfolg als Unternehmerin will sie genauso wie den Erfolg ihres sozialen oder politischen Engagements.

VI. Willi H.

Willi H. war noch bis vor kurzem WG-Mitglied bei Tamara. Jetzt ist er weg, in London. Willi war *der* Anarcho im *Börsenkrach*, in der zweiten Generation nach Martin K. und seiner Sponti-Rebellion. Jetzt hat Willis Naturbegabung ihn in die höchsten Höhen der internationalen Broker-szene geführt.

Direkt aus der *Arena*-Besetzung ist er in den *Börsenkrach*, die Linke Liste und den Fakultätsrat hineingestolpert, mit einem Pulk gleichfalls ausgeflippter Leute. Für eine Weile hat er die spielerische Seite der Gruppe wieder dominieren lassen. Daß Willi heute im Zentrum der Kapitalbewegungen sein »Brot« (Untertreibung) verdient, erscheint vielen als exotisch – hat aber Konsequenz: Wenn Willi damals der kontrolliert, weil politisch agierende Anarchist der Gruppe war (ob er es war, der Kropotkin einbrachte, weiß niemand mehr genau), so ist er heute der Sponti an der Börse. Wer mit Derivaten handelt, mit Optionen auf Aktienkäufe in der Zukunft, wer die Aktienkurse anderer Länder, ihre Zinssätze, Preise und die globalen Rahmenbedingungen im Blick haben kann, der muß Freude am Spiel haben und ein Talent zur Selbstdarstellung schadet auch hier nicht. Die beinharte Ökonomie hat Willi übrigens auch in den USA eingesogen, an der Johns Hopkins-Universität in Baltimore.

VII. Margarethe Q.

»Wer beim *Roten Börsenkrach* war, arbeitete einfach mehr.« Margarethe Q. hat keinen der bisher Beschriebenen gekannt: Sie kam erst 1985 an die Uni, als das Studium schon verschulter und kürzer war. Doch immer noch gab es den *Roten Börsenkrach*, und immer noch war er eine Schule der Auseinandersetzung und des Politikmachens für Leute, deren Gemeinsamkeit aus ihrem Widerwillen gegen jeglichen Dogmatismus erwuchs. Über zwanzig Jahre lang war dies die paradoxe Klammer, die alles zusammenhielt.

Margarethe Q.'s Lebenslauf verleitet ganz besonders dazu, den *Roten Börsenkrach* zum Eton der Basisgruppen zu stilisieren. Sie ist 30, hat nach dem Studium ein Jahr an der Universität Brügge verbracht, bei der Nationalbank gearbeitet, wurde dann zum Wirtschaftsminister geholt und geht demnächst für den IWF nach Washington. Man ahnt, daß auch Margarethe einige der Fähigkeiten, die in der Basisgruppe erlernt werden, schon mitbrachte. Daß eine Gruppe mit einem inzwischen so unpopulärem Namen wie *Roter Börsenkrach* auf einer auch nicht sehr zeitgeistgemäßen Linken Liste kandidiert und immer noch die Hochschulpolitik mitbestimmt, liegt nach wie vor an der ständigen Präsenz der Mitglieder im Hörsaal, auf den Gängen, in den Fakultätszimmern. Immer noch haben sie ein elitäres Image. »Dabei waren wir, im Gegensatz zu den ersten *Börsenkrach*-Generationen, wirklich Arbeiter- und Bauernkinder«, sagt Margarethe, selbst vom Land, aus katholisch-konservativem Haus. Weil sie unbedingt etwas bewegen und daran nicht durch parteipolitische Rücksichten gehindert werden wollte, ging sie nicht zum VStÖ, sondern zum *Börsenkrach*, dessen Aktionismus immer noch zum Erbgut gehört: Hörsaaltüren aushängen, Demos im Hauptausschuß organisieren, Diskussionen erzwingen.

Merkwürdig eigentlich, daß keiner der Protagonisten der Grünen aus dem *Börsenkrach* hervorging; selbst in den 80ern hat kein Hauch der Ökobewegung die jungen Ökonomen gestreift. Auch zu Margarethes Zeit waren gemeinsamen Motive Umverteilung, Chancengleichheit und soziale Sicherheit. Dafür lief immer noch alles ganz basisdemokratisch ab: Jeder konnte kandidieren, Delegierte gab es nicht. Denn nach wie vor erübrigt sich die Frage nach Chefs oder Chefinnen. Natürlich bilden sich immer Hierarchien: Die Älteren, die Aktiveren, die Eloquenteren dominierten, aber »einfache Mitläufer gab es kaum, Anhängerschaften gar nicht. Es konnte gar keine Fraktionen geben, weil – ganz einfach – keiner einer Fraktion angehören wollte.« Von jeglichem Welterklärertum, in welches in den 70ern auch Börsenkrachler verfielen, vor allem, als sie die Tutorien an sich gezogen hatten, waren Margarethe und ihre Freunde weit entfernt. »Erkenntnisansprüche selbst formulieren können«, das hätten sie gewollt. Mehr nicht.

Abspann: *Der Rote Börsenkrach – Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft* befaßt sich in einer seiner letzten Nummern kritisch und kompetent mit dem neuen Uni-Studien-Gesetz. »Mancher Mund«, mault der Artikelschreiber, »trocknete aus bei dem Versuch, den Studis (Euch!) näherzubringen, um was es im UniStG geht.«⁶ Wer geschrieben hat, weiß ich nicht. Denn Artikel werden im *Börsenkrach* wie vor 20 Jahren nicht namentlich gezeichnet.

Anmerkungen

- 1 *Der Rote Börsenkrach* Nr.1, Sommersemester 1974, erste und einzige Seite.
- 2 *WiFo*: Wirtschaftsforschungs-Institut, nach dem Krieg gegründet in der Absicht, durch Konjunkturforschung zyklischen Schwankungen und drohenden Krisen vorbeugen zu können.- *IHS*: Institut für Höhere Studien, gegründet in den 60er Jahren (Gründungsmitglied: Paul Lazarsfeld) und gefördert von der Ford-Foundation, sollte Österreich helfen, den Anschluß an die internationale Forschung, insbesondere in den Sozialwissenschaften, zurückzugewinnen.- Jeder Arbeitnehmer in Österreich tritt per Zwangsmitgliedschaft der Arbeiterkammer bei, einer der Institutionen der österreichischen Sozialpartnerschaft.
- 3 Mühl-Kommune: Weltbefreiungskommune, die der Aktionskünstler Otto Mühl Ende der 60er Jahre noch unter dem Namen AAO (Aktions-Analytische Organisation) gründete. Wesensmerkmale des Kollektivs waren freie Sexualität (Vorschrift), ein aus Wilhelm Reichs Theorien destilliertes psychoanalytisches Konzept der »Selbstdarstellung« vor der Gruppe, absolute Loslösung von der KF (Kleinfamilie). Unter dem absolutistischen Guru Otto bekam die Gruppe bald hierarchische, sektenhafte Züge, entwickelte aber auch ein nicht reizloses Modell des Zusammenlebens und -arbeitens in genossenschaftlicher Organisation.
- 4 *Der Rote Börsenkrach*, Nullnummer/Sommersemester 1975, S. 1.
- 5 Lycee – Französisches Gymnasium in Wien.
- 6 *Der Rote Börsenkrach*, Nr. 2/1995, S. 3.

Gerald Knaus
GENERATION X IN CZERNOWITZ

Der Zug fährt Freitags um 16:00 am Wiener Südbahnhof ab, mit einem Kurswagen für Kiew. In der Nacht erreicht man die Grenze der Ukraine, wird auf ein Nebengleis gestellt, dann der Wagen wie eine Schachtel von den Rädern gehoben. Wer keine Einladung vorweist, kann an der Grenze für \$100 das teuerste Touristenvisum der Welt erstehen. Nach sechs Stunden Warten überquert man die ehemalige sowjetische Grenze, rollt auf sowjetischen Rädern durch das ukrainische Galizien und erreicht kurz vor Mittag Lemberg. Wenn man Lemberger Freunde hat, sollten diese die Fahrkarte für die Weiterfahrt besorgen, denn Fahrkarten an einem ukrainischen Bahnhof selbst zu erstehen, bedarf einiger Übung und viel Glück. Hat man eine Fahrkarte, dann kann man am Abend in den nächsten Zug steigen. Noch eine Nacht Fahrt und man ist in Czernowitz.

Meistens kam ich mit dem ukrainischen Nachtzug im Morgengrauen in Czernowitz an, suchte vor dem k.u.k. Jugendstilbahnhof, den man aus militärischen Gründen immer noch nicht photographieren darf, ein Taxi, und fuhr hinauf, in die auf einem Hügel gelegene Altstadt. Der gängige Preis betrug 1994 einen Dollar, also 1/12 des Monatsgehältes eines Dozenten an der Universität. Am Rande der Altstadt, nur wenige hundert Meter vom österreichischen Villenviertel entfernt, in dem einst Gregor von Rezzoris Familie lebte, liegt das Studentenheim *Stasiuka IV*. Dort wohnte ich für ein Jahr, und in den umliegenden Studentenheimen wohnten die meisten meiner Studenten.

Einst war Czernowitz eine Provinzstadt der österreichischen Monarchie an der Grenze zum zaristischen Rußland. Dann war Czernowitz Vorposten des erstarkten Großrumänien, nahe der polnischen Grenze. In den letzten Jahrzehnten war es eine Provinz- und Grenzstadt der Sowjetunion, im militärischen Sperrgebiet. Provinz war es also zu allen Zeiten, wenn auch das alte multiethnische Czernowitz der Monarchie heute im deutschsprachigen Raum einen kleinen Boom erlebt. Es erscheinen wieder Bücher über die jüdisch-deutsche Literatur der Zwischenkriegszeit, es finden Konferenzen statt, Ausstellungen erinnern an berühmte Kinder der Stadt: Paul Celan, Rose Ausländer, der Sänger Josef Schmidt. Westliche Kamerateams und Journalisten verirren sich hierher, wohnen am Stadtrand im häßlich-modernen Hotel Tscheremosch, bleiben einige Tage auf der

Suche nach Spuren der Vergangenheit. Ihr Blick bleibt meistens an der österreichisch-ungarischen Silhouette der Altstadt hängen, ihre Reiseführer sind Memoiren aus der Zwischenkriegszeit. Es ist nicht verwunderlich, daß sie mehr über die Czernowitzer Jugend Celans wissen, als über jene Jugend, die im erst kürzlich unabhängig gewordenen ukrainischen Chornivtsi aufwächst und nicht nach Wien oder Paris blickt, weil diese Städte 1995 unerreichbarer sind als sie es in den dreißiger Jahren je waren.

Das Hotel Tscheremosch leidet, wie die ganze Stadt, unter sporadischer Wasserknappheit. Darum finden ausländische Besucher zu ihrem Erstaunen die Badewannen in den Zimmern oft gefüllt vor – für den Notfall. In den Studentenheimen aber, wo ein gemeinsames Badezimmer einigen Dutzend Studenten dient, bringt der regelmäßige Wasser- und Stromausfall einen eigenen Lebensstil mit sich. So gehören eine Vielzahl von Eimern zur Grundausstattung des Studentenlebens. Im Ernstfall bilden sich immer wieder lange Schlangen bei den Brunnen vor dem Heim. Ich hatte ein Zimmer mit Blick auf die Straße, und so sah ich die Studentinnen (denn es waren meist Frauen, die das Wasser holten) mit den schweren Eimern, wie sie ein ums andere mal an meinem Fenster vorbei kamen, um in ihren Zimmern einen Wasservorrat anzulegen. Es kam andererseits auch häufig vor, daß Wasser aus irgendeiner geplatzten Leitung den Weg zum Studentenheim überschwemmte und Studenten vor meinem Fenster, um dem Schlamm auszuweichen, von Stein zu Stein sprangen.

Direkt vor dem Studentenheim liegt der Sportplatz, und da sich Studenten außer Sport wenig leisten können, trifft man hier bei schönem Wetter immer viele Menschen. Abends saß manchmal ein Student mit seiner Gitarre auf den Stufen vor dem Heim, und es wurden russische und ukrainische Lieder gesungen. Einsamkeit ist hier unbekannt, das merkte ich bald. Dazu fehlt es an etwas ganz Elementarem: dem notwendigen Privatraum. Meist wohnen drei Studenten in einem kleinen Zimmer, ein ganzes Stockwerk teilt sich eine Küche, und die verschiedensten Zusammenbrüche bringen immer wieder viele Leute zusammen. Wenn im Winter der Strom ausfällt, trifft man sich in einem Zimmer, und jeder bringt eine Kerze. Andere Möglichkeiten gibt es nicht, denn um sich an die Bar des zwei Kilometer entfernten Hotels Tscheremosch zu setzen, die bis Mitternacht geöffnet hat, haben Studenten nicht genug Geld. Ich hatte genug Geld, und so saß ich eines Abends – die Sicherung war wieder einmal durchgebrannt – zwischen Prostituierten aus Rußland mit meinem Lehrbuch an der Hotelbar und bereitete meine Vorlesungen vor.

Das Studentenheim liegt am Rande der Altstadt. Wenn man nicht mit einem der chronisch überfüllten, ewig zu spät kommenden Busse fahren will, kann man die Universitätsgebäude im Zentrum in etwa einer halben

Stunde auch zu Fuß erreichen. Dieser Spaziergang führt durch das k.u.k. Villenviertel, am Volksgarten vorbei, zur alten Prinz Eugen-Kaserne. Die ehemalige Siebenbürgenstraße – lange hieß sie Leninstraße – entlangspazierend erreicht man den – ehemaligen – Austriaplatz. Dort, im – ehemaligen – Regierungsgebäude des Kronlandes Bukowina, später Sitz der Kommunistischen Partei, befindet sich heute die Wirtschaftsfakultät. Wenige Studenten könnten freilich mit den alten österreichischen Straßennamen irgendetwas anfangen.

Ich erfuhr sie von Frau Harnik, die vielen Studenten Sprachunterricht erteilt und an ihrem arbeitsfreien Sonntag auch gerne Besuch aus Wien empfängt. Manche ihrer Schüler sind Enkelkinder von Freunden, sie müssen für die Deutsch- oder Englischstunden nichts bezahlen. Frau Harnik gehört zu jener Generation, die auf der Habsburghöhe Rilke las und in den Caféhäusern »Die Fackel«, eine Generation, die dann von Europa fünf Jahrzehnte lang vergessen wurde und nun gerade wiederentdeckt wird. Nun ist Frau Harnik wieder im Briefverkehr mit jenen, die sie aus der Vorkriegszeit noch in Erinnerung hat.

Sergei, der bei ihr Deutsch lernte, war einer meiner ehrgeizigsten Studenten. Er hatte von seiner Fakultät eine denkbar niedrige Meinung. »Unsere Professoren sind inkompetent«, versicherte er immer wieder, »kein einziger der Professoren spricht eine Fremdsprache und es gibt keine Bücher«. Um Deutsch zu lernen, wird in den Schulen immer noch die Hagiographie des jungen Lenin als Textbuch verwendet, nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil es keine anderen Bücher gibt. Alina, eine andere Studentin, störte vor allem die allgegenwärtige Korruption: einige Dollar für eine gute Note, ein paar mehr, um ein Stipendium zu bekommen, selbst an der Medizinischen Fakultät würden Noten verkauft. Sie, Sergei, und jene, die nach dem Westen blickten, begannen im Stillen, ihre Lehrer zu verachten. Nach einigen Monaten erstaunte mich das alles nicht mehr. Die Lehrer bekamen ihre Gehälter oft um Monate verspätet, und selbst der Dekan arbeitete täglich auf den kleinen Feldern vor der Stadt. In den Herbstmonaten fehlten viele Studenten im Unterricht. Sie halfen der Familie bei der Ernte.

Mir fiel bald auf, daß in fast allen Klassen die Frauen in der Mehrzahl waren. Männer waren zwar eingeschrieben, aber oft nicht da. Sie verdienten woanders auf »seriöse« Art und Weise Geld: meist im Fernhandel. Mit Gebrauchtwagen aus Polen, Teppichen aus der Türkei, und Textilien aus China. Direkt hinter der Wirtschaftsfakultät standen im Westen ausgerangierte Busse, mit denen Waren herangeschafft wurden. Der wirkliche Handel fand am Stadtrand statt, und private Minibusse fuhren unweit der Fakultät regelmäßig zum Ufer des Prut, wo sich der bessarabische »Bazar« befand. Dieser ausgedehnte Freilichtmarkt war fest in der Händen der

Jungen. Viele arbeitslose Absolventen und so mancher ehemalige Professor verkauften dort auf Campingbetten oder Kühlerhauben zur Schau gestellte Produkte. Die Inskription an der Universität bewahrte junge Männer vor dem Militärdienst, und so tauchten zur Prüfungszeit immer wieder Gesichter auf, die sonst nicht zu sehen waren, mit neuen Dollarscheinen in der Tasche, und dem selbstbewußten Auftreten jener, die ihre Plastiktaschen in russischen Zügen wochenlang zu verteidigen wußten. Die Erfolgreicheren unter ihnen wohnten nicht mehr im Studentenheim.

Im Winter war das Leben noch etwas schwieriger, denn es wurde kaum geheizt. Manche Fenster waren zerbrochen und das ohnehin kalte Wasser besonders unangenehm. Auf den Gasöfen konnte man in Teekesseln Wasser zum Waschen erhitzen – wenn es denn Wasser gab. An der Universität ging für einige Wochen das Gerücht um, der Betrieb müsse ganz eingestellt werden, da in den Klassen der Atem der Vortragenden zu gefrieren drohte.

Der Winter brachte aber auch eine große Ruhe, und mit dem Erliegen des Straßenverkehrs nach starkem Schneefall ähnelte der Weg durch das Villenviertel einem Spaziergang durch ein Brueghel-Bild: Passanten, die es nicht eilig hatten, schlenderten an den eingeschneiten Häusern vorbei, Raben ließen sich in der Straßenmitte nieder. In den Räumen der Universität herrschte Stille. Es ist merkwürdig, wie oft ich an diese Ruhe denke, wenn mir Bilder aus Czernowitz in den Sinn kommen: dieses Gefühl, nichts tun zu können und nirgendwohin zu kommen. Diese Resignation gegenüber einem unabwendbaren Schicksal war in den weißen Winterwochen wie eine Erlösung. Sich dann im Studentenheim mit anderen zu einer Tasse Tee zusammensetzen und über Musik zu sprechen, war eine Ent-rückung aus jener anderen Welt, in der die streunenden Hunde auf den Straßen verrückt wurden vor Hunger.

Ich erinnere mich an einige dieser winterlichen Gespräche: mit Dima, der beklagte, daß viele Freunde seiner Eltern in den letzten Jahren die Stadt verlassen hatten, und der nicht wußte, ob er eigentlich ein surrealistischer Maler sein wollte oder ein Rechtsanwalt. Mit Afanasi, der im Block IV wohnte und im Winter oft in mein Zimmer kam, der davon träumte in Paris zu studieren und sich vor allem für Kunst interessierte. Er stammte aus dem rumänischen Donaudelta, wo sein Vater Fischer war, und er sprach gut Französisch.

Dima, so habe ich mittlerweile gehört, erhielt 1995 ein Stipendium und ging nach Kanada, um dort im Parlament zu arbeiten. Auch viele der Studenten von Frau Harnik haben in den letzten Jahren Czernowitz verlassen, sind – wenn sie Juden sind – nach Israel gegangen, oder nach Australien. Sergei ging ebenfalls nach Amerika und hofft irgendwann endgültig auswandern zu können, und Alina ist derzeit Studentin in Buda-

pest. Afanasi starb zu Ostern 1994 im Czernowitzer Spital beim Volksgarten, als man ihm eine Transfusion mit einer falschen Blutgruppe gab und sich über die Feiertage niemand um ihn kümmerte.

Das Czernowitz der Zwischenkriegszeit hat seinen Platz auf der geistigen Landkarte Europas wiedergefunden, ist eingezeichnet worden als eine Stadt, die man kennen sollte. Berühmt ist das Wort vom Land, in dem »Menschen und Bücher leben«, wo selbst »Hühner Hölderlinverse in den Boden kratzten«. Und manch einer weiß auch noch, daß der junge Josef Schumpeter an der damaligen Franz Josefs-Universität seine Karriere begann. Doch das heutige Czernowitz, das hinter den Karpaten versteckt liegt, scheint jedes Jahr weiter von Europa wegzurücken. Im Frühling 1994 schrieben einige Studenten Beobachtungen über ihr tägliches Leben auf (in englischer Sprache), und die vergilbten, handgeschriebenen Zettel gebe ich manchmal Wiener Freunden zu lesen. Vergeßt uns nicht, scheint zwischen den Zeilen zu stehen, denn auch in Czernowitz gibt es eine Generation X.

»Der Mensch gewöhnt sich an alles.«

Das ist die Auffassung von Herrn Yarotsky, dem Verwaltungsleiter des Studentenheims Nr. 1 der Staatlichen Universität Czernowitz. Ein Blick auf den Zustand unseres Wohnheims genügt.

Ich erinnere mich an die Zeit, als man im Studentenheim jederzeit heiß duschen konnte. Süße Erinnerung. Letztes Frühjahr konnte ich immerhin nach den Runden auf dem Sportplatz noch kalt duschen, im Schmutz und in der Dunkelheit des Bads im Keller unseres Heims Nr. 1.

Inzwischen haben wir uns an die Wasserknappheit gewöhnt, an die spuckenden Wasserhähne und den Odeur der Toiletten. D.h., es gibt genau *eine* Toilette und *einen* Waschraum pro Etage. Im Erdgeschoß, im dritten und im vierten Stock für Frauen, im ersten und zweiten Stock für Männer. In jeder Etage wohnen an die 50 Studenten.

Doch Dank sei Gott und der Verwaltung, seit kurzer Zeit leben wir im Luxus. Von 6 Uhr früh bis 11 Uhr abends fließt kaltes Wasser, nur in der Nacht ist es abgeschaltet.

Statt des morgendlichen Laufs renne ich nun zur Toilette, denn ich will dort sein, ehe die große Flut kommt. Etwas scheint mit dem Abfluß nicht in Ordnung zu sein. Ungefähr ab 7 Uhr in der Früh beginnt das Wasser durch die Decke im zweiten Stock zu tröpfeln. Mittags steht das Wasser in der Toilette.

Als im November das kalte Wetter einsetzte, sagte uns der Verwaltungsleiter Herr Yarotsky, elektrische Heizungen seien in den Zimmern verboten. Die Zentralheizung funktionierte nicht richtig. In ganz Czernowitz suchten wir elektrische Heizungen. In den Zimmern sank die Temperatur

auf 5 Grad. Dort, wo die Fenster mit Klebebändern zusammengehalten wurden, war es noch etwas kälter. Herr Yarotsky wiederholte seinen berühmten Satz, der Mensch gewöhnt sich an alles.

Oleg Segin, Kann man sich an absolute Dunkelheit gewöhnen?

Markt

Das können nur die Starken aushalten, stark von Charakter müssen sie sein und stark von Gesundheit. Man sollte sie nicht herzlos oder kalt schimpfen. Ihr Ziel ist es, ein normales Leben zu leben, und sie verfolgen es auf geradem Wege, rücksichtslos. So lehrt es uns die neue Zeit. Das Ziel liegt klar vor Augen, nur die Vielfalt der Wege ist verwirrend. Sie wählen den einfachen, den man, ohne viel zu überlegen, gehen kann. Er führt zum Schwarzmarkt.

Tagtäglich drängen sich Tausende von Menschen auf dem großen, schmutzigen Platz am Ufer des Prut. Tagtäglich stehen tausende von Menschen um drei, halb vier Uhr früh auf, bei Frost und Regen, kommen abends todmüde und nur vom Wodka erwärmt wieder heim. Die meisten sind unter 25.

»Letztes Jahr kehrte ich vom Militärdienst heim«, erzählt Igor. »Ich war nackt, buchstäblich. Die alten Sachen waren mir zu klein geworden, und um neue zu besorgen, braucht man mehr als Hunderttausend Koupons (damals zwei Dollar, das Monatsstipendium der Studenten, d. Red.). Ich konnte meinen Eltern auch nicht mehr auf der Tasche liegen. Der einzige Weg, den ich sah, war, auf den Markt zu gehen.«

Das Geld genießt ein hohes Ansehen, man strebt nach einem glücklichen und sorgenfreien Leben. Der Wert des Studiums hingegen sinkt mit jedem Tag – sogar die Professoren sind aus Mangel an Arbeit und wegen des schäbigen Lohns gezwungen, auf den Markt zu kommen und ihre theoretischen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen. Ich tadele sie nicht, ich versuche nur zu verstehen. Ich hoffe, daß unsere neue Regierung vernünftiger sein wird und den Ukrainern ein normales Leben ermöglicht.

Svetlana Spolnizkaja, Der Markt am Fluß

Städtischer Autobus

Ächzen, Stöhnen, Schreie, Zähneknirschen, verzweifelte Versuche, sich aus erstickender Gefangenschaft zu befreien ... Wenn Sie das für eine Szene aus einem Horrorfilm halten oder für eine Illustration von Dantes *Inferno*, dann täuschen Sie sich. Es ist eine Situation aus unserem Alltag, allen vertraut, die es auf sich nehmen, mit dem Trolleybus Nr. 2 zu fahren.

Schätze dich also glücklich, wenn du deine Wege zu Fuß erledigen

kannst. Auf den Trolleybus angewiesen, wirst du zum Philosophen: Eine Schule des Wartens, die dich zum Stoiker werden oder an der Menschheit verzweifeln läßt. Die Linie 2 ist aber nicht nur eine geistige, sondern auch eine körperliche Herausforderung: Man hat Gelegenheit, jeden Morgen eine freie Massage zu bekommen, kann sich positiv (oder negativ) mit der Energie der anderen Fahrgäste aufladen, seine Gelenkigkeit trainieren usw. Und wenn Du es nicht schaffst, Dich in den Trolleybus hineinzquetschen, machst Du als Langstreckenläufer Karriere.

Nur ein überfüllter und unendlich verspäteter Trolleybus ist ein echter Trolleybus. Den Trolleybus an den dafür vorgesehenen Haltestellen zu besteigen, wird allgemein als lächerlich angesehen.

Stellen Sie sich vor, daß Sie, um den Zug von Kiew nach Moskau zu nehmen, in Czernowitz einsteigen müßten. Denn einfach von Kiew nach Moskau fahren, geht nicht. Sie steigen in Kiew in den Zug, fahren zurück nach Czernowitz, kaufen sich dort eine Fahrkarte, weil sie sie in Kiew nicht bekommen, dann fahren Sie wieder durch Kiew durch und irgendwann sind Sie in Moskau. C'est la vie, und ich bin kein Pessimist.

Sehr geehrte Herren,

Den Rest will ich Ihnen in einer Woche liefern. Wenn Sie Interesse an den Einzelheiten unseres Alltagslebens haben (Transportprobleme, Wohnungsfragen, Wasser- und Stromversorgung usw.) bin ich gerne bereit, das Thema für Sie genauer auszuarbeiten.

Olga Zibachynska, Müßige Gedanken einer vielbeschäftigten Reisenden

Zukunft

Alexander hat heute schon das vierte Exemplar des gleichen Buches verkauft. Er ist zufrieden. Das Buch trägt den Titel »Auswandern in die USA«.

Man beneidet die Juden. »Wenn ich ein Jude wäre, wäre ich schon längst in Israel oder den USA« sagte ein Student, dessen Ziel es ist auszuwandern, egal wohin. Sicherlich hat man keine Illusionen mehr. Wenn man die Aussicht hat, irgendwo in Deutschland 500 Dollar zu verdienen, folgt man gern dem Goldtausch. Das ist eine riesige Summe. Arbeitet man in einem Unternehmen hier, vergehen mindestens zwei Jahre, bis man so viel Geld verdient hat. Wer will das schon? Nur wenige Leute. Und wenn die Jungen jetzt keine Perspektive für ihr Leben hier haben, was wird erst in der Zukunft sein?

»Nicht jeder kann in diesem Land Businessman werden. Für die Starken ist es schon ein unerbittlicher Kampf, und es ist noch viel zu früh, um von einem geordneten, zivilisierten Markt zu sprechen. Ich fühle mich verwundbar, jeden Tag setze ich mich dem Risiko aus« sagt Viktor, 23 Jahre

alt, Geschäftsmann. »Ungeheure Abgaben auf der einen Seite, kein Schutz durch den Staat auf der anderen.«

»Ich will nicht immer nur riskieren. Ich bin mit einem anderen System groß geworden, ich möchte ruhig leben und arbeiten«, sagt Sergej, der Klassenbeste der mathematischen Fakultät. Er fährt nach China und schafft Textilien herbei. »Ich weiß nicht, wie ich hier überleben soll, ich will nicht auf ein Wunder warten. Ich würde nach Amerika gehen, ich bin bereit zu leiden, wenn ich nur weiß, warum ich es tue.«

Ein Französischlehrer, der Stalin und Gorbatschow überdauert hat, ist vor einem Jahr nach Deutschland gegangen, beinahe schon ein Greis ... Man sucht zu lange schon nach dem Wunderheilmittel für die Gesellschaft.

Igor Belykh, Auswandern

Sebastian Reinfeldt
X IS DEAD

Before, nothing. After, nothing. Everything we project shall be accomplished. Once you understand this, burn it. If you don't understand this, burn it. We insist on your freedom. The chance won't come again. The only key to your riddle is to accept the absence of a key.

Laibach¹

Jeder Diskurs, in dem die Ankunft von etwas Neuem verkündet wird, steht vor einem typischen Problem: Er muß sich gewohnter Denk- bzw. Theoriemuster bedienen, um das Neue des Neuen sichtbar werden zu lassen, was auch für die Diagnose »Es gibt eine *neue* politische Generation« gilt. Die Tatsache, daß eine Alterskohorte – oder Alterskohorten generell – politische Signifikanz erlangt, muß nicht unbedingt das Resultat eines gesellschaftlichen Wandels sein, sondern könnte auch an der Blindheit (oder konzeptionellen Schwäche) eines bestimmten Typs von Gesellschaftstheorie liegen. Nur im Lichte einer überholten *episteme*, einer Denk- und Praxis-Anordnung in den Wissenschaften vom Menschen, die sowieso nur noch leerläuft, ist das Phänomen neuer politischer Generationen (seit 1968) wirklich eine Neuigkeit.

Diese *news*, die jetzt sichtbar zu werden scheint, ist mir nämlich ziemlich vertraut. Dabei mag mein Nicht-Überrascht-Sein an einer generationspezifisch erlernten Wachsamkeit für Differenzen zwischen (und innerhalb von) Generationen liegen; es hat aber auch theoretische Ursachen.

Zuerst möchte ich meinen Widerstreit mit der Diagnose, es gebe eine *neue* politische Generation, anhand eines symptomatischen Versehens bei der Bestimmung der relevanten Einschnitte darlegen. Zwischen 1968 und dieser seltsamen »Generation X« – und auch schon vor der Signatur »1968« – liegt nur für bekennende 68er und Jugendsoziologen und -pädagogen (was häufig auf das Gleiche hinausläuft) nichts Erwähnenswertes. »Jugend« als ein politischer Einsatz bildete sich bereits zuvor als ein Fokus unterschiedlicher Jugendkulturen, die sich in einem *clash of styles* gefunden haben: Eine Gruppe setzt sich durch ihren Geschmack, ihre ästhetischen Vorlieben und Wertschätzungen in einen Unterschied zu anderen, vorherigen und gleichzeitigen, die einen anderen Geschmack hatten oder haben. Wenn überhaupt, dann verbreitet sich eine politische Aufladung innerhalb

dieser kulturell produzierten Differenzen – und das nicht erst, seitdem die Richtung, wie eine Kappe aufgesetzt wird, differente politische Haltungen symbolisieren kann.

Schon in den 60er Jahren haben sich an südeuropäischen Stränden Mods mit Skins geprügel, eine andere Musikrichtung vorgezogen, andere Frisuren bevorzugt und haben im Verlauf dieser Kämpfe auch entgegengesetzte politische Haltungen eingenommen – von internen Verwerfungen wie den »Redskins« einmal ganz abgesehen. Aus den Mods wurden Ende der 60er Jahre die in den 70ern kulturell hegemonialen Hippies (das ist meine Bezeichnung für die angebliche »politische Generation 68«) und aus den Skins eine marginalisierte proletarische Subkultur – zwei verschiedene kulturelle »Ausgänge«, durch die Kolonnen ein und derselben Alterskohorte marschieren konnten; beide Jugendkulturen haben während ihres Marsches überdies kulturelle Zeichensysteme hervorgebracht, die von späteren »Generationen« übernommen, verwandelt und bearbeitet worden sind.

Das Versehen, das einem in erster Linie soziologisch ausgerichteten Zugang zu Generationen eigen ist, liegt aber nicht nur im Verfehlen solcher kultursemiotischer Details, sondern im Übersehen eines *wirklich* bedeutsamen Einschnitts, ohne den das Prinzip »Generation X« kaum möglich wäre: der Kollision von »Babylon is burning«, dem (permanent falsch zitierten Refrain) »no future in *Englands dreaming*« mit dem für die deutsche politische Kultur so wichtigen monumentalen Zeichen »Stammheim« in den Jahren 1977/1978, das dem politischen Träumen abrupt ein Ende gesetzt hat.

Aus der Sicht der hegemonialen Hippie-Kultur, deren Dominanz genau zu diesem Zeitpunkt in die Krise geriet (und beileibe nicht erst 1989), war Punk zuerst unpolitisch – oder, wenn einmal mit politischen Maßstäben betrachtet, dann generell einer rechten Haltung verdächtig –, wurde deshalb weg-kritisiert, dann pädagogisiert und schließlich, wie man nun sieht, sogar aus der Generationengenealogie getilgt. Die medialen Fü(h)rsprecher der hegemonialen Generation von '68 schreiben (nur ihre eigene) *grande histoire*.

No one is innocent. Wenn man also mehr theoretische Sensibilität für Mikropolitik und die filigranen Strategien der *clashes of style* einklagt, dann dürfen die Heldentaten der »Generation 78« nicht übersehen werden. Zumal die als typisch für X diagnostizierten Techniken des Samplens von Identitäten reinste Punk-Techniken sind. Samplen ist nicht nur eine Art und Weise, Töne im Studio oder bei *dance events* zu mixen; Samplen ist eine *künstlerische Praktik*, die dadaistische und surrealistische Techniken der Collage und der Montage adaptiert. Punk (und die Folgen) war bereits die Einführung des Zitats in die Popkultur, deren Musikarchive er als *trash*

betrachtet und als solchen »bearbeitet« hat. Das *my way* der Pop-Generation von Frank Sinatra wurde dieser entwendet und in einen Schlachtruf, den *my way* des Sex-Pistols-Sängers Sid Vicious verwandelt. Mit seinem Tod indes ging die Niederlage von Punk im Kulturkampf einher. Der »Great Rock'n' Roll Swindle« (EMI) hatte sich dieser Sache nunmehr angenommen...

Moderne Gesellschaften sind von Verwerfungen, Brüchen und Rissen durchzogen, die weitaus variabler sind als »objektivistische« Schichten- oder Klassenanalysen sie jemals erfassen konnten. Damit ist ein theoretisches Problem der Diagnose einer neu heraufziehenden politischen Generation verbunden. Es kann bezweifelt werden, ob die Frage des Alters einen neuen gesellschaftlichen *Hauptwiderspruch* aufreißt, der nun zwischen den Generationen verläuft. Denn die verschiedenen Widerspruchslinien, die eine Gesellschaft durchziehen, überlagern sich, und gerade durch die Art und Weise, wie sie sich überlagern, bilden sie dasjenige Ganze, das man (»man« sind hier Gesellschaftstheoretiker) »eine Gesellschaft« nennt. Konflikte stellen also eine Gesellschaft nicht in Frage, im Gegenteil, sie *produzieren* und *re-produzieren* sie. Das Problem ist, wie wir eine »Gesellschaft prozessierender Widersprüche« denken können...

Mit dieser Frage betreten wir jedenfalls das Reich der Ideologietheorie, worunter ich die Analyse und theoretische Bearbeitung der sozialen Effekte von Ideologie verstehe. In der Sprache von Ideologie werden die Bruchlinien einer Gesellschaft artikuliert. Die Ausgangsfrage eines solchen Zugangs zum Generationenproblem lautet: wie konstituieren sich Generationen*konflikte*? Und die Antwort lautet: imaginär, durch »Anrufungen«.

Auf diesen Identifikations-Modus einer »Anrufung als Generation« deutet bereits die Willkür in der Bestimmung des biologischen Alters von »Jugend« hin – einmal legen die Statistiken die Spanne von 14 bis 25 Jahren fest, ein anderes Mal reicht sie bis 30, mitunter sogar bis 35. Denn bei der Kategorie »Jugend« handelt es sich erstens offensichtlich um eine arbiträre Konstruktion, deren Kern unbestimmte, relationale Formulierungen wie »jünger als *versus* älter als« ausmachen und die keine definierbare biologische oder soziale Substanz bezeichnen. Zweitens ist die Kategorie »Jugend« das Resultat von Identifikationen und Projektionen, deren Gesamt ein sozial wirksames Deutungsmuster ergeben. Die vorgeblich objektive *Einheit* »eine Generation« besteht nur in der Zentrierung durch eine ideologische Anrufung²: Das bedeutet, sie wird auf der subjektiven Ebene als eine vereinheitlichende Deutung wirksam, die die Kontingenz, Fülle und Widersprüchlichkeit der in einer Zeit möglichen Erfahrungen um *etwas* herum (sei es Kleidung, Musik, Stil, politische Haltung, Rituale, Bilder oder Aussagen) *re-zentriert*. Doch damit nicht genug, denn diese Re-zentrierung von Pluralität funktioniert über die Bildung einer ihr ge-

genüberstehenden Entität, die sie um etwas anderes herum re-zentriert. Eine Anrufung ist eine große Erzählung, die uns dazu auffordert, an das eine und nicht an das andere Bedeutungsvolle zu glauben.

Die Logik dieser Re-zentrierungen des Gewimmels von Bedeutungen ist »retro-aktiv«; sie wirkt im Nachhinein, wenn sie behauptet, irgendwo habe sich eine Gruppe mit diesen oder jenen Eigenarten gefunden, die nunmehr affirmiert oder bekämpft werden müsse.

Ein Beispiel für eine gelungene und überdies gesellschaftlich wirksame Anrufung ist die 68er Generation, und die *nachträgliche* Deutung durch Dany Cohn-Bendit, nach der die 68er *gegen* die spröde Muffigkeit ihrer Elterngeneration der 50er Jahre »sie so geliebt« hätten«, »die Revolution«. Wahrscheinlich wurde alles mögliche geliebt, und manchmal auch die Revolution (oder was man dafür hielt). Diese Generationsgeschichte, wie eine jede andere, schreibt sich als eine große Erzählung, in der etwa von heroischen Siegen und Niederlagen auf den Pariser Barrikaden berichtet wird, erst im Nachhinein: Man ist niemals Zeitgenosse seiner eigenen Geschichte, und mögen die Medien seit 1989 auch noch so oft davon träumen, gerade einem »historischen Moment« beizuwohnen.

An diesem Punkt möchte ich meine beiden Einwände zusammenfügen:

Im Unterschied zu den 68ern, die nur *Ideologiekritiker* waren, markiert das Signum X einen *ideologietheoretischen* Zugang, der auch für Punk kennzeichnend war. Die Aussage »Punk is dead« und die Signatur »X« bezeichnen beide, daß im Grunde genommen *eine jede* Generation eine Generation X ist, und in dem Moment, wo eine Generation im Modus der Ideologie benannt (»konstruiert«) wird, in Wirklichkeit bereits *dead* ist.

Das komplexe Zeichen »X« deutet darauf hin, daß die Identität einer Generation rund um einen Platzhalter gebildet wird. Von daher vermag es nicht zu verwundern, wenn es inzwischen politische Re-zentrierungen von »X« gibt, nämlich eine »konservative Generation X«, die dem Rest ihrer Kohorte in Amerika vorwirft, nur für liberale Werte und für Bill Clinton zu sein und nicht wie ein Mann hinter den traditionellen amerikanischen Werten zu stehen, denn:

»Douglas Coupland & Friend's ›Grunge‹ novels (...) start nowhere, go nowhere, and leave you there when you're done, and thus by liberal standards are worthy of being touted as the literature of a generation who they want complete spiritual control over.«³

Es ist das *privilege des morts* – einer Generation, deren Geburtszeichen ihren kommenden Tod angekreuzt hat –, bezeichnet zu werden.

Ein solcher Kampf um Vereindeutigung ist auch rund um die von Claus Leggewie erwähnte Jugendbewegung der Wandervögel sichtbar, an deren Beispiel überdies die Arbeitsweise einer totalitären Re-Zentrierung der Polyphonie, der Vielstimmigkeit in einer Generation, nachgezeichnet wer-

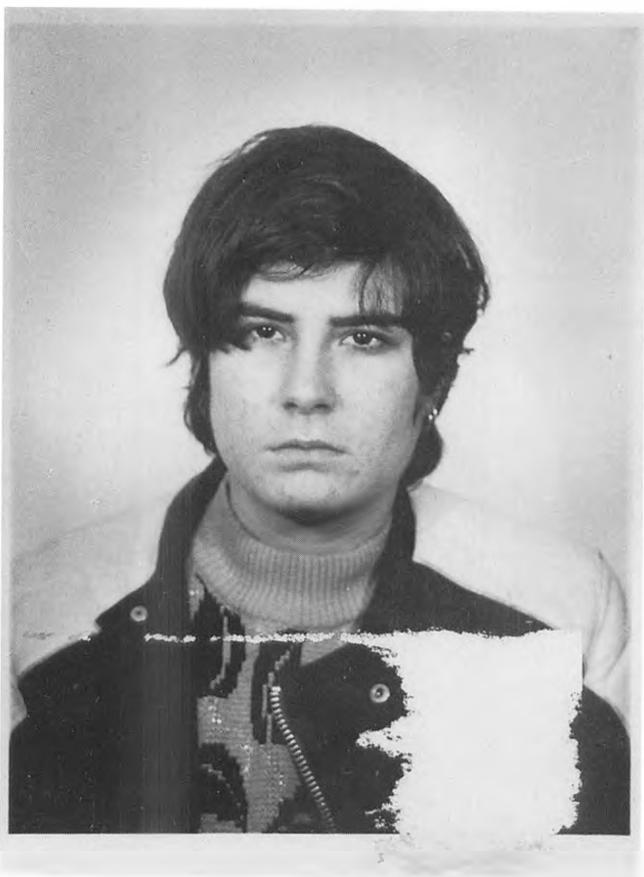
den kann.⁴ Die romantischen Lieder klangen plötzlich irgendwie anders. Sie hatten eine andere Partitur und damit einen anderen, nämlich national-sozialen Rhythmus bekommen.

Und auch die angeführte bundesdeutsche Flakhelfergeneration wußte über ihre wahre, das heißt ideologische Bedeutung genau in dem Moment Bescheid, als sie zum Bestandteil des die BRD fundierenden Generationenmythos wurde – samt ihres Feindbildes, den »Halbstarken«, wie die Teds in Deutschland genannt wurden. Im Bombenhagel hatten die Flakhelfer wahrscheinlich nur Angst.

Die für Soziologen traurige Wahrheit besteht nun darin: Die Generation X ist tot, eben weil sie X ist. Und sie lebt als eine »signifizierte Leiche«. Soziologen und andere Interpreten werden das semiotische Rätsel mit Bedeutungen überziehen, diese Generation in Verbindung mit dem Einschnitt von 1989 (oder dem Golfkrieg, oder was auch immer) bringen, mit Greenpeace-Kampagnen für bedrohte Wale und mit roten AIDS-Schleifchen, mit dem ermüdenden Spiel einer A-Politisierung und Re-Politisierung. As you like it. Irgendwann einmal wird die definitive Ausfüllung des Platzhalters dekretiert worden sein, werden sich die Feuilletons und Jugendsoziologen geeinigt haben. Das ideologietheoretische Signum »X« kennzeichnet aber, daß das, was sie damit gefunden haben, nichts anderes als Ideologie war: majoritäre Rezentrierung von Bedeutung. Somebody killed Bambi.

Anmerkungen

- 1 Statement der Post-Punk-Band *Laibach*, im WWW unter <http://lois.kud-fp.si/embassy> und auf KAPITAL, (»Kapital is the key«), Mute records, 1992.
- 2 Eine Anrufung, deren Materialität kulturelle ideologische Apparate (wie MTV) bilden, die darin ihr Zielpublikum sortieren, würde Louis Althusser an dieser Stelle anmerken. Vgl. Louis Althusser, *Ideologie und Ideologische Staatsapparate*, Hamburg-Berlin 1977.
- 3 in: *The Jolly Roger*, vol. 1, Heft 12, 1995, <http://sunsite.unc.edu/owl>.
- 4 Siehe die Analysen von Utz Maas, »Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand«, Opladen 1984.





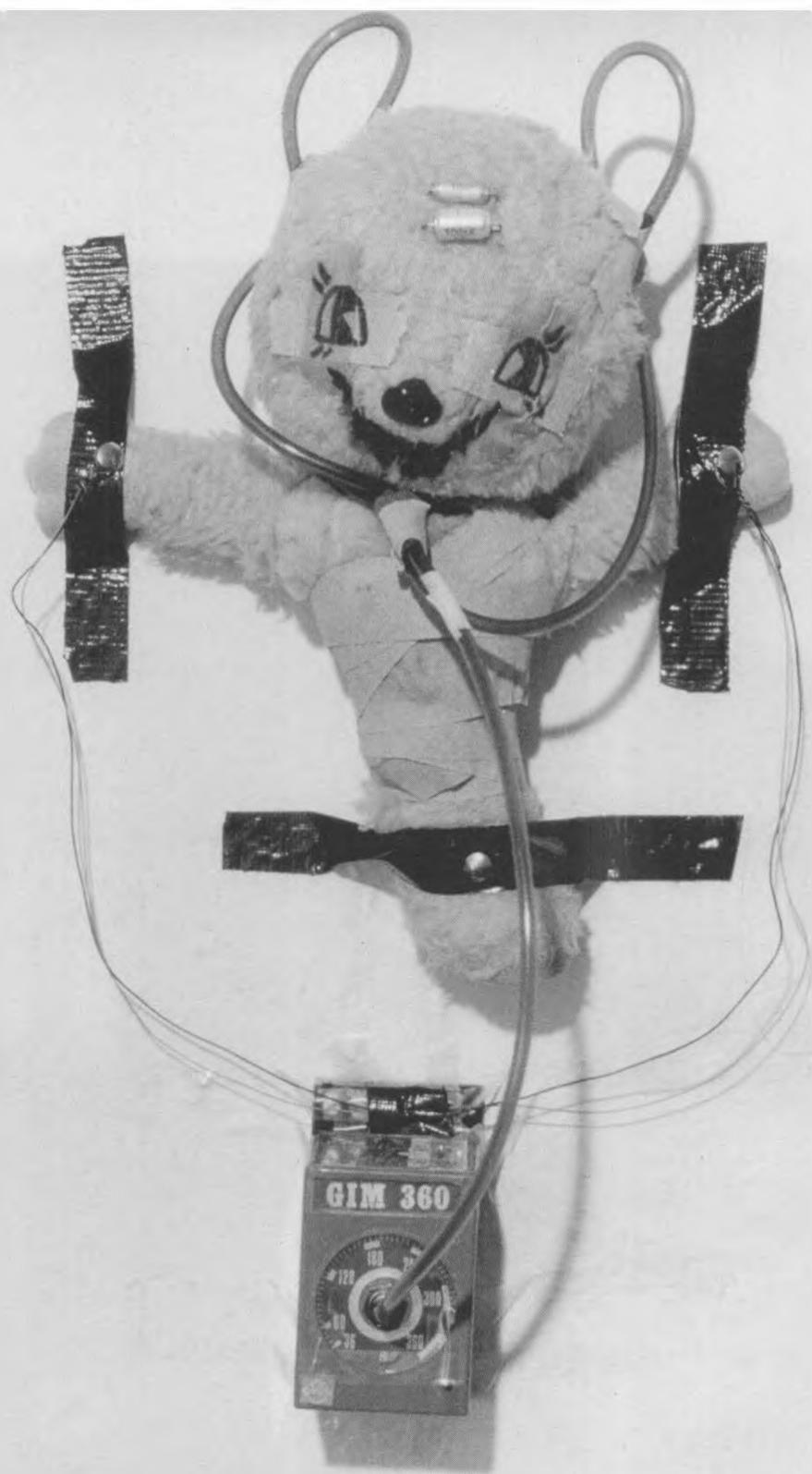












Gruppe SPoKK
 MUSIC FOR THOSE WHO KNOW: TECHNO
 WHITE KIDS CAN JUMP: STRRETBALL

»In der Rangliste der Geistlosigkeit von Jugend ist den Tekkno->Kids« der Spitzenplatz des jugendlichen Schwachsinns sicher.«
 Eckart Britsch (*1952)¹

Vom Swing über Rock'n Roll zu Pop und Punk – Musikstile haben stets zur Artikulation von Generationsbewußtsein beigetragen. Wenn es so etwas wie eine Jugendkultur der 89er gibt, dann ist Techno ihre Musik und ihr Stil. Mit seinen musikalischen Vorläufern hat Techno wenig gemein. Der wohl gravierendste Unterschied ist, daß weder Melodie noch Gesang den Ton angeben, sondern der Rhythmus synthetisch erzeugter Baß-Klänge, die über 200 beats per minute erreichen können. Da es keine Texte gibt, transportieren die Stücke auch keine Botschaft, die einen Schluß auf die Gesinnung der Akteure erlaubte. Das mag zu dem Unverständnis beigetragen haben, dem sich das zur Zeit auffälligste und kommerziell erfolgreichste Phänomen der bundesdeutschen Jugendkultur ausgesetzt sieht: Der Verzicht auf Sprache und die Dominanz repetitiver Rhythmen belege einen Mangel an Kreativität, der für die Apathie vieler Jugendlicher charakteristisch sei.

Werfen wir lieber einen Blick auf die kulturelle Praxis. Diese manifestiert sich zunächst in der Produktion und Distribution der kulturellen Güter, die in der Techno-Szene zirkulieren. Konstitutiv für die Produktion der Musik ist die Nutzung digitaler Technologien. Der Computer ermöglicht es, den Einsatz des grundlegenden elektronischen Instrumentariums von Sampler, Sequenzer und Synthesizer am Bildschirm zu koordinieren. Bei diesem Verfahren des »homerecording« kann der Gang ins Studio entfallen, der für die Veröffentlichung einer Musikproduktion mit traditionellen Instrumenten notwendig ist. Da die entsprechenden technischen Geräte einigermaßen erschwinglich sind, sind im Techno-Bereich bereits kleinere Auflagen von Tonträgern rentabel und lassen sich unabhängig von großen Medienkonzernen erstellen. Die weitgehende Kontrolle der Künstler über den musikalischen Produktionsprozeß demokratisiert auf diese Weise den Zugang zum potentiellen Publikum, der sonst einen weit höheren Kapitaleinsatz erfordert.

Die Tonträger werden häufig in einschlägigen Fachgeschäften verkauft, die gelegentlich auch Kleidung anbieten, die in der Techno-Szene bevorzugt getragen wird. Wie bei den CDs wird ein Teil dieser »Clubwear« in kleinen Stückzahlen und unabhängig von großen Modefirmen hergestellt. Die Gestaltung der Kleidungsstücke mit selbstentworfenen Logos prägt die für Techno charakteristische Emblematik ebenso wie das Design der in den Geschäften ausliegenden Veranstaltungshinweise (»Flyer«) und Musik-Magazine (»Fanzines«). Auch bei der graphischen Gestaltung dieser Erzeugnisse spielt die Nutzung digitaler Technologie eine entscheidende Rolle, denn mit den entsprechenden Programmen lassen sich Embleme und Layout zu Hause am PC entwerfen.

Die Ladenlokale bieten jedoch nicht nur die Möglichkeit zum Konsum, sondern auch zur Kommunikation, denn sie dienen als sozialer Ort, an dem interessierte Jugendliche Szene-Informationen austauschen können.² Aus dieser Perspektive organisiert das informelle Netzwerk nicht nur die Produktion und Distribution der kulturellen Güter, sondern mobilisiert auch Solidaritäten, die nach einem ästhetischen Kalkül funktionieren und dem Modell genossenschaftlicher Kooperation entsprechen: Die von der Techno-Szene nachgefragten Waren und Dienstleistungen sind so spezifisch, daß sie in der Regel nur von Personen hergestellt und angeboten werden können, die ihre Kompetenz durch die Teilhabe an der einschlägigen kulturellen Praxis erworben haben. Einigen Akteuren gelingt es so, Fähigkeiten, die sie im Kontext der Freizeitgestaltung erworben haben, zur Selbstprofessionalisierung zu nutzen und ihre Existenz durch die Besetzung ökonomischer Nischen zu sichern.³

Natürlich läßt sich gegen die Charakterisierung der Techno-Szene als Ort der kreativen Aneignung technologischer Innovationen einwenden, daß dies nur einer Avantgarde von Aktivisten vorbehalten bleibt. Doch auch das Verhalten der jugendlichen Konsumenten läßt sich nicht gerade als passiv beschreiben. So wird die Zugehörigkeit zur Szene weniger durch die individuelle Rezeption der Musik als durch die kollektive Partizipation an den für Techno zentralen Veranstaltungen entschieden – den »Raves«, Partys, in deren Mittelpunkt die Präsentation eines musikalischen Programms durch Discjockeys steht. Sie wählen nicht nur die Tonträger aus, die mit extremer Lautstärke abgespielt werden, sondern manipulieren das musikalische Material mit technischen Hilfsmitteln nach ihren ästhetischen Vorstellungen.⁴ Aus der Kombination der verschiedenen Ressourcen entsteht ein nahtloser Mix, der die ununterbrochene Bewegung auf der Tanzfläche ermöglicht. Die aktive Teilnahme an diesen Veranstaltungen, die über ein ganzes Wochenende gehen können, erfordert ein Höchstmaß an physischer Präsenz, die sich vor allem im ekstatischen Tanz manifestiert.

»Nicht eine Love-, sondern eine Jugendprotestparade ist überfällig – subito!«
Peter Grottian (*1942)⁵

Werden solche Raves in der Regel in großen Hallen oder an entlegenen Orten wie stillgelegten Industrieanlagen und leerstehenden Bürohäusern veranstaltet, so okkupieren die alljährlich stattfindenden »street parades« offensiv den öffentlichen Raum. 1989 fand auf dem Ku'damm die erste »Love Parade« statt, zu der um die 150 Personen erschienen; 1995 versammelten sich über 200.000 Raver in Berlin. Dabei handelte es sich gleichzeitig um die wohl größte politische Demonstration des Jahres, denn als solche wurde sie schließlich genehmigt. Dieser Entscheidung ging eine Debatte voraus, in der erörtert wurde, ob das Spektakel die Kriterien einer Kundgebung erfüllt, die den Schutz der Verfassung genießt. Während der Initiator, DJ Dr. Motte, mit dem Verweis auf das Motto der Veranstaltung (»Peace on Earth«) argumentierte, sah der Berliner Polizeipräsident in dem Umzug keine relevante »kollektive Stellungnahme zu öffentlichen Angelegenheiten«. Obgleich es letztenendes um die Kosten der Müllbeseitigung ging, für die die Stadt im Falle einer Genehmigung als Demonstration aufkommen muß und die schließlich von Sponsoren übernommen wurden, so scheint sich in diesem Verdikt doch die Überzeugung zu manifestieren, daß Techno keine angemessene Form des Jugendprotestes repräsentiert.

Die expressive Inszenierung in Form von Festen mag ein zentrales Moment der Mobilisierung und Konstitution von kollektiven Akteuren sein. Aber ist sie auch ein hinreichendes Kriterium für politischen Protest? Postmoderne Ansätze in der Theorie sozialer Bewegungen gehen davon aus, daß diese zunächst selbstreferentiell sind und der Protest sich in der Regel am Einzelfall entzündet. So führt Repression zur Politisierung, wie eine Verweigerung der Demonstrationsgenehmigung für die Veranstaltung in Berlin wohl verdeutlicht hätte. Für diesen Fall hatten die Organisatoren nämlich angekündigt, die Love Parade als Demonstration für die Love Parade als Demonstration durchzuführen.⁶ Dieses Vorhaben zeigt, daß die »Partysanen« der Techno-Szene einer Devise folgen, die bereits Karl Marx den Akteuren einer sozialen Bewegung ins Stammbuch geschrieben hat: »man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!«⁷

Ob am Ende dieser »Ravevolution« tatsächlich eine »ravende Gesellschaft« steht, wie sie von einigen Aktivisten propagiert wird,⁸ lassen wir einmal dahingestellt.

Ein wesentlicher Unterschied zu den »klassischen« politischen Protesten scheint allerdings darin zu liegen, daß den 89ern der natürliche Feind abhanden gekommen ist. In einem Bericht von den Parades des letzten Jahres zitiert Wolfgang Pauser ein resigniertes Polit-Fraktionsmitglied der Wiener Raver: »Je mehr Behördenschikanen, desto mehr Jugendkultur. Aber das kann man natürlich nicht fordern«, und fährt fort: »In solch gewitzter Dialektik wird die paradoxe Struktur einer Revolte deutlich, die sich ihre Gegner erst mühsam konstruieren muß, um die Demo als sinnentleerte Form der traditionellen Politik in ein rein ästhetisches Phänomen verwandeln und persiflieren zu können.«⁹

Ein weiteres Problem ist die Beschleunigung, mit der die Techno-Szene kommerzialisiert und damit ihrer Exklusivität beraubt wird. Diese Dialektik ist so alt wie die Popkultur selbst; sie hat inzwischen allerdings neue Dimensionen bekommen: MTV und WorldWideWeb erlauben, in Allianz mit Fanzines wie *Frontpage* (Auflage: an die 100.000), globales Echtzeit-Marketing. »Das Verlangen nach Neuem und die Flucht vor Nachahmern macht die Jugend zugleich zu Tätern und Opfern der eigenen Trendkultur. Was sich die Jugend auch ausdenkt, die Industrie kopiert es und treibt die Kommerzialisierung vorwärts. Marken wie *Camel*, *West*, *Red Bull*, *adidas* und *Puma* profitieren inzwischen von einer hautnahen, aber hart erarbeiteten Szene-Anbindung.¹⁰ Die neueste Strategie heißt »Cross-Marketing« und arbeitet an der vollkommenen Verschmelzung von Szene, Hersteller, Veranstalter und Medien.

Das Verhältnis zwischen den – wie es scheint, unerschöpflich – sich regenerierenden lokalen Stammeskulturen und ihren Netzwerken einerseits und global agierenden Firmen und Medien andererseits bedürfte einer eigenen Untersuchung. Wahrscheinlich wäre die Unterscheidung, ob dieses Verhältnis parasitär ist oder symbiotisch, gar nicht so leicht zu treffen. Denn so sehr die Firmen auf die Kreativität der Szenen angewiesen sind, so sehr leben diese inzwischen von dem Gefühl der Teilhabe an einer Weltkultur, die sie aus eigenen Kräften gar nicht erschaffen könnten.

*

Während die in die Jahre gekommenen 68er beklagen, daß die Jugend von heute sich nicht mehr für kollektive Ziele mobilisieren läßt, erobert diese die Straßen und öffentlichen Plätze auf andere Weise. Nicht nur die Street Parades der Techno-Szene, auch Sportarten wie Streetball intervenieren – ähnlich wie politische Demonstrationen – punktuell im urbanen Raum.

Streetball, das Basketballspiel der Straße, wird oft als reine Erfindung der Sportartikelfirma *adidas* angesehen, die in der Tat als kommerzieller Träger vom Sponsoring bis zur Ausrichtung von Veranstaltungen auftritt

und sich die Rechte an dem Namen »Streetball« gesichert hat.¹¹ Entsprechend oft ist davon die Rede, daß der Motor der Streetball-Bewegung nicht die Jugendkultur selbst, sondern die Werbung sei, die diesen Stil kreiert hat.

Die Verbindung zwischen Jugendkultur und Kommerz war schon immer ein zentraler Gegenstand der Jugendkulturforschung. Meist wird den kommerziellen Anbietern die Manipulation der Jugendlichen vorgeworfen: Sie würden die schutzlose pubertäre Phase der Selbstfindung ausnutzen, um die Jugendlichen für eine hedonistisch-egozentrische Kommerzkultur zu rekrutieren – mit dem Erfolg, daß die heutigen Jugendkulturen dem normativen Modell einer gesellschaftlich und politisch subversiven Gegenkultur nicht mehr genügen. Die Forschung glaubt daher, sich von dem für Authentizität und Konsumkritik stehenden Subkulturbegriff verabschieden zu müssen. Daß die Verbindung der beiden Welten, Kommerz und Jugendkultur, von den Jugendlichen gewollt sein könnte, kommt ihr nicht in den Sinn. Damit wird dieser Form von Jugendkultur natürlich eine mögliche Form des Protestes aberkannt, nämlich sich bewußt von dem alten Modell von Jugendkultur als Gegenkultur zu verabschieden, indem man die ehemaligen »Feinde« zu seinen Verbündeten macht. Im Gegensatz zur bisherigen Deutung ist zu vermuten, daß Genese und kommerzielle Verbreitung von Jugend- und Subkultur nicht mehr in einem hierarchischen, mehrstufigen Zyklus von Entstehung, Vereinnahmung, Manipulation und Tod eines Stils miteinander verbunden sind, sondern daß durch die rasend schnelle Ausbreitung und sofortige Ausdifferenzierung von Stilen gerade eine Koexistenz von Subversion und Kommerzialisierung entsteht.¹²

Die Firma *adidas* ging mit der angeblichen »Erfindung« von Streetball noch einen Schritt weiter, indem sie sich selbst als Organisator zum anscheinenden Mittelpunkt einer Jugendkultur machte. Das Resultat mag eine hybride Form von Jugendkultur sein. Aber die Verbindung von Kommerz und Kultur ist kein Privileg der heutigen Jugend. Vielmehr wäre ein Großteil der heutigen Hochkultur ohne diese Verbindung kaum finanzierbar. Und weder Hoch- noch Subkultur sind gezwungen, Kunden ihrer Sponsoren zu werden. Zum anderen entstehen die Stilelemente und Rituale der Jugendkultur nach wie vor in der Jugendkultur selbst und können von den kommerziellen Anbietern bestenfalls aufgegriffen werden. Falls dies aber in einer Art und Weise geschieht, die die Autonomie der Jugendkultur gefährdet, wird sich diese rasch wieder von ihrem »Partner« trennen.

In diesem Sinne hat *adidas* Streetball nicht erfunden, sondern den Trend zur richtigen Zeit erkannt, aufgegriffen und forciert. Dadurch gelang *adidas* ein Imagetransfer vom Hersteller von Ladenhütern zum »hippen« Jugendkulturbranchenführer und zum Organisator der größten Jugend-Massenveranstaltung in Deutschland, den bundesweiten Streetball-Turnieren.

Unter dem Titel »Von der Massenmarke zur Szenenmarke« wurde auf dem österreichischen PR-Tag 1995 auch über das »Fallbeispiel *adidas*« referiert. Programm und Sprache des Beitrags sind bezeichnend.¹³ Zu den neuen Marketing-Formen gehören »Event-Marketing« und »Szenen-Sponsoring«: »Events sind spektakuläre, emotional gestaltete und hautnah erlebbare Veranstaltungen für Szenen. Z.B. bringt die *adidas* Streetball Challenge jährlich Tausende junge Menschen (...) auf die Straße. (...) Letztlich steht bei *adidas* Szenen-Sponsoring im Mittelpunkt. D.h. sich einbringen in die Szene, sie fördern und sich dabei als Marke etablieren. Mit den Szenen ›surfen‹ heißt die Devise für moderne Marken, weil Szenen ansagen, was angesagt ist. Der 3-Streifen-Kult ist in der Popszene entstanden, hat sich in der Mode-Szene weiterentwickelt und ist nunmehr als 3-Streifen-Kultur für alle aktiven Menschen das ›Muß‹ (...).«

Und *adidas* machte sich noch etwas zunutze: den Mythos der amerikanischen Ghettokultur. Denn die Wurzeln des Streetball liegen in den »backcourts« der amerikanischen Metropolen. Die Hinterhofszenen mit Basketball spielenden schwarzen Kids kennt wohl jeder. Sie metaphorisieren den »schwarzen« amerikanischen Traum vom Erfolg, der sich weitgehend auf den Bereich des Sports reduziert. Durch die Ghettoisierung und Stigmatisierung der Afroamerikaner werden dem Spiel Attribute zugewiesen, die es zu einer eigenen Lebensphilosophie für die Jugendlichen werden lassen. Streetball symbolisiert spezifische Wertmuster, die demselben Kulturkreis zuzuordnen sind wie Rap, Graffiti und Breakdance. Das Spiel ist damit nicht nur Freizeitvergnügen, sondern auch Stilmittel dieser Jugendkultur, wobei besonders die Verbindung mit HipHop-Elementen und entsprechender X-Large Kleidung die Abweichung von etablierten Normen symbolisiert.

Auch die Sprache, der sich die Streetball-Spieler im deutschsprachigen Raum bedienen, ist der amerikanischen Ghettosprache entnommen und mit normalem Schulenglisch kaum zu verstehen. Gerade am inflationären Gebrauch amerikanischer Sprachpartikel läßt sich der Generationskonflikt mit der Elterngeneration verdeutlichen. Die kritischen Beobachter der Streetball-Courts sehen in dieser Sprache lediglich einen Abgrenzungsmechanismus zu anderen Jugendkulturen, einen Identitätsspender, und klagen die Jugendlichen an, nicht nur die Sprache, sondern auch die Lebensweise, den übertriebenen Starkult und die weltpolitische Arroganz der Amerikaner kopieren zu wollen und zu verherrlichen: »(...) die Nachahmung des amerikanischen Lebensstils ist zeitgeschichtlich verständlich. Sie ist Ausdruck und Bestätigung der westlich-demokratischen Kultur, deren Inbegriff die USA sind, über die gescheiterten kommunistischen Systeme im Ostblock.«¹⁴ Ob Streetball-Spielerinnen und -Spieler wirklich unkritisch politische Einstellungen übernehmen, scheint indes durch die Imita-

tion amerikanischer Lebensweisen nicht hinreichend belegt. Offensichtlich protestieren sie gegen den latenten und unreflektierten Antiamerikanismus der Elterngeneration und setzen eine Sprache als Mittel zur Provokation ein, die nicht ohne weiteres decodierbar ist und eine Affinität mit der amerikanischen Lebensweise, genauer: mit der »Ghettokultur« symbolisiert.¹⁵

Die hier skizzierten Erklärungsansätze für das Phänomen, daß gerade dieses Spiel bei den Jugendlichen einen solchen Anklang findet, verweisen gleichzeitig auf eine Krise der deutschen Jugendforschung. Wenn sie sich auf Erscheinungen wie Streetball und die damit verbundene Kultur überhaupt einläßt, tut sie sich schwer, wenigstens den Versuch zu machen, sie zu verstehen, bevor sie sie verurteilt.

Traditionelles Basketballspiel verhält sich zu Streetball wie klassisches Ballett zum Breakdance. Streetball ist ein großes Volksfest, das nur seinen eigenen Regeln gehorcht, nämlich denen, die Spaß versprechen.¹⁶ Ausdruck findet dies in den unterschiedlichen Organisationsformen: Basketball spielt man im Verein, Streetball ist ein Event. Beim Streetball sind drei Spieler pro Team zugelassen, die Regeln sind auf die einfachsten Prinzipien reduziert. Ein Schiedsrichter ist nicht obligatorisch, es gibt nur einen sog. Courtbeobachter, der für besonders strittige Fälle und für das Zählen des Spielstandes zuständig ist. Die Spieler werden dazu angehalten, Fouls selbst anzuzeigen. Meist funktioniert das ohne große Probleme, weil der Spielspaß durch überflüssige Diskussionen verloren gehen würde. Das Fehlen einer übergeordneten Instanz erfordert einen Moralkodex, der die Jugendlichen im Spiel leitet. Sein Prinzip ist einfach: Da man nicht selbst unfair behandelt werden will, sollte man auch seine Gegenspieler fair behandeln. Fairneß bedeutet in diesem Zusammenhang, daß das zulässige Maß an Aggressivität im Spiel von den Spielern selbst geregelt wird. Das verlangt von ihnen einen gewissen Grad der Verantwortung und des Respekts gegenüber den Konkurrenten. Ziel des Spiels ist nicht, es zu gewinnen, sondern der Spaß daran. Ginge es um den bloßen Sieg, fiel das Spiel in die alten Strukturen des organisierten Sports zurück.

Mag die Forschung das Phänomen Streetball auch mit spitzen Fingern behandeln, neben cleveren Managern finden inzwischen auch Sozialpädagogen Interesse an dem neuen Sport. In Köln-Kalk gibt es seit kurzem ein Angebot, das helfen soll, die Jugendlichen von der Straße zu holen. Der Stadtteil gilt als sozialer Brennpunkt, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. Jeden Freitag ab Mitternacht wird in einer Sporthalle zwei Stunden lang zu Rapmusik Streetball gespielt. Die Polizei hat 20 Bälle gestiftet.

Doch Streetball wird sich nicht einbinden lassen, weder in spielerisch verpackte »Resozialisierungsmaßnahmen« marginalisierter Kids noch in den traditionellen Schulsport. Das Phänomen Streetball funktioniert näm-

lich nur deshalb so gut, weil es sich bisher erfolgreich den traditionellen Organisationsrahmen entzogen hat. Wie immer die Anbieter das Spiel verkaufen – bis jetzt bringen die Events immer noch das, was die Jugendlichen sich von ihnen erwarten: Spaß, Selbstbestimmung und Exklusivität.

Anmerkungen

- 1 *Kursbuch* 121/1995, S. 165.
- 2 Vgl. dazu die Darstellung bei Birgit Richard, Love, peace and unity. Techno – Jugendkultur oder Marketing-Konzept?, in: *Deutsche Jugend*, Heft 7-8/1995, S. 322.
- 3 Ein Beispiel dafür sind auch die »Labels«, die die Vermarktung der Musikproduktionen organisieren. Vgl. dazu Marc Fehlmann, Das Techno-Geschäft, in: Philipp Anz und Patrick Walder (Hg.), *Techno*, Zürich 1995, S. 234-239.
- 4 Zur Bedeutung dieses Phänomens siehe Ulf Poschardt, *DJ-Culture*, Hamburg 1995.
- 5 *Frankfurter Rundschau* vom 14. September 1995.
- 6 Vgl. dazu die Situation in Großbritannien, wo mit dem 1994 in Kraft getretenen Criminal Justice Act u.a. gegen Raves vorgegangen wird, was massive Proteste seitens der dortigen Techno-Szene zur Folge hatte. Vgl. auch Hanspeter Künzler, Die Politik der Sound Systems, in: Anz / Walder (Hg.): *Techno*, S. 226-234.
- 7 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung MEW Bd. 1, S. 381. Zur Affinität von Marxschen Thesen und Techno siehe auch: Albert Kuhn, Das Communist Parties Manifest, in: Anz / Walder (Hg.), *Techno*, S. 214-215. Zur politischen Ökonomie des Rave vgl. darüberhinaus Eden Somberg, Creating Community in a Postmodern Society, in: *nrv8* (<http://www.nrv8.com/rave.htm>).
- 8 Der Begriff der »Raving Society« wurde von Jürgen Laarmann, dem Chefredakteur und Herausgeber des Techno-Magazins *Frontpage*, in die Diskussion um Ziele und Inhalte der Techno-Bewegung eingeführt. Vgl. ders.: The Raving Society. In: Anz / Walder (Hg.): *Techno*, S. 217-219. S. dazu auch Karl Stocker, Techno: Die List des Objekts, in: *ÖZG*, 4/1995, S. 538 f., und Thomas Lau, Raving Society. Anmerkungen zur Technoszene. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 2/1995, S. 67.
- 9 Friede! Freude!! Eierkuchen!!!, in: *Die Zeit* vom 7. Juli 1995.
- 10 *Focus* vom 13. November 1995. In seinem Artikel »Hip is Dead« beklagt Tom Frank gar das Ende der Subkultur: »Hip is no longer any different from the official culture it's supposed to be subverting.«, *The Nation*, 1. April 1996.
- 11 Dieses »Basketball auf engem Raum, drei gegen drei (...) war bis dato in Deutschland weitgehend unbekannt und unpopulär. Durch die professionell durchgeführten und groß angelegten Turniere konnte bald jeder Streetball, und – immer im Zusammenhang damit – auch die Firma *adidas*.« (Anne Pohlmann, Jugendkultur. Mit den Teens aus dem Tief, in: *EconoMix* 2/1996). 1992 machte *adidas* 149 Millionen DM Verlust. Noch im selben Jahr wurde ein neues Werbekonzept entwickelt und mit einem großen Jugendturnier die »neue« Sportart Streetball lanciert. 1993 initiierte *adidas* eine Welttournee mit 51 Streetball-Turnieren zwischen Sao Paulo und Taiwan. »Das Konzept ging auf. Im Jahr 1994 machte *adidas* bereits wieder Gewinne in Höhe von 139 Millionen DM.« (ebd.)
- 12 Diesen Gedanken hat Birgit Richard (a.a.O.) formuliert.
- 13 Gefunden unter <http://www.netclub.at>; der Referent war Mag. Herbert Kappacher.
- 14 Zit. aus Claudia Kugelmann, Basketball – ein Spiel im Wandel. In: *Sportpädagogik* 1/95, 19. Jahrgang, S. 16.
- 15 Vgl. dazu Theo Stemmler, Alles hip. In: *Die Zeit* vom 5. August 1994, S. 51.
- 16 Vgl. dazu Hugo Loertscher, Streetball – Just for fun. In: *Maggingen*, 51/10, 1994, S. 13.

INMITTEN DER DINGE IM ZENTRUM VON NICHTS

*Hans-Ulrich Obrist im Gespräch mit
Gerwald Rockenschaub*

Der Ausstellungs- und Projektemacher *Hans-Ulrich Obrist*, 27, lebt und arbeitet in Paris, London und Wien. Seine Ausstellungen (in den letzten fünf Jahren über 50 in acht Ländern) verlassen gerne die institutionalisierten Orte der Kunst und unterlaufen die Rituale ihrer Rezeption. Zu den letzten Ausstellungen zählen »Cloaca Maxima« (Zürich 1994) und »Take me, I am yours« (London, Turin und Nürnberg 1995). Derzeit arbeitet er u.a. an der Ausstellungsreihe »Migrateurs« am Musée d'Art Moderne de la Ville de Paris und an der Medienaustellung »Travelling Eye« für das »museum in progress« in Wien, an dem er seit 1992 beteiligt ist; Obrist ist einer der Kuratoren für die »Manifesta I« in Rotterdam (s.u.).

Gerwald Rockenschaub, geb. 1952, lebt und arbeitet in Wien. Seine künstlerischen Arbeiten intervenieren minimal in den vorgegebenen Raum und konfrontieren den Betrachter mit dem institutionellen (architektonischen, sozialen, politischen, ökonomischen) Rahmen von Kunst. Zahlreiche Ausstellungen seit 1981. 1991 gestaltete er für das »museum in progress« und die Austrian Airlines eine Serie von Plakatwänden in Wien. 1993 bestritt Rockenschaub (zusammen mit Andrea Fraser und Christian Philipp Müller) den Österreich-Pavillon der Biennale in Venedig. 1994 widmete ihm die Wiener Secession die Ausstellung »Kunst Kontext Kritik«. 1995 gründete er das Plattenlabel »definitely something«; seine Auftritte als DJ finden u.a. im »audioroom« in Wien statt.

Zürich, 20. Februar 1996, Cafe El Greco

HUO Wie und wann hast du damit begonnen, Techno-Events zu organisieren?

GR Ich arbeite seit 1987 als DJ, und die mehr oder weniger logische Konsequenz davon ist, jetzt auch mal eigene Veranstaltungen zu organisieren oder einen eigenen Club zu machen. Ich mache das allerdings nicht alleine, sondern zusammen mit einem Freund.

HUO Es hat also eine Verschiebung stattgefunden von Megaevents zu kleineren, mobileren Strukturen mit weniger Infrastruktur?

GR Ich habe mich, da ich nicht unbedingt in Mainstreamdimensionen denke, ohnehin nie so sehr für Großveranstaltungen interessiert.

Wir haben im November 95 unsere erste kleine Veranstaltung – »the audioroom« – in einer Bar im 4. Bezirk in Wien, dem »Trabant«, gemacht. »The audioroom« ist unserer Definition nach »ein Wohnzimmerclub mit Cocktailmusik (neue elektronische Musik gemischt mit neuer Barmusik) und familiärem Ambiente«. Da das »Trabant« eine Bar und eben keine Rave-Location ist, stehen wir als Veranstalter und auch die DJs, die wir einladen, nicht unter dem Leistungsstreß, nur tanzbare Musik spielen zu müssen. Wir können deshalb ein breiteres musikalisches Spektrum anbieten; wir müssen auch nicht so laut spielen, was wiederum die Kommunikation fördert, und dadurch wird die Atmosphäre persönlicher.

Abgesehen davon definieren wir unsere Veranstaltungen auch als »Post-Rave-Events« und unsere musikalische Orientierung ist auch »Post-Rave« oder »Post-Techno«. Insofern sind wir eher dem »Underground« als dem Mainstream zuzuordnen und sprechen mit diesem Programm nicht unbedingt jenes Publikum an, welches zu Megaevents oder zu Raves geht.

HUO Seit kurzem baust du auch Jazzfragmente ein. Wird Techno hybrider?

GR Wenn ich selbst auflege, liegt mir doch immer Wert daran, daß das, was ich spiele, tanzbar ist, oder einen gewissen »Groove« hat, auch wenn ich die eine oder andere Jazznummer spiele. Ich habe mich aber eigentlich nie, und jetzt noch viel weniger, am Massenverhalten oder an dem, was die Masse für Techno hält, oder an Mainstreamtechno orientiert. Mich hat immer eher der Underground interessiert. Aber auch wenn ich mich im Underground definiere, denke ich publikumsorientiert.

HUO In Frankreich gibt es z.B. Fabrice Hybert: Er hat sein eigenes Label gegründet »Unlimited Responsibility«, ein Logo, das sich permanent verschiebt. Künstler begründen vermehrt ihre eigenen Produktions- und auch Distributionsstrukturen. Das ist ja bei dir ähnlich. du nimmst nicht nur Strukturen auf, die es schon gibt, sondern du begründest die aktiv mit.

GR Richtig. Ja. Es ist ja auch viel interessanter, durch eigene Aktivitäten Strukturen zu schaffen. Hier haben schon Verschiebungen stattgefunden. Sonst würde man ja auch nicht sein Publikum finden.

HUO Wir haben über Manifesta¹ gesprochen, du meinstest, daß für dich wichtig ist, daß in Rotterdam eine Verschränkung stattfindet. Nicht nur daß ein Fest entsteht, eine Party für die Kunstgäste, sondern daß da auch die anderen Szenen involviert werden. Daß es dir darum geht, über den Kunstkontext raus zu wirken.

GR In diesem Fall muß man es umgekehrt sehen. Ich bin für Manifesta als professioneller DJ mit einem gewissen Know-how in Bezug auf Partyorganisation engagiert worden, um eine Leistung für den Kunstkontext zu erbringen, das heißt, etwas aus einem anderen Kontext in den Kunstkontext reinzubringen und dadurch einen größeren Wirkungsradius zu erreichen, und nicht umgekehrt. Da ich eine »Techno-Party« organisieren soll, werde ich mich nicht nur an das »Kunstpublikum« richten. Das heißt, daß die Überschneidung mit anderen Szenen fast automatisch gegeben ist.

HUO »Definitely Something« findet in der Galerie Walcheturm in Zürich statt.

GR Daß ich so eine DJ-Performance in einer Galerie mache, ist eher die Ausnahme. Aber abgesehen davon: Warum sollte ich diesen Service nicht auch im Kunstkontext anbieten? Für mich sind die Definitionsgrenzen zwischen Künstler und Musiker/DJ ohnehin fließend. Wenn also der Kunstkontext mittlerweile soweit ist, auch Techno für ein kulturelles Gut zu halten, warum soll ich mich dann verweigern.

HUO Es gab eigentlich seit Punk in den 70er Jahren keine kollektiven Momente, die eine Generation gebunden haben. Mit der Technogeneration ist das zum ersten Mal wieder der Fall.

GR Ja, es sieht so aus. Für mich stellt sich die Sache jedoch etwas differenzierter dar, weil meine Wurzeln nicht unmittelbar in dieser Kultur liegen und ich altersmäßig nicht dieser Generation angehöre.

Vielleicht sollte ich kurz meine »Musikgeschichte« erzählen: Meine erste einschlägige musikalische Aktivität war, in einer Band Beatles-Songs nachzuspielen. Da war ich 16. Und seitdem interessiere ich mich für Jugend- und Popkultur.

HUO In welchem Jahr war das?

GR Wann war ich 16? 68 war ich 16, und meine Freunde und ich haben diese Band gegründet. Mein Interesse für Popkultur ist dann nicht bei den Beatles stehen geblieben, sondern ich habe mich später für Disco, Soul, für Punk und New Wave, für Rap, Hip Hop, dann für House, Acid und jetzt eben für Techno interessiert.

1981, 1982 habe ich in einer New Wave Band namens »Molto Brutto« gespielt und habe dann nach einer längeren musikalischen Pause 1987 mit dem DJ-ing begonnen, nachdem mit dem Auftauchen von Hip Hop und House die Musik für mich wieder interessant geworden war. Techno ist die

Weiterentwicklung von Disco über House, und auch Techno entwickelt sich weiter. Techno interessiert mich mittlerweile nicht mehr allzusehr, und nachdem ich als Musiker, nicht als DJ, erst vor kurzem, das heißt vor circa einem Jahr, wieder aktiv geworden bin – eigenes Plattenlabel, eigene Platten – muß ich ohnehin eher an der nächsten Sache interessiert sein, da das Techno-Feld doch schon ziemlich besetzt ist.

HUO Was ist die nächste Bewegung? Du hast angesprochen, daß sich alles vermischt.

GR Mir scheint, daß sich die Kategorien und Definitionen auflösen, und das finde ich sehr spannend. Ich bin ja nicht der einzige, der in diese Richtung denkt. Es passiert derzeit auf musikalischem Gebiet sehr viel Interessantes, eben weil sich die Strukturen verändern. Wenn du dich weiterentwickelst, ist es übrigens ja auch egal, wie alt du bist.

HUO Louise Bourgeois ist mit Mitte 80 eine junge Künstlerin.

GR Das ist richtig. Abgesehen davon stammen die Produzenten nicht immer und nicht nur aus der selben Generation wie die Konsumenten. Als Künstler wie als Musiker richte ich mein Angebot sowohl an das junge als auch an das ältere Publikum.

HUO Du bist inmitten der Dinge, aber im Zentrum von nichts. Es gibt keinen Stil oder keine Musikrichtung, an der du dogmatisch festhältst. Dein Vorgehen ist evolutiv.

GR Das ist für mich das einzig Sinnvolle. Mich interessiert, was nachher kommt. Mich interessiert es nicht, auf einem bestimmten Modell zu beharren und das dann ad infinitum weiterzubetreiben, sondern mich interessiert eigentlich ein Ergebnis nur im Hinblick auf seine Weiterentwicklung. Es kann nicht der Weisheit letzter Schluß sein, daß ich mich jetzt, wo Techno auch schon Mainstream ist, ausschließlich innerhalb von Techno definiere.

HUO Es gibt ja da auch in Wien eine starke Technoszene...

GR Schon seit Jahren. Clubs gibt es seit ca. 1988. Am Anfang gab so zwei, drei einigermaßen interessante Veranstaltungen, und wenn du dir heute das Programm für eine Woche ansiehst, fällt es oft schwer, sich zu entscheiden, wohin man gehen soll. In letzter Zeit gab es eine starke Übersättigung, und viele, besonders größere Veranstaltungen flopten aus diesem Grund auch total.

HUO Interessanterweise gab es ja in Wien weniger von diesen Massenraves als in Zürich oder in Berlin.

GR In diesen Städten ziehen die Massenraves auch deshalb mehr Leute an, weil das Einzugsgebiet größer ist, vielleicht auch weil die Verkehrsverbindungen besser sind.

HUO Wien ist Wien.

GR Wien ist Wien. Wien hat ca. 1,8 Millionen Einwohner, und man kann sich ja leicht vorstellen, wie groß da das Potential für solche Veranstaltungen ist; auch im Bezug auf die Gesamtbevölkerung von Österreich gerechnet. Zu einem XXX-Gasometer-Rave kommen dann halt sechs bis sieben Tausend Leute.

HUO Claus Leggewie hat ein Buch zur Generationsbildung geschrieben. Er beschreibt, wie auf einmal eine gemeinsame Geschichte entsteht, so daß man von einer Generation sprechen kann. Er nennt das das 89er Phänomen. 1989 ist in Berlin so etwas passiert. Ausgelöst durch die politischen Veränderungen sind auf einmal unglaublich viele junge Leute nach dem Abitur nach Berlin gezogen. *Libération* machte vor ein paar Wochen eine Doppelseite über das Clubphänomen in der Auguststraße.

GR 89 war das eher die Clubbing-Szene, Techno war das Folgephänomen. So wie Ende der 70er Jahre Punk halt eine Sache war, die in hohem Maße Identifikationsmöglichkeiten geboten hat, bietet natürlich auch die Club- und Techno-Szene über die Musik, Mode, Drogen, usw. für diese neue Generation starke Möglichkeiten, kollektive Erfahrungen zu machen.

Da ich nicht dieser Generation angehöre, spielt das alles für mich weniger eine Rolle. Ich befinde mich in einer ambivalenten Situation, da ich einerseits durch meine Tätigkeit als DJ und Musiker stark involviert bin, andererseits jedoch aufgrund meines Alters kaum etwas mit dieser Generation gemeinsam habe. Als Produzent habe ich ein Angebot für dieses Publikum, sonst registriere ich das Phänomen doch eher distanziert.

HUO Das ist eigentlich paradox. du bist drinnen und draußen.

GR Ja.

HUO Du hast ja sehr früh mit Techno begonnen. Mich interessiert, wo das Ganze angefangen hat. Es ist ja sicher nicht auf einen Schlag entstanden. Es gab Kraftwerk, aber es gab sicher auch andere Quellen.

GR Gewisse Ansätze sind bei Disco zu finden, dann gab es eine Entwicklung über verschiedene Stationen wie etwa Kraftwerk, Yello, Depeche Mode, um nur einige zu nennen, über House und Acid hin zu den verschiedenen Ausformulierungen von Techno – sehr verkürzt dargestellt. Kraftwerk und auch Yello hatten einen enormen Einfluß, auch auf die amerikanische Szene. Kraftwerk ist heute aktueller denn je, nicht zuletzt durch Electro – einer weiteren Spielform von Techno.

HUO Ein sehr merkwürdiges Phänomen ist ja, daß Techno in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz sehr stark ist. In England, und in Amerika vor allem, hat es nie so einen massiven durchbruch gegeben.

GR Aber es gibt dort eine Szene.

HUO In England gibt es ein unglaubliches Brit-Pop-Revival. Oasis, Blur et cetera.

GR Ich interessiere mich nicht für Pop oder Brit-Pop. Es gibt ja heutzutage immer verschiedene Szenen nebeneinander, und ich habe auch keine Ahnung, ob Techno eine größere oder kleinere Szene darstellt; ich kann nur sagen, daß mein Hauptinteresse diversen Formen von Techno und dem, was daraus entstehen könnte, gilt. Auch innerhalb von Techno gibt es ja mehrere verschiedene Szenen und eine starke Differenzierung der verschiedenen Stile und Spielformen.

HUO Trotz der unglaublichen Aufsplitterung gibt es in der Musik globale Sprachen.

GR Wenn man es sehr reduziert betrachtet, dann gibt es sicher so etwas wie eine allgemeine Sprache oder Verständigungsbasis. Nachdem auch Techno mittlerweile Mainstream geworden ist, gibt es viele Identifikationsmuster, die mehr oder weniger weltweit gelesen werden können. Auch dadurch, daß es bei Techno keine Vocals im herkömmlichen Sinn gibt und deshalb auch keine Geschichten erzählt werden, gibt es sicher größere Identifikationsmöglichkeiten über kulturelle Grenzen hinweg. Außerdem gibt es fast überall gleichzeitig dieselbe Mode, dieselben Platten usw. zu kaufen, und man kann fast überall MTV sehen. Andererseits wieder ist alles sehr zersplittert in viele kleine Tribes und es sieht nur an der Oberfläche relativ homogen aus. Wer die Techno-Szene nur vom Hörensagen her kennt, auf den macht sie sicherlich einen geschlossenen Eindruck; von innen betrachtet, gibt es jedoch viele kleine, zum Teil verfeindete »Stämme«. Aber das ist in jeder Szene so.

HUO Da kommen wir zur Frage, wie's altert. Diese ganzen Revivals. Das ist ja eine Frage, die man sich in der Kunst genauso stellt. Die Frage, wie Dinge altern. du hast gesagt, Yello tönt noch immer gut.

GR Es gibt immer wieder Musik, die mehr oder weniger zeitlos ist. Musik an sich ist ja ein zeitloses Phänomen. Die spezifische Ausformulierung und die technischen Mittel und Möglichkeiten sind natürlich immer zeitspezifisch und ändern sich dementsprechend, aber jenseits dieser formalen Dinge geht es eher darum, ob jemand eine musikalische »Botschaft« hat und inwiefern sie allgemeinerer Natur ist und so gesehen eben längerfristig aussagekräftig ist oder nicht.

HUO In der Kunst verwischen sich diese Kategorien genauso.

GR Man kann sich ja ohnehin nur in einer historischen Entwicklungskette sehen und innerhalb dieser seine Arbeit definieren. Ich könnte sicher im Moment nicht das machen, was ich mache, hätte ich nicht ein gewisses kunst- und musikhistorisches Basiswissen, ohne jedoch allzu großen Wert darauf zu legen.

HUO Eine Ambivalenz, die Kunst immer hat, wenn sie funktioniert. Die Ambivalenz, daß sie zeitlos ist und gleichzeitig in ihrer Zeit steht.

GR Mittendrin und zeitlos.

HUO Technoveranstaltungen sind oft Kollaborationen verschiedener DJs.

GR Dafür gibt es eher pragmatische Gründe. Auch eine Veranstaltung im kleineren Rahmen ist eine ziemlich komplexe Sache, angefangen bei der Konzeption, über die Werbung, Flyer, etc. bis hin zur Abwicklung des Events. Im Team läuft das einfach besser. So gibt es dann halt mehrere Autoren oder ein Autorenteam.

HUO Es muß jedenfalls in der Clublogik funktionieren.

GR Ja. Innerhalb dieser Logik habe ich meine Jobs und vergebe ich Jobs.

HUO Das ist mir schon sehr stark aufgefallen beim Club Berlin. Wenn es sich in die Clublogik eingefügt hat, hat es wirklich funktioniert. Was sich als »Kunst« deklariert hat, hat nicht so gut funktioniert.

GR Das Musikbusiness hat eine gewisse Logik. Wenn man das nicht berücksichtigt, dann scheitert man einfach. Darum bin ich jetzt, was Manife-

sta anbelangt, auch sehr darauf bedacht, daß unser Event in der Clublogik von Rotterdam funktioniert und sich in diese Logik einbindet. Es soll eben nicht ein reines Kunstevent werden.

HUO In der ganz jungen Szene gibt es heute Kooperationen zwischen mobilen Künstlergruppen, einen Zusammenhang, der nach der Clublogik funktioniert. Man weiß nicht, wer die romanischen Kirchen gebaut hat, und das war auch nicht so wichtig. Spätestens seit der Renaissance war es dann wichtig, wer der Baumeister war.

GR Ich würde das mal eher von der praktischen Seite sehen. Man ist als Einzelperson in diesem Business weniger schlagkräftig, und ich tu mich einfach leichter, wenn ich einen guten Partner habe. Man kann sich die diversen Aufgaben teilen und so seine Effizienz erhöhen. Mein derzeitiger Partner ist zum Beispiel wesentlich kommunikativer als ich und hat auch jede Menge guter Ideen und ist dadurch, daß er jünger ist, auch viel enthusiastischer und weniger reflexiv, was in diesem Fall und in der Kombination mit mir sicher ein Vorteil ist.

Zum Aspekt der Autorenschaft könnte man vielleicht noch sagen, daß Techno anfangs eher anonym strukturiert war. Es gab keine Stars, als DJ warst du auch nicht unbedingt die Hauptfigur, du warst eher der, der dafür sorgt, daß sich alle möglichst gut amüsieren, das heißt möglichst gut tanzen können. Auf vielen Platten, die man so gekauft hat, war weder ein Aufkleber noch sonst irgendeine Kennung angebracht, man wußte nicht, wer das gemacht hat, und es war auch nicht so wichtig.

HUO Die Platte war nicht signiert.

GR Ja. Auch die Musiker dachten anonymer, man sah sich eher als Materiallieferant für die DJs. Mittlerweile hat sich das natürlich wieder geändert und es gibt wieder Stars, auch weil Stars einfacher zu vermarkten sind.

HUO Letzte Frage: Hast du Berührungsängste, was die Werbung betrifft?

GR Eigentlich nicht. Die Plakatkampagne 1992 für Austrian Airlines in Zusammenarbeit mit dem »museum in progress« ist ein gutes Beispiel dafür. Letztes Jahr habe ich mit einer Werbeagentur auch für eine Bierwerbung zusammengearbeitet; daraus ist allerdings nichts geworden.

Man muß sowieso weniger schablonenhaft denken. Das Produzieren für eine bestimmte Elite führt in eine Sackgasse.

Anmerkung

- 1 Die Manifesta ist ein europäisches Projekt vor allem für junge Künstler und versteht sich als Netzwerk außerhalb des etablierten Kunstbetriebs, als Prozeß, der alle zwei Jahre in einer Ausstellung kulminiert. Die Manifesta I findet vom 9. Juni bis 19. August in Rotterdam statt.

Aleksander Smolar
KWASNIEWSKIS POLEN

Das Abschleifen des Betons

Aleksander Kwasniewski, von 1990 bis 1995 Vorsitzender der SDRP (Sozialdemokratie der Republik Polen) und im November 1995 zum polnischen Präsidenten gewählt, kann echte Erfolge für sich verbuchen. Er hat entscheidend an der Transformation der ehemaligen kommunistischen Partei, der PZPR (Vereinigte Polnische Arbeiterpartei) mitgewirkt. Unter seiner Führung hat sich dort ein Generationswechsel vollzogen; die meisten kompromittierten Funktionäre wurden zumindest an der Spitze inzwischen von Leuten abgelöst, die zu volksdemokratischen Zeiten Unbekannte waren.

Die SDRP hat sich an die demokratischen Verhältnisse angepaßt, ohne die Kontinuität zur Ära des kommunistischen Regimes abzubrechen. So gingen die emotionalen Bindungen Hunderttausender von Parteiveteranen bruchlos auf sie über, und sie konnte die Stimmen von Millionen einheimen, die durch die unvermeidlichen Veränderungen schwer gebeutelt wurden. Zur Erbschaft gehören außerdem Immobilien, Autos, Geldvermögen, Verbindungen in der Wirtschaft und Tausende von Profis, die es von Jugend an gelernt haben, eine Partei zu organisieren, Unterstützung zu mobilisieren und koordiniert zu handeln. An alledem besteht bei den Parteien, die aus der demokratischen Opposition vor 1989 hervorgegangen sind, ein dramatischer Mangel.

Das »Abschleifen des Betons«, wie Kwasniewski es nannte, hat er mit Erfolg betrieben. Er selbst hat die demokratischen Verhältnisse mühelos und ohne Komplexe akzeptiert. Er hat die Ungewißheiten und Unannehmlichkeiten der ersten Jahre des Wandels durchgestanden, in denen die antikommunistische Opposition regierte. Er hat seinen Anhängern und seiner Partei die Demokratie beigebracht, all denen, die sich aus diesem oder jenem Grund nur mit Schmerzen von der Vergangenheit verabschiedet haben. Mieczyslaw F. Rakowski, letzter ZK-Sekretär der PZPR, hatte das Comeback der Linken erst für die nächste Generation prophezeit. Es heißt, Kwasniewski sei auf eine entsprechend lange Überwinterung eingestellt gewesen.

Einige seiner Anhänger sahen in ihm einen wahren Moses, der sie durch das Rote Meer der politischen Inexistenz zu den Erfolgen im demokratischen Polen geführt hat. Dieser Triumph ist um so erstaunlicher, als er sich in einem Land eingestellt hat, in dem der Kommunismus nicht nur besiegt, sondern auch lächerlich gemacht worden war, in dem er stärker als anderswo seine Ineffizienz und Korruptheit bewiesen hatte, in einem Land, das seit jeher als antisowjetisch, antirussisch, antikommunistisch und katholisch gilt.

Kwasniewski hat auch an der wirtschaftlichen Disziplinierung seines Lagers mitgewirkt. Seit das SLD (Bündnis der demokratischen Linken, d.h. der SDRP und weiterer politischer Gruppierungen) die Regierung übernommen hat, weist er immer wieder warnend darauf hin, daß es seine Fähigkeit beweisen müsse, die Reformen weiterzuführen, die Inflationsrate niedrig zu halten und Haushaltsdisziplin zu üben. Gewiß profitiert die Koalition aus SLD und PSL (Bauernpartei) von dem erfolgreichen Wirtschaftskurs der ersten Jahre – ein Kapital, das die heutige Opposition angesammelt hatte, ohne es in eine Mehrheit ummünzen zu können. Aber es ist kaum zu bestreiten, daß heute die Wachstumsrate hoch ist, die Arbeitslosigkeit zurückgeht, der Außenhandel positiv, das Haushaltsdefizit gering ist usw.

Doch sprechen wir von den Gefahren. Die vielfältigen Gefahren, die sich an den Wahlsieg des SLD von 1993 knüpfen, klammere ich hier aus. Sie könnten sich mit der Wahl Kwasniewskis allerdings dramatisch verschärfen. Zu diesen Gefahren zählt die Inbesitznahme des Staates durch die Partei, die Besetzung von Schlüsselpositionen mit Leuten der eigenen Klientel, wachsende Korruption durch die Verfilzung von Politik und Wirtschaft und ein Abblocken der Prozesse, die die Allmacht des Staates beschränken sollten: Privatisierung, Reprivatisierung und Dezentralisierung, Unabhängigkeit der Notenbank, des Rates für Rundfunk und Fernsehen usw. Der Rücktritt Józef Oleksys vom Amt des Ministerpräsidenten im Januar 1996 scheint jedenfalls die Zweifel an der Fähigkeit des SLD zu bestätigen, Polen in den Westen zu führen.

Beschränken wir uns also auf die Bedeutung und die möglichen Folgen der Präsidentschaft Kwasniewskis für Polen.

Ein zwiespältiges Verhältnis zur Vergangenheit

Aleksander Kwasniewski hat, als er sein Lager in die Demokratie führte, den ganzen Troß der Volksrepublik mitgenommen. Von den alten Vorräten zehren er und sein Lager bis heute, von ihnen zehrte auch sein Wahlkampf. Seine Politik der letzten Jahre ist durch einen Zwiespalt gekennzeichnet: Einerseits hat er um Verzeihung gebeten, andererseits hat er die Vorzüge

der Volksrepublik herausgestrichen und sich als Führer der einzigen Partei dargestellt, die nicht mit der Vergangenheit gebrochen hat. Er sieht in der Volksrepublik Verbrecherisches, aber auch Großes. Er ist Demokrat, aber zugleich ein unerschrockener Verteidiger all dessen, was die Zeit der Diktatur und der nationalen Abhängigkeit an »Gutem« enthält.

Offensichtlich will Kwasniewski mit seiner Bitte um Verzeihung lediglich jene beschwichtigen, die eine Wiederkehr der Volksrepublik fürchten. Er scheint nicht die Überzeugung zu teilen, daß ein System, das auf der Knechtung und Entmündigung seiner Bürger beruht, von Grund auf unmoralisch ist, und kann so natürlich leicht eine Bilanz aufmachen, die den Morden und der Zensur den Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg, die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und die Vollbeschäftigung entgegenstellt.¹

Kwasniewski ist, was die Verantwortung für die Vergangenheit betrifft, erstaunlich unsensibel. Gewiß kann er sich die »Gnade der späten Geburt« zugute halten; als er in der Volksrepublik hohe Ämter bekleidete, konnte von Massenmord und Folter oder von ideologischen Extravaganzen längst keine Rede mehr sein. Doch in der Politik hat man Verantwortung für die politische Gemeinschaft zu übernehmen, der man freiwillig beiträgt. Indem sie die Hinterlassenschaft der Volksrepublik übernahmen und sich das Erbe der PZPR zunutze machten, haben Kwasniewski und seine politische Formation sich die Verantwortung für die Jahre 1944-1989 aufgeladen. Man kann ein Vermächtnis schließlich nicht nur teilweise annehmen.

Legitimitätsdefizite

Der Begriff der Legitimation gehört zu den schwierigsten in der politischen Theorie. Ein Mangel an Legitimität ist leichter zu erkennen als ihr Vorhandensein. Legitimität ist vergleichbar mit den Ersparnissen, die Millionen kleiner Sparer auf die Bank gebracht haben. Wenn sie aufhören, an die Sicherheit ihrer Einlagen zu glauben, und sie abheben, kann das selbst das gesündeste Finanzinstitut in den Ruin treiben. An der demokratischen Legitimation Aleksander Kwasniewskis ist nicht zu rütteln. Doch gleichzeitig wissen wir und er selbst muß es spüren, daß er seine fünfjährige Amtszeit mit einem bedenklichen Defizit an Legitimität antritt. Dieses Defizit hat zwei Ursachen von unterschiedlichem Gewicht. Beide hängen mit der Frage nach Wahrheit und Moral zusammen.

Erstens sind einige Fälle bekanntgeworden, in denen der Präsidentschaftskandidat nicht die reine Wahrheit gesagt hat. Ein Präsident muß in der Respektierung des Rechts vorbildlich sein, er muß die staatsbürgerlichen Tugenden verkörpern. Besitzt Kwasniewski die moralische Kompetenz, um von der Achtung vor dem Recht und der Notwendigkeit seiner

Stärkung zu sprechen, wenn er mit unwahren oder widersprüchlichen Angaben in den Kampf um die Präsidentschaft gegangen ist? Ist er in der Lage, ganz Polen zu repräsentieren, wenn sich im Zusammenhang mit seiner Person zeigt, daß die in die Vergangenheit der Volksrepublik zurückreichenden Seilschaften nach wie vor eng zusammenhalten? Zumal angesichts unserer unvollendeten Demokratie hat Kwasniewski erst noch zu beweisen, daß er der Gruppensolidarität nicht den Vorzug vor den Interessen des Staates, vor der moralischen und rechtlichen Ordnung der Republik gibt.

Es wird schwerfallen, das entstandene Defizit an Vertrauen und Glaubwürdigkeit auszugleichen, besonders da es sich mit einem tieferen, dramatischeren Defizit an Legitimität überlagert. Viele Polen sprechen Kwasniewski wegen seiner politischen Vergangenheit das moralische Recht ab, als Repräsentant und Symbol des Landes aufzutreten. Der Vorwurf des Verrats, der öffentlich gegen Józef Oleksy – er wurde zum neuen Vorsitzender der SDRP und des SLD gewählt – erhoben wurde, kann nur dazu beitragen, diesen moralischen Vorbehalt zu verstärken. Auch wenn sie die Logik der Demokratie akzeptieren, so empfinden viele deren Ergebnisse doch als moralisch empörend – eine Situation, die nicht nur für die Präsidentschaft Kwasniewskis, sondern auch für die polnische Demokratie gefährlich ist. Ein krasser Konflikt zwischen Praxis und Moral ist ebenso wie ein Konflikt zwischen Recht und Moral von einer jungen Demokratie schwer zu verkraften. Reife Demokratien stehen solche Spannungen leichter durch, auch wenn es sie oft teuer zu stehen kommt.

Polnische Identität

Der Staatspräsident ist nicht Vorsitzender einer Aktiengesellschaft »Polen AG«. Unser Land ist nicht bloß ein demographisches und territoriales Faktum. Die polnische Nation ist wie jede andere eine historische, kulturelle und moralische Gemeinschaft mit einer tausendjährigen, oftmals tragischen Geschichte. Kontinuität und Zusammenhalt der Nation wurden durch die Gemeinsamkeit der Kultur und der Sprache, durch die der Mehrheit gemeinsame Religion, durch Mythen und Stereotype gewährleistet. Die historische Identität des heutigen Polen wurde durch die Erfahrungen der Unfreiheit, der Rebellionen und Aufstände, durch die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit, durch die romantische Herausforderung an die Welt geprägt. Geformt wurde diese Identität in enger Verbindung mit dem Katholizismus, in einer Mischung, der es oft nicht an messianischen Elementen fehlte. Muß man daran erinnern, wie sehr die Revolution der *Solidarnosc* in den Jahren 1980-81 eine Erneuerung, eine Bekräftigung dieser polnischen Identität war?

Ein Bestandteil dieser Identität sind auch verschiedene Untugenden, über die schon tausendfach geschrieben wurde. Dennoch: Wenn Polen als eine deutlich erkennbare, oft bewunderte und oft belachte Gemeinschaft in der Welt existiert, dann liegt es an diesem nationalen Syndrom, das unsere Identität geprägt hat. Dazu gehören auch unsere Nationalhelden des 18. und 19. Jahrhunderts, Pilsudski² im Kampf gegen die Bolschewiki, die polnischen Soldaten an allen Fronten des Zweiten Weltkriegs, Walesa mit der Muttergottes am Revers; auf der anderen Seite die Hüter des nationalen Vermächtnisses von Mickiewicz bis Milosz und Herbert; und natürlich Johannes Paul II., der große Erbe der romantischen Tradition. Das sind die sichtbarsten polnischen Zeichen auf der Karte der Weltgeschichte.

Zur nationalen Identität der Polen gehört auch, sich in Abhängigkeit und Knechtschaft zu helfen zu wissen, sich eine Nische zu suchen, sich mühselig auf der Leiter der Zivilisation emporzuarbeiten. Es gab noble und weniger noble Versuche, sich an eine aufgezwungene, unterdrückerische Wirklichkeit anzupassen – von der geduldigen Wahrung der eigenen Würde bis zur offenen Kollaboration. Auf der einen Seite wurden die Kräfte an den Absichten gemessen, auf der anderen, realistischen, maß man die Absichten an den Kräften. Der Adlerperspektive, die oft mit einer allzu leichten Loslösung von der Realität einherging, stand bisweilen die Froschperspektive, bisweilen eine solide, erdverbundene Bärenperspektive gegenüber.

Paradoxerweise hat der Kommunismus sich teils in die eine, teils in die andere Tradition gestellt. In seiner utopischen, totalitären Phase, in der er eine vollkommene Gesellschaft auf Erden schaffen wollte, »maß er die Kräfte an den Absichten«. Mit der patriotischen Tradition hatte dieses Projekt natürlich nichts zu tun; es war in seinem Kern universalistisch, antinational. In der postideologischen Phase näherte sich der Kommunismus immer mehr der anderen Haltung an. Diese äußerte sich bei den einen in Kollaboration, bei anderen in Modernisierungsversuchen innerhalb der von Geographie und Geschichte gezogenen Grenzen.

Im Rückblick sehen wir deutlich, wie Lech Walesa sich in die Geschichte Polens eingeschrieben hat, durch seine Größe und seine Kleinheit. Er war ein großer Held unserer romantischen Geschichte, manchmal aber wenn er beispielsweise jedem Bürger hundert Millionen versprach auch König Hänschen der Erste aus dem Roman von Janusz Korczak. Bisweilen war er auch König Ubu aus Alfred Jarrys Grotteske. Doch in einem tieferen Sinne war er, bewußt oder unbewußt, Träger eines Projekts der Integration von polnischer Tradition und liberaldemokratisch-marktwirtschaftlicher Moderne. Er war der Überzeugung, daß Polen in die Welt von heute eintreten muß, wollte aber zugleich so viel wie möglich von der histori-

schen polnischen Identität bewahren. Überwiegend instinkthaft, oft zufällig, als Ergebnis von Kompromissen, von Pressionen unterschiedlicher Traditionen und verschiedener Gruppen, entstand eine Synthese, die das Bedürfnis nach Kontinuität mit dem Wunsch nach Modernität versöhnte.

So brach sich unter Heulen und Zähneknirschen, Eselsgeschrei und Hühnergegacker dennoch eine neue polnische Synthese Bahn. Sie war (ist?) für Polen eine Chance, in die Geschichte und in die Welt zurückzukehren, ohne das zu verlieren, was das unverwechselbar Polnische ausmacht und worauf die starke Präsenz Polens in der Geschichte beruht.

Kwasniewskis Helden

Das Überleben von Individuen und Kollektiven hängt von Erinnerungsvermögen und Lernfähigkeit ab. Was für eine Identität, welche Elemente der polnischen Tradition, welche Werte aus der polnischen Geschichte bietet Kwasniewski den Polen an? Wie soll das Baumaterial beschaffen sein, aus dem der neue Präsident Polen mitgestaltet?

Eine verblüffende Antwort auf diese Frage führt die Korrespondentin der *New York Times* an. Nach seinen Helden gefragt, nannte Kwasniewski an erster Stelle Józef Pilsudski. Auf diese Wahl will ich hier nicht weiter eingehen, weil sie mir angesichts der Biographie Kwasniewskis und besonders in Anbetracht seiner übrigen Vorbilder die Sprache verschlägt. Denn im selben Atemzug erklärte der Präsident eines demokratischen Staates, welcher sich nach einem halben Jahrhundert von der Diktatur befreit und seine volle Souveränität zurückgewonnen hat, daß zu seinen Helden ebenso Wladyslaw Gomulka, Edward Gierek und Wojciech Jaruzelski zählen.

Die drei ZK-Sekretäre der KP Polens verdienen eine historische Untersuchung. Man kann und muß zwischen ihnen differenzieren, ihre Wertkonflikte und Dramen der Entscheidungsfindung beschreiben. Aber können scholastische Erörterungen über den »polnischen Weg zum Sozialismus« – ein totalitärer Sozialismus allemal – aus heutiger Sicht als Ruhmesblatt gelten? Kann man Gomulka reinwaschen von dem Blut der Menschen, die in den vierziger Jahren und dann im Dezember 1970 in Danzig³ ermordet wurden? Läßt sich die Schande des Jahres 1968⁴ aus seiner Biographie tilgen?

Und Gierek? Ein Verschwender, der das Land ruinierte und soziale Konflikte löste, indem er künftigen Generationen einen Schuldenberg aufhalste. Der Mann, der aus dem »Kommunismus im Bauernkittel« seines Vorgängers den kleptokratischen Kommunismus der siebziger Jahre machte, unter dem die Parole »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« der realistischeren Losung wich: »Stehlen und stehlen lassen«. Ein Held? Etwa deshalb, weil er durch Blauäugigkeit, intellektuelle Mängel und

moralische Schwäche dazu beigetragen hat, den polnischen Kommunismus zu untergraben?

Wojciech Jaruzelski. Er hat Stil und eine natürliche Würde. Aber ist der treue Zögling der Roten Armee, der General des Warschauer Pakts und Urheber des Kriegszustandes⁵ ein Held? Ich zweifle nicht daran, daß er damals überzeugt war, das Interesse der Republik zu verteidigen. Man kann das verstehen, aber muß man ihn deshalb zum Helden stilisieren? Vielleicht, weil er der Urheber des »Runden Tisches« war? Das ist in der Tat verdienstvoll. Aber was hat er für Polen getan, abgesehen davon, daß er ihm die Chance gab, sich aus der Entmündigung durch ihn und sein Lager zu befreien? Pinochet hat bis heute viele Anhänger. Die einen rühmen ihn dafür, daß er die Herrschaft der Kommunisten in Chile vereitelte, die anderen für Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet. Doch dafür, daß er auf die Macht verzichtete und die Wiederherstellung der Demokratie zuließ, dankt ihm niemand. Niemand macht aus diesem Grund die griechischen Obristen oder die argentinischen Generäle zu Helden! Ihnen allen vergißt man nicht die zahlreichen Opfer.

Kwasniewskis Polen

Die Aufgabe des Präsidenten hat eine wichtige zeitliche Dimension. Er soll Symbol und Garant der Kontinuität der Republik, der dauerhaften Geltung ihrer moralischen Grundlagen sein. Er soll die Gegenwart mit dem Erbe der Vergangenheit und dem Polen von morgen, er soll Tradition und Moderne verbinden. Er soll ein Symbol der Solidarität zwischen den Generationen, ihrer Verantwortung füreinander sein. Polen kann nicht im Leeren schweben, beleuchtet von den Reklamelichtern einer kitschigen Moderne. Was hat Kwasniewski angesichts dieser Herausforderung vorzuschlagen?

In seinen Wahlkampfveranstaltungen hat er die Worte von Präsident Kennedy abgewandelt: »Frage nicht, was Polen für dich tun kann – frage, was du für Polen tun kannst«. Aber um was für ein Polen geht es ihm? Es wäre vorstellbar, daß Kwasniewski sich für ein republikanisches Muster der Organisation des öffentlichen Lebens einsetzt, im Gegensatz zu einer rein liberalen oder christlichen Vision – für ein Polen als Res Publica von verantwortungsbewußten und aktiven Bürgern also, die sich an den öffentlichen Angelegenheiten beteiligen. Doch ein solches Ideal vertritt der neue Präsident ganz offensichtlich nicht.

Es klang deshalb komisch, als er nach den Wahlen die Bürger aufrief, wieder an die Arbeit und zum Alltagsleben zurückzukehren. Schluß mit dem Politisieren! Das Fest ist vorbei. Wer ein langes Gedächtnis hatte, fühlte sich an die berühmte Rede Gomulkas vom 20. Oktober 1956

erinnert, in der er nach der Übernahme der Macht die Nation aufrief, ihre Alltagsbeschäftigungen wiederaufzunehmen. Politik spaltet, die Nation aber soll geeint sein. Eine tüchtige Regierung wird schon all unsere Probleme lösen.

Man hat für Aleksander Kwasniewski gestimmt, weil man Walesa abwählen wollte, aber auch, weil er intelligent, jung und eloquent ist. Für die einen repräsentierte er die Vergangenheit, der man mit einer Träne im Auge gedachte, für die anderen eine lichte Zukunft. Doch wer hat eigentlich gewonnen, welche Gruppen, welche Mentalität? Kwasniewskis Erfolg ist offenbar kein Erfolg der Kommunisten. Diese Gattung ist inzwischen ausgestorben. Gesiegt hat das abhängige über das unabhängige, das demütige über das aufbegehrende Polen. Das Polen, das nicht die Rebellion wählte, sondern – wie jede normale Gesellschaft – die Anpassung. Kwasniewski repräsentiert jene sozialen Gruppen, deren Schicksal von den Bedingungen der Abhängigkeit und Unterwerfung geprägt wurde.

Das steckte im Grunde dahinter, wenn er bei seinen Wahlkampfauftritten immer wieder die kleinen Leute gegen eine Verächtlichmachung der Volksrepublik in Schutz nahm. Dabei hat kein vernünftiger Mensch die tägliche Arbeit und die Leistungen der Bevölkerung in den Jahren 1944-89 attackiert. Charakteristisch für den Alltag der Volksrepublik ist allemal die Gestalt Lech Walesas, eines vom Lande stammenden Arbeiters, der sich auflehnte, der erpreßt und verfolgt wurde – und nicht ein Kwasniewski, der zielstrebig auf der Karriereleiter emporstieg. Wenn dieser heute die Volksrepublik verteidigt, beutet er nicht nur die allzu menschliche Angst vor Veränderungen und ihrem hohen Preis aus. Er appelliert zugleich an das Bewußtsein und Unterbewußtsein all derer, die sich in der Vergangenheit gebeugt haben und heute nicht wollen, daß ihnen das zum Vorwurf gemacht wird.

Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß eine Stimme für Kwasniewski auch eine Stimme der Auflehnung gegen Anwendungen einer neuen Orthodoxie im öffentlichen Leben war, eine Stimme des Protests gegen den Paternalismus der Amtskirche und gegen die Anmaßung, die Hälfte Polens als heidnisch hinzustellen. Anders ist kaum zu verstehen, daß gerade die jungen Leute massenhaft für den Kandidaten des SLD gestimmt haben.

Natürlich droht die Gefahr einer neuerlichen Abhängigkeit heute nicht durch eine Russifizierung oder Resowjetisierung Polens. Paradoxiereise ist es das Fehlen von Visionen, von spezifischen Ambitionen für Polen, der Kampf gegen die Kirche, die Verächtlichmachung der Tradition, die kitschige Modernität der Supermärkte westlicher Kleinstädte, ist es all das, was uns zu jener Karikatur des Westens werden läßt, die wir aus den

besorgten Predigten in der Kirche kennen. Wir werden ein Polen des vulgären, nicht des noblen Liberalismus bekommen, wir werden eine beschleunigte Laizierung erleben, für welche in hohem Maße die Kirche selbst verantwortlich sein wird.

Diese Entwicklung stimmt traurig. Denn hier geht eine Chance polnischer Größe verloren, jener Größe, die sich auf glänzende Weise in der *Solidarnosc* geäußert hat. Das Wochenblatt *NIE* brachte kürzlich auf der Titelseite eine Zeichnung, die in dem unverwechselbaren Schriftzug der *Solidarnosc* die Worte *The End* zeigt.

Eine Jeremiade

Andrzej Szczypiorski hat in der *Gazeta Wyborcza* (Nr. 286 vom 9. Dezember 1995) eine unbeschwerte Vision der nächsten Jahre beschrieben. Die Wahl Kwasniewskis schafft seiner Ansicht nach keinerlei Probleme, schon deshalb nicht, weil die Politik die Bürger nicht interessiert. Ich schließe nicht aus, daß Szczypiorski recht hat. Dennoch versuche ich, die Gegenhypothese zu skizzieren. Nicht, weil ich sie für unausweichlich hielt, sondern weil ich mir den Propheten Jeremias zum Vorbild und Führer nehme. Jeremias pflegte Ereignisse vorherzusagen, die er verhindern wollte. Seine Worte rechtfertigten keine Resignation. Indem er die Zukunft in düsteren Farben malte, wollte er vielmehr seine Landsleute aufrütteln, sie warnen, damit es nicht zu dem Unglück käme.

Was wird sein, wenn Kwasniewski der Präsident nur des halben Polen bleibt? Wenn er von einem erheblichen Teil der Mitbürger als fremd wahrgenommen wird? In ruhigen Zeiten kann man auch mit geringer Autorität regieren, bei schwacher Akzeptanz durch die Gesellschaft. Doch wir leben noch nicht in ruhigen Zeiten. Eine demokratische Legitimation, der in den Augen eines Teils der Bevölkerung die moralische Legitimation fehlt, kann rasch in die Katastrophe führen. Jener Teil Polens, der gegen Kwasniewski gestimmt hat, wird nicht vergessen, er wird sich nicht in Gleichgültigkeit und Privatangelegenheiten zurückziehen.

Wenn der ehemalige Rektor der Katholischen Universität Lublin, Pater Mieczyslaw Krapiec, sagt, jetzt gelte es, sich um *Radio Maryja* zu scharen, die »letzte Bastion des Polentums und des Katholizismus«, dann sollte man über die Verstiegenheit dieser Äußerung nicht lachen, sondern sich über die Ursachen solcher Frustration und Entfremdung Gedanken machen. Wenn der Vorsitzende der Gewerkschaft *Solidarnosc*, Marian Krzaklewski, von einer »vierten Teilung Polens«⁶ spricht, muß man daran die Stärke der Emotionen und möglicherweise eines wachsenden Hasses ablesen. Wenn der Soziologe Jacek Kurczewski, sicherlich kein Scharfmacher, schreibt: »Unter seinem Vorgänger fürchtete niemand, daß die geheimen Herren

nachts an die Tür klopfen, aber heute gucken wir argwöhnisch, ob hinter dem Rücken des Neugewählten nicht das bekannte Gesicht jenes Herrn hervorlugt, der uns früher verhörte und der jetzt fragt, ob wir die bleibenden Errungenschaften der Volksrepublik Polen denn auch ganz bestimmt zu würdigen wissen«, dann müssen die heute in Polen Regierenden ernsthaft über die Ursachen solcher Befürchtungen nachdenken.

Die Anhänger Kwasniewskis streichen seine Verhandlungsfähigkeiten und seine Kompromißbereitschaft heraus. Als Mensch und als Politiker mag er so sein. Doch als Präsident wurde er sofort zur Ursache einer tiefen Spaltung des Landes. Bei all seinen Fehlern und obwohl er Zwietracht zwischen die Politiker und Parteien säte – diese Gefahr ging von Lech Walesa nicht aus. Tiefgehende Spaltungen der Gesellschaft sind unter seiner Präsidentschaft nicht entstanden. Er hat, bewußt oder unbewußt, dazu beigetragen, daß die Konflikte der Vergangenheit heilen. Kwasniewski, sehr viel konzilianter, bringt fast unvermeidlich Spaltungen mit sich und reißt kaum geschlossene Wunden wieder auf.

Wir haben nun mit allen möglichen Versuchen zu rechnen, das gegenwärtige politische Kräfteverhältnis zu erschüttern. Die Bemühungen, ein Gegengewicht zum Lager Kwasniewskis zu schaffen, haben schon begonnen. Es wird ein Walesa-Block entstehen, dessen einziges Ziel es ist, das SLD auf allen Ebenen der Macht aus dem Sattel zu heben. Manche betrachten das als einen Fortschritt – im Zuge der Zivilisierung der polnischen Politik entsteht ein Zweiparteiensystem mit einem sozialdemokratischen und einem rechten Block. Doch was die beiden Blöcke voneinander scheidet, ist nicht, wie in demokratischen Systemen üblich, ihre Haltung zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Mögen Politiker und Beobachter auch etwas anderes behaupten: Der Block, in dem sich die Christlichnationalen (ZChN), die Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN), die *Solidarnosc* und diverse politische Mikroorganismen der Rechten befinden, wird, selbst wenn man die Freiheitsunion zu diesem Cocktail hinzufügt, nicht reform- und modernisierungsfreudiger sein als der Block aus SLD und PSL, vielleicht sogar im Gegenteil.

Die Teilungslinie zwischen den Blöcken ist eine historische Linie, eine moralische Linie, eine Linie der Erinnerung. Sie verläuft entlang den polnischen Wunden von vorgestern, gestern und heute. Es ist eine Linie der Angst und der Vergeltung. Die Wahl Kwasniewskis wird daher nicht zur Folge haben, daß die Politik elastischer wird, daß sie sich zivilisiert, daß die Fähigkeit, sich zu verständigen und zu verstehen, wächst. Vielmehr wird man die Mauern verstärken, die Brücken hochziehen und die bewaffneten Scharen sammeln.

Ein Katastrophenszenario

Was könnten die praktischen Folgen sein, wenn sich die Polarisierung an den Linien, die durch die Erfolge des SLD und Kwasniewskis gezogen wurden, verfestigen sollte? Lassen wir unserer Phantasie freien Lauf, in der Hoffnung, daß die nachfolgenden Hypothesen sich nicht bewahrheiten. Paradoxerweise wird es nicht die Politik – die betonierte Vorherrschaft des SLD – sein, von der die Hauptgefahren ausgehen. Die Ursachen der Destabilisierung werden sich anderswohin verlagern, in die Sphäre der Symbole, der Wirtschaft, des gesellschaftlichen Lebens.

Polen hat 150 Jahre lang auf den Friedhöfen gelebt und seine zumeist glücklosen Helden beweint – von Fürst Józef Poniatowski über Józef Pilsudski bis zu Pfarrer Jerzy Popieluszko.⁷ Und wieder findet Polen den Weg zu seinen Friedhöfen. Die heute schon zahlreichen Veranstaltungen zur Erinnerung an die Opfer äußerer und innerer Gewalt werden zunehmen. Von den Opfern des Nazismus wird man noch seltener sprechen als dies heute schon der Fall ist, häufiger dagegen von Katyn⁸, von Sibirien, von den ermordeten Helden der AK⁹ und der NSZ¹⁰, von den Gefangenen von UB und SB¹¹, von den Opfern des Juni¹² und des Dezember¹³, von den Werftarbeitern, den Bergleuten von der Zeche »Wujek«. Zu diesen Gedenkveranstaltungen wird man weder den Präsidenten noch den Ministerpräsidenten einladen. Wenn sie die Opfer zu ehren wünschen, werden sie die symbolische Grenze zwischen dem einen und dem anderen Polen überschreiten müssen, eine Grenze, die von den Hohepriestern des nationalen Gedenkens gezogen wird.

Wir werden es mit dem Bestreben zu tun bekommen, den Staat zu delegitimieren. Daran wird sich natürlich nur eine entschlossene Minderheit der Polen beteiligen. Die Mehrheit der Bürger befaßt sich nämlich nicht mit symbolischer Politik, auch wenn diese in unserer Tradition eine überragende Rolle gespielt hat. Doch diese Minderheit wird die Atmosphäre im Lande mitgestalten. Immer häufiger wird man Totenmessen erleben, vielleicht auch eine Messe für das Vaterland. Einige kündigen bereits an, daß sie wieder anfangen werden, die alte Hymne »Herr, gib uns wieder ein freies Vaterland« zu singen. Der Verratsvorwurf gegen Józef Oleksy verleiht dieser Politik der Identität und der Ohnmacht neue Aktualität und Glaubwürdigkeit.

In ihrem Widerstand gegen die Gegenwart werden viele Polen sich in die Vergangenheit und in die innere Emigration zurückziehen. Auf diese Weise wird gerade Kwasniewskis Modernität unser Land in Anachronismen treiben. Die offenen und die heimlichen Anhänger der neuen herrschenden Mehrheit werden sich dadurch in der Richtigkeit der von ihnen getroffenen Wahl zusätzlich bestätigt fühlen.

Und wieder werden Menschen durch die Straßen ziehen, Arbeiter, Studenten, Gymnasiasten, politische Extremisten. Sie werden demonstrieren, werden Beleidigungen ausstoßen, werden das Amt des Ministerrats und den Statthalter-Palast, an die Herkunft dieses Namens erinnernd,¹⁴ mit roter Farbe überschütten. Sie werden Plakate mit sich führen, die einen Galgen oder ein rotes Schwein zeigen. Auf ihre Transparente werden sie obszöne Losungen schreiben.

Was wird die Regierung tun, wenn die Demonstranten über das zulässige Maß verbaler Gewalt hinausgehen? Was, wenn es zu Handgreiflichkeiten kommt, zu Angriffen auf die Polizei, zu Versuchen, in die Amtsgebäude einzudringen? Was wird sie tun, wenn diese Akte offensichtlich darauf zielen, ihre Ohnmacht vorzuführen, sie lächerlich zu machen, sie zu demütigen? Wird Kwasniewski den Mut haben, die Polizei gegen die Demonstranten vorzuschicken? Das Militär? Trupps mit Tränengas und Wasserwerfern? Wird ihm in diesem Moment klar, was es praktisch bedeutet, die Geister von Gomulka und Jaruzelski als Helden, als Schutzheilige seiner Präsidentschaft zu beschwören?

Sollte es Kwasniewski aber an Mut fehlen, die öffentliche Ordnung mit Gewalt gegen Bedrohung zu verteidigen, wird er dann andere Mittel finden, eine Anarchisierung Polens zu verhindern? Dazu müßte er über eine Legitimität verfügen, die er nicht besitzt. Was werden die Behörden tun, wenn ziviler Ungehorsam sich im Lande ausbreitet? Wenn die Bürger sich weigern, Steuern zu zahlen? Oder die Miete, das Entgelt für Wasser, Gas und Strom? Werden die Leute auf die Straße geworfen? Wird ihnen die Grundversorgung entzogen? Wird die Obrigkeit ohnmächtig zusehen, wie der Staat zerfällt?

Was wird geschehen, wenn Polen im Zuge der von Kwasniewski angekündigten Liberalisierung des Abtreibungsrechts zum Schauplatz eines regelrechten Kreuzzugs gegen die Abtreibung wird, der sich gegen Ärzte, Kliniken und Krankenhäuser richtet? Wir kennen solche rechtswidrigen Akte aus den Vereinigten Staaten, sogar aus dem laizistischen Frankreich. Doch dort wird der Staat mit solchen Versuchen, an der Rechtsordnung zu rütteln, fertig. Die Gefahr und die Wahrscheinlichkeit derartiger Verhaltensweisen wird in einem Staat, der vom SLD kontrolliert wird, ungeheuer anwachsen. Werden die Behörden den Mut haben, Polizeimannschaften gegen die Kampftrupps der ultrarechten Priester Tadeusz Rydzyk und Henryk Jankowski vorzuschicken? Werden sie eine Konfrontation mit dem radikalisierten Teil des jungen Klerus riskieren – das Episkopat wird sich bestimmt gemäßigt geben –, eines Klerus, der sich auf patriotische Vorbilder aus der Zeit der Teilungen und der Besatzung und auf das Beispiel von Pfarrer Popieluszek beruft?

Unter dem Eindruck von Bildern der – wie auch immer motivierten –

Gewalt und Intoleranz könnte die öffentliche Meinung noch mehr den vom SLD verbreiteten Ansichten zuneigen, daß man es auf der einen Seite mit den Verteidigern des Rechts, der Autorität des Staates, der demokratischen, liberalen und humanistischen Prinzipien zu tun habe, auf der anderen dagegen mit den Kräften der Intoleranz, der Rückständigkeit, der Provinzialität, des Nationalismus, des Klerikalismus. Beide Seiten werden sich in ihrer Selbstgewißheit, ihren Stereotypen, ihrer gegenseitigen Verachtung und ihrer Angst einzementieren.

Und ist es so schwer, sich vorzustellen, daß die Eisenbahner, die Bergleute, die Stahlarbeiter, die Arbeiter der Rüstungsindustrie streiken? Mit diesen Industriezweigen, die heute einen Großteil des Staatshaushalts verschlingen, muß etwas geschehen. Wird eine linke Regierung in dieser neuen Situation den Mut haben, überhaupt etwas zu tun? Und wenn sie etwas tut und auf harten Widerstand stößt, wird sie dann die Kraft haben, ihm standzuhalten? Und was ist mit der notwendigen Reform des Rentensystems? Was wird mit der Arbeitslosenhilfe? Wird die Regierung nicht versucht sein, das schmerzende Legitimitätsdefizit in ökonomischer Münze auszugleichen – wie in den siebziger und achtziger Jahren, als eine schwache Regierung die Arbeiter mit finanziellen Konzessionen bestach, um einer Unzufriedenheit beizukommen, die im Grunde politischer Natur war?

Das widerspräche Kwasniewskis programmatischer Option für eine moderne und sparsame Wirtschaftspolitik. Es wäre wahrlich eine Ironie, sollten die Erfolge der vom neuen Präsidenten fortgesetzten Reformpolitik seinem blitzartigen Sieg und den Gegenreaktionen, die er auslöst, zum Opfer fallen.

Den größten Teil der Verantwortung für die möglichen Konsequenzen der aktuellen nationalen Machtprobe tragen Kwasniewski und sein politisches Lager. Die Verantwortung für die sozialen und ökonomischen Folgen ihrer Strategie, die ungeteilte Macht zu erobern, werden sie nicht auf andere abwälzen können. Verständigere Vertreter des SLD hatten längst davor gewarnt. Włodzimierz Cimoszewicz, inzwischen Ministerpräsident, sprach von der Gefahr eines Pyrrhussieges.

Ihre Verantwortlichkeit – oder sollte man besser von Verantwortungslosigkeit sprechen? – für das, was geschehen kann, entläßt jedoch jenen Teil Polens, der zusammen mit Lech Walesa unterlegen ist, keineswegs aus seiner eigenen Verantwortung. Wenn Walesa, was naheliegt, eine entschiedene Oppositionshaltung gegenüber dem SLD einnimmt, wenn er der Empörung über Aleksander Kwasniewskis Verhalten vor der Wahl Ausdruck verleiht, so darf er doch nicht einer pauschalen Opposition gegen den Staat und seinen in allgemeinen Wahlen gewählten höchsten Vertreter das Wort reden.

Alle sind dafür verantwortlich, einer möglichen Krise Herr zu werden: das Regierungslager, aber auch Lech Walesa, die Oppositionsparteien, die Gewerkschaften und natürlich die Kirche. Alle müssen ihre Phantasie anstrengen und ihren guten Willen beweisen, um den sozialen Frieden, die wirtschaftliche Stabilität und zivilisierte, demokratische Verhältnisse zu bewahren.

Aus dem Polnischen von Friedrich Griese

Anmerkungen des Übersetzers

- 1 Włodzimierz Cimoszewicz und Adam Michnik haben übrigens mit ihrem vielbeachteten Artikel in der *Gazeta Wyborcza* (Nr. 210 vom 9./10. September 1995) die intellektuelle und moralische Begründung für diese Art von historischer Bilanzierung geliefert.
- 2 Józef Piłsudski (1867-1935), bis 1922 erstes Staatsoberhaupt des 1918 wieder unabhängig gewordenen Polen. 1926 führte er mit Hilfe seiner Anhänger im Militär einen Staatsstreich durch und errichtete ein autoritäres Regime.
- 3 Bei der Niederschlagung des Streiks.
- 4 Die Unterdrückung des Studentenprotests im März 1968 wurde von der Partei zum Anlaß einer antisemitischen Kampagne genommen.
- 5 Im Dezember 1981 verhängte Jaruzelski den Kriegszustand zwecks Unterdrückung der *Solidarnosc*.
- 6 Nach den drei Teilungen Polens von 1772, 1793 und 1795, die zum Untergang des polnischen Staates führten.
- 7 Helden des nationalen Befreiungskampfes. Popieluszko wurde wegen seiner offenen Worte unter dem Kriegsrecht von Angehörigen der Staatssicherheit ermordet.
- 8 Wo Stalin Tausende gefangener polnischer Offiziere durch NKWD-Leute erschießen ließ.
- 9 Heimatarmee; die der polnischen Regierung im Exil unterstehende Untergrundarmee während des Zweiten Weltkriegs.
- 10 »Nationale Streitkräfte«, eine rechtsgerichtete Partisanenorganisation, die nach 1945 weiterkämpfte.
- 11 Die Staatssicherheit unter wechselnden Namen.
- 12 1956, als bei Zusammenstößen mit der Polizei 53 Arbeiter in Posen erschossen wurden.
- 13 1970, als streikende Arbeiter in den Hafenstädten vom eingesetzten Militär erschossen wurden.
- 14 Der Warschauer Sitz des russischen Statthalters in der Zeit der Teilung.

Tony Judt
ÖSTERREICH IN EUROPA

Am 17. Dezember letzten Jahres fanden in zwei europäischen Ländern Parlamentswahlen statt. In Rußland, dem größten Land des Kontinents, gingen die Kommunisten und ihre Verbündeten als Sieger hervor und wiederholten damit ähnliche Erfolge der kommunistischen und exkommunistischen Parteien in Ungarn, Polen und anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks. In Österreich, einem der kleinsten europäischen Länder, passierte nicht viel: Die Regierungskoalition blieb im Amt, die Herausforderung der oppositionellen Rechten wurde erfolgreich abgewehrt. Doch geben die Begleitumstände der österreichischen Wahlen Auskunft – und Anlaß zur Beunruhigung – über das, was auf Europa in den nächsten Jahren zukommt.

Auf den ersten Blick scheint diese Behauptung abwegig. Schon seit langem spielt Österreich kaum mehr eine Rolle in Europa.¹ Seit dem Staatsvertrag von 1955, als die alliierten Besatzungstruppen abzogen, hat es sich zu immerwährender Neutralität verpflichtet und ist den Vereinten Nationen beigetreten. Die Alpenrepublik (wie sich das Land, leicht irreführend, gerne nennt), ist zu einem stabilen und prosperierenden Land im Zentrum Europas geworden. Unbestreitbar hat die zunehmend rechtslastige Freiheitliche Partei in den letzten Jahren große Popularität gewonnen, und angesichts der extremistischen Ansichten ihres Vorsitzenden ist dies nicht unerheblich. Doch man sollte ihre destabilisierende Wirkung nicht überschätzen.

Die Ansichten Haiders waren schließlich nie ein Geheimnis. Sein berühmter Abend mit »lieben Freunden« aus der Waffen-SS war nicht die erste Begegnung dieser Art. Vor zehn Jahren hatte er bei einem ähnlichen Treffen ehemaliger SS-Leute gesagt, ihre Opferbereitschaft habe Europa gerettet. Unsere Zeit, so Haider, brauche Männer wie diese, denen die Heimat noch etwas bedeute.² Im selben Jahr pries er Walter Reder, den österreichischen SS-Offizier, der während des Krieges für die Ermordung italienischer Zivilisten in Marzabotto verantwortlich war, als einen Soldaten, der »seine Pflicht tat«. Im Juni 1991 hatte er vor dem Kärntner Landtag gesagt, im Dritten Reich habe es, anders als unter der gegenwärtigen österreichischen Regierung, eine »ordentliche Beschäftigungspolitik« gegeben. Diese Bemerkung kostete ihn seinen Posten als Landeshauptmann,

doch er stilisierte sich ungeniert zum Opfer des österreichischen Verbotsgesetzes, das die Unterstützung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts unter Strafe stellt.

Doch wenn Haider und seine Partei bei den österreichischen Wahlen der letzten Jahre immer erfolgreicher wurden, dann wahrscheinlich nicht wegen, sondern trotz ihrer offenkundig revisionistischen Tendenzen. Gut möglich, daß eine beträchtliche Minderheit in Österreich privat mit Haider sympathisiert, doch ihre Stimmen bekommt er aus einem anderen Grund.³ Teilweise scheint seine Kritik am Staat berechtigt, insbesondere seine Angriffe gegen eine Korruption, wie sie sich in jedem System ausbreitet, in dem eine Partei oder Parteienkoalition über Jahrzehnte hinweg an der Macht ist. Manche Aspekte der österreichischen Vetternwirtschaft haben große Ähnlichkeit mit italienischen Praktiken, allerdings mit dem (zweifelhaften) Vorteil, daß sie effizienter sind. Haiders »Vertrag mit Österreich« (eine platte Anleihe beim Führer der amerikanischen Republikaner, Newt Gingrich) spricht Wähler an, die glauben, ihre Steuergelder würden für Vergünstigungen und Privilegien verwendet, von denen sie selbst ausgeschlossen sind, und die befürchten, daß mit dem Ende des behaglichen Isolationismus bald ein schärferer wirtschaftlicher Wind in Österreich weht. In einer Situation, wo die zwei großen Volksparteien Ämter und Vergünstigungen zu ihrem Monopol gemacht haben, konzentriert sich der Protest zwangsläufig beim lange Zeit einzig verfügbaren Kandidaten.

Desungeachtet besteht nach den letzten Wahlen die neue Regierung wieder einmal aus einer Koalition der beiden großen Parteien (da keine von beiden auch nur annähernd die absolute Mehrheit erreicht hat), in der die Sozialisten sogar dominierender sind als zuvor. Die »Haider-Panik« ist anscheinend überstanden, der unaufhaltsame Aufstieg des österreichischen »Yuppie-Faschisten« konnte zumindest zeitweilig gestoppt werden. Warum ist die Wahl in Österreich dennoch von Belang?

Nach 1989, mit der Auflösung »Osteuropas« und dem Ende des Kalten Krieges, löste sich auch Österreichs neugefundenes Selbstverständnis in Luft auf, seine Zukunft lag unausweichlich in der Europäischen Union, als autonomes Anhängsel eines vereinten Deutschlands. Das einzig Spezifische, das einem zu »Österreich« noch einfällt, ist seine schwierige Vergangenheit. Als Produkt der Machtverteilung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Österreich ein Opfer des Zusammenbruchs dieses Arrangements und Haider bringt in der Tat eine heute in Österreich herrschende Stimmung zum Ausdruck: Ablehnung und Angst angesichts der rasanten Veränderungen in Europa, das unbestimmte Gefühl, daß womöglich auch Österreich mitgerissen wird (Haider mag alle möglichen Veränderungen fordern, doch sind Veränderungen eben das, was seine Wähler am meisten

fürchten), und die instinktive Flucht in den gekränkten Stolz auf unwiederbringlich Vergangenes.⁴

Hier kommen wir zu einem wesentlichen Unterschied zwischen Österreich und Deutschland. Im Gegensatz zu Österreich (mit seiner Verfassung von 1920, in der Fassung von 1929) ist die Bundesrepublik eine Neugründung aus dem Jahr 1949. Ihr Grundgesetz hat vor allem die Funktion, den Bruch mit der Vergangenheit deutlich zu machen und zu garantieren. Nicht, daß die Österreicher einen neuen Anschluß wünschten – viele befürchten vielmehr, von einem deutsch dominierten Europa verschluckt zu werden – doch sie haben Deutschland immer vor Augen, wohingegen in Deutschland kaum nachhaltiges Interesse an Österreich besteht. Und wahrscheinlich nie bestanden hat, der Anschluß war schließlich stets eine österreichische Angelegenheit, keine deutsche ... Das Haider-Phänomen erinnert daran, wie unterschiedlich die Situation beider Länder heute ist. Die Rhetorik des Ressentiments, der Zukunftsangst und der Verharmlosung einer unbequemen Vergangenheit findet beim nördlichen Nachbarn Deutschland nicht die gleiche Resonanz. Es ist schwer vorstellbar, daß jemand mit einer Politik und mit Meinungen, wie sie Haider vertritt, bei einer deutschen Bundestagswahl knapp 23% bekäme.

Ein anderer Vergleich ist da vielleicht aufschlußreicher. In den letzten Wochen des österreichischen Wahlkampfes war Frankreich mit seinen sozialen Unruhen allgegenwärtiges Thema. Vranitzky warnte auf Wahlplakaten vor den sozialen Kosten einer Wirtschaftsreform – dem Preis für eine Verschlinkung des Staatshaushalts im Vorfeld von »Maastricht 2« – und versprach, die sozialen Rechte zu verteidigen, während Haiders letzter Wahlslogan unverblümt verkündete, daß Österreich nicht den Weg Frankreichs gehen dürfe.⁵ Selbstverständlich meinten sie nicht ganz dasselbe. Vranitzkys Sozialisten wollen den Wohlfahrtsstaat erhalten, den *état providence*, zu dessen Verteidigung die Franzosen auf die Straße gingen, während Haider, der den Wohlfahrtsstaat als schädlich für die nationale Gesinnung erachtet, vor dem Auseinanderbrechen der Gesellschaft warnte, das mit der europäischen Integration drohe. Doch die gemeinsame Botschaft war klar: In Österreich herrscht sozialer Frieden (Österreich sei zu kostbar für Experimente, verkündeten SPÖ-Plakate), in Frankreich nicht, und wenn die Österreicher nicht aufpassen, geht es ihnen bald wie den Franzosen.

Der Vergleich mit Frankreich hat noch eine weitere Dimension. Wie in Österreich konnte dort ein charismatischer Führer der extremen Rechten einen beachtlichen Teil der Wählerschaft hinter sich bringen (würde Le Pen je so erfolgreich wie Haider, wäre er sogar die zweitstärkste politische Kraft im Lande). Und wie in Österreich ist die Vergangenheit auch in Frankreich zur Quelle nationalen Unbehagens und landesweiter Kontro-

versen geworden, aus ähnlichen Gründen. Le Pens Stellvertreter Bruno Mégret teilt die Meinung Haiders, es sei an der Zeit, mit den Tabus der Nachkriegszeit zu brechen; beide wollen, aus unterschiedlichen Gründen, gewisse Aspekte der nationalen Vergangenheit, die in den letzten fünfzig Jahren unter der Selbstgefälligkeit der Wohlstandsgesellschaft verschüttet war, »befreien«. ⁶ Natürlich fehlen Haider Le Pens Referenzen als studentischer Straßenkämpfer und extremistischer Algerien-Franzose, doch ist das für ihn nur eine Sache des Alters: »die Gnade der späten Geburt«. Und in Frankreich wie in Österreich hat der Fremdenhaß und die Angst vor Einwanderern (in Frankreich aus dem Süden, in Österreich aus dem Osten, in beiden Fällen aus ehemals beherrschten Ländern) den offenen Antisemitismus, der die extreme Rechte zusammenschweißte, in seiner Funktion abgelöst. ⁷

Die Franzosen sind zudem verstört durch das Ende der komfortablen Übereinkunft der letzten fünfzig Jahre, bei der Frankreich vorgab, die führende europäische Nation zu sein, und Deutschland vorgab, daran zu glauben. Doch das Ende der alten Ordnung stürzt nicht nur die Franzosen und Österreicher in tiefe Selbstzweifel, ganz Europa ist davon betroffen. Die Verheißung eines noch größeren, mächtigeren, wohlhabenderen Europas mag für Osteuropäer noch einen gewissen Reiz haben – auch wenn höchst zweifelhaft ist, ob sie je von Europa in seiner gegenwärtigen Form profitieren werden. In weiten Teilen Westeuropas jedoch ist diese Verheißung zum Schemen der Währungsunion verkommen, begleitet von der sicheren Aussicht auf tiefe Einschnitte in den Staatsausgaben, die eine akute Bedrohung für das Wohlfahrtssystem darstellen, das seit Ende des Zweiten Weltkrieges wesentlich zum europäischen Selbstverständnis gehört.

Vielleicht sind die Ereignisse in Frankreich als Warnschuß vor den Bug eines ins Ungewisse segelnden Europas zu verstehen: Österreich steht für ein Europa, das aus seinem seligen Nachkriegsschlummer erwacht. Denn Österreich ist ein Torso mit angeschlagenem Selbstverständnis, von seinem Erbe überschattet, um seine Zukunft bangend, nicht bereit, echte soziale Errungenschaften aufzugeben und doch überzeugt, sie sich nicht länger leisten zu können, glücklich über das Ende des geteilten Europas und irritiert durch den Verlust seiner alten Rolle darin. Doch geht es Frankreich, Italien, England und anderen Ländern nicht ähnlich? Ist es Zufall, daß die 80er und 90er Jahre nicht nur einen Jörg Haider und einen Jean-Marie Le Pen hervorgebracht haben, sondern auch eine neue Generation flämischer Nationalisten oder Separatisten und runderneuerte Ex-Neofaschisten in Italien?

Sie alle warten nur darauf, von den Enttäuschungen und Ängsten zu profitieren, die der angestrengte Versuch verursacht, Europa nach den

fiskalischen Richtlinien der Deutschen Bundesbank zu vereinen; sie alle werden mit Sicherheit in ihren Reden und Programmen Nationalgefühle und Antagonismen beschwören, gestrige und heutige, echte und eingebildete. Und der löbliche Versuch, innerhalb der Europäischen Union die Grenzen abzuschaffen (Schengener Abkommen), hat um so höhere Grenzzäune an den Rändern Europas zur Folge, um unerwünschte Migranten fernzuhalten, und trägt so in gewisser Weise dazu bei, die Ausländerfeindlichkeit als zentrales Thema rechtsextremistischer Propaganda zu legitimieren.⁸ Auch hier kann Europa aus den österreichischen Wahlen lernen.

Einige österreichische Beobachter erliegen der Versuchung, in Jörg Haider und seiner Partei einen wiedererwachenden Faschismus oder gar eine Art Para-Nazismus zu sehen. Dieser Schluß macht es sich zu leicht – und das ist auf paradoxe Weise beruhigend: Es läßt sich relativ einfach zeigen, warum Haider (oder Le Pen oder Gianfranco Fini in Italien) nicht einfach eine Rückkehr zu den schlechten alten Zeiten bedeuten, warum in ihnen nicht die Gespenster der europäischen Vergangenheit grüßen. Dies sind keine Ideologen des Totalitarismus. Wären sie es, könnten wir sie vermutlich ignorieren – sie hätten ohnehin nicht solchen Erfolg. Doch nur weil es einem Opportunisten wie Haider an Prinzipien mangelt, folgt daraus nicht, daß er nicht gepflegte Vorurteile hätte, die er mit vielen teilt. In einer Zeit, da die Europäische Union an »Maastricht 2« herumpfuscht, während es an den Rändern brennt, stehen Haider und seinesgleichen für etwas viel Bedrohlicheres: Sie sind die Gespenster eines Europas, das erst noch kommt.

Aus dem Englischen von Marion Kagerer

Anmerkungen

- 1 Außer für osteuropäische Flüchtlinge und russische Juden, für die Österreich während der dunklen Jahre den nächstgelegenen sicheren Hafen und einen ersten Geschmack von Freiheit bedeutete. Aus diesem Grund, und vielleicht aus einer gewissen Nostalgie für die gnädigere Habsburgerzeit, zeigten und zeigen sogar die Nachfahren nationaler Minderheiten des Kaiserreichs einen gewissen Respekt für Österreich und die Neigung, seine gegenwärtige Bedeutung und Möglichkeiten zu überschätzen.
- 2 Vgl. *Kärntner Nachrichten*, 10. Oktober 1985, zitiert in: Brigitte Bailer-Galanda, Haider wörtlich, Wien 1995, S. 102.
- 3 Daß Österreich ein Problem mit seiner Vergangenheit hat, ist allseits bekannt. Kürzlich kam eine Ausstellung über die Kriegsverbrechen der Wehrmacht nach Wien, die zuvor in Deutschland gezeigt worden war. Die Photos und Texte sind erschütternd, doch sie bringen nichts Neues. In Deutschland hatte es keine nennenswerte Reaktion gegeben, niemand wäre auf den Gedanken gekommen, die Tatsachen zu bestreiten. In Österreich indes löste die Ausstellung Empörung aus, es wurde ihr »Fälschung« und »Rufmord« vorgeworfen. Die *Kronen-Zeitung* nannte die Ausstellung »satanisch«. Ein Nationalratsmitglied aus Haiders Partei, John Gude-

- nus, wurde in einer Fernsehdiskussion anlässlich der Ausstellung nach seiner Meinung zur Existenz der Gaskammern gefragt. Er antwortete, daß er alles glaube, was offiziell vorgeschrieben sei, und signalisierte damit deutlich, daß das Gegenteil der Fall war. Haider beschränkte seine öffentliche Stellungnahme auf die Bemerkung vor seinen »lieben Freunden« von der Waffen-SS, der Staat habe kein Geld, etwas für sie zu tun, aber Geld für solche Ausstellungen ...
- 4 Der Vergleich mit ehemals kommunistischen Ländern drängt sich auf. Wie der österreichische Demograph Rainer Münz bemerkte, *wirkt* Österreich oft ein bißchen osteuropäisch – eng, geschlossen, paternalistisch, rückwärtsgewandt, unbeweglich. In gewisser Hinsicht funktioniert das Land sogar so, wie die kommunistischen Staaten dies für sich beanspruchten, allerdings mit dem Unterschied, daß Wohlstand und Freiheit herrschen. Und diejenigen, die in Ungarn oder Polen aus Nostalgie die Kommunisten wählen, würden mutatis mutandis wohl leicht mit jemandem wie Haider sympathisieren.
 - 5 Vgl. *Der Standard*, 13. Dezember 1995.
 - 6 Nach den öffentlicher Debatten über das »Vichy-Syndrom« würden Le Pen und viele andere Franzosen zweifellos Haiders Meinung unterschreiben, »Kein Volk kann auf die Dauer mit einer Kriminalisierung seiner eigenen Geschichte leben, und damit muß auch in Österreich einmal Schluß sein.« (*Neue Freie Zeitung*, 15. Januar 1992, zitiert in: Bailer-Galanda, a.a.O., S. 91). Die Franzosen hatten ihren eigenen »vergeßlichen« Präsidenten, der zugegebenermaßen weit weniger Dreck am Stecken hatte.
 - 7 Nicht daß Jörg Haider in irgendeiner Weise philosemitisch wäre. Wie Le Pen gibt er sein Vorurteil indirekt zu erkennen, indem er im Zusammenhang mit allem möglichen, das ihm im öffentlichen Leben aufstößt, Leute nennt, die zufällig Juden sind.
 - 8 »Es geht doch darum, daß wir in Österreich Verantwortung tragen und nicht für die EU und nicht für Maastricht und nicht für irgendwelche internationale Ideen, sondern eben für diese Heimat.« Jörg Haider in: *Junge Freiheit*, 20. Oktober 1995. Vgl. Haider wörtlich, S. 56.

Janos Matyas Kovacs
 HAIDER IN UNGARN
 Notizen zum postmodernen Populismus

Im betriebsamen Hauptquartier der Budapester Liberalen herrscht Verwirrung. Es ist der Herbst des Jahres 1989, ein Scheck ist eingetroffen von einer unbekanntem Wiener Organisation namens *Freiheitliche Partei Österreichs*; er soll die ersten Schritte der »Allianz Freier Demokraten« in Ungarn unterstützen. »Können wir das Geld annehmen?« fragen sich die Parteileute etwas unsicher. »Handelt es sich um Buseks Partei, du weißt schon, der Mann, der Mitteleuropa und die Dissidenten liebt?« – »Nein, das ist die Volkspartei, die unsere Konkurrenz, das Ungarische Demokratische Forum, unterstützt.« – »Was heißt überhaupt ›freiheitlich‹? Warum nennen sie sich nicht ›frei‹?« Nach einigem Zögern (und einer Nachfrage bei der FDP in Bonn), wird der Scheck mit einem höflichen Schreiben zurückgeschickt.
 (Anekdote aus gut informierter Quelle)

1989 kannte kaum ein osteuropäischer Liberaler Jörg Haider. Der militante populistische Führer einer kleinen, traditionslosen Partei in einem kleinen Land konnte in keiner Weise mit Helmut Kohl, François Mitterrand oder Franz Vranitzky darin konkurrieren, die neuen politischen Eliten der exkommunistischen Länder irgendwie in seinen Bann zu ziehen. Damals war Populismus dort fast ausschließlich den nationalkonservativen und postkommunistischen Parteien vorbehalten. Außerdem war dieser Populismus im Vergleich zu Österreich beinahe so unterentwickelt wie die Länder selber.¹ Im Folgenden möchte ich zeigen, wie schnell einige dieser »rückständigen« Populisten ihre westlichen Kollegen eingeholt haben.

Über modernen und prämodernen Populismus

Inzwischen ist ziemlich deutlich geworden, daß der nationalkonservative und der postkommunistische (neosozialistische) Populismus in Osteuropa viel gemeinsam haben, während sie sich stark z.B. vom heutigen deutschen Konservatismus unterscheiden, ganz zu schweigen von der Masse des britischen und amerikanischen Neokonservatismus.² Zu Beginn der 90er Jahre legten osteuropäische Populisten großen Wert auf autoritäre Füh-

rungsformen, direkte staatliche Intervention bei der Wirtschaftstransformation, sozialen Protektionismus und nationale Unabhängigkeit bzw. Isolation. Darüber hinaus restaurierten sie einige museale Versatzstücke des Populismus aus dem 19. Jahrhundert oder aus der Zwischenkriegszeit und vermengten sie mit gängigen konservativen Werten (Kinder, Küche, Kirche).

Historisch betrachtet basiert diese – prämoderne – Form des Populismus auf der mythisch-ethnischen Idee des *populus*. Vom deutschen Romantizismus zur russischen Slavophilie, von den volkstümlichen Ideologen in Ungarn zu den Poporanisten in Rumänien, von den tschechischen Wiedererweckern im 19. Jahrhundert zu den kroatischen Ustaschas und den serbischen Tschetniks im Zweiten Weltkrieg enthielt der Populismus eine ganze Reihe sakraler Elemente, die mit einem profanen Instrumentarium der Massenmobilisierung und -manipulation kombiniert wurden. Einige dieser Elemente finden sich übrigens bis heute in den Werkzeugkästen des modernen Parlamentarismus. Prämoderne Populisten vertraten eine messianische Weltsicht mit einer starken emanzipatorischen Botschaft für bestimmte ethnische Gemeinschaften und soziale Gruppen, vor allem die bäuerliche Landbevölkerung. Diese romantisch-nationalistische Botschaft bezog sich nicht nur auf »das Blut« sondern auch auf »den Boden«, d.h. typischerweise war sie durchdrungen von einer starken, antikapitalistischen Agrarutopie.³ Jeder Vorstoß auf dem von den prämodernen Populisten des 19. Jahrhunderts gewählten »Dritten Weg« zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und orthodoxem Marxismus bzw. Kommunismus hatte als Mindestprogramm eine Mischung aus Autoritarismus, egalitärer Politik, nationaler Autonomie, Gemeinschaftsideologie sowie Idealisierung traditioneller Kulturmuster und des ländlichen Lebens.⁴

Im Gegensatz zu den prämodernen Populismustypen nenne ich ein populistisches Programm *modern*, wenn es die Grundzüge der kapitalistischen *mixed economy* nicht in Frage stellt, wenn es die grundsätzlichen Regeln des Rechtsstaats akzeptiert und den säkularen politischen Diskurs dem sakralen vorzieht.⁵ Auch ein moderner Populist kann demnach seine Wähler irreführen, die Regierung des Verrats an den nationalen Interessen beschuldigen, mit radikalen Kirchenführern und militanten Gewerkschaftsbossen kooperieren, Lobbies attackieren, Wahlgeschenke machen, Korruptionsskandale vom Zaun brechen. Er kann paternalistisch sein, Charisma haben, sich als Wohltäter zeigen; als »Vater des Vaterlandes« oder »Retter der Armen« kann er direkte Kommunikation mit dem »Volk« pflegen. Mit anderen Worten, er kann sich all der bunten Requisiten des prämodernen populistischen Theaters bedienen, solange er die in der liberalen Verfassung festgelegten Grenzen nicht überschreitet und bestimmte ungeschriebene demokratische Regeln nicht bricht. So darf er beispielsweise nicht das Militär gegen die gewählte Regierung einsetzen, mit Hilfe eines

Plebiszits versuchen, das Parlament zu entlassen, oder die Gewalt auf den Straßen schüren, um die demokratische Regierung zu stürzen. Er darf keine Ideologie propagieren, die das System als solches liquidieren will, keinen Kulturkampf führen, der die Menschenrechte, die bürgerlichen Grundrechte oder das Säkularisierungsprinzip in Frage stellt.⁶

1989 entlehnten die osteuropäischen Populisten ihre politische Agenda dem heutigen Westen und dem vorgestrigen Osten. Ihre Programme sind überladen mit anachronistischen Forderungen und bössartiger Rhetorik. Altpopulisten, die die kommunistischen Regime überdauert haben, ja zuweilen von ihnen eingesetzt wurden, um den Einfluß liberaler Dissidenten einzudämmen, verlangen heute im Namen historischer Gerechtigkeit nach gnadenloser politischer Säuberung. Unisono mit den Kommunisten versprechen sie darüber hinaus den Bauern Protektionismus, den einheimischen Unternehmern Privilegien und dem Volk die Nichtanerkennung der Auslandsschulden, während sie im gleichen Atemzug das »jüdische Finanzkapital« anprangern. Nach Jahrzehnten kultureller Repression durch die Kommunisten propagieren viele von ihnen Abtreibungsverbot, Einwanderungsstop, Boykott von Hollywoodfilmen, Kabelfernsehen und Internet.⁷

Viele westliche Beobachter gehen davon aus, daß der osteuropäische Populismus im Prinzip zwei Optionen hat: Entweder geht er weiter den Dritten Weg, oder er beginnt mit der Modernisierung, d.h. mit der Liberalisierung seines Diskurses. Sie vergessen jedoch Silvio Berlusconi, Umberto Bossi, Gianfranco Fini, Jörg Haider, Jean-Marie Le Pen und – jenseits des Atlantiks – Pat Buchanan, Newt Gingrich und Ross Perot. Denn es gibt noch eine dritte Möglichkeit: den modernen Populismus überspringen, sich direkt in die Gesellschaft dieser Politiker begeben und eine Art *postmoderner* populistischer Strategie entwickeln.

Nach dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen, insbesondere der grünen Parteien, im Europa der 70er und 80er Jahre, experimentiert man in den politischen Wissenschaften im Kontext von Populismus gern mit dem Begriff »postmodern«.⁸ Die Idee, alles Neue, das schwer zu erklären ist, postmodern zu nennen, hat mich wenig beeindruckt, bis ich im letzten Dezember Jörg Haiders Wahlplakate sah: »*Er hat Euch nicht belogen.*« Auf dem Bild trägt er eine beige Jacke, von der man nicht sagen kann, ob sie urban oder volkstümlich ist, spießbürgerlich konservativ oder en vogue. Die verbale Botschaft handelt von Wahrheit; sie polarisiert das politische Feld. Der ehrliche politische Führer spricht sein ebenso ehrliches Volk per Du an, während gleichzeitig auf die Amoralität der Rivalen Haiders angespielt wird. Na und? könnte man einwenden, in modernen Demokratien ist das normales Wahlkampfdesign. Man denke nur an Bushs Formel »Read my lips«.

Ich vergaß zu erwähnen, daß mir diese Plakate nicht zuerst in Wien, sondern in Bratislava ins Auge sprangen, der Feste des slowakischen populistischen Führers Vladimir Meciar. Genauer gesagt, auf der Autobahn in Richtung österreichische Grenze. Ich traute meinen Augen kaum. Anscheinend kann ein Xenophober wie Haider einen Wahlkampf in einem fremden Land führen, und ein osteuropäischer Populist kann westliche politische Propaganda auf seinem eigenen Terrain dulden, Populisten können Kosmopoliten sein. Anything goes.

Vermutlich denken heute osteuropäische Politiker wie István Csurka in Budapest, Vuk Draskovic in Belgrad, Vadim Tudor in Bukarest oder Jan Slota in Bratislava über die Frage nach, ob sie direkt vom prämodernen zum postmodernen Populismus springen sollen. Letzterem kann man sich auch vom Postkommunismus und Neosozialismus aus nähern; Beispiele hierfür sind Boris Jelzin, Ion Iliescu, Vladimir Meciar, Slobodan Milosevic, Franjo Tudjman und in gewisser Weise auch Algirdas Brazauskas, Gyula Horn und Aleksander Kwasniewski. Aber auch Liberale, Christdemokraten und Christsozialisten scheinen den Sprung tun zu wollen, wie die Beispiele Jan Olszewski, Viktor Orbán und Lech Walesa zeigen. Dennoch haben sie alle noch viel von den populistischen Führern zu lernen – von József Torgyán, Stanislaw Tyminski, Vladimir Schirinowski und vielleicht auch dem Tschetnik-Führer Voislav Sheshel –, die ihre Karrieren bewußt als postmoderne Akteure begannen, fast zur gleichen Zeit wie ihre westlichen Kollegen.

K.u.k. Populismus

Was könnten sie lernen? Im Folgenden möchte ich anhand der Beispiele Jörg Haider und József Torgyán, Führer der ungarischen Kleinlandwirtpartei⁹, illustrieren, was ich mit postmodernem Populismus meine. Zwischen Wien und Budapest pendelnd habe ich das zweifelhafte Vergnügen, die geistige Verwandtschaft dieser beiden erfolgreichen Politiker aus der Nähe studieren zu können. Ganz anders als im Fall Le Pen und Schirinowski gibt es bis jetzt keine nennenswerte Kommunikation zwischen ihnen. Haider ist in Ungarn eher neu erfunden denn nachgebaut worden.

Beide, Haider und Torgyán, sind scharfzüngige Juristen, narzistisch und militant, typisch urbane Gestalten mit einem Hauch von Ländlichkeit, regelmäßige Kirchgänger... Aber macht es überhaupt Sinn, auf ihre Ähnlichkeiten hinzuweisen? Erstens kann man diese Eigenschaften heute einer ganzen Reihe von Politikern zuschreiben, und zweitens werden durch einen solchen Vergleich sowohl die Unterschiede in der Geschichte der beiden Länder verdeckt als auch die unterschiedlichen Sozialisationsmuster der beiden politischen Führer. Wie kann man einen älteren, korpulen-

ten Ungarn, gekleidet in altmodische Anzüge von der Stange, dessen rotbäckiges Gesicht seine Trinkgewohnheiten (und juvenilen Energien) verrät, mit einem österreichischem Spätyuppie («der fesche Jörgl») vergleichen, der vom Fitneßstudio zum Schneider eilt? Wie kann man Haiders »braune Flecken auf der blauen Weste« (Burschenschaft, Turnerbund, Bärenal, etc.) mit Torgyáns Schandflecken vergleichen: die zweifelhafte Rolle, die er als junger Jurist während der politischen Prozesse nach 1956 gespielt hat, seine Kontakte zu der kommunistischen Geheimpolizei vor 1989 und zu den Nomenklatura-Kapitalisten nach 1989?

Freilich würde ein Vergleich beider Biographien zu Tage fördern, daß beide Politiker – um einen bekannten Witz auszubeuten – k.u.k.-Kreaturen sind, Kinder von Kreisky und Kádár: Während deren Regierungszeit haben Haider und Torgyán ihr politisches Handwerk gelernt. Beide haben die Erfahrung gemacht, daß ihre Regierungen, trotz der augenfälligen Zerfallserscheinungen in den 80er Jahren, erstaunlich stabil waren. Dies war unter anderem auf politische Arrangements zurückzuführen, die nicht gerade von Respekt für demokratische Spielregeln und liberalen Geist zeugten, vor allem aber auf die Korruption der politischen Elite und der mit ihr verfilzten Gesellschaftsgruppen.¹⁰ Die erstaunliche Kontinuität der Rekrutierungsmuster und der sozialen Netzwerke der politischen Elite (die in Ungarn nicht einmal von einer Revolution gebrochen werden konnte) und das Nichteinhalten von liberal-demokratischen Reformversprechen führten in beiden Gesellschaften dazu, daß eine zunehmende Zahl von Wählern gegenüber solchen Programmen mißtrauisch wurde, wenn nicht gar immun. Die ewigen Kompromisse führten zu Zynismus, und der Raum für ideologische und moralische Argumente schrumpfte, bis nur noch Antiestablishment-Demagogie darin Platz hatte. Zugleich bildete sich ein rasch wachsendes Protestpotential der Modernisierungsverlierer in Österreich bzw. der Transformationsverlierer in Ungarn. Während der letzten zehn Jahre haben sich in beiden Ländern gerade die Parteien zunehmender Beliebtheit erfreut, welche die Frustration der Verlierer in einem Diskurs kanalisieren konnten, der sich durch eine Zunahme an Rhetorik und Abnahme an programmatischen Ideen auszeichnet.¹¹

Jörg Haider: Ein Bully in blau

Die meisten Beobachter sind sich darin einig, daß Haiders F-Bewegung (inzwischen heißt sie wieder FPÖ) ein Kernstück moderner Demokratien in Frage stellt: das Mehrparteiensystem.¹² Direkte, plebiszitäre, auf einem »Volksentscheid« beruhende Demokratie, Bewegungen statt Parteien, ein charismatischer Führer in einer starken Präsidialregierung, all das sind die Grundbausteine einer »Dritten Republik« in der Vorstellung des blauen

Führers. Gleichwohl hält er an den liberalen Grundsätzen des Privateigentums und des Marktes fest. Nicht einmal dem Big Business, eigentlich ein Lieblingsgegenstand populistischer Kritik, wird die Schuld für die Alltagsorgen der »anständigen Leute« in die Schuhe geschoben. Im Gegenteil, die Privatwirtschaft, insbesondere die heimischen Unternehmer, werden dafür gefeiert, das leuchtende Gegenbeispiel für die Ineffizienz des Staates zu sein – der »rot-schwarzen stalinistischen Planwirtschaft«. Auch die Globalisierung wird nicht im Namen nationaler Isolation zurückgewiesen. Haider lehnt die europäische Integration eher aus vorgeblich liberalen Gründen ab: aus Angst vor dem Brüsseler Zentralismus und Interventionismus.

Der Kampf gegen die Eurokraten ist nur ein Nebenschauplatz seiner gegen das Establishment gerichteten Rhetorik. Zentraler Angriffspunkt ist die institutionalisierte Korruption (Proporzsystem, Parteibuchwirtschaft) des brüchig gewordenen österreichischen Modells der Sozialpartnerschaft. So distanziert sich die FPÖ von der österreichischen Tradition des Korporatismus, dem Modell des Ständestaats, wobei sie gleichzeitig an dessen Parteienfeindlichkeit festhält. Haiders Polemik gilt der »SPÖVP-Einheitspartei«, den »Altparteien«, die nach dem Krieg ihre »Lizenz von den Alliierten« erhalten haben und nun durch »junge« Kräfte abgelöst werden sollten. Die heftige Kritik am Korporatismus enthält eine Reihe liberaler, gegen Protektionismus und Vetternwirtschaft gerichtete Argumente. Haider greift unermüdlich die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern an, die sich selbst reproduzierende Bürokratie der verschiedenen Körperschaften mit ihren Arrangements, die das parlamentarische Aushandeln ersetzen und die dem Blick der Öffentlichkeit entzogen sind. Auf ähnliche Weise unternimmt er wiederholt Offensiven gegen das Monopol des staatlichen Fernsehens (»Rotfunk«) und die »Staatskünstler«, die staatlich geförderten Intellektuellen. Wettbewerb ist eines der wichtigsten Produkte auf seiner Verkaufsliste.

Haiders soziale Demagogie kann auch nicht als schlicht egalitär beschrieben werden. Weder plädiert er für drastische Steuersenkungen, noch folgt er dem üblichen populistischen Prinzip »eating the cake and having it«, vielmehr verspricht er eine Einkommensumverteilung zugunsten der Bedürftigen. Die Umverteilung soll nicht zu Lasten der Reichen gehen, sondern zu Lasten der politisch Privilegierten, der »Parasiten mit ihren Dienstwagen«. Nicht progressive Steuern wären die Hauptquelle für die Umverteilung, sondern die Eliminierung bürokratischer Verschwendung. Ziel ist die »soziale Volksgemeinschaft«, die den korrupten Sozialstaat ersetzen soll: eine hierarchische Gesellschaft postmaterieller Werte, die in kleinen Gemeinschaften gründet. Haider gibt zu, daß dieser Wandel langfristig zu einer Einschränkung der Sozialleistungen führen kann. Mit an-

deren Worten, er erklärt sich bereit, die schmerzhafteste Aufgabe zu übernehmen, den Wohlfahrtsstaat abzubauen; doch das Nachfolgemodell, das er entwirft, zeigt, daß er ebenso bereit ist, die gängigen liberalen Lösungen zu verabschieden.

Postmodern bedeutet hier die Eigenart, prämoderne und moderne Elemente im politischen Diskurs beliebig zu vermengen. Der entscheidende Punkt an Haiders Populismus scheint mir die Trennung der Idee der Demokratie von der des Liberalismus, indem einerseits das parlamentarische System in Frage gestellt wird, unter Berufung auf prämoderne Ideale wie das der direkten Demokratie¹³, während andererseits an einigen wichtigen liberalen Motiven festgehalten wird, etwa an der Reserve gegenüber Monopolen und Bürokratie. Zugleich bilden Fremdenfeindlichkeit, »Führerprinzip«, kulturelle Intoleranz und die Verachtung der Menschenrechte den prämodernen Teil seiner postmodernen Weltsicht. So haben die »Freiheitlichen« ein sonderbares Amalgam aus liberalem Gedankengut und extrem illiberalen Ideen, aus individualistischen, kommunitaristischen und autoritären Prinzipien hervorgebracht. Nicht nur aus Gründen der Publicity hat Haider Newt Gingrichs Slogan kopiert und einen »Vertrag mit Österreich« proklamiert.

Auch auf der symbolischen Ebene des blauen Populismus mischen sich prämoderne und moderne Züge. Die sprachlichen Techniken der Stigmatisierung, der Polarisierung, der Erfindung von Sündenböcken, Kunstgriffe, die bei den F-Politikern weitverbreitet sind, erinnern viele an die nationalsozialistische Rhetorik. Doch daß die verbalen Attacken oft auf ähnliche Gruppen wie damals zielen, Fremde, »Kaffehauslinke« etc., und daß die FPÖ Kontakte zur Neonazi-Szene unterhält, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle diese Techniken in den parlamentarischen Alltag eingebettet sind. Das Hauptsymbol der Bewegung ist natürlich Haider selbst. Auch seine persönlichen Verhaltensmuster sind ambivalent, und das bewußt: sich in Tracht kleiden und Porsche fahren, die Kärntner Identität hochhalten und den Bürgermeisterposten in Wien erstreben, und, um Machismo zu demonstrieren, zünftig bergsteigen und bunjeespringen. Diese Mischung von Elementen aus der Vergangenheit und der Gegenwart wird in der täglichen Politik unter dem Einsatz von Massenmedien der Zukunft professionell vermarktet. Zugleich wird Haiders Erfolgsstory begleitet von einem konventionellen Medium, der *Kronenzeitung* – dem erfolgreichsten österreichischen Boulevardblatt und Organ der Stammtischkonservativen.

Doch fehlen in Haiders politischem Diskurs grundlegende Zutaten des prämodernen Populismus: Es gibt keine Utopie mit ihrem Arsenal an Wundermitteln, keinen romantischen oder religiös inspirierten Nationalismus, kein starkes Agrarprogramm. Zwar zeugt Haiders Sprache von mo-

ralischer Überlegenheit gegenüber den »Sozialschmarotzern« (vor allem Ausländer), dem korrupten Beamtenstaat und dem rot-schwarzen System der »Kumpelwirtschaft« und ergreift Partei für die hart arbeitende, aber unterprivilegierte Mehrheit. Aber der moralistische Ansatz (»Einfach ehrlich, einfach Jörg«), der auf der konventionellen Wir/Sie-Dichotomie (»Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist«) beruht, ist Ersatz für ein konsistentes politisches Programm und für eine klar formulierte Interessenvertretung, die sich im politischen Prozeß als Zwangsjacke entpuppen könnten. Auch nationaler Stolz wird flexibel ausgebeutet, von der Pflege deutschnationalen Gedankenguts (Österreich als »ideologische Mißgeburt«) über antisemitische Anspielungen und das Loblied auf einige »Errungenschaften« Nazideutschlands bis hin zur Zelebration einer separatistischen, EU- und ausländerfeindlichen kollektiven Identität (»Österreich zuerst!«), die sich gegen »Überfremdung« und »Türkenbelagerung« abgrenzt.

Postmoderner Populismus ist dem modernen Vorgänger darin ähnlich, daß die normalen rechtsstaatlichen Prozeduren respektiert werden. Auf Gewalt wird nur angespielt, die F-Bewegung predigt sie nicht. Haider bringt seine Anhänger nicht auf die Straße, Massendemonstrationen zieht er Auftritte im Fernsehen, Pressekonferenzen und Volksbegehren vor, Verbalradikalismus der physischen Gewalt. Recht und Ordnung sind Schlüsselbegriffe seines Diskurses, aber deren Restauration strebt er nicht mittels eines militärischen Coups an. Er ist erpicht darauf, die Zahl seiner Anhänger in der Armee und der Polizei zu erhöhen, aber trachtet nicht danach, mit Gewalt gegen das Parlament, das Verfassungsgericht oder das öffentlich-rechtliche Fernsehen vorzugehen. Im Gegenteil, er benützt diese Institutionen als Agenturen gegen die Regierung, zur Aufdeckung von Korruption und Seilschaften, und als Foren, die die Publizität seiner Person und seiner Partei vergrößern. Haider ist ein Radikaler, aber kein Revolutionär. Er möchte die Verfassung ändern, nicht abschaffen. Zumindest behauptet er das.

Das Parteiensystem zu verachten, schließt nicht aus, sich der Einrichtungen der modernen parlamentarischen Demokratie zu bedienen. Haider ist kein einsamer Demagoge, sondern ein Organisator mit einer effizienten Parteimaschinerie, einer disziplinierten Hierarchie, einem Apparat, dessen oberstes Ziel das Gewinnen der Wahlen ist. Er ist kein besessener Prophet an der Spitze einer Single issue-Bewegung, sondern ein rationaler Spieler mit einer breiten Agenda, einem großen Aufgebot an Parteileuten und Experten, die seine One Man-Show unterstützen. In diesem Sinne zeigt er alle Merkmale eines normalen Oppositionspolitikers unserer Zeit. Zugleich spielt er aber diese moderne Rolle mit der Gestik des alten Populisten, der sich als Außenseiter inszeniert: *Ich* bin nicht aus Wien, *ich* gehöre nicht zu »denen«, *ich* bin kein Mittäter, *ich* bin Opfer der linksliberalen

Medienverschwörung. Diese erste Person singular ist übrigens die Achillesferse der Blauen. Die Partei steht und fällt mit ihrem Führer. Das wiederum ist ein prämoderner Zug.

Vielleicht ist die Freiheitliche Partei eine moderne Institution, aber die beabsichtigte Ambiguität ihres politischen Glaubensbekenntnisses ist zweifelsohne postmodern: Pan-deutscher oder österreichischer Nationalismus, Wirtschaftsliberalismus mit autoritärem Unterton, Aktivismus und Law-and-Order-Konservatismus, Insider- und Außenseiterrollen, Bewegung und Parteiorganisation, pragmatische und denunziatorische Sprache etc. Ziel dieses Diskurses ist es, die Wähler mit einer möglichst spektakulären und nicht zu verifizierenden Phraseologie anzusprechen. Haider versucht, allen gleichzeitig viel und wenig zu sagen und langatmige Programme und konventionelle Etikette wie z.B. »liberal« zu vermeiden, die seinen politischen Spielraum begrenzen könnten. Der designierte Feind muß stark sein, um das eigene Gewicht zu unterstreichen (der David Haider kämpft gegen den Goliath Kammerstaat), aber nicht so groß, daß allzuvielen Wähler abgeschreckt würden. Es geht darum, die Zahl der Protestwähler so hoch wie möglich zu treiben. Entsprechend ist die Parteipolitik fortlaufend zu adjustieren, um eine wachsende Wählerschaft einzubeziehen. Kurz, der postmoderne Populist opfert seine Prinzipien – wenn er denn welche hat, prämoderne oder moderne – leichten Herzens dem nächsten Wahlerfolg.

Parteien neigen stets dazu, ihre Botschaften diffus zu halten. Die Konfusion politischer Philosophien in den modernen Demokratien hat eine lange Geschichte.¹⁴ Und dennoch scheint sie Grenzen zu haben: dort nämlich, wo das Programm der Lächerlichkeit preisgegeben würde. Nur wenige Parteien sind bereit, den Preis eines dramatischen Glaubwürdigkeitsverlustes innerhalb der Wählerschaft, insbesondere bei den Intellektuellen, zu zahlen. Postmoderne Populisten wissen den Schaden allerdings zu begrenzen. Angriff ist die beste Verteidigung, um zu zeigen, daß das Establishment noch viel unglaubwürdiger ist als man selbst. Die FPÖ unternimmt jede Anstrengung, den politischen Prozeß zum permanenten Skandal zu machen. Haider, der Bully, tut sein Bestes, die anderen Oppositionsparteien mit seinen Provokationen zu überbieten, die Themen und die Emotionalität der politischen Debatte in Österreich vorzugeben und die politische Klasse in steter Turbulenz zu halten.

Intellektuelle? Überflüssig. Wer in einer so gut wie ideologielosen Partei braucht schon Visionäre?¹⁵ Darüber hinaus sinkt das Risiko, an Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn das Wählerpotential aus den weniger gebildeten Schichten rekrutiert wird. Während der letzten zehn Jahre hat Haider eine wachsende Stimmenzahl aus der Gruppe der männlichen ungelerten Arbeiter (früher einmal typische SPÖ-Wähler) gewonnen, die seinen antiin-

tellektuellen, aggressiven Stil honorieren und kaum Wert auf stimmige Botschaften legen.

József Torgyán: Ein finsterer Clown

Der Führer der ungarischen Kleinlandwirtpartei, József Torgyán, richtet seine politischen Botschaften an eine sozial ähnlich strukturierte Wählerschaft. Inzwischen ist er zum Schutzheiligen aller »ausgeraubten und ausgebeuteten« Opfer des Kommunismus und der nach 1989 herrschenden Regime geworden, Schutzheiliger all jener, die unter dem Ausbleiben der Revolution leiden, wie Torgyán es ausdrückt. Denn die Revolution wurde von den »Liberal-Bolschewiken« gestohlen. Dieser Begriff umfaßt bei ihm fast die ganze neue politische Klasse, die angeblich von den Kommunisten im Vorhinein geschaffen wurde.

Vor den ersten freien Wahlen 1990, kurz nachdem sie der national-konservativen Koalition in der Regierung beigetreten war, kokettierte die Kleinlandwirtpartei mit den Liberalen. Indem sie sich patriotischer als die Liberalen und liberaler als die National-Konservativen gaben, versuchte sie, eine Position in der Mitte zu besetzen. Die Öffentlichkeit sah in der Kleinlandwirtpartei aber eine Nostalgie-Partei der alten Bauern, eine Bewegung, die allein für die Entkollektivierung der Landwirtschaft kämpfte. Um dieses Bild zu korrigieren, verwendete Torgyán die Restitution von Grundbesitz als Modell für die allgemeine Reprivatisierung. Die Kleinlandwirte sollten zu einer Partei einheimischer Kleinunternehmer werden, die gleichermaßen aus der Stadt wie vom Land kamen. Schon die ersten Programme aus den Jahren 1989/90 hatten Privateigentum als Schlagwort und stützten sich auf die kleinbürgerlichen und antitotalitären Traditionen der Partei. In dieser Zeit lag den Kleinlandwirten kaum daran, auch Unterschichtinteressen in ihre politischen Forderungen einzubeziehen.

Torgyán gab sich in der Koalition von Anfang an als Außenseiter, als Führer einer halb-oppositionellen Partei, die danach strebt, die Politik des Kabinetts in alle möglichen Richtungen zu radikalieren. Sie sollte stärker antikommunistisch ausgerichtet sein, christlich und liberal zugleich. Um eine Vereinnahmung seiner Partei durch den großen Bruder in der Koalition, das Ungarische Demokratische Forum, zu vermeiden, nutzte er jede Gelegenheit, den Unterschied zum Forum deutlich zu machen. Nur um zu beweisen, daß sich die Kleinlandwirtpartei, im Gegensatz zu den anderen Parteien, auch um die »kleinen Leute« kümmert, nahm er eine Reihe von Spaltungen¹⁶ seiner Partei in Kauf und setzte damit ihre politische Existenz aufs Spiel. Nach der überwältigenden Niederlage der national-konservativen Parteien bei den Gemeindewahlen und der ersten Regung zivilen

Ungehorsams, dem Streik der Taxifahrer im Herbst 1990, distanzierte Torgyán sich von József Antall, Premierminister und Symbol des etatistisch-elitären Dünkels der ersten nichtkommunistischen Regierung, und bereitete sich darauf vor, das sinkende Schiff rechtzeitig zu verlassen.

Vergeblich versuchte der Premier, ihm eine Falle zu stellen: Antall ließ durchsickern, daß Torgyán unter einem Decknamen auf einer Liste von Geheimpolizeiagenten des Ancien régime figurierte, und versuchte daraufhin, seinen Rücktritt zu erpressen. Statt zurückzutreten ging Torgyán in die Opposition, obwohl die meisten Abgeordneten der Kleinlandwirtepartei in der Koalition blieben. Zwischen 1990 und 1994 war seine Hauptleistung das politische Überleben. Geschickt beutete er das Restitutionsthema aus, was ihm genug Wählerstimmen einbrachte, um auch nach 1994 im Parlament zu bleiben. Torgyán unterstützte darüber hinaus die Bürgerinitiative gegen ein Gesetz, das die Zinsen für Baukredite erhöhte. Er forderte Wohnungen für alle Jungverheirateten; enthüllte eine Reihe von Insidergeschäften bei der Privatisierung und nutzte jede Gelegenheit, Korruption in der Regierung bloßzustellen (Parteienfinanzierung, Fernsehmonopol etc.). Ihm wurde klar, daß die Erneuerung des alten ideologischen Streits zwischen den »Volkstümlern« und den »Urbanen«, also zwischen den Traditionalisten und den westlich orientierten Liberalen, der den politischen Diskurs in Ungarn seit 1989 wieder beherrschte, die Menschen von den großen Parteien abzog. Er hielt sich deshalb aus dem Kulturkampf heraus und ignorierte die streitenden Parteien oder gab sie der Lächerlichkeit preis.

Torgyán, der politische Clown, konnte morgens im Parlament gegen die westlichen »Kosmopoliten«, die »unsere Nation ruinieren« und denen wir unsere Staatsschulden nicht zurückzahlen sollten, eine donnernde Rede halten, während er am Nachmittag einen Plan vorlegte, die größte Donauinsel in Budapest an Geschäftsleute und Flüchtlinge aus Südostasien zu verkaufen. Oder er sprach auf einer Pressekonferenz lange über die Verfassung und den Rechtsstaat, um daraufhin aufs Land zu verschwinden und bei einer illegalen Landbesetzung ehemaliger Kooperativen teilzunehmen oder, wie 1992 geschehen, ein paar Tausend Bauern zu einem »Tag des Zorns« in die Hauptstadt zu bringen, eine Massendemonstration, die unter anderem zum Ziel hatte, das Verfassungsgericht zu stürzen und, wenn es die Massen so wollten, auch den Präsidenten. Bei diesem Treffen stand Torgyán vor einem Plakat mit den alten Slogans der Kleinlandwirte: »Wein, Weizen, Frieden!« und »Gott, Vaterland, Familie!«, und versprach seinen Feinden ein »Blutbad«. Dann kehrte er ins Parlament zurück und hielt, ganz professioneller Jurist, eine Rede über Parlamentsordnung und Gesetzgebung. Er liebt es, seine politischen Rivalen vor Gericht zu bringen, und profitiert von der Publicity dieser Verfahren. Kürzlich kündigte er an, den rumänischen Außenminister zu verklagen, weil dieser von Torgyáns

rumänischen Wurzeln gesprochen hatte, in den Augen des Kleinlandwirteführers eine empörende Unterstellung.

In Zeitungsinterviews prahlt er gleichermaßen von seiner Hingabe zur armen Landbevölkerung und seinem bescheidenen Reichtum, den er sich als Budapester Anwalt, wohnhaft in Rózsadomb, dem vornehmsten Viertel der Hauptstadt, verdient hat. Es macht ihm ebenso Spaß, über sein Verhältnis zu Gott oder über seine fromme Frau zu plaudern, wie über seine Ausflüge ins Budapester Nachtleben der 60er und 70er Jahre. Wahrscheinlich ist das einzige Thema, das er mit einer gewissen Vorsicht behandelt, der Antisemitismus, obwohl einige lokale Parteiaktivisten der Kleinlandwirte engen Kontakt zu den Neo-Nazis pflegen.

Seine Frau, eine ehemalige Provinzprimadonna, holte er in die Politik: Jetzt ist sie Mitglied der Nationalen Verteidigungskommission des Parlaments. Sie gründete die »Torgyán-Partei« für den Fall, daß der pragmatische Flügel der Kleinlandwirte ihren Gatten ausschließen sollte.¹⁷ Von Zeit zu Zeit wurden verschiedene Fraktionen der Kleinlandwirte handgreiflich, um Programmdiskussionen zu entscheiden oder das Parteigebäude zu besetzen. Torgyán, nicht gerade ein Raufbold wie Schirinowski, überlebte alle Streitigkeiten mit der Aura, Opfer einer Verschwörung zu sein. Schließlich ging er aus den Konflikten als Chef einer Ein-Mann-Partei mit eiserner Disziplin hervor, einer Partei ohne Ideologie, ohne visionäre Intellektuelle, ohne Organisation, mit nur einigen wenigen Technokraten an der Spitze und mit starken regionalen Gruppen in den ärmeren östlichen Regionen Ungarns.

Für das von ihm angerichtete postmoderne Chaos bezahlte er einen hohen Preis. Bei den Wahlen von 1994 waren die Wähler bereit, die Nationalkonservativen wegen ihrer Inkompetenz fallenzulassen, aber Torgyán war nicht in der Lage, seine Partei als zuverlässige Organisation von Experten zu verkaufen. Die untere Mittelschicht sowie der Wirtschaftssektor votierten für die Neosozialisten, die, wie er, den Kulturkampf ignorierten, sich aber als Technokraten mit sozialer Sensibilität verkauften. Aus dieser Not machte Torgyán eine Tugend und setzte seine politische Karriere im Parlament als einsamer Beschützer der Unterschicht fort, die von »denen da oben« um ihr Eigentum, ihren Arbeitsplatz und ihr Heim gebracht wird. Die uneingelösten Versprechen und die Sparmaßnahmen der neuen sozial-liberalen Koalition sowie die Konkurrenz innerhalb und zwischen den anderen Oppositionsparteien kamen ihm zugute. Die Beliebtheit der Kleinlandwirtepartei stieg im letzten Jahr rapide an (derzeit liegt sie stabil bei 20-25%), und Torgyán ist versucht, der unangefochtene Führer der »nationalen Seite« zu werden, wie er die nicht liberal-bolschewistische Hälfte des politischen Spektrums gerne nennt.

Eine solche Führungsrolle würde allerdings eine Revision seines post-

modern-populistischen Programms erzwingen. Um alle nationalistischen Kräfte in seinem Lager versammeln zu können, müßte er den Platz mitte-rechts, also seine liberal-konservative Position, aufgeben und auf einen prämodernen, von der extremen Rechten getragenen Populismus zurückgreifen. Dazu aber wäre anti-liberale Unnachgiebigkeit notwendig, stabilere Diskursmuster, viel mehr Ideologie und weniger Improvisation. Und Torgyán müßte sein Clownskostüm ablegen.

Gerade hatte ich diesen Satz in Wien beendet, als ich im Budapester Rundfunk hörte, wie Torgyán in der ungarischen Hauptstadt eine unter dem Motto »Auf Wiedersehen Regierung« organisierte Massendemonstration mit den Worten ansprach: »Liberales Ungeziefer und Aasgeier haben unser Vaterland überfallen. Während das Geschmeiß den Körper unseres geliebten, in Trianon zerstückelten Vaterlandes von innen zerfrisst, tun die Geier dasselbe von außen.« Dann griff er die »räuberischen Banken« an und die Homosexuellen, beschwerte sich über die Fremden, die Ungarn aufkauften, kritisierte die Regierung dafür, Geburtskliniken geschlossen zu haben und versprach dem »begabtesten Volk der Welt« (»mein Volk«, so nennt er die Ungarn gerne) eine allgemeine Amnestie. »Milch und Honig« werde fließen, wenn man ihn wählen würde. Für den Fall des Mißbrauchs der Amnestie verlangte er die Wiedereinführung der Todesstrafe. Während er sprach, skandierten seine Anhänger Parolen, man solle die Führer der liberalen und sozialistischen Parteien in die Donau werfen. »Sie sollen untergehen«, bekräftigte Torgyán die *vox populi*. Prämoderne Forderungen und Verheißungen, gekleidet in prämoderne Metaphern.

Vielleicht machte Torgyán bei dieser Demonstration einen großen Schritt in István Csúrkas Richtung, ein prämoderner Populist, der sich vor einigen Jahren in der extremen Rechten niederließ.¹⁸ Obwohl die liberale Komponente von Torgyáns Rhetorik – außer in Wirtschaftsfragen – schrumpft, bleibt er ein postmoderner Populist, insofern er sich auf perfekte Weise der modernen Medien bedient, um seine widersprüchlichen und obskuren Botschaften zu verbreiten. Während seines Konflikts mit József Antall rettete ihn die Fernsehübertragung der Parlamentsdebatten vor dem totalen Verschwinden von der politischen Bühne. Als geübter Redner nimmt er seitdem jede Gelegenheit wahr, auf den Bildschirm zu kommen, sei es bei der Miss Ungarn-Wahl oder bei einer Kircheneinweihung. Auf Demonstrationen redet er stundenlang, vor der Kamera ist er schlagfertig. Mit einem gewissen Charme würzt er juristischen Jargon mit Alltagsslang und ist jederzeit in der Lage, seinen Gegnern gegenüber den Jovialen zu spielen. »Klage an mit einem Zwinkern« ist seine Devise.¹⁹ Wenn man immer übertreibt, werden selbst die eklatantesten Lügen als unschuldige Übertreibungen oder Bluffs bewertet, so scheint Torgyán zu glauben. Sei fröhlich und ausgeglichen, ist sein Credo, zeige, daß du an

persönlichem Erfolg mehr interessiert bist als an dem Triumph irgendeiner Ideologie. Wenn du einen guten Witz erzählst, kannst du hinterher geschmacklos sein. Stil ist wichtiger als Überzeugung. Da alle Politiker lügen, sei wenigstens nicht langweilig.

Beinahe jeder Tag im Parlament beginnt mit einem Appell (der von seinen Gegenspielern die »morgendliche Haßminute« genannt wird), in der Torgyán den Rücktritt der Regierung fordert und den Premierminister einen schwachköpfigen Heuchler nennt. Von sich behauptet er, der sichere Gewinner der nächsten Wahlen zu sein, wann auch immer sie stattfinden. In diesen Tagen beginnt seine Partei, Unterschriften für eine Petition gegen die Regierung zu sammeln. Torgyáns Ziel ist es, mehr Namen unter der Petition zu haben als die Zahl der Stimmen, die die Sozialisten bei den Wahlen 1994 bekommen haben. Ein Verfassungsparadox bahnt sich an ...

*

In der ungarischen Presse ist er als König Ubu beschrieben worden, als Arturo Ui, Hitler und Münchhausen, als ein Operettenbuffo oder als Inkarnation des politischen Kitsches der postkommunistischen Ära. Einige dieser Attribute sind in der österreichischen liberalen Presse auch mit Haider assoziiert worden, wobei hier die Hitleranalogie im Vordergrund steht. Die Zwischentitel im vorliegenden Aufsatz sollen einen weiteren Unterschied zwischen den beiden postmodernen Populisten verdeutlichen: Die Figur des Bully und des finsternen Clowns stehen für zwei Typen des neuen Populismus in Mitteleuropa, diesseits und jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Beide verfolgen ähnliche postmoderne Strategien die sich jedoch erheblich in Betonung und Stil unterscheiden. Während Haider dem modernen Populismus näher steht, bleibt Torgyán in der Nachbarschaft seiner prämodernen populistischen Vorgänger.

Statt den Vergleich zwischen den beiden weiter zu verfolgen, will ich lieber auf eine besondere kulturelle Differenz zwischen ihnen hinweisen. Haider scheint besser organisiert und konsequenter zu sein; er ist kalt, ohne Selbstironie. Torgyán ist schlampiger und zynischer. Er kann jederzeit das finstere Mittelalter heraufbeschwören, aber nach einer Weile verwandelt er die Heilige Inquisition in einen Witz. Er ist weniger pragmatisch und weniger zuverlässig, spart nicht mit Versprechungen, ein emotionaler Mensch, der die pathetischen Momente genießt. Haider ist weniger instinktiv und cholerisch, weniger unglaubwürdig, bekommt aber weniger Sympathie. Als Bully wird er vielleicht zu sehr gefürchtet, während der finstere Clown Torgyán seinen liberalen Kritikern vermutlich zu wenig Furcht einflößt.

Ich bin mir sicher, sie sind sich nicht dessen bewußt, daß ihre selbstge-

wählten Images traditionelle Karikaturen widerspiegeln. Aus der k.u.k.-Perspektive, jetzt im alten Sinn, ist Haider der Prototyp des »kaltblütigen österreichischen Fuchses«, der von ungarischen Nationalisten verachtet wurde, während Torgyán in der Mythologie der österreichischen Chauvinisten ein Symbol des »barbarischen Paprika-Magyaren« darstellt. Keiner von beiden ist im anderen Land gefährlich. Beide sind es aber in ihrem eigenen.

Aus dem Englischen von Michaela Adelberger

Anmerkungen

- 1 Vgl. George Schöpflin, Conservatism in Central and Eastern Europe, in: J.M. Kovács (ed), *Transition to Capitalism? The Communist Legacy in Eastern Europe*, New Brunswick, 1994.
- 2 Dabei hätte es auf der Hand gelegen, bestimmte Komponenten des modernen deutschen Konservatismus, z.B. das christdemokratische Modell der sozialen Marktwirtschaft, ohne größere populistische Verzerrungen nach Osteuropa zu importieren. Vgl. J.M. Kovács, Paradigmen des Übergangs. Westliches Theorieangebot und östliche Nachfrage in den Wirtschaftswissenschaften, in: *Transit* 9/1995.
- 3 Vgl. Daniel Chirot, Ideology, Reality and Competing Models of Development in Eastern Europe Between the Two World Wars, in: *Eastern European Politics and Societies 1989/3*; Michael Coniff (ed.), *Latin American Populism in Comparative Perspective*, University of New Mexico Press, Albuquerque 1982; Rüdiger Dornbusch and Sebastian Edwards (eds.), *The Macroeconomics of Populism in Latin America*, Chicago UP 1991; Liah Greenfeld, *Nationalism. Five Roads to Modernity*, Harvard UP 1992; Ghita Ionescu and Ernest Gellner (eds.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London 1969; Eva Kovács, Volkstümliche und Urbanisten, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1994/6*; Christopher Lasch, *Communitarianism or Populism?*, in: *The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy*, New York 1995; Andrzej Walicki, *To Define Populism*, in: *Government and Opposition*, Spring 1968; ders., *The Slavophile Controversy*, Oxford 1975; F. Venturi, *Les intellectuels, le Peuple et la Revolution: histoire du populisme russe*, Paris 1972; vgl. auch die *Telos*-Konferenz »Rethinking Populism«, in: *Telos*, Summer 1991, und das Populismus-Sonderheft *Telos*, Summer 1995.
- 4 Aus diesem Grund war die Idee eines Dritten Wegs (sicherlich nicht in Wilhelm Röpkes liberaler Interpretation) für die Sozialisten zu allen Zeiten attraktiv, ebenso wie für die Postkommunisten von heute (vgl. die rot-braunen Koalitionen in der Slowakei, Serbien, Rumänien oder Rußland).
- 5 In diesem Sinne ist unter »Moderne« eigentlich schon Spätmoderne zu verstehen. Sie beginnt nicht bereits im 17. Jahrhundert oder gar noch früher, ebenso wie die »Prämoderne« nicht mit dem Mittelalter gleichzusetzen ist, insbesondere nicht in Ostmitteleuropa, wo sie durchaus ein Phänomen des 19. und 20. Jahrhunderts sein kann.
- 6 Sicherlich ändern sich Verfassungen und die politische Etikette, und man könnte sich lange darüber streiten, ob die die Dichotomie prämodern/modern auf die verschiedenen Formen der Arbeiterbewegung (einschließlich des Kommunismus und des Nationalsozialismus) sowie eine Vielzahl von Single issue-Bewegungen des 19. Jahrhunderts (wie der Poujadismus in Frankreich oder das American Farmers Movement in den USA) oder die Militärdiktaturen in Südamerika und Afrika heute anwendbar ist. Mehr noch, man könnte den Terminus »prämoderner Populismus« als *contradictio in adiecto* ablehnen, insofern politische Ideologien, Bewegungen und Parteien spezifische Merkmale der Moderne sind, selbst wenn Populisten diese Instrumente gegen eben diese Moderne einsetzen. Der Krieg in Jugoslawien liefert ein gutes Beispiel: Die jugoslawische Politik würde sich nicht besonders von westlichen Modellen unterscheiden, wenn die historischen Vorzüge der serbischen Nation nur im Parlament, in den Wahlen etc. gepriesen worden wären. Doch die ethnischen Säuberungen in Bosnien sprechen

- eine andere – prämoderne – Sprache, auch wenn sie durch moderne Institutionen vertreten und mit ultramodernen Waffen vollstreckt wurden.
- 7 Der besondere, ich würde sagen, »libertäre« Populismus von Václav Klaus stellt hier eine Ausnahme dar. Seine neoliberale Rhetorik verdeckt oft die interventionistischen und kollektivistischen Maßnahmen, die die schmerzhaften Schritte in der postkommunistischen Transformation hinauszögern sollen. Sein Populismus ist moderner als der seines slowakischen Gegenspielers Meciar. Dennoch sind die tatsächlichen ökonomischen Zugeständnisse, die er macht, um die tschechische Gesellschaft zu beschwichtigen, größer.
 - 8 Vgl. Aryeh Botwinick, *Postmodernism and Democratic Theory*, Temple UP 1993; Hans-Georg Betz, *Postmodern Politics in Germany*, New York 1991; John Gray, *Beyond the New Right*, London 1993; Andreas Schedler, *Anti-Political Establishment Parties*, in: *Party Politics* 1996/3; Torbjörn Tännjö, *Populist Democracy. A Defence*, London 1992.
 - 9 Der genaue Name der Partei lautet »Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, Landarbeiter und Bürger«.
 - 10 Man kann die parlamentarische Demokratie wie in Österreich durch einen Zweiparteien-Korporatismus schwächen oder sie wie in Ungarn durch einen Einparteien-Autoritarismus eliminieren. Ohne Zweifel gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Systemen, jedoch haben beide mächtige bürokratische Eliten hervorgebracht. Kreiskys sozialdemokratisches und Kádárs reformkommunistisches Establishment wurden ideologisch angegriffen, allerdings mit begrenztem Erfolg. Im Hinblick auf ihre liberal-demokratische Legitimation erlitten beide Systeme Niederlagen; das ungarische brach schließlich zusammen. Dennoch ist Österreich immer noch ein Zwei-Parteien-Staat, und die derzeitige neo-sozialistische Regierung in Ungarn ist an ihren schlechteren Tagen der reformkommunistischen an ihren besseren nicht unähnlich.
 - 11 Es ist nicht meine Absicht, den Unterschied zwischen den Frustrationen zu verwischen, welche sich in einer neuen Demokratie breit machen, die sich gerade von einer ersten Wirtschaftskrise erholt, und der wachsenden Unzufriedenheit in einer etablierten Demokratie mit einer stabilen Ökonomie, die sich an die weltwirtschaftlichen Veränderungen anpassen muß.
 - 12 Vgl. Jörg Haider, *Die Freiheit die ich meine*, Frankfurt a.M. 1993; Isolde Charim, *Haiders Kunst*, in: *taz* vom 16./17. Dezember 1995; Brigitte Bailer-Galanda, *Haider wörtlich*, Wien 1995; Brigitte Bailer und Wolfgang Neugebauer, *Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus*, Wien 1994; Harald Goldman e.a., *Jörg Haider und sein Publikum*, Klagenfurt 1992; Martin Kargl und Silvio Lehmann (Hg.), *Land im Lichteermeer*, Wien 1994; Hannes Krall, *Rechtspopulismus am Beispiel Jörg Haiders*, in: *Journal für Sozialforschung* 1992/3-4; Claus Leggewie, *Millenniumsdämmerung. Notizen zur österreichischen Lage zwischen Selbstanerkennung und Wiederholungszwang*, in: *Transit* 10/1995; Robert Menasse, *Ein verrücktes Land*, ebd.; Anton Pelinka (Hg.), *Populismus in Österreich*, Wien 1987; Hans-Henning Scharsach, *Haiders Kampf*, Wien 1992; ders., *Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht*, Wien 1995; Andreas Schedler, *Die antipolitischen Stereotypen Jörg Haiders*, in: *Journal für Sozialforschung* 1995/3-4; Gudmund Tributsch (Hg.), *Schlagwort Haider: Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche*, Wien 1994.
 - 13 Während ich mit Robert Menasse einer Meinung bin, daß es eine Simplifizierung ist, den Führer der FPÖ als Nazi oder Rechtsradikalen darzustellen, glaube ich andererseits, daß Menasse dessen Rolle in der Stärkung des Parlamentarismus in Österreich überschätzt.
 - 14 Zum gegenwärtigen Trend des Populismus in der deutschen Politik vgl.: Populismus statt Politik. Der Stammtisch macht mobil, in: *Der Spiegel* 10/1996, sowie Helmut Dubiel, *Der Bauch des Volkes*, in: *Der Spiegel* 18/1996.
 - 15 Natürlich ist auch das antipolitische (Antiestablishment-) Denken ideologisch, insbesondere wenn man, wie Haider, mit leicht entzündlichen Begriffen wie »Gemeinschaft«, »Staatsversus Kulturnation« oder gar »kultureller Hegemonie« à la Gramsci flirtet.
 - 16 Nachdem die alte Garde, das Überbleibsel der Parteiführung aus der Vorkriegszeit, verdrängt worden war, begann Torgyán – genau wie Haider – mit seinen Verbündeten, den »Liberalen« im Lager der Kleinlandwirte, zu streiten.
 - 17 Dieser Kunstgriff erinnert an die Parallelparteien des Ehepaars Milosevic in Serbien, mit dem Unterschied, daß in letzterem Fall die Ehefrau eine Partei gründete, um jene Wähler aufzufangen, die von der Politik des Ehemanns desillusioniert werden. Eine echte Innovation des postmodernen Populismus.

- 18 Vermutlich war dies lediglich ein Versuchsballon, seine eigene Wählerschaft und die politische Elite auf die Probe zu stellen: ob die erstere bereit ist, dieser wilden Rhetorik zu folgen, und die letztere dazu in der Lage, ihre Linien zu schließen und ihn aus dem parlamentarischen Spiel auszuschließen. Jörg Haider verfährt ähnlich, wenn er die »ordentliche Beschäftigungspolitik« des Dritten Reichs oder die »Verdienste« der Waffen-SS hervorhebt. Beide sind der Meinung, daß sie, was sie an persönlicher Glaubwürdigkeit verlieren, doppelt an Beliebtheit und Publicity hinzugewinnen werden.
- 19 Eine Beobachtung von György Konrád. Vgl. Rádai Eszter (Hg.), Tizenegyten Torgyánról, in: *Mozgó Világ* 1995/10; s. hier insbesondere den Beitrag von Akos Szilágyi. Über den neuen Populismus in Ungarn s. die vergleichende Studie von András Bozóki, Vázlat három populizmusról, in: *Politikatudományi Szemle* 1994/3, sowie Béla Greskovits, Populista átmenet-programok Magyarországon, in: *2000*, 1996/7; ders., Demagogic Populism in Eastern Europe? in: *Telos*, Winter 1995, und Péter György, Torgyán József szupersztár, in: *Magyar Narancs* 1995/8/31.

GEGENDARSTELLUNG

Zu Robert Menasses Beitrag »Ein verrücktes Land« in *Transit* 10/1995.

Robert Menasse hat zum Österreich-Schwerpunkt der Frankfurter Buchmesse den Essay »Ein verrücktes Land« geschrieben. Er wurde im Oktober 1995 in *Transit* 10 publiziert. Abdrucke erschienen unter anderem in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 9. Oktober 1995 und im *Falter* 41/1995.

Menasses Aufsatz enthält eine Reihe von, gelinde gesagt, eigenwilligen Auffassungen und Einschätzungen zur politischen Gegenwart und Geschichte Österreichs: zum Beispiel, daß mit Haider erstmals (!) in Österreich Opposition entstanden, daß Haider eigentlich ein moderner »Linker« oder daß durch ihn erst die österreichische Demokratie »normalisiert« worden sei. (Bekanntlich will Haider die repräsentative Demokratie durch ein Präsidialregime plus Volksbewegung ersetzen – siehe sein Manifest »Die Freiheit, die ich meine«, Ullstein, 1993). All das wäre wert, von Politologen und politischen Publizisten auf seinen Wahrheitsgehalt überprüft zu werden.

In dem Essay nimmt der Autor auch auf mich und mein Buch »Verfreundete Nachbarn« (Kremayr und Scheriau, 1995) in einer Weise Bezug, der für seinen Umgang mit Fakten in seinen politischen Aussagen symptomatisch zu sein scheint. Deshalb beschränke ich mich auf diesen Teil seines Essays.

Robert Menasse bezichtigt mich darin, »Verfreundete Nachbarn« unter »Pseudonym« veröffentlicht zu haben. Das ist falsch. Das Buch, das er nicht nennt, habe ich unter meinem Mädchennamen publiziert. Photo und Lebenslauf kennzeichnen mich zusätzlich. Als Dr. Gabriele Holzer arbeitete ich von 1981 bis 1983 im Kabinett der Bundeskanzler Dr. Kreisky und Dr. Sinowatz. Keinem der zahlreichen Rezensenten (unter anderem in der *Zeit*) ist es entgangen, wer ich bin.

Robert Menasse behauptet, ich wolle zeigen, daß Deutschland Gelüste habe, Österreich wieder anzuschließen. Das ist falsch: dies belegt mein Buch.

Robert Menasse unterstellt mir Ansichten, die sich nicht »von den abenteuerlichen Geschichtsklitterungen der »Bajuwarischen Befreiungsarmee« unterscheiden, »deren Verfasser ja auch nicht bekannt sind«. Er stellt somit eine geistige Nähe zwischen mir und jenen deutschnationalen anti-österreichischen Verbrechern her, die durch heimtückische Versendung von Briefbomben jenes Österreich der kulturellen und ethnischen Vielfalt zerstören wollen, für das ich eintrete.

In dem Buch versuche ich akribisch nachzuweisen, daß Menasse und andere mit ihrer pauschalen Österreich-Kritik falsch liegen. (Dies wird ja

mittlerweile auch durch Claus Leggewies Analysen, unter anderem im *Falter* 32/1995, bestätigt). Statt auf meine Evidenzen und Argumente einzugehen, diese zu widerlegen, ergreift Menasse Zuflucht zu falschen Behauptungen und diffamierenden Unterstellungen. Ich warte weiter auf Gegenbeweise und Argumente, wie es dem Postulat eines herrschaftsfreien Diskurses entsprechen würde. Oder gilt dieses Postulat für jene nicht, die heute privilegierten Zugang zur Öffentlichkeit haben?

Wien, im Oktober 1995

Dr. Gabriele Holzer

Zu den Autorinnen und Autoren

Heinz Bude, geb. 1954, Soziologe, lebt in Berlin und ist Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Zuletzt erschienene Bücher (alle Frankfurt a.M., Suhrkamp): *Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfergeneration*, 1987; *Bilanz der Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus*, 1992; *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948*, 1995.

Shmuel N. Eisenstadt, geb. 1923 in Warschau, lehrt Soziologie an der Universität Jerusalem. Seine Studie *From Generation to Generation* (New York 1956) ist ein Klassiker der Jugendsoziologie. Im letzten Jahr erschien: *Die Antinomien der Moderne. Die jakobinischen Grundzüge der Moderne und des Fundamentalismus. Heterodoxien, Utopismus und Jakobinismus*, Frankfurt a.M. (Suhrkamp).

Dariusz Gawin, geb. 1964, lebt in Warschau. Er studierte Philosophie und promoviert derzeit über modernen Konservatismus. 1996 Jan Patočka-Junior Visiting Fellow des IWM.

Sim Gil heißt bürgerlich Simone Gilges und wurde 1973 geboren. Foto-Design-Studium an der FH Dortmund, lebt und arbeitet in Berlin. Die *Honey-Suckle Company* bezeichnet sich als »Zusammenschluß von Künstlern aus den Bereichen Musik, Styling/Mode, Fotografie/Film, Performance, Malerei, Installation, Copy-Art, Gaffa-Tape Art und Living-Art«.

Jacqueline Hénard, geb. 1957 in Berlin, gehört seit 1981 der Redaktion der *FAZ* an. Sie lebt und arbeitet zur Zeit in Paris. Internationaler Publizistik-Preis 1990. In *Transit* erschien: *Von Zigeunern und Menschen* (5/1993).

Tony Judt, geb. 1948 in England, ist Remarque Professor of European Studies an der New York University und seit 1996 Permanent Fellow des IWM, wo er den Forschungsschwerpunkt "Rethinking Post-War Europe" betreut. Arbeitet derzeit an einer Geschichte Nachkriegseuropas (1945–89). Publikationen u.a.: *Past Imperfect: French Intellectuals 1944–1956*, University of California Press 1992; *Die große Illusion? Ein Essay über Europa*, München 1996 (Hanser, im Erscheinen). In *Transit* erschien zuletzt: *Europa am Ende des Jahrhunderts* (10/1995).

Gerald Knaus, geb. 1970, studierte Politikwissenschaften in Oxford und promoviert derzeit in Wien; Junior Visiting Fellow des IWM 1996. Er unterrichtete als Lektor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Czernowitz und leitete das Civic Education Project in Sofia. Mitarbeiter des *Standard* für den Balkan.

Janos Matyas Kovacs, geb. 1950, Permanent Fellow des IWM und Mitglied des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkt: Wirtschaftstheorien in Osteuropa. Herausgeber von *Transition to Capitalism?*, New Brunswick 1994. In *Transit* erschien zuletzt: Paradigmen des Übergangs (9/1995).

Hans-Joachim von Kondratowitz (Berlin), geb. 1945, ist Soziologe am Deutschen Zentrum für Altersfragen in Berlin. Herausgeber von *Alter und Alltag* (mit G. Göckenjan), Frankfurt a.M. 1988 (Suhrkamp); *Zur Kulturgeschichte des Alterns* (mit C. Conrad), Berlin 1993; *Die gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Altersverläufen*, Berlin 1994.

Hilge Landweer, geb. 1956, ist Assistentin für Philosophie mit Schwerpunkt feministische Philosophie an der Freien Universität Berlin. Zuletzt veröffentlichte sie: Generativität und Geschlecht: Ein blinder Fleck in der sex/gender-Debatte, in: *Denkachsen, Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht*, Hg. Theresa Wobbe, Gesa Lindemann, Frankfurt a. M. 1994 (Suhrkamp); Verständigung über Gefühle, in: *Leib und Gefühl. Beiträge zur Anthropologie*, Hg. Michael Großheim, Berlin 1995 (Akademie Verlag).

Claus Leggewie, geb. 1950, Politologe und Sozialwissenschaftler, bekleidet den Max Weber-Lehrstuhl am Institute for European Studies an der New York University; Korrespondierendes Mitglied des IWM. Zum Thema Generationen veröffentlichte er: *Die 89er. Portrait einer neuen Generation*, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe). In *Transit* erschien: Space - not Time? Raumkämpfe und Souveränität (7/1994), Millenniumsdämmerung (10/1995).

Beatrix Novy, geb. 1950 in Köln, wo sie auch heute lebt und als Rundfunkjournalistin arbeitet.

Hans-Ulrich Obrist: S. den Vorspann zum Interview im Heft.

Sebastian Reinfeldt, 1963, Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt a.M.; 1995 Junior Visiting Fellow

des IWM. Arbeitsschwerpunkte: Politische Philosophie, Rassismus und Populismus. Co-Autor von *Bio-Macht*, Duisburg 1992; *Der Staat in den Köpfen*, Mainz 1994; Mitherausgeber von *Denk-Prozesse nach Althusser*, Hamburg 1994.

Gerwald Rockenschaub: S. den Vorspann zum Interview im Heft

Aleksander Smolar, geb. 1941, Politologe an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris, Präsident der Stefan Batory-Stiftung, Warschau, und Korrespondierendes Mitglied des IWM. In *Transit* erschien zuletzt: *Die samtene Konterrevolution* (8/1994).

SPoKK ist die Abkürzung für "Symbolische Politik, Kultur und Kommunikation" und der Name einer Arbeitsgruppe von Studenten und Doktoranden am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen. Autoren des Artikels in diesem Heft sind Erik Meyer (Techno) und Steffen Wenzel (Streetball); er ist Teil einer größeren Arbeit mit dem Titel »Generation X. Jugendforschung für eine immer schneller werdende Kultur«.

Istvan Stumpf, geb. 1957, Jurist, Soziologe und Politikwissenschaftler, ist Direktor der Budapest School of Politics und Redaktionsmitglied der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift *Századvég*; seit 1991 Berater des Präsidenten der Republik Ungarn.

Elizabeth Wurtzel, geb. 1967, lebt als Schriftstellerin in New York. 1994 erschien ihr Buch *Prozac Nation* (deutsch: *Verdammte schöne Welt*, München 1996 (dtv)).



Foto: Kim Suckle (Sim Gil)